



# Plenarprotokoll

## 130. Sitzung

Donnerstag, 13. Oktober 2016

### Regierungserklärung „Starkes Schleswig-Holstein - Wissenschaft mit Zukunft: Zukunft mit Wissenschaft!“ .....

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	10862
Daniel Günther [CDU].....	10867
Martin Habersaat [SPD].....	10874
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10880
Christopher Vogt [FDP].....	10886
Uli König [PIRATEN].....	10893
Jette Waldinger-Thiering [SSW]...	10899
Dr. Ralf Stegner [SPD].....	10902

### Bericht zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes .....

Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4728	10902
Monika Heinold, Finanzministerin	10902
Dr. Heiner Garg [FDP].....	10904
Petra Nicolaisen [CDU].....	10906
Beate Raudies [SPD].....	10907
Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10909
Torge Schmidt [PIRATEN].....	10911
Lars Harms [SSW].....	10912

Beschluss: Antrag Drucksache 18/4728 und Tagesordnungspunkt insgesamt mit der Berichterstattung der Landesregierung erledigt.	10914	a) <b>Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Wiederherstellung und Sicherung der Funktionsfähigkeit der Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein .....</b>	10923
<b>Gemeinsame Beratung</b>		Gesetzentwurf der Fraktion der CDU Drucksache 18/4658	
a) <b>Ausstattung der Sicherheitsbehörden verbessern - Der Terrorgefahr wirksam begegnen .....</b>	10914	b) <b>Gerichte und Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein ..</b>	10923
Antrag der Fraktion der CDU Drucksache 18/4400		Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP Drucksache 18/4360	
b) <b>Mehr Polizeivollzugsbeamten und -beamte für die Landespolizei - keine Wachpolizisten in Schleswig-Holstein .....</b>	10914	Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa.....	10923
Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW Drucksache 18/4410		Barbara Ostmeier [CDU].....	10924, 10935
c) <b>Ausstattung der Landespolizei mit mobilen Endgeräten .....</b>	10914	Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	10926
Antrag der Fraktion der FDP Drucksache 18/4723		Thomas Rother [SPD].....	10928
Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses Drucksache 18/4686		Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10930
Simone Lange [SPD], Berichterstatterin.....	10914	Dr. Patrick Breyer [PIRATEN].....	10932
Dr. Ekkehard Klug [FDP].....	10914	Lars Harms [SSW].....	10934
Dr. Axel Bernstein [CDU].....	10915	Beschluss: 1. Überweisung des Gesetzentwurfs Drucksache 18/4658 an den Innen- und Rechtsausschuss	
Simone Lange [SPD].....	10917	2. Überweisung der Antwort der Landesregierung Drucksache 18/4360 an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung.....	10936
Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10918	<b>Förderung des Ehrenamtes und seiner Anerkennungskultur .....</b>	10936
Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	10919	Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU Drucksache 18/4652	
Lars Harms [SSW].....	10920	Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung.....	10936
Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten.....	10921	Petra Nicolaisen [CDU].....	10937
Beschluss: 1. Überweisung des Antrags Drucksache 18/4723 an den Innen- und Rechtsausschuss		Beate Raudies [SPD].....	10939
2. Ablehnung des Antrags Drucksache 18/4400		Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN].....	10940
3. Annahme des Antrags Drucksache 18/4410.....	10923	Anita Klahn [FDP].....	10942
<b>Gemeinsame Beratung</b>		Wolfgang Dudda [PIRATEN].....	10943
		Flemming Meyer [SSW].....	10944

Beschluss: Überweisung der Antwort  
der Landesregierung Drucksache  
18/4652 an den Sozialausschuss  
zur abschließenden Beratung..... 10945

\* \* \* \*

**Erhalt der Rechtsmedizin in Kiel  
und Lübeck** ..... 10945

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4422

Anita Klahn [FDP]..... 10945

Volker Dornquast [CDU]..... 10947

Martin Habersaat [SPD]..... 10947

Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS  
90/DIE GRÜNEN]..... 10948

Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]..... 10950

Jette Waldinger-Thiering [SSW]... 10950

Kristin Alheit, Ministerin für So-  
ziales, Gesundheit, Wissen-  
schaft und Gleichstellung..... 10951

Beschluss: Überweisung des Antrags  
Drucksache 18/4422 an den In-  
nen- und Rechtsausschuss..... 10952

#### Regierungsbank:

Dr. Robert Habeck, Minister für Energiewen-  
de, Landwirtschaft, Umwelt und ländliche Räume  
und Erster Stellvertreter des Ministerpräsidenten

Britta Ernst, Ministerin für Schule und Berufs-  
bildung

Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kul-  
tur und Europa und Zweite Stellvertreterin des  
Ministerpräsidenten

Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundes-  
angelegenheiten

Monika Heinold, Finanzministerin

Reinhard Meyer, Minister für Wirtschaft, Ar-  
beit, Verkehr und Technologie

Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesund-  
heit, Wissenschaft und Gleichstellung

\* \* \* \*

**Beginn: 10:02 Uhr**

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich wünsche Ihnen zunächst allen einen guten Morgen und eröffne die heutige Sitzung.

Zunächst einmal spreche ich unserem Kollegen Thomas Rother, der heute Geburtstag hat, unsere herzlichen Glückwünsche aus.

(Beifall)

Danach darf ich Ihnen mitteilen, dass die Kollegin Ines Strehlau erkrankt ist, der wir von dieser Stelle aus ganz herzliche Genesungswünsche übermitteln wollen.

(Beifall)

Schließlich teile ich Ihnen mit, dass für die Landesregierung Herr Ministerpräsident Albig heute beurlaubt ist. Ministerin Heinold und Minister Habeck sind heute jeweils ab dem Nachmittag beurlaubt.

Der Herr Abgeordnete Jens Magnussen hat uns mitgeteilt, dass er an der Teilnahme der heutigen Sitzung des Landtags verhindert ist.

Meine Damen und Herren, bevor wir in die Tagesordnung einsteigen, bitte ich Sie, mit mir gemeinsam Schülerinnen und Schüler der Gemeinschaftsschule Kronshagen auf der Tribüne zu begrüßen. - Herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Ich rufe nun Tagesordnungspunkt 2 auf:

**Regierungserklärung „Starkes Schleswig-Holstein - Wissenschaft mit Zukunft: Zukunft mit Wissenschaft!“**

Das Wort hat die Frau Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Kristin Alheit.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:**

Sehr geehrte Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! Erst vor wenigen Wochen bestätigte die renommierte internationale Studie „Class of 2030“, dass unsere **Universität Lübeck** aufgrund ihres hohen Entwicklungspotenzials beste Chancen habe, bis 2030 zu einer global führenden Hochschule zu werden.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Beifall Uli König [PI-RATEN])

Das ist eine starke Zukunftsbotschaft für Lübeck und ein weiteres Aufbruchsignal für das Land.

Wir wissen, dass die großen gesellschaftlichen Fragen nur mithilfe ausgezeichneter Wissenschaft beantwortet werden können. Sehr gute Forschung, sehr gute Lehre und wissenschaftlicher Fortschritt überhaupt sind entscheidend für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes.

Gegenwärtig erlebt die **deutsche Wissenschaftslandschaft** einen enormen Veränderungsprozess. Auf Bundes- und Landesebene sind deshalb wichtige Weichenstellungen erfolgt, die weit in die Zukunft wirken werden. Sie erfordern Positionierung. Sie erfordern Perspektive. Darum, meine sehr geehrten Damen und Herren, wird es heute gehen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Dass wir heute über eine der besten Wissenschaftslandschaften verfügen, die Schleswig-Holstein je hatte, ist in allererster Linie den engagierten sowie innovativen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern in unseren Hochschulen und in den Forschungseinrichtungen zu verdanken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das Land hat dies nach Kräften unterstützt. Zwischen 2012 und 2017 sind die **Zuschüsse des Landes** für den Hochschulbereich um über 100 Millionen € gestiegen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Lassen Sie mich die Zahlen nennen: 576 Millionen € waren es, es werden demnächst 677 Millionen € sein.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Großartig!)

Das ist ein Plus von über 17 %!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Insbesondere entscheidend war, dass wir die Grundfinanzierung für die Hochschulen massiv aufgestockt haben. Das war richtig und wichtig. Das wurde allseits begrüßt. Dazu kommen hohe Millio-nensummen aus Sondervermögen für Sanierung von Universitätsgebäuden und Studentenwohnheimen.

(Ministerin Kristin Alheit)

Herr Professor Kipp von der Kieler Universität hat in dieser Woche Bausteine für die Hochschulentwicklung vorgelegt. Ich kann nur sagen: Wir sehen uns da mit unseren Schwerpunkten und unserer Linie bestätigt, Wissenschaft zum Zukunftsthema zu machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Botschaft und die Botschaft der Landesregierung sind ganz klar: Wissenschaft ist ein bedeutendes Querschnittsthema für die Zukunftsfähigkeit unseres Landes. Deshalb entwickelt das Land gemeinsam mit unseren Hochschulen einen Masterplan, eine Strategie „Hochschule 2030“ sowie eine eigene strategische Leitlinie „Wissenschaft“ als integraler Bestandteil der neuen **Landesentwicklungsstrategie**.

Nach den Fehlentscheidungen in den vergangenen Legislaturperioden, zum Beispiel zu den Fächern Medizin in Lübeck oder Wirtschaft in Flensburg, ist dies dringend nötig.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Allerdings!)

Lassen Sie mich an der Stelle Folgendes ganz deutlich sagen: Inzwischen ist Gott sei Dank neues Vertrauen gewachsen. Das, meine Damen und Herren, ist nicht nur aufgrund meiner Arbeit als „beste Wissenschaftsministerin“ geschehen,

(Heiterkeit)

sondern - lassen Sie mich das an dieser Stelle sagen - wegen der ganz hervorragenden, sehr vertrauensvollen Arbeit meines Wissenschaftsstaatssekretärs Rolf Fischer, der von Ihnen allen anerkannt wird. Diesen besonderen Dank möchte ich aussprechen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nach den Irritationen der Politik aus der vergangenen Legislaturperiode haben wir endlich wieder eine solide Arbeitsgrundlage.

Zusammen mit unseren Hochschulen formulieren wir einen neuen wissenschaftspolitischen Dreiklang: Wissen generieren, Wissen vermitteln und Wissen nutzen. Ich will Ihnen jetzt unsere Politik an fünf konkreten Eckpunkten deutlich machen.

Erstens: **Exzellenz fördern**. Bund und Länder haben die neue sogenannte Exzellenzstrategie beschlossen. Über 4,5 Milliarden € stehen zukünftig für universitäre Forschungsprojekte zur Verfügung.

Die bisherigen Cluster „Entzündungsforschung“ mit den Standorten Kiel, Lübeck, Plön und Borstel und „The Future Ocean“ mit GEOMAR und der CAU haben international Meilensteine gesetzt. Das, meine Damen und Herren, soll so bleiben und das soll sogar noch besser werden. Die Kieler Graduiertenschule „Human Development in Landscapes“ findet ebenfalls national und international große Beachtung.

Jetzt bewerben sich unsere Universitäten für die dritte Exzellenzrunde, an der wir intensiv auf Bundesebene mitgearbeitet haben und die wir schon jetzt mit über 11 Millionen € unterstützen, damit sich unsere Universitäten optimal vorbereiten können.

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Schleswig-Holstein wird diesmal sogar mit fünf Exzellenzclusteranträgen in den Wettbewerb gehen. Ich möchte diese hier erstmals nennen: Entzündungsforschung, Ozeanforschung, Nanotechnologie, ein gesellschaftswissenschaftliches Projekt und ein medizinisches Verbundprojekt im Feld „Gehirn, Hormone“ mit anderen nationalen Partneruniversitäten. Das sind bekannte, aber auch neue Innovationskerne mit einer sehr hohen Strahlkraft.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch das Land wird seinen Beitrag dazu leisten. Unser Ziel ist es, daraus konkrete langfristige und profilbildende Strukturen aufzubauen.

Wir werden uns auch am neuen Bund-Länder-Programm „Innovative Hochschule“ aktiv beteiligen, einem Förderprogramm, das für Fachhochschulen und mittelgroße Universitäten geschaffen wurde. Erste Konzepte dazu liegen vor. Auch für die Bewerbungen haben wir Mittel für eine erfolgreiche Antragstellung bereitgestellt, und wir investieren wieder.

Denn wir wollen Exzellenz, und unsere Hochschulen können Exzellenz. Das haben sie bewiesen, und das werden sie wieder beweisen!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Allerdings muss man auch klar sagen: Exzellenzstrategie allein wäre zu wenig.

Deshalb nenne ich meinen zweiten Eckpunkt: **bundesweit Signale setzen**. Ein notwendiger Aspekt erfolgreicher Wissenschaftspolitik sind Kooperationsprojekte mit dem Bund. Ich werbe - Sie haben

**(Ministerin Kristin Alheit)**

es in dieser Woche auch in der Zeitung lesen können - für eine Bund-Länder-Exzellenzinitiative nur für Fachhochschulen; denn die Leistungsfähigkeit unserer Fachhochschulen in Forschung und Transfer ist enorm gewachsen, und ich finde, das muss unterstützt werden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch die Fachhochschulen sind heute innovativ und international. Wir geben ihnen zudem zusätzliche Möglichkeiten zur Profilbildung, zum Beispiel mit der Chance zur Promotion. Aber wir wollen noch mehr. Ich habe mich diese Woche mit einem Brief an die Bundesministerin und die Länderkolleginnen und -kollegen gewandt und ein Konzept für einen Wettbewerb „FH-Exzellenz“ vorgeschlagen. Ich setze mich da für ein 300-Millionen-€-Förderprogramm ab 2019 ein, und die ersten Reaktionen waren ausgesprochen positiv.

(Vereinzelter Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Leider von der Opposition nicht; sie weiß es auch an dieser Stelle wieder einmal besser als alle Praktiker und verwirft diese Idee einfach als Ablenkungsmanöver. Lassen Sie mich sagen: Also auch hier Stillstand statt Innovation von der Opposition.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Dr. Ralf Stegner [SPD]: So ist das immer!)

Lassen Sie mich an dieser Stelle noch kurz einfügen, dass ich auch mit großem Interesse in den Medien verfolgt habe, wie sich die Union den Haushalt für 2017 vorstellt. Da werden ganz schwungvoll große virtuelle Millionenbeträge verteilt, nur über Hochschule habe ich nichts gelesen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das haben die vergessen!)

Das zeigt, wie wenig Sie in Wahrheit selbst das, was Sie als populistische Aussagen für eine angeblich notwendige bessere Finanzierung von Hochschulen nehmen - -

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Reden sie doch einmal zum Thema!)

- Das mache ich. Das gehört nämlich dazu. Die Ausstattung von Hochschulen gehört dazu.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie nehmen die Anliegen unserer Hochschulen nicht ernst. Das wird dadurch deutlich.

(Zuruf)

- Ungern. Bei dieser Landesregierung ist es nämlich anders mit dem Ernstnehmen, und das kann man ganz klar an unseren Entscheidungen sehen, so zum Beispiel im Bereich Planungssicherheit. Wenn der Hochschulpakt III ausläuft, könnte eine Finanzierungslücke entstehen. Das darf aus meiner Sicht aber auf keinen Fall sein. Deshalb fordere ich jetzt schon einen **Hochschulpakt IV** von Bund und Ländern; denn wir benötigen frühzeitige Sicherheit. Daran hängen viele Arbeitsplätze, viele Studienplätze und viele Chancen für unser Land.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Vergangenes Jahr wurde Artikel 91 b Grundgesetz reformiert. Nun ist es möglich, dass Bund und Länder in der Förderung von Wissenschaft zusammenwirken. Insbesondere unsere Schwerpunktfelder Digitalisierung und Hochschulpakt bieten sich für eine solche neue Bund-Länder-Kooperation an. Wir sollten meiner Ansicht nach aber das Kooperationsverbot gänzlich aufheben, damit Bund und Länder das gesamte deutsche Bildungs- und Wissenschaftssystem stärken können.

(Vereinzelter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, auf mehr konstruktive Kooperation zielt auch meine Initiative „gute Lehre“, wie sie auch vom Wissenschaftsrat vorgeschlagen wird. Noch ist nämlich gute Lehre kein Kriterium in der Exzellenzstrategie und auch keine Karrieregarantie. Wir benötigen meiner Ansicht nach eine **Aufwertung der Lehre**. Wir brauchen da eine völlig neue Balance. Deswegen werde ich dazu Anfang 2017 offensiv ins Gespräch mit dem Bund gehen. Das ist, glaube ich, ein Faktor, der bisher viel zu sehr vernachlässigt wurde.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Ministerin, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Breyer?

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:**

Ich würde gern meine Gedanken zu Ende bringen und dann auf Fragen antworten. Wir können auch nachher in die Diskussion gehen.

(Ministerin Kristin Alheit)

Jetzt möchte ich etwas zum Thema **Integration und Hochschule** sagen. Die Integration von Flüchtlingen ins Hochschulsystem klappt ausgezeichnet. Wir gewinnen neue Menschen. Wir gewinnen wissenschaftliche Talente mit viel Bildungshunger. Das ist eine große Chance für unser Land und auch für andere.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Mittel des Bundes für die Integration von geflüchteten Menschen sind aber bis Ende 2018 begrenzt. Ich plädiere nachdrücklich für eine Fortsetzung; denn diese Chance der Integration sollten wir uns nicht nehmen lassen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun mein dritter Eckpunkt: Wir schaffen **starke Innovationsfelder**. Unsere Hochschulen bieten absolute Spitzenleistungen, in der Grundlagenforschung und auch in der Anwendung. Ich nenne an dieser Stelle nur die drei Leibniz-Campi, die nach Kiel geholt wurden. Ich nenne stellvertretend das Kieler Zentrum für Globalisierung. Das war eine bundesweit beachtete Sensation. Das macht deutlich, dass das Land wirklich im Spitzenfeld mitspielt.

Und: Wir sind ein Energiewendeland, auch dank unseres Energiewendeministers Robert Habeck.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Energiewende** ist für unser Land ein richtiger Innovationstreiber. Deshalb war es auch nur schlüssig, dass sich Forscherinnen und Forscher aus mehreren Hochschulen in diesem Jahr zusammengeschlossen haben, um gemeinsam mit den beteiligten Ministerien die hoch innovative Energiewende umzusetzen und gemeinsam Neuland zu betreten. Meine Damen und Herren, ich finde, das passt zu uns als Land und als Standort für nachhaltige Wissenschaft.

Wir legen ein neues Hochschulmedizingesetz vor, um die **Medizin** im Land zukunftssicher aufzustellen. Gerade weil wir dieses Gesetz im engen Dialog mit allen Beteiligten diskutiert haben, bin ich sicher, wir stärken die Medizin in Schleswig-Holstein damit. Medizinische Spitzenforschung ist unser internationales Markenzeichen, ein Innovationsfeld höchster Qualität. Deshalb schaffen wir das neue UKSH, ein Megaprojekt. Das Land investiert über 520 Millionen €. Das Geld ist gut angelegt. Das ist eine Investition in die Zukunft des Landes, für die

Gesundheitsversorgung, für unsere Bürgerinnen und Bürger. Das sind über eine halbe Milliarde € für etwas, was das Leben der Menschen hier besser machen wird. Ich möchte ausdrücklich allen Dank sagen, gerade denjenigen in diesem Haus, die dies möglich gemacht haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Auch das Profil **Minderheitenpolitik** wird akademisch gestärkt, zum Beispiel mit einer neuen Professur an der Europa-Universität Flensburg. Mein Ziel ist: Wir werden Flensburg als Leuchtturm für wissenschaftliche Minderheitenpolitik noch sichtbarer machen. Damit setzen wir den gemeinsamen Weg fort, den wir - Anke Spoorendonk und ich zusammen mit der dänischen Kollegin - mit der ersten deutsch-dänischen Konferenz zur Hochschulzusammenarbeit in diesem Jahr ganz konkret begonnen haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine Damen und Herren, Profilbildung und Exzellenz sind das eine. Ebenso gibt es aber ganz viele praktische Herausforderungen, die es anzusprechen und vor allem natürlich anzugehen gilt. Auch das begreife ich als Innovationsfelder, die es anzupacken gilt.

Die **Studierendenzahlen** werden weiter wachsen. Wer da aber von Studentenbergen oder gar Studischwemme spricht, der hat offenbar wenig Weitsicht; denn wir reden über ganz viele junge Leute, über engagierte junge Leute, die lernen wollen, und das, meine Damen und Herren, ist unser Kapital für die Zukunft.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Unser Hochschul-Paket zum doppelten Abi-Jahrgang war, wie uns die Hochschulen bescheinigen, die richtige Antwort. Allerdings muss man auch sagen: Die Versorgung mit Wohnraum bleibt schwierig. Mit dem Studentenwerk konnten wir in Kiel und Flensburg neue Wohnheime für Studierende bauen, und es gibt eine gute Kooperation mit privaten Partnern. Es ist aber ganz klar, in diesem Feld müssen wir noch stärker werden.

Auch der **Sanierungsstau** in unseren **Gebäuden** wird ein Thema bleiben. Wir werden ihn schon aus technischen Gründen nur langsam abbauen können, aber wir ermöglichen Baufinanzierung aus den Hochschulpaktmitteln und schaffen durch die Bau-

(Ministerin Kristin Alheit)

herreneigenschaft der Hochschulen mehr Flexibilität für unsere Hochschulen.

Auch das Thema **Arbeitsbedingungen** für das **Personal** an unseren Hochschulen ist immer noch nicht problemfrei. Darum beteiligen wir uns zum Beispiel am Bundesprogramm für Nachwuchswissenschaftlerinnen und Nachwuchswissenschaftler, und wir schaffen mehr Junior-Professuren. Etwa dreißig Tenure-Track-Stellen werden zukünftig im Land gefördert.

Mich treibt auch die Tatsache um, dass zu wenige **ausländische Studierende** nach Schleswig-Holstein kommen und dass auch nur wenige junge Menschen aus unserem Land ins Ausland wechseln. Deshalb legen wir Anfang 2017 eine Internationalisierungsstrategie vor. Wir wollen die grenzüberschreitende Zusammenarbeit der Hochschulen stärken und ausländische Studierende ins Land holen. Wir unterstützen gemeinsame Forschungsprojekte und die gegenseitige Anerkennung von Abschlüssen.

Wir haben es eben schon gesagt: Natürlich bleibt die **Finanzierung der Hochschulen** weiterhin eine Herausforderung. Aber mit dem Sondervermögen für Hochschulen, der Aufstockung der Grundfinanzierung und der Beteiligung am Hochschulpakt III ist es uns gelungen, den jahrelangen Stillstand in diesem Bereich aufzulösen und echte Verbesserungen zu erreichen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Das führt mich zu meinem vierten Eckpunkt, nämlich der Verstärkung des Transfers zwischen **Wissenschaft und Wirtschaft**. Nach einer Umfrage der IHK Schleswig-Holstein verfügen nur 41 % der Unternehmen in unserem Land über Kooperationserfahrungen mit unseren Hochschulen. Insbesondere bei kleinen und mittleren Betrieben bestehen offensichtlich Schwellenängste, und auch die Hochschulen haben diese Betriebe noch nicht wirklich als ihre Partner entdeckt. In einem Land mit einem starken mittelständischen Wirtschaftsbereich ist das aber ganz klar eine Herausforderung. In guter Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsminister stellen wir uns mit dem Innovations- und Technologieforum neu auf in diesem Bereich.

(Zurufe)

- Genau. An dieser Stelle werde ich schlagwortartig, damit Sie sich darunter etwas vorstellen können, ein paar Dinge benennen. Ich habe mir gedacht, dass nicht jeder im Raum damit etwas anfan-

gen kann. Es geht zum Beispiel darum, dass sich Transferstellen und Patentverwertung erfolgsorientiert abstimmen müssen. Spin-offs müssen gestärkt werden, damit wir wirklich einen Schritt in die Richtung Gründerland Schleswig-Holstein gehen. Wir müssen stärker die Kompetenzen unserer außeruniversitären Forschungseinrichtungen nutzen. Das heißt, wir müssen hier ein neues Netzwerk aufstellen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Keine Frage, wir sind stolz auf die hohe Drittmittelquote, die unsere Hochschulen erreichen. Finanzielle Unterstützung zum Beispiel aus der DFG ist ein richtiges Qualitätsmerkmal. Eine Abhängigkeit von privaten Drittmittelgebern darf aber im Interesse der Freiräume von Wissenschaft nicht entstehen. Wissenstransfer hat aber noch eine weitere Dimension. Wir benötigen lebenslange Qualifizierung mehr denn je. Deshalb haben wir ganz konkret unsere Hochschulen für mehr Meister und für mehr beruflich Qualifizierte ohne die klassische Hochschulzulassung geöffnet. Hier ist ein duales Studium ein Innovationstreiber, und das bleibt weiter Strategie, ebenso wie die Durchlässigkeit zwischen unseren Bildungssystemen.

Meine Damen und Herren, fünfter und damit letzter Eckpunkt ist die **Digitalisierung** als gemeinsamer Weg. In Zeiten steigender Studierendenzahlen und einer gigantischen Datenmenge unterstützen die digitalen Technologien unsere Forschung und unsere Lehre. Sie sind eine Ergänzung, sie sind kein Ersatz bisheriger Lehrpraxis. Deshalb spreche ich von einer sanften Digitalisierung.

Schleswig-Holstein hatte frühzeitig diese Chance erkannt und mit der Open-Access-Strategie einen Anfang gemacht. Längst sind wir aber weiter und entwickeln diese Strategie in Richtung Open Science. Erstmals haben wir zum Beispiel in diesem Jahr einen dotierten Open-Science-Award ausgelobt. Wir bewilligen Mittel für den Aufbau von Publikationsfonds und richten unseren Landesserver ein.

Die Digitalisierung ist ein zentraler Entwicklungstreiber. Deshalb investieren wir in die digitale Kompetenz an unseren Hochschulen und den Schulen. Wir können uns dabei auf eine Vielzahl von Akteuren stützen, auch international. Ganz konkret gab es dazu gestern von der Bundesministerin das neue Paket, das sie aufgelegt hat. Britta Ernst und ich, wir unterstützen es sehr, weil dies ein Schritt in die richtige Richtung ist. Digitalisierung

**(Ministerin Kristin Alheit)**

verändert unsere Welt, auch die Welt der Hochschulen. Sie wird die methodische Vielfalt bereichern.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Meine sehr geehrten Damen und Herren, Wissen generieren, Wissen vermitteln, Wissen nutzen; dieser Dreiklang weist den Weg in eine Zukunft mit Wissenschaft und hin zu einer Wissenschaft mit Zukunft. Vor Kurzem habe ich an der CAU eindrucksvoll erlebt, wie Innovation aus dem Norden Menschheitsträume erfüllen hilft. Kieler Physiker entwickeln Instrumente für High-Tech-Missionen auf dem Mars, auf dem Mond und sogar auf dem kleinen und so fernen Kometen Tschuri. Das Beispiel zeigt uns: Nur wer sich hohe Ziele setzt und beharrlich daran arbeitet, erreicht viel. Exzellenz ist nicht, bei refelexhafter Kritik stehen zu bleiben. Exzellenz ermöglicht vielmehr, wer Ideen hat und sich auf den Weg macht. Das tun wir hier in Schleswig-Holstein, und das tun wir für Schleswig-Holstein. - Dankeschön.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank, Frau Ministerin. - Meine Damen und Herren, ich teile Ihnen mit, dass die Frau Ministerin die vereinbarte Redezeit um 6 Minuten überzogen hat. Das heißt, Ihnen allen stehen jetzt 21 Minuten Redezeit zur Verfügung.

Bevor wir aber zur Aussprache kommen, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam weitere Gäste auf der Tribüne zu begrüßen. Es sind Mitglieder des SPD-Ortsverbands aus Bad Schwartau, und es ist der Vorsitzende des DGB-Nord, Uwe Polkaehn. - Ihnen allen gemeinsam herzlich willkommen hier im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Das Wort für die CDU-Fraktion hat jetzt Herr Abgeordneter Daniel Günther.

**Daniel Günther [CDU]:**

Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht ein kleiner Tipp an die regierungstragenden Fraktionen aus medialer Sicht: Wenn man nach so einer Rede schon so enthusiastisch klatscht, dann empfiehlt es sich, dabei auch fröhlich zu gucken und nicht so ernst, wie Sie es

dabei getan haben, obwohl ich das nachvollziehen konnte.

(Beifall CDU und FDP)

Frau Ministerin, ich will einmal mit dem Positiven anfangen. Zum ersten Mal, zumindest seitdem ich als Vorsitzender der CDU-Fraktion die Regierungserklärung vorher als Skript bekommen habe, hat sich die Landesregierung tatsächlich auch einmal an das Skript gehalten, das sie vorher verteilt hat. Das ist wirklich auffällig.

(Beifall CDU und FDP)

In der Vergangenheit war es hier im Landtag guter Brauch, und zwar bei der Vorgängerregierung und auch bei dieser Regierung, die sich daran gehalten hat, Regierungserklärungen abzugeben, wenn ein Thema aktuell ist oder wenn es eine Initiative gibt. In der letzten Plenarwoche haben wir uns zumindest schon gefragt, was denn der Anlass für eine Regierungserklärung mit einem so ausdifferenzierten und prägnanten Titel „Wissenschaft mit Zukunft: Zukunft mit Wissenschaft!“ ist.

(Christopher Vogt [FDP]: Starkes Schleswig-Holstein!)

Diese Frage haben Sie sich wahrscheinlich auch gestellt, denn sonst hätten Sie diese Regierungserklärung schon in der letzten Plenarwoche gehalten und sie nicht lieber um noch eine Tagung verschoben.

(Beifall CDU, FDP und vereinzelt PIRATEN)

Ich darf hinzufügen, dass es - zumindest nach meinem Wissen - einmalig ist, dass eine Regierungserklärung auch nach der Verschiebung um eine Plenarwoche nicht auf die vom Ministerpräsidenten angemeldete Zeit Mittwoch, 10 Uhr, gesetzt worden ist, sondern möglichst nicht so prominent, weil es Ihnen offensichtlich selbst peinlich ist, wie die Bilanz der Regierung in der Hochschulpolitik aussieht.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jetzt mal zur Sache!)

Aber leider ist uns nach den 21 Minuten Redezeit der Frau Ministerin immer noch nicht klar, welches eigentlich der Anlass für diese Regierungserklärung ist. Deswegen sage ich Ihnen: Ich werde mich in wenigen Sätzen am Anfang mit der Regierungserklärung beschäftigen, aber ich will die Zeit lieber dafür nutzen, Ihnen vorzustellen, was wir in der nächsten Wahlperiode konkret machen werden,

**(Daniel Günther)**

welche zehn Punkte wir umsetzen wollen. Alles andere wäre Zeitverschwendung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Es spricht doch Bände, dass der von Ihnen zitierte Kieler Universitätspräsident Kipp zum jetzigen Zeitpunkt sieben Punkte formuliert. Er formuliert diese sieben Punkte aber gar nicht mehr in Richtung Landesregierung in der Hoffnung, dass von dort aus etwas umgesetzt wird, sondern er schreibt in die sieben Punkte hinein, dass er sich lieber an die nächste Landesregierung richte, weil er weiß, dass von der jetzigen Landesregierung viereinhalb Jahre lang nichts getan worden ist, weshalb auch im letzten halben Jahr der Regierungszeit nichts getan werden wird.

(Beifall CDU und FDP)

Aber, Frau Alheit, Sie müssen sich keine Sorgen machen: Wir machen das nicht ausschließlich an Ihnen fest;

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Woran denn?)

denn Sie mussten in dem gesamten Zeitraum, in dem Sie für die Hochschulen zuständig sind, viel aushalten, was eigentlich der Herr Ministerpräsident hätte aushalten müssen. Denn er hat mit einer der größten Fehlentscheidungen, die er in seiner Regierungszeit getroffen hat, zugeschlagen und ein ohnehin unglaublich komplexes und arbeitsintensives Sozialministerium damit betraut. Diese Aufgabe hätte niemand, nicht Sie, aber auch niemand anderes im Sozialministerium erfüllen können. Diese Fehlentscheidung hat der Ministerpräsident getroffen. Das können wir nicht Ihnen in die Schuhe schieben.

(Beifall CDU und FDP)

Aber er brauchte eine schnelle Lösung, und das haben am Ende die Hochschulen auszubaden gehabt.

Wie unwichtig Ihnen die Hochschulen sind, lesen wir auch in der Landesentwicklungsstrategie, in der Sie neun Leitlinien für die Zukunft Schleswig-Holsteins 2030 definieren. Aber den Hochschulen, den Universitäten und Fachhochschulen widmen Sie keine einzige dieser Leitlinien. Und dann reden Sie von dem Titel „Wissenschaft mit Zukunft: Zukunft mit Wissenschaft!“ und schreiben dazu nichts in die Landesentwicklungsstrategie hinein. Das zeigt wieder, dass die Politik des Herrn Ministerpräsidenten eine reine Worthülse ist. Mit Ihrem Handeln hat das überhaupt nichts zu tun.

(Beifall CDU und FDP)

Spöttisch heißt es in den Hochschulen - und das ist der Übergang zu den zehn Punkten, die wir Ihnen heute präsentieren wollen -:

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

So viel Hochschulautonomie wie unter dieser Regierung hatten wir noch nie. Das meinen Sie aber nicht positiv, sondern sie sagen: Es ruft seit vier Jahren keiner an; es interessiert sich keiner für uns in den Hochschulen!

(Lachen SPD)

Wir dürfen machen, was wir wollen. - Das ist Ihr Verständnis von Hochschulautonomie. Wir werden Ihnen zeigen, wie man das wirklich macht.

(Beifall CDU und FDP - Zurufe SPD)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

**Daniel Günther [CDU]:**

Ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Andresen, bitte.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, Herr Kollege. - Eigentlich ist es ein bisschen gemein, dass ich Ihnen jetzt eine Zwischenfrage stelle, weil ich so gespannt auf die von Ihnen angekündigten zehn Punkte bin. Das wäre ja das erste Mal, dass Sie während dieser Wahlperiode Ideen für unsere Hochschulen präsentieren; das kommt also ja vielleicht noch.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich möchte Sie aber fragen, ob Sie wahrgenommen haben, dass es mehrere **Hochschulkonferenzen** sowohl unter der jetzigen Ministerin als auch unter der Vorgängerministerin gegeben hat, in denen Studierendenvertretungen, Personal, aber eben auch die Hochschulleitung im offenen Dialog bestimmte Themen im Vorfeld von Gesetzesnovellierungen im letzten Jahr diskutiert haben. Ich glaube, dass Sie es wissen, weil ich meine, dass Sie sogar ein- oder zweimal dabei gewesen sind. Hundertprozentig sicher bin ich mir da allerdings nicht.

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

Ist Ihnen auch bewusst, dass Anfang des letzten Jahres eine Hochschulkommission von Staatssekretär Fischer eingerichtet wurde, die die Grundlage dafür gelegt hat, dass wir danach die Finanzierung für die Hochschulen angehoben haben? Sie haben gesagt, jetzt rufe keiner an. Nun weiß ich nicht, wie oft Rolf Fischer auf seiner Telefonleiste Hochschulpräsidenten hat. Aber sie treffen sich zumindest, und das sollten Sie zur Kenntnis nehmen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Daniel Günther [CDU]:**

Ich kann mich an zwei Hochschulkonferenzen erinnern.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das heißt aber nicht, dass nicht mehr stattgefunden hätten! - Heiterkeit SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Die erste Hochschulkonferenz hat Frau Wende dazu genutzt, im Wesentlichen die Universitätspräsidenten zu beschimpfen. Das ist sogar öffentlich geworden.

(Beifall CDU und FDP)

Im Übrigen wurde am Ende das Gegenteil von dem gemacht, was dort besprochen worden ist. Das ist Ihre Politik in dem Bereich. Das sage ich Ihnen, Herr Kollege Andresen, auch bewusst zur zweiten Konferenz und Anhörung, die durchgeführt wurde; die wurde zum Hochschulgesetz durchgeführt: Nichts von dem ist umgesetzt worden, weil Sie sich am Ende mit Ihren AStA-Kumpels hingestellt und das Gegenteil von dem gemacht haben, was Sie den Hochschulen zugesagt haben. Das ist das Ergebnis Ihrer Politik.

(Lebhafter Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten Andresen?

**Daniel Günther [CDU]:**

Wenn er sich das wirklich antun möchte, gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Andresen.

**Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Vielen Dank, Herr Kollege. -

Der polemische Witz war beim ersten Mal lustig, aber das zweite Mal reicht es vielleicht nur noch für die CDU-Fraktion.

Sie haben gesagt, bei den Sachen, die auf der ersten Hochschulkonferenz beschlossen worden seien, sei danach das Gegenteil von dem gemacht worden, was dort besprochen worden sei. Zunächst möchte ich feststellen, dass die Diskussionen durchaus kontrovers waren, das heißt, dass man am Ende von kontroversen Diskussionen nicht für und gegen etwas gleichermaßen sein kann.

Zum anderen möchte ich gern von Ihnen Beispiele dafür genannt bekommen: Was ist denn ein Beispiel für etwas, was auf der ersten Hochschulkonferenz von dieser Landesregierung versprochen worden ist, wo wir dann aber als Koalition oder als Regierung das Gegenteil gemacht haben? Nennen Sie doch einmal ein konkretes Beispiel!

**Daniel Günther [CDU]:**

Herr Kollege Andresen, ich glaube, es macht relativ wenig Sinn, das Geplänkel - -

(Martin Habersaat [SPD]: Nur ein Beispiel!)

- Also nein, wirklich. Ich habe Ihnen die ganzen Beispiele dafür genannt.

(Widerspruch SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich habe Ihnen auch die ganzen Beispiele zum Hochschulgesetz genannt. Können Sie mir irgendetwas sagen, was Sie mit den Hochschulen über den Diversity-Beauftragten im Vorfeld besprochen haben, den Sie am Ende ins Hochschulgesetz reingeschrieben haben? Sie haben plötzlich einen aufgeblähten **Senat** beschlossen, der größer ist als der Schleswig-Holsteinische Landtag, in dem die Hochschulen zurzeit sitzen und sich ausdenken, wie sie dieses Hochschulgesetz umgehen können, um nicht genau diesen Quatsch zu machen, den Sie in das Gesetz hineingeschrieben haben. Das sind zwei Punkte. Ich kann Ihnen zehn Punkte aufzählen, wenn Sie möchten.

(Zuruf SPD: Dann tun Sie es doch!)

Aber ich will Ihnen unsere zehn konkreten Punkte nennen, die wir machen werden; denn davon haben die Menschen mehr, als wenn sie sich Ihre blöde Bilanz angucken.

(Beifall CDU - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD] - Weitere Zurufe SPD)

**(Daniel Günther)**

Erstens. Eine **auskömmliche Hochschulfinanzierung** ist Grundlage für eine leistungsstarke Wissenschaft.

(Beifall CDU)

Ich sage Ihnen: Die Ministerin hat sich ja für ihre 100 Millionen € gelobt, die zwischen 2012 bis 2017 mehr in die Hochschulen geflossen sind. Das bestreiten wir auch nicht. Wir bestreiten auch nicht, dass das Signal bei den Hochschulen angekommen ist.

Aber wissen Sie: Der Bund hat das Land Schleswig-Holstein in diesen Jahren um 110 Millionen € durch die BAFöG-Mittel entlastet, die er übernommen hat. Die Wahrheit ist: Diese Landesregierung hat für die Hochschulen in unserem Land keinen einzigen zusätzlichen Cent investiert - trotz 2,5 Milliarden € mehr an Steuereinnahmen. Kein einziger Cent davon ist in die Hochschulen gegangen. Das ist die Wahrheit Ihrer Bilanz.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine Bemerkung der Kollegin Erdmann?

**Daniel Günther [CDU]:**

Sehr gern.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Frau Erdmann, bitte.

**Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Herr Fraktionsvorsitzender Günther, kann ich Sie also so interpretieren, dass Sie die Investition der BAFöG-Mittel in Lehrstellen und in die Schulen immer noch kritisieren? Und wollen Sie nicht zustimmen, dass die strukturelle Anhebung der Mittel erfolgt ist? Es ist ja egal, aus welchen Mitteln das geschehen ist.

**Daniel Günther [CDU]:**

Wir haben damals ganz klar vorgelegt, wie wir die BAFöG-Mittel verteilt hätten.

(Martin Habersaat [SPD]: Sogar zweimal unterschiedlich! - Lachen SPD)

Wir haben das solide gegenfinanziert. Das Ergebnis Ihrer Politik ist, weil alle anderen Bundesländer mehr von den BAFöG-Mitteln in die Hochschulen hineinstecken - übrigens auch viele Länder, die von

den Grünen mitregiert werden -, dass Sie dafür Sorge getragen haben, dass unsere Hochschulen im bundesweiten Vergleich noch weiter abgehängt worden sind. Daran ändert die Erhöhung der Mittel, die Sie jetzt beschlossen haben, überhaupt nichts. Deswegen war der Weg damals falsch. Das bleibt weiterhin unsere Auffassung.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer weiteren Bemerkung. Möchten Sie diese zulassen?

**Daniel Günther [CDU]:**

Ich kann den Wunsch verstehen, aber ich möchte jetzt gerne mit meiner Rede fortfahren.

(Zuruf SPD: Sie weichen aus, Herr Günther!)

- Nein, ich habe drei Zwischenfragen zugelassen. Die Ministerin hat keine einzige zugelassen. Daran will ich Sie einmal erinnern.

(Beifall CDU)

Wir werden das Hochschul- und Wissenschaftssystem durch eine Erhöhung der Grundhaushalte nachhaltig stärken. Damit werden wir die Hochschulen in die Lage versetzen, die wissenschaftliche Ausbildung junger Menschen in quantitativer und qualitativer Hinsicht zu gewährleisten. Professor Kipp hat diese strukturelle Unterfinanzierung von weiterhin 10 Millionen € trotz der Erhöhung, die Sie gemacht haben und die wir ausdrücklich anerkennen, angesprochen. Wir werden sicherstellen, dass die Hochschulen im norddeutschen Vergleich nicht weiter wie in den letzten Jahren abgehängt werden. Wir schaffen mehr Verlässlichkeit für unsere Hochschulen in Schleswig-Holstein.

(Beifall CDU)

Zweitens. Um im nationalen und internationalen Wettbewerb der Hochschulen auch um die besten Köpfe bestehen zu können, werden wir die Hochschulen bei der **Verbesserung der Arbeitsbedingungen** sowie bei der Schaffung attraktiver Stellen mit Planentwicklungsperspektiven unterstützen. Auch um die Vereinbarkeit von Familie und wissenschaftlicher Karriere zu verbessern, muss der Anteil der befristeten Verträge bei dem wissenschaftlichen Personal reduziert und der Anteil unbefristeter Verträge erhöht werden. Davon profitieren Wissenschaft und Forschung.

(Daniel Günther)

Sie reden über attraktive Arbeitsbedingungen, Sie reden darüber, wie man Familien stärken kann. Wir schaffen attraktive Arbeitsbedingungen mit klaren Entwicklungsperspektiven.

(Beifall CDU - Zuruf Eka von Kalben  
[BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Drittens werden wir das bereits im Jahr 2012 vorgelegte und geeinte Konzept für eine bessere **Zusammenarbeit** zwischen **Hochschulen und UKSH** umsetzen. Zudem werden wir über den Forschungstitel im Haushalt für das UKSH ebenfalls Zielvereinbarungen abschließen, und zwar so, wie es im Hochschulbereich gemacht wird, damit wir dort für langfristige Planungssicherheit sorgen. Wir reden auch hier nicht nur über Hochschulmedizin. Seit 2012 gibt es dieses geeinte Konzept zwischen UKSH und den Fakultäten. Sie haben viereinhalb Jahre verschwendet und werden es wahrscheinlich auch in dieser Legislaturperiode noch nicht einmal umsetzen. Wir reden nicht darüber, sondern wir werden die Hochschulmedizin in Schleswig-Holstein stärken.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Zwischenfrage oder -bemerkung des Abgeordneten Stegner?

**Daniel Günther [CDU]:**

Ich lasse die nicht zu, weil die SPD gleich noch Gelegenheit hat, ihre Meinung hier kundzutun.

Punkt vier. Die schleswig-holsteinischen Hochschulen werden zur stärkeren **Profilbildung** und zur weiteren Ausdifferenzierung der Hochschullandschaft motiviert. Das Fächerangebot an den Hochschulen muss sich stärker am künftigen Bedarf ausrichten.

Weil wir einen solchen Stillstand bei Großprojekten haben, was daran liegt, dass wir auch nicht genügend Ingenieure ausbilden, werden wir sicherstellen, dass wir auch eine Ingenieurausbildung an den Hochschulen im nördlichen Landesteil haben werden, weil wir diese Fachkräfte dringend benötigen. Das werden wir sicherstellen.

(Beifall CDU)

Darüber hinaus müssen wir die staatlichen Fachhochschulen in Schleswig-Holstein sachgerecht weiterentwickeln und ihre Benachteiligung verringern. Hierbei ist ein angemessener Ausbau der Masterstudienplätze vorzusehen.

Hochschulfreiheit heißt für uns eben nicht, dass jede Hochschule das macht, was für sie finanziell sinnvoll ist. Das ist das Problem, was wir im Hochschulpakt haben, dass wir den Zwang für die Hochschule haben, möglichst Studienplätze zu schaffen, die besonders billig sind. Aber wir müssen Anreize dafür schaffen, dass wir Studiengänge einrichten, damit junge Menschen auch anschließend eine Perspektive haben und möglichst auch einen Arbeitsplatz in Schleswig-Holstein finden werden. Das bedeutet für uns Hochschulfreiheit, und das werden wir durchsetzen, meine Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Wenn man so konkret über Hochschulpolitik redet, werden die regierungstragenden Fraktionen plötzlich auffallend ruhig und nachdenklich und lesen beschämend auf ihrem iPad. Ich nehme das belustigt zur Kenntnis, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Fünftens. **Gute Bedingungen für Lehrkräfte und Studierende** sind die Voraussetzung für ein erfolgreiches Studium. Über Abbrecherquoten hat die Ministerin in ihrer Regierungserklärung kein einziges Wort verloren. Wir haben ein Drittel Studienabbrecher, und die Ministerin sagt nicht ein einziges Wort, was sie dagegen unternehmen möchte. Das ist meiner Meinung nach ein Armutzeugnis für eine Regierungserklärung, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Wir werden das übrigens konkret machen. Wir werden verpflichtend im zweiten Semester durchsetzen, dass derjenige, der weniger als 60 % der Leistungspunkte erworben hat, an einer verpflichtenden Studienberatung teilnehmen muss; denn wir wollen nicht diese Frustration, dass man viele Semester umsonst studiert hat. Wir wollen den Menschen eine Perspektive bieten, wir verbessern die Studienbedingungen und reduzieren die Abbrecherquote. Das sagen wir fest zu, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

Wir werden sechstens die **Bauinvestitionen** erhöhen, und zwar durch den Bau neuer Lehr- und Forschungsgebäude die Gebäudeinfrastruktur unserer Hochschulen verbessern.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Man muss einmal den Unterschied zwischen Wollen und Werden erklären!)

**(Daniel Günther)**

- Genau. Der Unterschied zwischen Wollen und Werden, Herr Stegner, ist, dass Sie zweifelsohne über Ihre Programme erhebliche Gelder zur Verfügung gestellt haben, um in die Hochschulen zu investieren, um zu unterstützen, dass dort auch Wohnheimplätze geschaffen werden. Nur das Ergebnis dieser Politik ist, dass das Geld hier liegt und Ihre Regierung nicht in der Lage ist, da die Strukturen viel zu kompliziert sind, dieses Geld überhaupt zu verbauen.

(Beifall Christopher Vogt [FDP])

Deswegen werden wir die Bedingungen verbessern und sicherstellen, dass wir nicht nur die Gelder zur Verfügung stellen, sondern dass auch endlich wieder in unsere Hochschulen investiert wird und Wohnheimplätze gebaut werden.

(Beifall CDU - Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer weiteren Zwischenbemerkung. Ich frage Sie jetzt, ob Sie diese zulassen.

**Daniel Günther [CDU]:**

Ich brauche einmal eine kurze Unterbrechung. In Ordnung.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, es freut mich, dass ich hier bevorzugt behandelt werde.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das schmerzt mich sehr!)

- Es ist nichts Persönliches, Herr Stegner, zumindest nicht zwischen uns beiden.

Ich wollte Sie zum Thema Hochschulbau fragen, weil Sie hierfür gerade angekündigt haben, Veränderungen vorzunehmen. Ich möchte konkret fragen, was das bedeutet, da im Hochschulbaubereich zwei Sachen geschehen sind: Zum einen haben wir im Rahmen der Hochschulgesetzesnovellierung das Gesetz verändert. Es ist ein Modell gefunden worden, mit dem die meisten Hochschulen sehr, sehr gut leben können. Ich kann mich auch daran erinnern, dass diese Frage beispielsweise an der Kieler Christian-Albrechts-Universität stark diskutiert wird und andere Ressourcen anspricht als die FH Westküste beispielsweise, die diese Frage sehr unterschiedlich bewertet.

Nichtsdestotrotz haben wir jetzt an der Spitze der GMSH einen ausgewiesenen Experten für Hochschulbau, das ist Herr Eisoldt, der vorher Kanzler an der Christian-Albrechts-Universität war und der sich dieses Bereiches annehmen will.

Was wollen Sie bei den Prozessen, die aus meiner Sicht, und so kommentieren es die Hochschulen, jetzt inzwischen ganz gut anlaufen, konkret verändern?

- Wir haben Probleme sowohl bei den Investitionen, die dort getätigt werden, als auch bei allen Planungen, die auf den Geländen der Hochschulen stattfinden, übrigens auch bei dem Bau von Studentenwohnheimen. Sprechen Sie diesbezüglich bitte einmal mit Praktikern. Ich denke, Staatssekretär Fischer weiß aus seiner persönlichen Erfahrung auch, was ich meine. Sie haben die GMSH, Sie haben das Bildungsministerium beziehungsweise jetzt das Sozialministerium, das Finanzministerium, und Sie haben die Hochschulen mit dabei.

(Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sagen Sie, was Sie wollen!)

- Ja! Dort gibt es ein Wirrwarr an Kompetenzen. Deswegen sage ich Ihnen zu: Wir werden dieses Wirrwarr auflösen. Wir werden klar definieren, wer den Hut aufhat. Deswegen werden wir im Gegensatz zu Ihnen sicherstellen, dass diese Investitionen auch verbaut werden, meine sehr geehrten Damen und Herren.

(Beifall CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer weiteren Bemerkung des Kollegen Andresen. Würden Sie diese ebenfalls gestatten?

**Daniel Günther [CDU]:**

Ich gebe zu, dass ich alles gegeben habe, um das dem Kollegen Andresen zu erklären. Besser kann ich es nicht erklären. Von daher würde ich jetzt gern in meiner Rede fortfahren.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Da fallen Können und Wollen bei Ihnen auch wieder auseinander!)

Siebtens. Wir werden das Hochschulgesetz zu einem **Hochschulfreiheitsgesetz** weiterentwickeln. Mit Ihrem Gesetz machen Sie reine rot-grüne Gesellschaftspolitik. Hochschulpolitischer Input fehlt in Ihrem Gesetz vollständig. Mit dem Wegfall der

(Daniel Günther)

Präsenzpflicht, mit dem aufgeblähten Senat, mit unsinnigen Diversity-Beauftragten und einer überflüssigen Ethikkommission zur Gängelung von Forschungsprojekten haben Sie die Arbeit an den Universitäten und Fachhochschulen erschwert und in keinem einzigen Punkt verbessert.

(Beifall CDU)

Wir werden dafür Sorge tragen, dass die Hochschulen wieder starke und straffe Führungsstrukturen bekommen, dass sie von unnötigen administrativen Aufgaben entlastet werden und sich auf ihre Kernaufgaben konzentrieren können. Der eingeführte erweiterte Senat wird Geschichte sein, sobald wir in Regierungsverantwortung sind. Wir werden die aufgeblähte Bürokratie zurückführen und gleichzeitig für die Freiheit von Wissenschaft, Forschung und Lehre sorgen. Ein transparentes Wissenschaftssystem und Vertrauen in unsere Forscher und Unternehmen bedürfen keiner Ethikkommission oder irgendwelcher Zivilklauseln. In diesen Punkten werden wir das schleswig-holsteinische Hochschulgesetz anpassen.

Für uns bedeutet Freiheit eben nicht Desinteresse an der Entwicklung der Hochschulen. Vielmehr schaffen wir Freiheit und mehr Effizienz an unseren Hochschulen mit einem echten Hochschulfreiheitsgesetz.

(Beifall CDU)

Achtens. Der Erfolg der schleswig-holsteinischen Universitäten und Forschungseinrichtungen bei der **Exzellenzinitiative** muss fortgesetzt und verstetigt werden. Wir werden die Universitäten bei ihren Bewerbungen für die beiden Förderlinien Exzellenzcluster und Exzellenzuniversitäten im Rahmen der Strategie bestmöglich unterstützen.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Dafür werden die sich bedanken bei Ihnen!)

Damit stärken wir den Wissenschaftsstandort Schleswig-Holstein nachhaltig.

Aber wir werden uns dabei auch als Land einbringen. Wir werden die Bewerbungen der Hochschulen unterstützen und priorisieren, damit wir die Chance, in die entsprechende Förderung zu kommen, ergreifen können.

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Fragen Sie einmal die Hochschulen, wie sehr sie sich durch diese Landesregierung bei diesem Thema unterstützt fühlen.

(Zurufe SPD)

Um unsere erfolgreichen Exzellenzcluster zu verstetigen, werden wir eigene Mittel einsetzen und einen eigenen Fonds für Spitzenforschung einrichten, damit wir die erfolgreiche Arbeit verstetigen können.

(Beifall CDU)

Neuntens. Schleswig-Holsteins **Unternehmen** verfügen selten über eigene Forschungs- und Entwicklungskapazitäten. Sie sind auf eine hochmoderne und effiziente öffentliche Forschungsinfrastruktur angewiesen. Als wichtige Kooperationspartner der kleinen und mittelständischen Unternehmen sind hier insbesondere die **Fachhochschulen** gefordert. Durch eine stärkere Förderung der Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten der Fachhochschulen kann die Innovationskraft unserer Unternehmen gestärkt werden. Der wechselseitige Austausch zwischen Wissenschaft und Wirtschaft muss vorangetrieben werden. Deswegen werden wir ein Programm auflegen, über das unbürokratisch Prämien für innovative Ideen junger Forscher ausgezahlt werden. Andere Bundesländer machen das. Das sollten wir in Schleswig-Holstein auch tun.

(Beifall CDU)

Der zehnte Punkt darf nicht fehlen: Wir werden dafür sorgen, dass die Interessen der schleswig-holsteinischen Hochschulen in Berlin wieder mit einer starken Stimme vertreten werden,

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Mit Herrn Dornquast am besten!)

indem wir die **Zuordnung der Wissenschaft zum Sozialministerium** beenden. Sie wissen alle miteinander: Man ist, wenn man in Deutschland in Sachen Hochschule unterwegs ist, Hohn und Spott ausgesetzt, wenn man erzählt, dass wir in Schleswig-Holstein die Wissenschaft zum Sozialfall gemacht haben. Es ist Ihnen selbst peinlich, dass diese Regierung das gemacht hat.

(Beifall CDU)

Das Einzige, womit Sie hier im Schleswig-Holsteinischen Landtag in Sachen Hochschulpolitik immer zu punkten versuchen, sind Debatten über die Vergangenheit.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das wollen Sie nicht hören!)

Zu keinem einzigen Punkt habe ich von Ihnen bisher irgendetwas Konkretes und Zukunftsorientiertes gehört. Deswegen haben wir Ihnen jetzt diese zehn Punkte vorgestellt. So macht man Hochschulpolitik,

**(Daniel Günther)**

(Lachen Dr. Ralf Stegner [SPD])

nicht so müde und verzagt wie diese Landesregierung. Unsere Universitäten und Fachhochschulen haben Besseres verdient.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Als Nächstes erteile ich dem Kollegen Martin Habersaat von der SPD-Fraktion das Wort.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Günther, ich will mit einem Punkt Ihrer Rede anfangen, bei dem ich Ihnen ausdrücklich zustimme: Heute ist Donnerstag.

(Heiterkeit SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wenn es Teil Ihrer Kritik an der Wissenschaftspolitik dieser Landesregierung sein muss, dass diese Regierungserklärung nicht an einem Mittwoch, sondern an einem Donnerstag stattfindet, dann zeigt das, wie „groß“ die Angriffsfläche insgesamt nur ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Weil Sie zum wiederholten Male diesen Slogan von der Wissenschaftspolitik als Sozialfall gebrauchen, frage ich: Was haben Sie eigentlich für ein Bild von all den Themen, die im Sozialministerium behandelt werden, und was sind Ihnen eigentlich die Menschen wert, die diese Themen, die dort behandelt werden, etwas angehen?

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Nun sind in dieser Woche zwei erstaunliche Ereignisse zusammengefallen - nein, nicht erstaunliche, sondern interessante Ereignisse -: In derselben Woche war Daniel Günther beim Papst und hat die Staatsanwaltschaft die Ermittlungen gegen Wara Wende eingestellt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Aber nur, weil er beim Papst war, wahrscheinlich!)

Das hätte man zum Anlass nehmen können - beides möglicherweise -, sich hier in Demut hinzustellen und für all den Schmutz, den man geworfen hat, zu entschuldigen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Daniel Günther [CDU]: Das ist

skandalös! Die Einflussnahme! Mitarbeiter unter Druck gesetzt! Unverschämte!)

Sie haben kübelweise Verleumdungen und Falschbehauptungen gegen diese Ministerin ausgeschüttet. Das Einzige, was hängen geblieben ist, ist Ihr Hintern auf dem Sessel des Oppositionsführers, Herr Günther.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Wortmeldung Wolfgang Kubicki [FDP] und Uli König [PIRATEN])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, es gibt den Wunsch nach einer Zwischenbemerkung des Kollegen Kubicki. Ich frage Sie, ob Sie diese gestatten?

**Martin Habersaat [SPD]:**

Ich sehe aktuell sogar zwei Wünsche nach Zwischenbemerkungen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Ja, und wir fangen mit Herrn Kubicki an, würde ich sagen.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Ich möchte beiden nicht nachkommen. Vielen Dank für die Frage.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Habe ich das richtig verstanden? Das ist hier akustisch nicht angekommen. Sie wollen keine Zwischenbemerkung zulassen? - Gut.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

**Martin Habersaat [SPD]:**

Meine Damen und Herren, das Land Schleswig-Holstein unterhält neun staatliche Hochschulen. Dazu kommen drei private Fachhochschulen und erfolgreiche, international anerkannte Forschungseinrichtungen. Es gibt in Deutschland und in Schleswig-Holstein so viele Studierende wie noch nie. Immer mehr junge Menschen wählen zu ihrer Potenzialentfaltung den Weg an eine Hochschule. Die Universitäten und ihre kooperierenden Forschungseinrichtungen rüsten sich jetzt für eine ganz neue Phase der Exzellenzinitiativen. Im Rahmen des Hochschulpakts haben die Fachhochschulen einen großen Teil der wichtigen Aufgabe übernommen, jungen Menschen bei der Entfaltung ihrer Po-

(Martin Habersaat)

tenziale zu helfen. Sie leisten einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung des Landes, seiner Regionen und gegen den Fachkräftemangel. Das Kooperationsverbot ist gefallen. Der Bund kann sich an den Herausforderungen der Hochschulbildung beteiligen. - Das sind nur einige von vielen guten Gründen für eine Regierungserklärung in dieser Zeit zu diesem Thema. - Vielen Dank, Frau Ministerin Alheit, dass Sie diesen Weg heute gewählt haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Eingeweihte werden den Hinweis verstehen: Diese Rede könnte auch den Titel „Rückendeckung und Bekenntnis“ haben. Man muss sich nur einmal anschauen, was sich in dieser Legislaturperiode alles getan hat. Einige Beispiele: Die Universität Lübeck wurde Stiftungshochschule, das Center of Brain Behavior and Metabolism, CBBM, konnte eröffnet werden. Genau nebenan ist die Baustelle für das ZIEL, das Zentrum für Infektiologie und Entzündungsforschung Lübeck. Eine „Achse des Guten“ entsteht auf diesem Campus.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Interdisziplinäre Zentrum für Strukturelle Systembiologie, ein norddeutsches Gemeinschaftsprojekt auf dem DESY-Gelände, nimmt Form an. Das ist übrigens ein Projekt, aus dem Schwarz-Gelb in der letzten Legislaturperiode ausgestiegen war. Dieser Ministerin ist der Wiedereinstieg gelungen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der Senat der Leibniz-Gemeinschaft hat im März dieses Jahres entschieden, an der Christian-Albrechts-Universität drei Wissenschaftscampi einzurichten, drei auf einen Streich. Chapeau!

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Am 30. Juni 2014 wurde feierlich die Europa-Universität Flensburg ausgerufen.

(Beifall Dr. Ralf Stegner [SPD] und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Die Bezeichnung „Europa-Universität“ trägt sowohl dem besonderen Standort in der dänischen Grenzregion Rechnung als auch dem Anspruch der Universität, in ihren Studiengängen eine Generation auszubilden, die Europa versteht, lebt und aktiv fortentwickelt. Was für ein Ziel!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Mit dem Bau der Universitätsmedizin der Zukunft stellen sich das UKSH und das Land den Herausforderungen der Medizin des 21. Jahrhunderts. Ein größeres Investitionspaket hat es in Schleswig-Holstein noch nie gegeben.

(Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es gab und gibt weiter die seit vielen Jahren nicht mehr für möglich gehaltenen Zuschläge für die Grundhaushalte der Hochschulen. - Das alles sind Fakten.

Nach der gestrigen Sitzung und den Anregungen des Kollegen Tietze habe ich mich mit dem Begriff des Postfaktischen und der postfaktischen Politik befasst. Er bezeichnet laut Wikipedia

„...ein politisches Denken und Handeln, bei dem evidenzbasierte Fakten nicht mehr im Mittelpunkt stehen. Die Wahrheit einer Aussage tritt hinter den Effekt der Aussage auf die eigene Klientel zurück.“

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Kern der Unionspolitik ist das!)

Offenbar hat sich auch der Oppositionsführer mit diesem Thema befasst. Ich möchte das an fünf Beispielen würdigen: Sie stehen hier und behaupten, es gebe keinen Anlass für diese Regierungserklärung, und es hätte keinen einzigen Punkt zur Zukunft der Hochschulen in dieser Erklärung gegeben. In dieser Regierungserklärung hat die Ministerin erstmals die fünf Anträge für die Exzellenz-Cluster in der Zukunft vorgestellt - was für eine Nachricht. In dieser Regierungserklärung hat die Ministerin wörtlich angekündigt, dass die Hochschulen ein Teil der Landesentwicklungsstrategie werden. Und Sie werfen ihr Minuten später vor, genau dies würde nicht der Fall sein. - Was denn nun?

(Volker Dornquast [CDU]: Bisher steht auch nichts drin!)

Sie stellen sich hier hin und behaupten: Keiner ruft die Hochschulen an! Es war diese Landesregierung, die sich nicht mehr dem Dialog mit den Hochschulen verweigert hat, die Hochschulkonferenzen einberufen hat, die eine Hochschulkommission gegründet hat. Es ist dieser Staatssekretär Fischer, der von allen Seiten immer gelobt wird für seine Präsenz an den Hochschulen.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

(Martin Habersaat)

Man fragt sich, Herr Günther: Wen rufen Sie eigentlich an, wenn Sie die Hochschulen fragen? - Den RCDS?

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Herrn Dornquast!)

Sie behaupten, wir hätten keinen Cent für die Hochschulen übrig, keinen Cent - mehrfach vorgetragen!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist schon ziemlich gaga!)

Frau Alheit hat vorgerechnet, dass in dieser Legislaturperiode über 100 Millionen € mehr in die Hochschulen geflossen sind, 100 Millionen € mehr im Vergleich von 2017 zu 2012.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Dr. Kai Dolgner [SPD])

Interessant war ihr Kurzdiallog mit dem Kollegen Andresen, nachdem Sie behauptet hatten, bei der ersten Hochschulkonferenz hätte die Regierung das Gegenteil von dem angekündigt, was sie dann getan habe.

(Christopher Vogt [FDP]: Das hat er gar nicht gesagt!)

Kollege Andresen hat nachgefragt, ob sie ein einziges Beispiel nennen können. - Konnten Sie nicht - natürlich nicht. Bei dieser Hochschulkonferenz ging es darum, die Fachhochschulen zu stärken - das haben wir gemacht -, da ging es um Initiativen zur Verbesserung der Lehre - haben wir gemacht -, da ging es um Maßnahmen zur Stärkung des Frauenanteils - haben wir gemacht -, und da ging es um Profilierung der Hochschulen wie zum Beispiel die Entwicklung der Europa-Universität Flensburg - haben wir auch gemacht!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf Daniel Günther [CDU])

Diese lustige Geschichte mit der postfaktischen Politik: Diese Methode beziehen Sie inzwischen auch auf ihr eigenes Vorgehen. Da stehen Sie hier und sagen, Sie hätten ganz klar vorgelegt, was Sie mit den BAföG-Mitteln vorhaben. - Ja, das haben Sie vorgelegt - zweimal in unterschiedlichen Formen innerhalb einer Woche.

(Heiterkeit SPD)

Meine Damen und Herren:

„Genies fallen nicht vom Himmel. Sie müssen Gelegenheit zur Ausbildung und Entwicklung haben.“

- Das sagte schon August Bebel. Aus eigener Erfahrung kann ich das bestätigen,

(Heiterkeit)

und so ist das ein guter Ansatzpunkt für sozialdemokratische Schwerpunkte in der Hochschul- und Wissenschaftspolitik.

Es ist sicher unstrittig, dass Hochschulpolitik mehr ist als Zielgruppenarbeit für einige Zehntausende Studierende und einige Tausende Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler und Nichtwissenschaftlerinnen und Nichtwissenschaftler an den Hochschulen und Forschungseinrichtungen. Was heute an den Hochschulen geleistet wird, entscheidet darüber, was für Lehrerinnen und Lehrer, was für Ärztinnen und Ärzte, was für Juristinnen und Juristen, was für Ingenieurinnen und Ingenieure wir morgen haben werden. Es entscheidet darüber, wie sich die deutsche Wirtschaft in einer globalisierten Weltwirtschaft behaupten und entwickeln kann. Insofern ist der in der deutschen Gesellschaft so leidenschaftlich geführte Diskurs über TTIP und CETA zum Beispiel von den Fragen der Hochschulentwicklung nicht zu trennen. Hochschulpolitik ist Gesellschaftspolitik.

Wenn wir dafür eintreten, mehr Menschen für ein Studium zu gewinnen, tun wir das nicht, indem wir die Leistungsanforderungen so weit herabsetzen, dass das Scheitern im Studium vorprogrammiert ist, auch wenn Teile der Opposition das mitunter munter behaupten. Was wir aber unbedingt erreichen müssen, ist, den unseligen **Zusammenhang** zwischen **sozialer Herkunft** und **Bildungschancen** aufzubrechen. Wer die Begabung und den Willen zu einem Hochschulstudium hat, hat einen Anspruch darauf, dass für ihn die gleichen Zugangsbedingungen gelten wie für alle anderen auch und dass er oder sie nicht daran scheitern darf, dass Familien und Elternhaus bildungsfern sind und ihm oder ihr keine Unterstützung beim Weg durch das Studium bieten können.

(Beifall SPD, SSW und vereinzelt BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

An dieser Stelle ein großes Lob auch für die Leistung, der „ArbeiterKind“ in Schleswig-Holstein an unseren Hochschulen erbringt.

Es ist ein bleibendes Verdienst sozialdemokratischer Hochschulpolitik, durch die Entwicklung und den Aufbau der öffentlichen Studienförderung nach BAföG eine Grundfinanzierung des Studiums ermöglicht zu haben.

(Christopher Vogt [FDP]: Das ist aber schon ein paar Tage her, oder?)

(Martin Habersaat)

Wir wissen, dass die BAföG-Sätze für die meisten Studierenden nicht ausreichen und sie deshalb studienbegleitend arbeiten müssen. Die Bedingungen dafür sind durch die Bologna-Reform noch schwieriger geworden, durch die das Studium stärker durchorganisiert worden ist und bei dem die Freiräume, die das Studium früher gekennzeichnet haben, eingeschränkt worden sind.

Das heißt aus Sicht der Sozialdemokratie auch, dass wir die prekären Lebensumstände vieler Studierender nicht auch noch durch **Studiengebühren** noch prekärer machen dürfen. Ich freue mich und nehme mit Respekt zur Kenntnis, dass auch die Parteien, die sich früher für Studiengebühren eingesetzt haben, dies heute nicht mehr tun. Nach Baden-Württemberg schielen wir an dieser Stelle einmal nicht.

Wir haben im vergangenen Jahr mit dem neuen Hochschulgesetz das Wagnis unternommen, die **Freiräume der Studierenden** wieder ein wenig zu erhöhen, indem wir die Anwesenheitspflicht teilweise gestrichen haben. Wir haben das getan, um die unterschiedlichen Lebenssituationen und Anforderungen, die durch Erwerbstätigkeit, Versorgung eines Kindes oder eines pflegebedürftigen Angehörigen, eigene gesundheitliche Probleme oder andere Faktoren beeinträchtigt werden, mit einem regulären Studium zu vereinbaren. Zur Studierbarkeit gehört auch, dass sich Land, Kommunen und Öffentlichkeit an Hochschulstandorten gemeinsam der Verantwortung stellen, den Studierenden angemessen und bezahlbaren Wohnraum zur Verfügung zu stellen.

(Volker Dornquast [CDU]: Warum tun Sie das nicht?)

Da arbeiten wir eng mit dem Studentenwerk zusammen.

Wir wissen, dass viele Studierende ohne Abschluss von der Hochschule abgehen. Der Kollege Günther hat da eine beliebte Methode angewandt: Man hört sich eine 15-minütige Rede - oder wie lang auch immer sie ist - an und entrüstet sich dann: „15 Minuten Rede und kein einziges Mal das Wort“ - man setze ein Wort ein, irgendetwas findet sich immer. - Das ist das Oppositionsführer-Starter-Kit, das so etwas empfiehlt, glaube ich.

(Heiterkeit - Beifall Peter Eichstädt [SPD])

Berichte und Untersuchungen haben gezeigt, dass die in der Hochschule verbrachte Zeit auch ohne Abschluss eine wichtige biografische Phase der Qualifizierung war und nicht etwa sinnlos vertane Lebenszeit und vergeudete öffentliche Ressourcen.

Dennoch sollten **Studienabbrüche** natürlich die Ausnahme sein. Wir begrüßen es deshalb, dass die Hochschulen ihre Beratungsangebote in den letzten Jahren sehr weit ausgebaut haben. Beratung kann aber nicht jeden einzelnen Studienabbruch verhindern, aber den Studierenden doch in vielen Fällen Wege weisen, wie er oder sie weitermachen kann.

Eine Erblast aus den 70er- und 80er-Jahren sind gerade an den Hochschulen **Bauten**, die alles Mögliche waren, nur nicht nachhaltig, weder hinsichtlich des Energieverbrauchs noch in der Bausubstanz. Diese Sünden hat es in allen Bundesländern gegeben, ob der Neubau der Universitätsbibliothek Freiburg, die 1980 gebaut und vor fünf Jahren wieder abgerissen wurde, oder die Universitätstürme in Nordrhein-Westfalen, die spektakulär zum Einsturz gebracht wurden - oder unsere Angerbauten. Mit den Folgen dieser Bautätigkeit müssen die Lehrenden und Lernenden heute ebenso klarkommen wie die Länder, die die notwendigen neuen Investitionen finanzieren müssen und - wie im Falle Schleswig-Holsteins - auch finanzieren. Das wäre ein guter Anlass, um über den **Begriff der Investition** erneut nachzudenken. Investitionen in die Studienqualität gelten zum Beispiel haushaltsrechtlich nicht als solche, teure Bausünden hingegen schon.

Gerade aus sozialdemokratischer Sicht ist es aber auch wichtig, dass es nicht nur die Studierenden an den Hochschulen gibt, sondern auch die wissenschaftlichen und nichtwissenschaftlichen **Beschäftigten**. Wir begrüßen es, dass die oft und viel geschmähte Große Koalition in Berlin die Novellierung des **Zeitvertragsgesetzes** in Angriff genommen hat. Hochschulen ohne befristete Arbeitsverträge sind nicht denkbar, aber auch befristete Arbeitsverhältnisse müssen nicht in prekären Arbeitsverhältnisse münden.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Wir haben die **Eigenverantwortung der Hochschulen** im Bereich der Personalverwaltung gestärkt, sind - wir sprachen bei der Novellierung darüber - unter Umständen zu weiteren Schritten bereit, aber deshalb haben wir parallel auch immer sichergestellt, dass weitreichende Mitbestimmungsrechte gelten.

Wie bei der Formulierung unserer Schulpolitik haben wir auch bei der Hochschulpolitik auf **Dialog** gesetzt. Hochschultag und Hochschulkommission schaffen die Voraussetzungen zur Entwicklung einer landesweiten Hochschulstrategie, an der sich al-

(Martin Habersaat)

le Hochschulen beteiligen. Wer etwas anderes behauptet, tut das wider besseres Wissen.

Frau Ministerin Alheit ist ausführlich auf den Bereich der **Exzellenzförderung** eingegangen. Ich will das hier nicht vertiefen, aber als Historiker und ehemaliger Geschichtslehrer möchte ich darauf hinweisen, dass sich Exzellenz nicht nur in Medizintechnik und Naturwissenschaften abspielt. Umso wichtiger ist es, dass auch ein gesellschaftswissenschaftliches Projekt zu den fünf Anträgen schleswig-holsteinischer Hochschulen auf ein Exzellenzcluster gehört. Wir bauen damit auf der Vorreiterrolle schleswig-holsteinischer Hochschulen und Einrichtungen, zum Beispiel in der Bildungsforschung, auf. Um noch ein anderes Beispiel zu nennen: die archäologische Grundlagenforschung, die in Gottorf im Rahmen des Zentrums für Baltische und Skandinavische Archäologie geleistet wird.

(Beifall Beate Raudies [SPD])

Nur für das Protokoll: Die kulturpolitische Sprecherin der SPD applaudiert beim Stichwort Gottorf.

(Zuruf Beate Raudies [SPD] - Heiterkeit SPD)

Es ist bei Gesprächen im Ausland nicht immer ganz einfach, den Unterschied zwischen Universitäten und Fachhochschulen deutlich zu machen. Bei Übersetzungen muss man die merkwürdigsten Verrenkungen anstellen. Die alte Vorstellung, dass man an Universitäten mit Mikroskopen und an **Fachhochschulen** mit Schraubenziehern arbeitet, stimmt jedenfalls nicht mehr. Es war deswegen kein Schritt zur Abwertung der Universitäten, sondern zur Aufwertung der Fachhochschulen, dass wir bei der Hochschulgesetznovelle die entscheidenden Weichen zur Errichtung des **Promotionskollegs** Schleswig-Holstein gestellt haben.

Ich habe eingangs darauf hingewiesen, dass Hochschulpolitik Gesellschaftspolitik ist. Vielleicht ist das ein Punkt, in dem sich CDU, FDP und SPD unterscheiden. Wir finden: Jawohl, dieser Bereich ist Gesellschaftspolitik.

Im vergangenen Jahrzehnt hat die Große Koalition auf Bundesebene eine Grundgesetzänderung in Bezug auf die Kompetenzen im Bildungsbereich beschlossen.

(Wortmeldung Uli König [PIRATEN])

- Mit Vergnügen lasse ich eine Zwischenfrage des Kollegen König zu.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. Dann hat Herr König jetzt das Wort.

**Uli König [PIRATEN]:** Sie haben gerade auf das tolle Promotionskolleg rekurriert, welches ja den Fachhochschulen die Promotion ermöglichen soll. Können Sie mir sagen, wie viele Promotionen denn schon durch dieses Promotionskolleg gelaufen sind?

**Martin Habersaat [SPD]:**

Das kann ich nicht, Herr Kollege, aus einem einfachen Grund:

(Zuruf Birgit Herdejürgen [SPD])

Wenn Sie genau hingehört haben, haben Sie gehört, dass ich gesagt habe, dass wir es gestartet und auf den Weg gebracht haben. Da können Sie wenige Monate danach, wie Sie vielleicht als hochschulpolitischer Sprecher ahnen, keine fertige Promotion erwarten.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Abgeordneter, der Kollege König möchte eine weitere Bemerkung machen. Gestatten Sie diese?

**Martin Habersaat [SPD]:**

Aber gern.

**Uli König [PIRATEN]:** Dann die Frage: Existiert das Promotionskolleg denn überhaupt schon?

- Es befindet sich in Gründung, Herr Kollege König.

(Heiterkeit Uli König [PIRATEN])

Wenn wir uns zum Ende der nächsten Legislaturperiode hier wieder treffen - der Himmel möge Wege finden, wie -,

(Heiterkeit Beate Raudies [SPD])

dann können wir uns darüber unterhalten, wie erfolgreich das in den letzten fünf Jahren gelaufen ist.

Eigentlich war ich gerade beim **Kooperationsverbot**. Das war das unselige Erbe des Ministerpräsidenten Koch, das es dem Bund verbot, den Ländern im Bildungsbereich zu helfen.

(Christopher Vogt [FDP]: Und Steinbrück!)

- Aber mehr Koch.

(Christopher Vogt [FDP]: Der andere war nur Kellner oder wie? - Weitere Zurufe)

**(Martin Habersaat)**

Ein Teil konnte immerhin schon geheilt werden: Bei den Hochschulen ist dem Bund die Beteiligung wieder erlaubt. Ich freue mich auf die Projekte, die in den nächsten Jahren entstehen und die das mit Leben erfüllen. Die Tatsache, dass der Bund es wieder darf, ist an sich zwar erfreulich, bringt uns aber noch keinen Schritt weiter, der Bund muss es dann auch tun.

Ich freue mich auch, dass Ministerin Alheit in den vergangenen Wochen mit einem Vorschlag an die Öffentlichkeit gegangen ist, der gut angenommen wurde. Die dritte Phase des **Hochschulpakts** wird 2023, also in der übernächsten Legislaturperiode, auslaufen. Aus unserer Sicht muss es für die Zeit danach eine Anschlussvereinbarung geben.

Auch der Kollege Günther hat irgendwie seine Pläne für die Zeit danach vorgestellt. Man darf aber doch daran erinnern: Als Sie das letzte Mal Verantwortung trugen, sind Sie aus dem CSSB ausgestiegen. Sie wollten die Medizin an der Universität Lübeck dichtmachen. Sie wollten die Wirtschaftswissenschaften in Flensburg abwickeln. Man kann nur hoffen, dass Sie, wenn Sie jemals wieder Verantwortung übertragen bekommen, diese möglichst auf dem Kometen Tschuri bekommen, Herr Günther.

(Heiterkeit - Beifall SPD und Jette Waldinger-Thiering [SSW] - Zuruf Beate Raudies [SPD])

Auch wir haben unsere Vorstellungen. Am 6. Oktober 2016 hat der Landesvorstand der SPD Schleswig-Holstein den Entwurf für das Regierungsprogramm 2017 bis 2022 beschlossen. Im November 2016 wird ein Landesparteitag darüber befinden. Dass das so früh geschieht, ist auf die sozialdemokratische Tradition zurückzuführen, dass wir uns immer erst um die Inhalte kümmern und dann um das Personal. Ich weiß, Einzelne im Haus halten das andersherum.

Der Hinweis auf den vorliegenden Programmentwurf muss auch den Hochschulpräsidien gelten, die sich dieser Tage mit Vorschlägen für Wahlprogramme an die interessierte Öffentlichkeit wenden.

(Zuruf Christopher Vogt [FDP])

Ich habe hier zwei Nachrichten: Erstens. Konstruktive Vorschläge sind immer willkommen. In den letzten Jahren haben wir hart an einem Klima gearbeitet, in dem solche konstruktiven Vorschläge möglich sind.

Zweitens. Der SPD-Programmentwurf ist gut und enthält selbstverständlich die wesentlichen Bausteine

für eine erfolgreiche Wissenschaft mit Zukunft und eine erfolgreiche Zukunft mit Wissenschaft.

(Christopher Vogt [FDP]: Aha!)

Enthalten sind beispielsweise ein landesweites Jugendticket für Auszubildende und Studierende, eine Beschäftigung mit den Tarifsteigerungen in der Hochschulmedizin, Investitionen in Hochschulbau und Fragen der Grundfinanzierung der Hochschulen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Kollegen Vogt?

**Martin Habersaat [SPD]:**

Aber gern.

**Christopher Vogt [FDP]:** Es ist ja hochinteressant, was in der SPD Schleswig-Holstein alles so vor sich geht. Ich wollte nur einmal nachfragen: Habe ich Sie gerade richtig verstanden, dass der doch bemerkenswerte Titel dieser Regierungserklärung aus Ihrem Programmentwurf stammt? Haben Sie uns die ganze Geschichte eingebrockt?

(Heiterkeit Hans-Jörn Arp [CDU])

- Nein. Das haben Sie nicht richtig verstanden.

(Heiterkeit SPD - Zurufe)

Was die Bereitschaft zum Dialog angeht, muss ich allerdings eine kleine Einschränkung machen. Das gehört zur Ehrlichkeit dazu. Wenn wir ein neues Hochschulgesetz beschließen, das nach sorgfältigen Überlegungen tun, und wenn wir dann unsere Bereitschaft erklären, einzelne Regelungen dieses Gesetzes zu evaluieren und auf den Prüfstand zu stellen, dann gilt das. Es gilt aber auch, dass diese Regelungen erst auf den Prüfstand müssen. Wir werden nicht bereit sein, etwas zu ändern, bevor es ausprobiert worden ist.

Meine Damen und Herren, 21 Minuten reichen nicht, um alle Aspekte der Hochschul- und Wissenschaftspolitik hinreichend zu besprechen.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Weil sie so gut ist!)

Ich beschränke mich deshalb zum Abschluss auf ein weiteres Zitat eines der Ahnherren der SPD:

„Die Wissenschaft soll kein egoistisches Vergnügen sein: Diejenigen, welche so glücklich sind, sich wissenschaftlichen

(Martin Habersaat)

Zwecken widmen zu können, sollen auch die Ersten sein, welche ihre Kenntnisse in den Dienst der Menschheit stellen.“

Glücklicherweise ist dieses Wort von Karl Marx längst Allgemeingut geworden. - Ich bedanke mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat nun Herr Abgeordneter Rasmus Andresen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Präsidentin! In diesen Tagen beginnen circa 13.000 junge Menschen ihr Studium bei uns in Schleswig-Holstein. Heide, Flensburg, Kiel, Lübeck und einige andere Städte haben allen Grund, sich auf viele motivierte junge Menschen zu freuen. Sie werden unser Land beleben und prägen. Sie kommen direkt nach dem Abitur, aus einem Freiwilligendienst, aus dem Job oder aus längeren Auslandsaufenthalten. Allein an der Christian-Albrechts-Universität zu Kiel beginnen über 5.000 junge Menschen ihr Studium. Auch an kleineren Hochschulen wie der Hochschule Flensburg haben rund 1.000 junge Menschen ihr Studium gerade begonnen.

Wir Grüne freuen uns über alle jungen Menschen, die Schleswig-Holstein als ihren Studienort gewählt haben, und wünschen ihnen viel Erfolg. Ihnen sei gesagt: Mischt euch ein, und überlasst nicht den anderen eure Zukunft!

Wir danken unserer Wissenschaftsministerin Kristin Alheit für die Regierungserklärung und auch schon für die Initiative zur Regierungserklärung. Sie hat, wie ich finde, den Unterschied zur CDU-Fraktion sehr deutlich gemacht, weil wir auch über Wissenschaft diskutieren wollen, wenn es um Inhalte geht, und nicht nur dann, wenn wir ein Skandalisierungspotenzial sehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Herr Kollege Günther, ich erkenne an, dass Sie heute erstmalig ein paar Ideen präsentiert haben. Wahrscheinlich sind diese Ideen nicht mit dem AStA der CAU entstanden, sondern eher mit dem

RCDS. Das macht die Ideen aber nicht besser. Ein großer Wurf war das Ganze nicht.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Nachdem meine Kollegin Anke Erdmann Ihnen zuletzt die Details der Kita-Finanzierung erklären musste und dies äußerst peinlich für Sie geendet ist, möchte ich Ihnen sagen, dass Sie auch im Hochschulbereich nicht besonders up to date sind. Vielleicht hätten Sie da den Kollegen Dornquast reden lassen sollen.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Sie behaupten beispielsweise, dass auf den Hochschulkonferenzen nicht über Diversity gesprochen worden sei und die **Diversity-Beauftragten**, die wir ins Hochschulgesetz geschrieben haben - wofür wir übrigens viel Unterstützung von vielen an den Hochschulen bekommen haben -, dort nie Thema gewesen seien.

Das stimmt schlichtweg nicht. Allein ich kann mich daran erinnern, dass ich mit Menschen über dieses Thema und auch über die Frage nach eine Beauftragung intensiv gesprochen habe. Beispielhaft kann man die Gleichstellungsbeauftragten nennen, die am Anfang sehr skeptisch waren, die am Schluss dann aber gesagt haben: Nein, wenn ihr das so macht, wie ihr das vorhabt, dann ist das eine gute Idee, und dann hilft uns das auch bei unserer Arbeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD und SSW)

Sie behaupten, dass die **Ausweitung der Mitbestimmung** irgendwie vom blauen Himmel gefallen wäre, dabei haben gerade Studierende und Personalvertretungen immer wieder auf diesen Konferenzen und danach auch im konkreten Gesetzgebungsverfahren darauf hingewiesen und gesagt: Wir wollen mehr Mitbestimmung; wir wollen mehr selbst darüber entscheiden, was an unseren Hochschulen passiert. Auch das ist nicht vom blauen Himmel gefallen, vermitteln Sie hier bitte keinen anderen Eindruck.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Es ist schon interessant, dass ein Teil Ihrer Punkte vor allen Dingen daraus besteht, Reformen, die wir angestoßen haben, wieder abzuwickeln. Für die Grünen kann ich sagen, dass wir dafür nicht zur Verfügung stehen und dass wir auf keinen Fall ein Hochschulgesetz unterstützen können, durch das

**(Rasmus Andresen)**

Studierende und Personal wieder weniger Mitbestimmung bekommen und in dem Diversity ein Nischenthema sein soll.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Aber auch beim **Bau** sind Sie aus meiner Sicht nicht ganz auf der Höhe. Da hat es Veränderungen gegeben. Ich habe versucht, in Zwischenfragen darauf hinzuweisen. Es gibt eine Veränderung auch an der Spitze der GMSH. Mit dem ehemaligen Kanzler der Christian-Albrechts-Universität, den Sie sonst in Debatten auch immer gern zitiert haben, ist dort ein hochkompetenter Mann, der sich gerade für die Hochschulen und für den Hochschulbau sehr, sehr stark macht. Wir haben uns als Fraktionsarbeitskreis Finanzen neulich mit ihm getroffen. Wir sind uns sicher, dass die Zusammenarbeit mit den Hochschulen dadurch positiv beflügelt werden wird. Lassen Sie uns das doch erst einmal abwarten, anstatt hier überhastet irgendwelche Reformen anzukündigen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SSW)

Ihre Rede war sehr viel dünne Suppe, und wenig von dem, was Sie gesagt haben, hilft konkret an den Hochschulen. Helfen tut hingegen, dass wir als Koalition durch die Beteiligung am Hochschulpakt Tausende Studienplätze geschaffen haben. Andere wollten Hochschulen abwickeln und Studienplätze nach Niedersachsen verscherbeln.

Helfen tut auch, dass wir das Studentenwerk beispielsweise durch den Bau neuer Beratungszentren gestärkt haben oder auch der Anbau für Gruppenarbeitsräume an der Europa-Universität Flensburg, den wir über Zensusmittel finanziert haben.

Es hilft allen Angestellten und Studierenden auch, dass die marode Bausubstanz an der Kieler Christian-Albrechts-Universität nach jahrelangem Weggucken von Vorgängerregierungen nun endlich saniert wird. Mindestens 175 Millionen € nehmen wir dafür in die Hand. Auch wenn das kurzfristig sicherlich im Alltag an der Christian-Albrechts-Universität nerven kann, sind das wichtige Zukunftsinvestitionen. Die Christian-Albrechts-Universität wird dadurch attraktiver werden.

Aber nicht nur in Kiel, sondern beispielsweise auch auf dem Campus in Lübeck passiert eine ganze Menge. So steht beispielsweise der Spatenstich für das neue Seminargebäude auf dem Campus in Lübeck kurz bevor.

Ich habe eigentlich wenig Lust auf einen Zahlenkrieg, möchte aber trotzdem etwas zum Thema **Grundfinanzierung der Hochschulen** sagen, weil wir da eine Menge gemacht haben. Der Präsident der Europa-Universität, Professor Reinhart, hat es dadurch ausgedrückt, dass er gesagt hat, dass keine Landesregierung in den letzten Jahren die Grundfinanzierung der Hochschulen so stark angehoben hat wie wir. Damit sage ich nicht, dass wir fertig sind und alles gut ist, aber man muss das einfach auch einmal zur Kenntnis nehmen. Ein bisschen mehr Demut in dieser Debatte würde Ihnen da ganz gut zu Gesicht stehen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Noch unfassbarer war allerdings der Kollege König, der in einer Diskussionsrunde zu diesen Tagesordnungspunkten vor zwei Tagen im Offenen Kanal den Hochschulpräsidenten indirekt vorgeworfen hat, dass sie sich von uns hätten erpressen lassen, weil er sich sonst gar nicht vorstellen könne, warum sie uns so stark gelobt hätten. - Herr König, ich finde, das ist eine Unverschämtheit, dass Sie so über unsere Wissenschaftler reden und denken. Das schlägt dem Fass wirklich jeglichen Boden aus.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Sie kommen in dieser Debatte ja noch dran, es wäre Zeit, sich bei den Hochschulpräsidenten dafür zu entschuldigen. Vielleicht ist es einfach so, dass sie loben, was sie gut finden, und dass sie kritisieren, was sie schlecht finden - davon hat es auch ein oder zwei Beispiele in der Vergangenheit gegeben.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

- Herr Kollege, schön, dass Sie aufgewacht sind. - Ja, natürlich ist nicht jedes Problem in den ersten vier Jahren unserer Regierungszeit gelöst worden. Aber alle an den Hochschulen können sich darauf verlassen, dass wir den eingeschlagenen Weg auch bei der finanziellen Stärkung unserer Hochschulen fortsetzen werden. In diesem Zusammenhang begrüßen wir Grüne auch ausdrücklich den Sieben-Punkte-Plan von CAU-Präsident Kipp, den er am Montag vorgestellt hat.

(Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Kai Dolgner [SPD])

Wir wissen, das ist ein wichtiger Beitrag für unsere zukünftige gemeinsame Wissenschaftspolitik. Wir wissen, dass wir weiter nachlegen müssen, und ruhen uns bestimmt nicht auf unseren Beschlüssen

**(Rasmus Andresen)**

aus. Gerade bei der Infrastruktur für Studierende wollen und müssen wir nachlegen - das wissen wir.

(Weitere Zurufe Wolfgang Kubicki [FDP] und Dr. Kai Dolgner [SPD])

- Störe ich irgendwie, Herr Kollege Kubicki? Ich frage mich das immer. - Gerade in vielen Hochschulstädten wird günstiger **Wohnraum** eng. Damit können Sie sich auch auseinandersetzen. Darunter leiden natürlich auch Studierende. Wir arbeiten zurzeit noch an Konzepten, wie Studierenden zu fairen Preisen Wohnraum angeboten werden kann, ohne - das sage ich hier auch - dass wir das alles mit Studierendenwohnheimen abdecken werden. Aus meiner Sicht ist das nicht die richtige Antwort. Wir brauchen Konzepte, die studentisches Wohnen flexibler aufbereiten. Wir brauchen mehr Mittel für studentisches Wohnen, wir müssen das flexibler organisieren und den Bedürfnissen von Studierenden und Städteplanung gerecht werden. Das Problem ist erkannt, und ich bin mir sicher, dass wir dort in den nächsten Monaten noch Fortschritte erzielen werden.

Wir Grüne wollen auch, dass sich Studierende umweltfreundlich und preisgünstig durch Schleswig-Holstein bewegen können. Wir wollen, dass Studierende mit einem **landesweiten Semesterticket** mit öffentlichen Verkehrsmitteln kostengünstig bis nach Hamburg reisen können. Dort stimmen wir unserem Verkehrsminister zu, der dies im Sommer öffentlich auch schon als seine Zielvorstellung beschrieben hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Jette Waldinger-Thiering [SSW])

Diese Forderung teilen nicht nur die Studierenden, sondern auch die Hochschulpräsidien. Wir sind auch in diesem Bereich optimistisch, dass da in den nächsten Monaten noch etwas geschehen kann. Zurzeit ist es so, dass die NAH.SH eine Befragung mit Studierenden zu ihrem Mobilitätsverhalten durchführt. Danach sollten weitere Schritte folgen. Wir Grüne jedenfalls stehen dafür.

Gerade an unseren Fachhochschulen kann man sehen, wie wichtig die Bedeutung von Wissenschaft und Ideen, die an Hochschulen entstehen, für unsere gesamte Gesellschaft sind. Gerade unsere Fachhochschulen sind dafür ein Beispiel. In wichtigen Bereichen, wie zum Beispiel Gesundheit, Digitalisierung oder auch erneuerbare Energien, sind sie führend und tragen dazu bei, wichtige Zukunftsfragen zu stellen und darauf Antworten zu geben.

Deshalb haben wir bei der Verteilung der Mittel aus dem Hochschulpakt unsere Fachhochschulen überdurchschnittlich gestärkt. Wir unterstützen deshalb auch unsere Wissenschaftsministerin Kristin Alheit bei Ihrer Initiative, eine **Exzellenzinitiative** für Fachhochschulen - gemeinsam mit dem Bund und anderen Ländern - auf den Weg zu bringen, ebenso wie wir natürlich auch unsere Universitäten bei der nächsten Phase der universitären Exzellenzinitiative - so will ich sie einmal bezeichnen - unterstützen.

Das von Ministerin Alheit vorgeschlagene Programm würde die Fachhochschulen deutlich aufwerten, und es zeigt, dass es schon längst keine Zweiklassengesellschaft mit forschungsstarken Universitäten und rein anwendungsorientierten Fachhochschulen mehr gibt. Die Welt hat sich weiter gedreht, und das bringen wir auch durch das schon erwähnte **Promotionskolleg** zum Ausdruck, mit dem wir Fachhochschulen die Möglichkeit geben, gemeinsam in Kooperation mit Universitäten und anderen auch Promotionen anzubieten. Ich glaube, dass das ein Erfolgsmodell werden kann. Wir werden in ein paar Jahren - wer auch immer dann hier stehen wird - über die Ergebnisse diskutieren können. Ich bin optimistisch, dass dabei etwas Gutes herauskommen wird.

Die **Betreungsverhältnisse** an unseren Fachhochschulen sind im bundesweiten Vergleich sehr schlecht. Diese zu verbessern, muss ebenfalls eines unserer großen Ziele für die nächste Wahlperiode sein. Davon bin ich fest überzeugt. Wir haben da Verbesserungen dadurch erzielt, dass wir Mittel an die Fachschulen geben, aber diese Aufgabe ist natürlich noch nicht erledigt.

(Volker Dornquast [CDU]: Das ist eine falsche Aussage!)

- Herr Kollege, das ist keine falsche Aussage. Ich habe ja gerade gesagt, dass wir im Bereich des Hochschulpakts und bei der Grundfinanzierung die Fachhochschulen überdurchschnittlich stärken und wir damit natürlich auch etwas tun, um die Situation zu verbessern. Aber natürlich ist das Problem breiter und hängt auch mit gesetzlichen Bestimmungen zusammen - falls Sie darauf anspielen -, aber dazu hab ich gerade gesagt, dass wir uns das noch vornehmen müssen.

Zum Thema junge **Nachwuchswissenschaftler** möchte ich ebenfalls ein paar Sätze sagen. Es gibt sehr, sehr viel junge Menschen, die sich dafür entschieden haben, eine wissenschaftliche Laufbahn einzuschlagen und mit ihren Kompetenzen beispielsweise nicht in die Industrie zu gehen. Daraus

**(Rasmus Andresen)**

ergeben sich für diese Personen durchaus Schwierigkeiten. Teilweise sind es Verträge, die auf gerade einmal ein Jahr oder einen noch kürzeren Zeitraum befristet sind, es sind prekäre Beschäftigungsverhältnisse. Das alles macht die Familien- und Karriereplanung für junge Menschen ziemlich unmöglich. Es kann uns nicht egal sein, wenn beispielsweise an der Christian-Albrechts-Universität nur 13 % der wissenschaftlich Beschäftigten einen unbefristeten Vertrag und ein Drittel der befristeten Arbeitsverträge nur eine Laufzeit von bis zu einem Jahr haben. Natürlich wird es auch weiter Befristungen geben, Herr Kollege Habersaat hat das schon gesagt, aber diese Zahlen sind erschreckend. Und sie sind Auftrag für Hochschule und Politik zugleich, jungen Nachwuchswissenschaftlern bessere Zukunftsperspektiven zu geben.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten König?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr König, bitte.

**Uli König [PIRATEN]:** Herr Andresen, könnten Sie mir vielleicht erläutern, woran es liegt, dass die Verträge befristet sind? Ist der Grund dafür, dass die Hochschule sagt: „Wir würden gern die Verträge befristen und euch nicht so lange beschäftigen!“, oder liegt es vielleicht daran, dass die Mittel, die von der Politik herausgegeben werden, befristet sind?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sowohl als auch. Zum einen sind unsere Hochschulen durch die Unterfinanzierung im Land nicht in der Lage, allen Menschen unbefristete Arbeitsverträge zu geben. Das ist richtig.

Dann gibt es eine ganze Reihe gesetzlicher Bestimmungen im Rahmen des Wissenschaftszeitvertragsgesetzes. Der Kollege Habersaat hat erwähnt, dass

es von der Großen Koalition leicht - das will ich als Grüner anführen - reformiert wurde.

(Heiterkeit Martin Habersaat [SPD])

Wir Grüne wünschen uns weitere Schritte.

Gleichzeitig gilt aber auch, an vielen Hochschulen Problembewusstsein für gute Arbeit zu entwickeln. Wenn Sie mit Personalvertretungen oder mit jungen Menschen sprechen, die auf solchen Stellen sitzen, sehen Sie: Auch das ist eine Baustelle. Das ist nicht an jeder Hochschule gleichermaßen der Fall. Ich glaube, dass dabei auch ein Bewusstseinswandel stattfindet. Aber natürlich ist das eine politische Aufgabe. Die Aufgabe ist aber nicht nur politisch, sondern gesamtuniversitär. Da müssen wir gemeinsam ran. Ich bin optimistisch, dass wir dabei noch weitere Schritte gemeinsam mit den Hochschulen gehen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Herrn Abgeordneten König?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Uli König [PIRATEN]:** Vielen Dank. - Sie haben sich in Ihrer Antwort leider ein bisschen um die Realität herumgewunden. Wenn Sie zum Beispiel mit den Mitarbeitern an der FH Westküste reden, merken Sie: Diese haben einen massiven Brain-Drain, weil viele Leute über Hochschulpaktmittel finanziert werden und der eine Hochschulpakt ausläuft und der nächste noch nicht ganz da ist. Die Stellen sind noch nicht vom Finanzministerium bewilligt. Das ist doch von der Politik gemacht, dass diese Stellen nicht bewilligt werden, die Leute deswegen befristet eingestellt werden und sie sich nun etwas ganz anderes suchen.

- Ich habe nicht darum herumgeredet, sondern ich habe gesagt, dass das eine politische Aufgabe ist. Ich weiß nicht, ob Sie dabei einen Unterschied zu Ihrer Formulierung finden. Natürlich ist das eine politische Aufgabe. Deshalb haben wir auch gesagt, dass, wenn wir die **Finanzierung der Hochschulen** anheben, was wir tun, dies auch von den Hochschulen genutzt werden muss, um jungen Wissenschaftlern bessere Verträge zu geben. Daher haben wir das schon gekoppelt.

**(Rasmus Andresen)**

Es gibt den Kodex für gute Arbeit, der gerade entsteht. Auch da macht Wissenschaftsstaatssekretär Rolf Fischer gute Arbeit.

Es bleibt eine gemeinsame Aufgabe. Ich glaube, dass wir dabei auf einem ganz guten Weg sind. Die Grundfinanzierung anzuheben und gleichzeitig einen Kodex einzuführen, ist ein guter Weg, mit dem zumindest auch Personalvertretungen ganz gut leben können.

Viele unserer anderen beschlossenen Reformen wie die Abschaffung der Anwesenheitspflicht oder die Einführung von mehr Mitbestimmungsrechten von Studierenden befinden sich noch in der Umsetzung. Sie haben im letzten Jahr zu viel Aufregung geführt. Wir Grüne stehen voll und ganz hinter den Beschlüssen, die wir letztes Jahr getroffen haben. Studierende und Personal sollen mehr darüber mitbestimmen dürfen, was an ihrer Hochschule passiert.

Herr Günther, ich bin sehr froh, dass Sie deutlich gemacht haben, dass es große Unterschiede zwischen CDU und Grünen gibt. Die einen stehen dafür, **Mitbestimmung** abzuwickeln. Die anderen stehen dafür, dass sie weiter gestärkt wird.

Deshalb bin ich auf die Umsetzung an unseren Hochschulen gespannt. Ich glaube auch, dass sich nach dem ersten Sturm der Entrüstung inzwischen ein ganz konstruktives Klima der Zusammenarbeit abzeichnet. Hochschulleitungen, Studierende und Personal arbeiten gemeinsam daran, die Ziele des neuen Hochschulgesetzes umzusetzen.

Zum Thema **Anwesenheitspflicht**: Wir Grüne stehen für ein selbstbestimmtes Studium. In einer Zeit, in der Studierende neben dem Studium arbeiten müssen, um ihr Studium zu finanzieren, braucht man Flexibilität. Deshalb haben wir die Anwesenheitspflicht für viele Hochschulveranstaltungen abgeschafft.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

- Ich freue mich, dass Sie jetzt klatschen, Herr Kollege König. Als wir diese Debatte letztes Jahr in großer Kontroverse geführt haben, haben Sie sich weggeduckt.

(Zuruf PIRATEN: Stimmt nicht!)

Sie haben den Punkt zur Anwesenheitspflicht überhaupt nicht in Ihren Redebeiträgen genannt.

(Uli König [PIRATEN]: Stimmt gar nicht!)

Jetzt tun Sie so, als seien Sie immer dafür gewesen.

(Uli König [PIRATEN]: Lesen Sie das noch einmal nach!)

Wir haben das aber gemacht. Wir freuen uns, dass Sie jetzt dabei sind. Aber passen Sie auf, wie Sie sich hier verhalten haben.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Wie Sie sich hier verhalten haben, finde ich äußerst doppelzünftig. Das darf ich an dieser Stelle auch sagen. Auch wenn natürlich klar ist, dass der Studienerfolg größer ist, wenn man zu den Veranstaltungen geht - es wäre komisch, wenn das nicht so wäre -, trauen wir den Studierenden zu, diese Entscheidung selbst zu treffen.

Allen Zweiflerinnen und Zweiflern sei gesagt, dass ich glaube, dass es ganz gut ist, dieses Modell einige Jahre lang auszuprobieren und dann zu schauen, ob die Befürchtungen von anderen eintreffen oder ob diejenigen recht behalten, die für die Lockerung der Anwesenheitspflicht geworben und sich damit durchgesetzt haben. Wir scheuen diese Evaluierung nicht. Aber jetzt sollten wir dieses Modell erst einmal ausprobieren.

Wir Grüne sprechen uns auch für mehr **Autonomie** für unsere **Hochschulen** aus. Auch wenn das immer anders erwähnt wird, sind wir bereits einige Schritte in diese Richtung gegangen. Wir haben zum Beispiel einige Berichtspflichten im Rahmen der Zielvereinbarung abgeschafft. Auch beim Hochschulbau gab es mehr Freiheiten. Das Ganze war in dieser Debatte bereits Thema.

Wir können uns weitere Schritte in Richtung Autonomie vorstellen. Allerdings sollte das gemeinsam mit Studierenden und Personal besprochen werden. Modelle müssen gefunden werden, die auch von Studierenden und vom Personal - beide haben manchmal etwas andere Haltungen als die Hochschulpräsidenten - besprochen und gemeinsam entwickelt werden. Dann können wir über mehr Autonomie für unsere Hochschulen sprechen.

Noch etwas anderes ist wichtig. Nach Jahren, in denen wir uns mit Strukturdebatten beschäftigt haben, sollten wir stärker über eine inhaltliche Profilbildung für unsere Hochschulen reden. Es findet zwar schon viel Gutes an unseren Hochschulen statt, aber das wird bundesweit nicht immer so kommuniziert. Es gibt die Forderung unserer Hochschulpräsidentinnen und Hochschulpräsidenten, dass wir ein bundesweites Marketing für unseren Hochschulstandort und für unsere Hochschulen anstreben sollten. Diese Forderung unterstützen wir Grüne. Das ist eine

**(Rasmus Andresen)**

gute Idee, um mehr Leute darauf aufmerksam zu machen, welche gute Arbeit jetzt schon in unserer Hochschullandschaft stattfindet.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Inhaltlich wollen wir Grüne Studiengänge und Forschungsprojekte stärker fördern, die **soziale und ökologische Innovationen** voranbringen. Hochschulen haben eine gesellschaftliche Verantwortung und sind entscheidend dafür, dass wir Antworten auf wichtige gesellschaftliche Fragen finden. Die Wissenschaft ist dazu da, entweder Antworten zu finden oder zumindest die richtigen Fragen zu stellen.

Ein etwas abstrakteres Beispiel, das mit der HSH Nordbank täglich bei uns konkret wird, betrifft die Finanzkrise. Sie ist ein gutes Beispiel dafür, wie eindimensionale Wirtschaftswissenschaft mit einer Fokussierung auf Rechenmodelle teilweise zur Krise beigetragen hat. Der blinde Glaube an mathematische Modelle hat die Krise damals verschärft.

Deswegen ist für uns Vielfalt in der Wissenschaft wichtig. Statt eines zehnten BWL-Studiengangs wollen wir beispielsweise Studiengänge und Forschungsprojekte fördern, die die Nachhaltigkeit auch ökonomisch stärker in den Blick nehmen. Wir wollen Projekte fördern, die Ökonomie nicht ausschließlich als Mathematik verstehen, sondern die Umweltzerstörung, Klimawandel, Finanzmarktkrise, soziale Ungleichheit oder Arbeitslosigkeit als Bestandteil ökonomischer Sachverhalte mit in den Blick nehmen. Es gibt solche Initiativen in Schleswig-Holstein; wir wollen sie stärken.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

An unseren Hochschulen und Forschungseinrichtungen gibt es zahlreiche Projekte, die sich mit Klimaschutz, regenerativer Energie und Nachhaltigkeit beschäftigen. Das ist gut so, reicht uns aber noch nicht aus. Projekte wie Yooweedoo oder Zukunftsmacher setzen wichtige Akzente für eine verantwortungsvolle Hochschullandschaft. Wir wollen sie ausweiten.

Wir müssen unsere Hochschulen dabei unterstützen, Nachhaltigkeit zum Leitmotiv ihrer Arbeit zu machen. Das ist eine Art grüner Faden für die zukunftsorientierte Forschung und Lehre. Dabei ist es wichtig, die Grenzen in unseren Köpfen weiter einzureißen, um zu interdisziplinären und internationalen Projekten zu kommen.

Wir haben die Flensburger Universität dabei unterstützt, Europa-Universität zu werden, und wollen sie beim weiteren Ausbau unterstützen. Aber auch alle anderen Hochschulen wollen wir dabei unterstützen, sich internationaler aufzustellen. Als Beispiel möchte ich an dieser Stelle die Christian-Albrechts-Universität nennen, die im Rahmen der Kiel-San-Francisco-Initiative gerade auf der Suche nach einer Partneruniversität in Kalifornien ist. Dabei wünschen wir viel Erfolg. Unsere Unterstützung hat sie.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In unseren Städten gründen sich gerade zahlreiche Start-ups - viele davon sehr nachhaltig. Häufig sind das Ausgründungen aus den Hochschulen unseres Landes. Sie beziehen klar Stellung und entwickeln Visionen für eine nachhaltige Gesellschaft. Genau so soll das sein.

Die Strukturen für unsere Hochschulen beziehungsweise für diese Start-ups sind in einigen Hochschulen sehr vielversprechend. Mit dem Zentrum für Entrepreneurship und der Alten MU in Kiel, dem Dr. Werner Jackstädt-Zentrum in Flensburg oder dem GründerCube in Lübeck gibt es bereits spannende Projekte. Allerdings sind einige von ihnen auf Kante genäht und abhängig von Projektfinanzierungen des Bundes, die zeitlich befristet sind. Oder sie haben zu wenige Ressourcen für zu wenige Stellen.

Wir wollen Wirtschaftsfördermittel dafür nutzen, diese **Gründerzentren** besser auszustatten sowie jungen Gründerinnen und Gründern die Möglichkeit zu geben, auch im Ausland, beispielsweise im Baltikum oder in Skandinavien, wo sehr viel für Startups läuft, in Kooperationsprojekten mit anderen Ländern weitere Erfahrungen in diesem Bereich zu sammeln. Das könnte mehr Innovationen in unser Land bringen.

Wir wollen unsere Hochschulen für neue und nachhaltige Ideen öffnen, so viel steht fest. Dazu gehört auch, dass wir etwas für unsere Forschungslandschaft und für unsere außeruniversitären **Forschungseinrichtungen** tun. Das ist in der bisherigen Debatte noch kein großes Thema gewesen.

Wir Grüne möchten allerdings deutlich sagen, dass wir die Diskussion, die sowohl in Kiel als auch in Flensburg um die außeruniversitären Forschungseinrichtungen geführt wird, wohlwollend begleiten. Es gibt in beiden Städten Diskussionen, weitere Forschungszentren beziehungsweise ein außeruniversitäres Forschungszentrum in die jeweilige Stadt

**(Rasmus Andresen)**

zu holen. Wir finden, dass Schleswig-Holstein dringend - das richtet sich in Richtung Bund - mehr außeruniversitäre Forschungseinrichtungen bekommen sollte. Wir liegen zahlenmäßig unter dem, was uns nach dem Länderschlüssel eigentlich zusteht. Wir sind optimistisch, dass wir auch in diesem Bereich gemeinsam Fortschritte erzielen können.

Abschließend sei gesagt, dass die **Wissenschaftspolitik** in dieser Wahlperiode - sie ist ja noch nicht beendet; ich habe schon gesagt, vielleicht kommen ja noch ein, zwei wichtige Projekte - sehr oft von aufgeregten Debatten und sehr viel Polemik begleitet worden ist. Wenn man aber eine Bilanz zieht, dann sieht man, dass unter dem Strich eigentlich viel gemacht wurde. Daran kann man sich dann ja reiben und sagen, das ist in die falsche Richtung gegangen, oder es war zu wenig oder was auch immer. Aber es ist in den letzten Jahren in der Wissenschaftspolitik eine ganze Menge passiert. Das war nicht immer so in diesem Land. Ich glaube, dass dies gute Sachen sind, auf denen wir Grüne zusammen mit SPD und SSW gut aufbauen können. Wir haben noch genug Ideen für die nächsten fünf Jahre in der Wissenschaftspolitik. Ich freue mich auf die weitere Zusammenarbeit mit Ministerin Alheit und in der Koalition. Wir bringen unseren Wissenschaftsstandort voran. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Vielen Dank. - Bevor wir fortfahren, möchte ich Sie bitten, mit mir gemeinsam weitere Besucherinnen und Besucher auf der Tribüne zu begrüßen. Es sind Schülerinnen und Schüler des RBZ Bad Segeberg sowie der Gemeinschaftsschule Harksheide aus Norderstedt und Kursteilnehmerinnen und -teilnehmer der Deutschen Angestellten-Akademie. Seien Sie alle herzlich willkommen im Kieler Landeshaus!

(Beifall)

Das Wort für die FDP-Fraktion erteile ich nun dem Abgeordneten Christopher Vogt.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Über die Bedeutung der Wissenschaft für unser Bundesland ist heute schon viel gesagt worden, sehr viel sogar. Auch ich glaube, dass die **Wissenschaft** ganz entscheidend für die Entwicklung unseres Bundeslandes ist, dafür, ob unser Bundesland eine

gute Zukunft haben wird oder nicht, weil eben das, was in den Köpfen unserer jungen Menschen ist, immer bedeutsamer wird, weil eben auch immer mehr Menschen studieren. Ich möchte an dem Punkt auch anmerken: Ich glaube, jede Landesregierung sollte - so erfreulich es ist, dass immer mehr Menschen ein Studium anfangen - auch darauf achten, dass die duale **Berufsausbildung** nicht unter die Räder kommt. Ich glaube, das ist auch ein wichtiger Punkt. In der FDP heißt es neuerdings - wir überarbeiten ja aus bekannten Anlässen alle Politikbereiche -: Ein Meister muss genauso viel wert sein wie ein Master. Ich glaube, das ist ein Punkt, den man an dieser Stelle einmal erwähnen sollte.

Ich fand den Titel dieser **Regierungserklärung** wirklich sehr bemerkenswert. Wenn man die letzten Jahre hier im Landtag verfolgt hat, weiß man, das muss von dem Spindoktor von Torsten Albig gekommen sein: „Starkes Schleswig-Holstein - Wissenschaft mit Zukunft: Zukunft mit Wissenschaft“. Mich hat das - ich weiß nicht, ob Sie sich daran erinnern - an den damaligen fiktiven CDU-Landtagsabgeordneten aus der Harald Schmidt Show Dr. Udo Brömme aus Köln erinnert, der immer gesagt hat: Zukunft ist für alle gut. - Daran musste ich irgendwie denken.

(Beifall FDP und CDU)

Das stimmt ja irgendwie auch.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: In der Zukunft sind wir alle tot!)

- Auch das stimmt, Herr Kollege Dolgner. Aber das ist jetzt nicht das Thema.

(Heiterkeit)

Ich habe im letzten Monat auch nicht so ganz verstanden, warum die Regierungserklärung erst angekündigt und dann kurzfristig wieder abgesagt wurde. Die Begründung des Ministerpräsidenten war ja: Na ja, wir haben auch andere wichtige Punkte. Vielleicht sollten wir es ein paar Wochen später beraten. - Das fand ich für eine Regierungserklärung ganz außergewöhnlich. Man scheint sich also nicht so sicher zu sein, dass das Ganze alles so bedeutungsschwanger ist, dass das Land das sofort erfahren muss. Sei es drum.

Ich war sehr begeistert, dass Herr Stegner heute Morgen nicht nur eine neue, dynamische Frisur hatte, sondern sich auch als Anklatscher präsentiert hat. Aber ich wollte nach den Reden der Kollegen Habersaat und Andresen nur noch einmal daran erinnern: Es gab eine Regierungserklärung von Frau

(Christopher Vogt)

Alheit, nicht von Herrn Günther; denn Sie haben die ganze Zeit über Herrn Günther gesprochen.

(Beifall FDP und CDU - Serpil Midyatli [SPD]: Das ist jetzt ganz schön dünn, ganz, ganz dünn! Es gibt Gott sei Dank noch Protokolle, die schriftlich gefertigt werden!)

- Ich werde mich mit Frau Alheit beschäftigen und auf jeden Fall zur Regierungserklärung sprechen. Interessant ist ja immer, was in einer Regierungserklärung erwähnt wird. Das waren viele kleine Punkte; zu einigen werde ich gleich kommen. Aber noch viel interessanter finde ich immer, was nicht erwähnt wird. Das ist ja immer das Spannende. Das war ja so ein bisschen die wissenschaftspolitische Bilanz der Landesregierung in dieser Wahlperiode und sozusagen der Ausblick auf das, was bis zur Landtagswahl noch kommen soll.

Einer der aus meiner Sicht wichtigsten wissenschaftspolitischen Punkte in dieser Wahlperiode wurde nur ganz am Rande gestreift. Das ist das Thema Reform der **Lehrerausbildung**. Das ist aus meiner Sicht eine der wichtigsten Reformen im Bereich der Hochschulpolitik in dieser Wahlperiode. Ich will jetzt nicht den Landtagswahlentwurf der FDP vortragen. Daniel Günther hat es ja sehr geschickt als Werbeblock für die CDU in Schleswig-Holstein genutzt und zehn Punkte vorgetragen.

(Zuruf Serpil Midyatli [SPD])

Er hat auch gesagt, dass er ein Hochschulfreiheitsgesetz vorlegen will. Dann können wir einfach unseres auf den Kopierer legen; das spart dann ja auch wieder Zeit.

(Beifall FDP - Serpil Midyatli [SPD]: Darin hat die CDU ja mittlerweile Übung!)

- Ich möchte nur kurz eines sagen, Frau Kollegin; nicht dass Sie sich wieder aufregen: Ich leite ja die Programmkommission in meiner Partei. Ich habe eben kurz überlegt, ob ich noch kurz hochlaufe und unseren Programmentwurf schon einmal vorlese. Wir kennen es von der CDU ja nicht anders, dass unsere Programmpunkte einfach auf den Kopierer gelegt werden, aber sei es drum. Es war ja ganz interessant.

(Beifall FDP)

Ich wollte sagen, dass die Lehrerausbildung ein Punkt ist, über den man tatsächlich auch im Wahlkampf sprechen wird. Die FDP-Fraktion ist der Auffassung, dass man dort nachjustieren muss. Wir haben auch dazu damals einen Gesetzentwurf vorgelegt, weil wir der Auffassung sind, Gymnasien

und Gemeinschaftsschulen sind unterschiedliche Schultypen, die jeweils eine eigenständige Ausbildung brauchen. Deswegen werden wir das entsprechend vorschlagen.

(Beifall FDP und CDU)

Was die Behauptung vonseiten der Koalition angeht, man hätte jetzt die Lehrerausbildung angepackt, so war es in der Tat dringend notwendig, dass das einmal reformiert wird, weil die Schulstrukturen schon jahrelang ganz anders aussahen. Aber Sie behaupten immer, Sie hätten die Lehrerausbildung an die bestehenden Schulstrukturen angepasst. In Wahrheit haben Sie die Lehrerausbildung an das angepasst, was Sie haben wollen, nämlich eine Schule für alle. Es gibt jedoch unterschiedliche Schultypen. Deswegen muss es auch eine zielgerichtete Ausbildung dafür geben.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine Bemerkung des Abgeordneten Andresen?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Andresen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Vielen Dank, Herr Kollege. Da Sie das Stichwort Lehrkräftebildungsgesetz erwähnt und angekündigt haben, dass Sie diesbezüglich gerne Änderungen vornehmen wollen, möchte ich Sie, ohne den FDP-Programmentwurf vorwegzunehmen, fragen: Würden Sie mir recht geben, dass sich die Hochschulen, seitdem wir das Lehrkräftebildungsgesetz vor zwei Jahren beschlossen haben, längst auf den Weg gemacht haben, das heißt, dass beispielsweise an der Europa-Universität in Flensburg und auch an der Christian-Albrechts-Universität entweder Teile schon umgesetzt worden sind oder die Planungen sehr weit fortgeschritten sind? Was sagen Sie denn den Menschen, die sich in den letzten zwei Jahren auf den Weg gemacht haben, die Studiengänge umgestaltet haben, die Professuren daraufhin neu ausgerichtet haben und ausgeschrieben haben, dass Sie nach der Landtagswahl das Lehrkräftebildungsgesetz wieder verändern wollen? Das

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

bedeutet doch für sie, dass die Arbeit, die sie in den letzten zwei Jahren gemacht haben, für die Katz gewesen ist und dass sie wieder von vorne anfangen können.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja, teilweise müssen dann Sachen verändert werden. So ist das eben.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ungewöhnlich!)

Deswegen habe ich das Thema ja im Sinne der Transparenz angesprochen. Natürlich, Herr Kollege - vielleicht hören Sie mir zu, wenn ich auf Ihre Frage antworte -,

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Entschuldigung!)

werden wir das mit den Hochschulen in Kiel und Flensburg dann entsprechend in die Wege leiten. Aber unsere Ansage war damals ganz klar. Wir haben einen Gesetzentwurf vorgelegt. Sie hätten Ihren ja nicht verabschieden müssen, wenn Sie das als Problem ansehen. Spannend finde ich, dass Sie davon ausgehen, dass es einen Regierungswechsel geben wird; denn sonst wäre das gar kein Thema.

(Beifall FDP und CDU)

Ich sehe es übrigens auch so, dass es einen Regierungswechsel geben wird.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Herr Kollege, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Kollegen Andresen?

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja, es kann ja nur interessanter werden.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Hätten Sie mir doch bis zum Schluss zugehört, Herr Kollege. Ich habe nämlich eine Seite über Daniel Günther und zehn Seiten eigenes Programm vorgetragen. Ich habe erwähnt, dass wir in den nächsten fünf Jahren in der Küstenkoalition gemeinsam noch viel für die Hochschulen tun werden. Aber davon einmal abgesehen; mir ist dieser Punkt wichtig, weil es Leute gibt, die das interessieren wird. Ich finde es ja auch nur fair. Sie treten mit einem anderen Programm an und können Sachen verändern, die wir gemacht haben. Aber de facto geben Sie das Signal, gerade an die Europa-Universität in Flensburg, dass das, was zwei Jahre lang

von vielen Menschen in einem Riesenbeteiligungsprozess gemacht wurde, um das Lehramt zu modernisieren und zu reformieren, und zwar in großer Übereinstimmung mit dem, was wir an Zielvorstellungen haben, dann nichts mehr wert ist und dass sie wieder zurückgeworfen werden. Das ist eine relevante Debatte, die wir dann auch mit den Universitäten im Wahlkampf führen müssen. Deswegen bin ich Ihnen dankbar, dass Sie das so deutlich sagen. Die CDU hat sich davor bisher nämlich immer weggeduckt.

- Es wird in Teilen so sein, dass man Sachen verändern muss. Aber, wissen Sie, Herr Andresen, wenn man sagt, es darf sich für die Menschen im Land nichts verändern, dann können wir Landtagswahlen abschaffen; dann können wir auch die Parteien abschaffen.

(Beifall FDP und CDU)

Ich weiß jetzt nicht so richtig, was Sie von mir wollen. Sie können jetzt zur **Europa-Universität Flensburg** gehen. Aber die wissen das. Die haben gesehen, dass wir einen anderen Gesetzentwurf hatten. Ich habe das auch damals, als Sie Ihren Gesetzentwurf verabschiedet haben, schon gesagt. Also, ich sehe das Problem, ehrlich gesagt, nicht. Es gibt eben auch Menschen, die sagen: Gott sei Dank gibt es noch politische Kräfte im Land, die die Lehrerausbildung an die bestehenden Schulstrukturen anpassen wollen.

(Beifall FDP)

So. Ich gehe weiter im Text und setze mich weiter mit der Wissenschaftsministerin und ihrer Regierungserklärung auseinander. Frau Ministerin, ich fand es ja ganz interessant, dass Sie gleich zu Beginn die **Universität Lübeck** gelobt und sich positiv über sie geäußert haben. Ich finde, das war berechtigt. Interessant finde ich an dem Punkt nur - über den sollte man auch sprechen; Herr Dr. Stegner ist nun leider nicht da und kann die Zwischenfrage nicht stellen -: Wer wollte denn die Medizinausbildung in Lübeck damals einstellen? - Da haben wir uns in der Tat nicht mit Ruhm bekleckert. Ich bin auch wirklich nicht stolz auf diese Debatte. Ich bin auch froh darüber, dass wir das abgewendet haben.

(Beifall FDP -Wolfgang Baasch [SPD]: Ihr habt es abgewendet?)

- Ja, zu unserer Regierungszeit wurde das zum Glück abgewendet. Es gab Abgeordnete in der Koalition, die sich massiv dagegen gewehrt haben.

(Christopher Vogt)

(Peter Eichstädt [SPD]: Ihr habt die Probleme beseitigt, die ihr selbst geschaffen habt!)

- Ja, Herr Eichstädt, das kennen Sie als Sozialdemokrat doch auch.

(Zuruf Wolfgang Baasch [SPD])

- Wolfgang Baasch sollte lieber schweigen. Die Lübecker SPD hat damals ganz besonders gesagt: Die Stiftungsuniversität, die die FDP als Perspektive für die Universität Lübeck vorgeschlagen hat, sei eine Privatisierung durch die Hintertür, das werde man verhindern. Sie haben das jetzt gemeinsam mit uns umgesetzt und loben sich dafür.

(Beifall FDP)

Lieber Kollege Baasch, Sie sollten lieber schweigen. Seien Sie ein bisschen vorsichtig an dieser Stelle. Sie wollen auch nicht mehr hören, was Sie vor ein paar Jahren noch erzählt haben.

Zum Thema **Hochschulmedizin**. Der Kollege Andresen hat es aufgegriffen: Frau Ministerin, Sie haben es angesprochen, dass hier etwas kommen sollte. Das Thema Hochschulmedizin hat nicht nur in Lübeck, sondern auch in Kiel eine herausgehobene Bedeutung für unseren Hochschulstandort und für unser Bundesland insgesamt. Ich muss ganz ehrlich sagen, ich war sehr enttäuscht, dass Sie zwar angesprochen haben, dass hier etwas kommen soll, aber mit keiner Silbe gesagt haben, was da kommen soll.

(Beifall FDP)

Der Kollege Günther hat zu Recht gesagt: Seit 2012 wird über neue Modelle diskutiert. Die Zeit ist weit vorangeschritten, aber ich würde mich freuen, wenn Sie gleich noch einmal hier nach vorn ans Rednerpult kommen würden, um uns zu erklären, was Sie in diesem Bereich eigentlich machen wollen, damit wir uns damit auseinandersetzen können. Dass da etwas kommen soll, wissen wir seit Jahren, aber was soll da kommen? - Es wäre doch einmal interessant, das zu erfahren.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Meine Damen und Herren, neben der Lehrerausbildung ist der zweite entscheidende Punkt in dieser Wahlperiode die Novelle des Hochschulgesetzes der Koalition. Aus meiner Sicht war dies unter dem Strich eher eine Be- statt eine Entlastung für die Hochschulen. Wir haben die Diskussion geführt, es gibt unnötige Bürokratie und aufgeblähte Gremien. Natürlich hat man, wie beim UKSH, im Bereich Bauen die Regelungen für die Hochschulen angepasst, Herr Kollege Andresen. Ich fand dies unter dem Stichwort Autonomie etwas hasenfüßig. Wir

haben einen weiter gehenden Entwurf, bei dem die Hochschulen noch mehr Flexibilität bekommen hätten, vorgeschlagen.

Das ist sowieso interessant: Wir haben ein **Hochschulfreiheitsgesetz** mit echter Autonomie beim Bauen, beim Personal und bei der inneren Organisation der Hochschule sowie beispielsweise bei der Ausrichtung der Studiengänge vorgelegt. Ich freue mich, dass die CDU-Fraktion jetzt auch ihre Punkte vorgestellt und gesagt hat, dass sie das alles genauso sieht. Das ist doch eine schöne Aussicht auf kommende Zeiten.

Im Übrigen möchte ich erwähnen, dass dies keine Spinnerei von freiheitsliebenden Liberalen ist, die das alles gern den Leuten freistellen wollen. Das hat auch Herr Habersaat ein bisschen suggeriert. Das empfehlen alle Experten in diesem Bereich, die irgendwie ernst zu nehmen sind. Über die Imboden-Kommission wird viel gesprochen, aber dieser Punkt wird vonseiten der Landesregierung immer ausgeklammert, nämlich das, was diese zum Thema Autonomie gesagt hat. Die Kommission hat genau das gesagt, was in unserem Gesetzentwurf steht. Ich habe die Aussage von Herrn Professor Beer mit Freude zur Kenntnis genommen, dass auch die Landesrektorenkonferenz mehr Autonomie fordert. Sie hatte sich bei unserer Initiative ein bisschen nach dem Motto geduckt: Wir wollen es uns mit der Landesregierung nicht verscherzen, deswegen wollen wir zum FDP-Entwurf nicht so viel Positives sagen. Vielleicht liegt es an der nahenden Landtagswahl, aber mittlerweile sagt auch die Landesrektorenkonferenz ganz klar: Wir brauchen mehr Autonomie in den verschiedenen Bereichen. Herr Kollege Andresen, natürlich muss das mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern sowie mit den Studierenden gemeinsam vorangetrieben werden. Das kann doch gar nicht anders sein. Das hat unser Gesetzentwurf übrigens auch so vorgesehen.

Herr Kollege Andresen, ich komme gleich zu den Finanzen, aber noch eine Sache: Wir können uns gleich noch darüber auseinandersetzen, wer beim Thema Finanzen besser oder schlechter ist. Ich glaube aber, in einem Bundesland wie dem unsrigen, das auf absehbare Zeit nicht mit den finanzstarken Bundesländern mithalten können und bei dem die Wissenschaft eine enorme Bedeutung für die Entwicklung des Landes hat, wo dieser Bereich im Haushalt einen Riesenbatzen ausmacht, gerade in so einem Bundesland muss man darüber nachdenken, wie man den rechtlichen Rahmen für die Hochschulen möglichst klug setzt. Ich glaube, wenn alle Experten die **Hochschulautonomie** for-

(Christopher Vogt)

dern, dann sollten sich alle Parteien noch einmal intensiver damit beschäftigen.

(Beifall FDP)

Wenn man sich die erfolgreichen Bundesländer im Bereich der Wissenschaft anschaut, dann sind zwei Dinge auffällig: relativ große Autonomie und relativ gute Finanzausstattung. Diese beiden Dinge fallen immer dort zusammen, wo die Wissenschaft einen guten Stand hat.

Zum Thema **Finanzen**: Ich glaube, wir sind uns einig darin, dass es richtig ist, dass das Kooperationsverbot gefallen ist und dass der Bund es stärker als gesamtstaatliche Aufgabe sieht, Wissenschaft und Forschung zu unterstützen. Ich finde, die Ministerin hat heute eine durchaus beeindruckende Zahl genannt. Ich erkenne dies durchaus an. Sie hat nämlich von über 100 Millionen € zusätzlich im Verlauf der fünf Regierungsjahre berichtet. Ich musste gestern erst einmal nachsehen, wie sich diese Zahlen genau zusammensetzen. Der Anstieg beläuft sich von 576 Millionen € auf 677 Millionen €. Das sind rund 17 % mehr.

Sie haben das UKSH miteinbezogen. Ich glaube, dass ist an dieser Stelle auch legitim. Wenn wir uns jetzt allerdings schon darüber unterhalten, wer die Wissenschaft so toll gestärkt hat oder nicht, dann sollten wir uns einmal angucken, was in diesem Bereich tatsächlich aussagekräftig ist, Herr Kollege Andresen. Das haben wir als Dienstleister für Sie einmal ausgerechnet: Die bereinigten Landesausgaben sind zwischen 2012 und 2017 um 22,8 % gestiegen. Das ist ein deutlich höherer Wert als 17 % im Wissenschaftsbereich. Der Anteil der Zuschüsse für den Hochschulbereich an den bereinigten Ausgaben ist im gleichen Zeitraum in Ihrer Regierungszeit von 6,19 % auf 5,9 % gesunken. Ich glaube, da kann man sich ein paar Monate vor der Wahl schwer hinstellen und sagen: Die Wissenschaft war der große Schwerpunkt dieser Landesregierung. Wenn das der Schwerpunkt Ihrer Landesregierung war, dann ist das nicht besonders lobenswert.

(Beifall FDP und CDU)

Die sieben Vorschläge von Herrn Professor Kipp von der Universität Kiel waren in der Tat bemerkenswert. Daniel Günther hat es zu Recht angesprochen: Er hat diese gar nicht an diese Landesregierung adressiert, sondern an die nächste Landesregierung. Herr Kollege Andresen, er geht offensichtlich auch davon aus, dass es in einigen Monaten eine andere Landesregierung geben wird. Ich glaube, er hat entscheidende Punkte angesprochen.

Zum Thema Grundfinanzierung: Wie gesagt, Herr Kollege Andresen, in diesem Bereich ist etwas passiert, aber die Universität Kiel und alle Hochschulen im Land sind nach wie vor unterfinanziert. Das muss man an dieser Stelle einfach noch einmal deutlich sagen. Deshalb muss in diesem Bereich noch deutlich mehr passieren.

Ich finde, auch beim Thema **Investitionen** hat er den Nagel auf den Kopf getroffen. Auch hier werden endlich einmal viele Sachen angepackt. Als ich 2004 angefangen habe, an der Christian-Albrechts-Universität zu studieren, da habe ich bei dem Anblick einiger Gebäude, die wirklich kurz vor dem Zusammenfallen waren, gedacht, ich sei irgendwo in Osteuropa gelandet. Die Angerbauten werden jetzt beispielsweise zum Glück abgerissen. Hier ist also etwas passiert, aber ich glaube, es muss noch deutlich mehr passieren.

Kollege Andresen, auch das Thema **Semesterticket** ist ganz spannend. Wir sind ein Flächenland. Der ÖPNV ist nicht so ausgebaut wie in vielen anderen Flächenländern Westdeutschlands. Wenn man sich beispielsweise anschaut, dass wir im Jahr 2016 noch kein landesweites Semesterticket haben und dass man mit dem Kieler Semesterticket immerhin bis nach Schwentental und - ich glaube - nach Flintbek kommt, dann müssen wir schauen, wie wir hier zu einer Lösung kommen. Das wird das Land natürlich eine Menge Geld kosten, da es bezuschusst werden muss. Ansonsten würde der Semesterbeitrag für die Studenten zu stark steigen. Ich glaube aber, es wäre sinnvoll, gemeinsam mit Hamburg eine Lösung zu finden. Der Nordtarif soll jetzt kommen. Wir sind sehr gespannt. Ich glaube, es wäre richtig, wenn man es zumindest mit Hamburg hinkommt, ein gemeinsames Semesterticket zu finanzieren.

(Beifall FDP und vereinzelt PIRATEN)

Beim Thema **studentisches Wohnen** muss viel passieren. Auch hier sind wir, was die Anzahl der Wohnheimplätze in Relation zu der Anzahl der Studierenden angeht, Schlusslicht. Es werden immer mehr Studenten, das heißt, das Verhältnis wird immer schlechter. Ich glaube, auch hier muss deutlich mehr passieren. Ich glaube, Schleswig-Holstein muss sich deutlich mehr Gedanken machen. Wir werden das - wie gesagt - in unserem Wahlprogramm auch tun und fragen, wie Schleswig-Holstein deutlich attraktiver für Wissenschaftler und für Studenten wird, die keine Landeskinder sind. Wir haben an unseren Hochschulen eine extrem hohe Landeskinderquote. Das ist in Ordnung, aber ich glaube, wir müssen schauen, wie wir auch für Men-

(Christopher Vogt)

schen attraktiv werden, die nicht aus Schleswig-Holstein kommen. Heiner Garg, bei dir haben wir es ja geschafft.

(Zurufe)

- Das ist ja so. Meine Damen und Herren, auf einem Punkt möchte ich noch kurz herumreiten, weil er interessant ist. Sie haben sich selbst für die Anhebung der **Grundfinanzierung** gelobt. Diese soll bis 2019 schrittweise auf 25 Millionen € auflaufen.

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Du wolltest das!)

- Kollege Dolgner, jetzt kommt es, nicht immer so vorschnell, manchmal muss man ein bisschen abwarten, was kommt. Der Bund hat, ich glaube, es war vor zwei Jahren, die Länder bei den BAföG-Kosten komplett entlastet. Der Landesanteil ist weggefallen. Das waren 36 Millionen € pro Jahr. Das Geld wäre schon Jahr für Jahr gekommen. Davon hätte man zwei Drittel nehmen können, weil das der Anteil ist, der an die Studierenden geht. Das wäre deutlich mehr Geld für die Hochschulen gewesen. Es war zwischen Bund und Ländern vereinbart, dass dieses Geld den Hochschulen zugutekommen soll. Also loben Sie sich nicht! Kollege Eichstädt, man hat erst ein Problem geschaffen und es dann gelöst, und dann lobt man sich dafür. Da haben wir beide etwas gemeinsam.

(Beifall FDP und CDU)

Es wäre also deutlich mehr drin gewesen. Ich glaube, es muss auch um die Verlässlichkeit gehen. Herr Kollege Andresen, Sie haben vorhin zu Recht die prekären Verhältnisse in weiten Teilen des **akademischen Mittelbaus** an den Universitäten angesprochen. Das ist wirklich ein Problem. Das sind die Lastesel des Hochschulsystems. Noch einmal, auch hier wird der Gedanke der Hochschulautonomie nach dem Motto diskreditiert: Die Hochschulen behandeln ihre Mitarbeiter schlecht. So wird immer ein bisschen getan. Woran liegt das? - Das liegt in der Tat an der mangelnden Verlässlichkeit der Finanzierung der Hochschulen. Ich glaube, das ist ein Punkt, an dem man mit dem Bund gemeinsam arbeiten muss, um Schritt für Schritt die Verlässlichkeit zu erhöhen, damit die Arbeitsbedingungen für die talentierten jungen Menschen, die man im Hochschulsystem dringend braucht, besser werden. Auch beim Betreuungsschlüssel an den Fachhochschulen ist Schleswig-Holstein bundesweit Schlusslicht. Hier müssen wir ansetzen.

Professor Beer hat in seiner Funktion als Vorsitzender der Landesrektorenkonferenz mit Blick auf die **Hochschulgesetznovelle** angesprochen, dass das

Thema **Präsenzpflicht** wieder angepackt werden muss. Sie haben quasi die Präsenzpflicht für Studierende an den Hochschulen verboten, so will ich das einmal ausdrücken.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Herr Habersaat, ich sehe, Sie sind ein schlauer Fuchs. - Der hat gesagt, das muss jetzt wieder geändert werden, die Präsenzpflicht soll wieder eingeführt werden. Ich bin der Meinung - auch da wieder Hochschulautonomie -, es soll am besten an den Hochschulen entschieden werden; die sollen das gemeinsam mit den Studierenden an den einzelnen Fakultäten entscheiden. Ich glaube, die können am besten entscheiden, ob es sinnvoll ist, dass die Studierenden dort sitzen oder nicht.

Ganz kurz noch: Die Ministerin hat auch über Digitalisierung gesprochen. Ich glaube - ich hoffe es zumindest -, es wird auch bald Standard werden, dass alle Vorlesungen auch im Internet zu sehen sein werden. Das heißt, wenn man morgens noch eine Stunde länger im Bett liegen bleibt, kann man trotzdem an der Vorlesung teilnehmen.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

Das ist ja an vielen Hochschulen schon der Fall. Ich glaube, auch deshalb macht es Sinn, das an den Fakultäten zu machen.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Das hat jetzt dazu geführt, dass der Kollege Andresen eine weitere Bemerkung machen möchte. Ich frage Sie, ob Sie diese zulassen.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja, selbstverständlich.

**Vizepräsidentin Marlies Fritzen:**

Bitte, Herr Andresen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:** Frau Präsidentin, der Teil davor hatte dazu geführt, dass ich eine weitere Bemerkung machen möchte. Wir haben darüber ja schon ein paar Mal diskutiert, aber Sie wiederholen immer das, was Sie damals schon gesagt haben, dass die Hochschulen das selbst entscheiden sollen.

Ich möchte Sie wiederholt auf Folgendes aufmerksam machen. Sie wollen die Anwesenheitspflicht den Hochschulen überlassen und nicht per Gesetz regeln vor dem Hintergrund,

**(Vizepräsidentin Marlies Fritzen)**

dass bestimmte Menschen an den Hochschulen, nämlich die Professoren, die Mehrheit haben, gerade wenn es um Studium und Lehre geht, dass die mit ihrer Mehrheit, die sie in den Gremien haben, entscheiden, was in dem Bereich passiert, gibt es den Wunsch von vielen Studierenden, die sagen: „Wir müssen neben dem Studium arbeiten, wir haben noch andere Baustellen neben dem Studium, auch weil wir zu wenig BAFöG bekommen oder vielleicht gar kein BAFöG. Deswegen können wir dieser Präsenzpflicht nicht entsprechen.“

Dieses Problem wird dadurch, dass Sie den Konflikt an die Hochschulen verlagern, überhaupt nicht gelöst. Das führt vielmehr dazu, dass sich nichts verändert und dass die Studierenden mit ihren Problemen alleingelassen werden. Deshalb haben sich die Studierendenvertretungen aller Hochschulen an uns gewandt und gesagt, sie wollten eine gesetzliche Regelung, ähnlich wie es sie in Niedersachsen und auch in Nordrhein-Westfalen gibt.

Sie nehmen das in Kauf, wenn Sie sagen, das muss von den Hochschulen entschieden werden. Das kann man machen. Aber dann muss man das in aller Deutlichkeit so zuspitzen, wie ich das gerade getan habe. Das bedeutet, dass sich im Bereich der Anwesenheitspflicht nichts verändern würde, sodass für die Studierenden überhaupt keine Qualitätsverbesserung erzielt werden kann.

**Christopher Vogt [FDP]:**

Ja, ich habe die Erfahrung gemacht: Es ist generell sinnvoll, immer das zu erzählen, was man vertreten will. Deshalb mache ich das öfter, wenn wir zur Hochschulpolitik reden, dass ich immer das Gleiche erzähle, weil ich der Überzeugung bin. Wir waren - Herr Habersaat war auch dabei - ja gemeinsam auf einer großen Veranstaltung der Christian-Albrechts-Universität zu diesem Thema, auf der ich ebenfalls mehrfach gesagt habe: Als Liberaler schlagen natürlich zwei Herzen in meiner Brust. Ich hatte damals zum Teil auch Besseres zu tun, als zur Hochschule zu gehen; das ist nun einmal im Leben so. Ich fand diese Anwesenheitslisten merkwürdig bei solchen Veranstaltungen, bei denen links und rechts Türen waren. Nachdem die Anwesenheitsliste durch war, war der Saal in dieser Ecke bereits nach einer Viertelstunde leer. Das fand ich jetzt auch nicht richtig. Das ist sicher nicht im Sinn der

Sache. Deswegen schlagen insoweit zwei Herzen in meiner Brust. Ich kann den Wunsch der ASten nachvollziehen; den haben Sie ja jetzt auch gesetzlich umgesetzt.

Noch einmal: Das muss natürlich im Dialog mit den Studierenden an den Hochschulen entschieden werden. Mir fällt einfach keine bessere Lösung ein, als das vor Ort zu regeln, weil man das vor Ort am besten bewerten kann. Natürlich muss das im Dialog geschehen. Aber, Herr Kollege Andresen, ich habe, glaube ich, ein optimistischeres Menschenbild als Sie. Und das ist wohl das, was uns an dieser Stelle trennt.

(Beifall FDP)

Ich möchte noch zwei weitere Punkte aufgreifen. Die **Digitalisierung** habe ich schon angesprochen. Das wird die Forschung massiv verändern, und das wird die Lehre massiv verändern. Frau Ministerin, das haben Sie zu Recht angesprochen. Sie haben auch das Thema **Technologietransfer** angesprochen. Auch das ist, glaube ich, ein wichtiges Feld, auf dem wir noch Luft nach oben haben.

Ich fand es auch gut, dass Sie die Bedeutung des **dualen Studiums** hervorgehoben haben. Das haben wir noch nicht von sehr vielen Wissenschaftsministerinnen und -ministern gehört. Ich glaube, das ist ein wichtiger Punkt, der für viele Studierende eine große Bedeutung hat, vor allem für eine ganz bestimmte Gruppe, die an dem universitären Studium ein nicht allzu großes Interesse hat. Da kommen durchaus viele Leute raus. Ich kann das aus eigener Erfahrung sagen, denn ich bin auch dualer Student gewesen. Es gibt also auch positive Beispiele.

(Heiterkeit)

Ich wollte noch einmal auf die große Initiative der Ministerin eingehen, über die heute wenig gesprochen worden ist; das ist das Thema **Exzellenzinitiative** für die **Fachhochschulen**, die Sie vorgeschlagen haben. Das wurde durchaus sehr gelobt, beispielsweise auch von den „Kieler Nachrichten“. Die Meldungen aus der Wirtschaft und von den Fachhochschulen waren nicht euphorisch, aber durchaus nach dem Motto: Es ist immer gut, wenn etwas für die Fachhochschulen getan wird.

Ich fand das jetzt weder neu noch ausgesprochen innovativ. Aber, Frau Ministerin, ich finde das an der Stelle auch nicht besonders klug; denn wir sehen - das ist ja Ihr Vorschlag -, dass von viel Geld nicht einmal 10 % der Fachhochschulen profitieren sollen. Wir wissen, wir haben Probleme bei der Finanzausstattung unserer Hochschulen. Wir haben

(Christopher Vogt)

trotzdem gute Hochschulen in Schleswig-Holstein. Insofern bin ich optimistisch, dass Sie da etwas erreichen werden. Aber ich glaube, auf Dauer ist es nicht besonders klug, aus Schleswig-Holstein heraus Programme vorzuschlagen, von denen nicht einmal 10 % der Fachhochschulen profitieren. Deshalb ist Ihr Vorschlag nicht so wunderbar, wie das teilweise beschrieben wurde. Ich schlage deshalb vor, dass man das Geld den Fachhochschulen direkt gibt, um beispielsweise den Betreuungsschlüssel direkt zu verbessern.

Herr Habersaat hat gesagt, die SPD sehe die **Wissenschaftspolitik** auch als **Gesellschaftspolitik** an. Ich glaube, das liegt in der Natur der Sache; das sehen wir auch so. Das soll ja immer ein bisschen diskreditieren, dass wir den Gedanken der Hochschulautonomie vor uns hertragen nach dem Motto: Die Politik und die Gesellschaft würden sich dann herausziehen, und es würden nur einige wenige darüber entscheiden, was an den Hochschulen passiert. Die Erfahrung zeigt - auch wenn Sie nach Nordrhein-Westfalen schauen -, dass das Quatsch ist, was Sie da sagen.

Auch wir sehen Wissenschaftspolitik als Gesellschaftspolitik an. Das kann ja gar nicht anders sein; dafür ist die Bedeutung viel zu groß. Aber wir sind der Meinung, dass man andere Instrumente braucht, um die Wissenschaft zu stärken. Darum geht es uns.

Ich möchte zum Abschluss noch Folgendes sagen. Ich sage dies ganz grundsätzlich, Frau Ministerin; das geht jetzt nicht gegen Sie persönlich, weil Sie das Ministeramt aus der Not heraus haben übernehmen müssen. Aber auch meine Fraktion ist der Meinung, dass die Wissenschaft zu wichtig ist, um sie einfach an ein anderes Ministerium anzudocken, wie dies im Fall des Sozialministeriums geschehen ist.

(Zuruf: Sag mal, wieso!)

- Das ist meine Überzeugung. Ich glaube auch, es ist mehr als eine Stilfrage, es ist auch eine strategische Frage.

Deswegen bin ich der Auffassung, dass es gute Gründe dafür gibt, das in der nächsten Wahlperiode wieder dem Bildungsministerium zurückzugeben oder auch dem Wirtschaftsministerium. Es gab einmal den Versuch, ein Innovationsministerium zu machen. Da hätte man noch deutlich mehr machen können.

Ich bin der Auffassung, es ist auch im Sinn unserer Hochschulen. Jedes Mal, wenn ich mit Hochschul-

vertretern spreche, sagen die mir: Es ist der Wunsch aller Hochschulen, dass das Ressort wieder mehr Bedeutung bekommt. Auch im bundesweiten Vergleich ist es nicht besonders schön, wenn unsere Hochschulvertreter bundesweit unterwegs sind und sich sagen lassen müssen, dass unsere Sozialministerin auch für die Wissenschaft zuständig ist.

(Zuruf SPD)

- Ja, das ist für unsere Hochschulen ein Problem, Frau Kollegin. Das mögen Sie als Sozialpolitikerin anders sehen. Ich wollte nur sagen: Wir werden das wieder ändern.

Abschließend möchte ich noch etwas sagen. Herr Habersaat, ich fand das schon wirklich grenzwertig. Ich meine Ihre Redepassage zur ehemaligen Wissenschaftsministerin Frau Wende und zur Einstellung der staatsanwaltlichen Ermittlungen. Ich muss ganz ehrlich sagen: Ich wünsche niemandem, dass er strafrechtlich verfolgt wird. Deswegen ist das eine gute Nachricht für Frau Wende. Ich gönne ihr, dass das Verfahren nun seinen Abschluss gefunden hat, sodass sich Frau Wende nun beruflich weiter orientieren kann. Aber ich muss Ihnen ganz ehrlich sagen: Es ist schon ein bisschen merkwürdig, dass ausgerechnet Sie hier solche Dinge in Richtung Daniel Günther loslassen. Es war der Herr Ministerpräsident, der die Frau entlassen hat, aus gutem Grund. Sie hat damit der Staatskanzlei ein Problem beschert.

Ich wünsche Frau Wende wirklich alles Gute für die Zukunft. Aber es war gut, dass sie gehen musste; denn unser Wissenschaftsstandort braucht solche Leute nicht. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Uli König.

**Uli König [PIRATEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Das war ja schon eine sehr interessante Debatte. Die erste Überraschung war - das hat auch Daniel Günther schon festgestellt -: Die Ministerin hat sich sehr akkurat an ihr Redeskript gehalten. Das war interessant.

Es gab auf der anderen Seite aber auch die eine oder andere interessante These von der CDU, wie man jetzt die Hochschule gestalten soll, zum Bei-

(Uli König)

spiel, dass man in Zukunft Studierende, die nach dem zweiten Jahr weniger als 60 Punkte haben, zur Zwangsberatung schickt. Das ist doch eine interessante Sache, die Daniel Günther hier vorgeschlagen hat. Das trifft dann ja vor allem wahrscheinlich junge Eltern, die die CDU doch eigentlich immer besonders schützen möchte, weil die doch nicht ganz so viel Zeit zum **Studium** haben.

(Beifall PIRATEN)

Wenn Sie Studiengänge unterschiedlich fördern wollen, je nachdem, wieviel Gewinn das für das Land abwirft, was passiert dann zum Beispiel bei der FH Kiel mit dem Studiengang Soziale Arbeit? Dort werden Leute ausgebildet, die wir für unser Land brauchen. Aber sehr viele Steuereinnahmen generieren die nicht, weil die alle unterbezahlt werden. Also, lieber Daniel, ich glaube, da musst du noch ein bisschen an deinem Programm feilen.

(Beifall PIRATEN)

Ich finde, es ist ein echter Knaller, wenn die SPD hier behauptet, wir hätten falsche Tatsachen im Fall Wende in den Raum geworden. Herr Vogt hat das auch gerade angesprochen. Das hat ja nicht nur Herr Günther gemacht, sondern das haben PIRATEN, CDU und FDP zusammen gemacht. Wir haben uns alle zusammen hier hingestellt und haben uns die Akten angeschaut. Wir haben faktenwirklich gearbeitet. Die Staatsanwaltschaft hat gesagt: keine überwiegende Urteilswahrscheinlichkeit. Das ist kein Freispruch erster Güte, sondern heißt einfach nur: Die Wahrscheinlichkeit, dass man daraus ein Urteil machen kann, ist einfach gering.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD] - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Das ist eine Unverschämtheit!)

- Herr Stegner, ganz ehrlich, jedes Mal, wenn Sie den Mund aufmachen, ist das eine Unverschämtheit.

(Beifall CDU - Lachen SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, ich würde Sie bitten, dass wir uns insgesamt mäßigen. Damit meine ich den Redner, aber auch die Zwischenrufer.

**Uli König [PIRATEN]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. Ich fahre mit meiner Rede fort. Liebe Frau Ministerin, Sie wollen zum Mond. Mit sanfter **Digitalisierung** werden Sie da wahrscheinlich nicht ankommen. Ich erkenne aus-

drücklich an, dass Sie viel im Bereich Open Access getan haben. Ich bedanke mich ganz besonders im Namen meiner Fraktion auch bei Herrn Staatssekretär Fischer, der sich da sehr engagiert hat. Vielen Dank für die tolle Arbeit!

(Beifall PIRATEN)

Auch bei der hochrangigen Arbeitsgruppe, die sich für den Bereich Open Access eingesetzt hat, obwohl ich der einzige Abgeordnete war, der sich da regelmäßig beteiligt hat, möchte ich mich bedanken.

Interessant ist, dass die Ministerin vorhin den Dokumentenserver zum Thema Open Access wieder angekündigt hat, er ist noch nicht da. Ich frage mich, wie lange dieser Dokumentenserver noch angekündigt wird und dennoch nicht kommt. Ich möchte darum bitten, dass da ein wenig mehr Energie hineingesteckt wird, dass wir da vorankommen.

(Beifall PIRATEN)

Es ist meines Erachtens wirklich wichtig, wenn wir die Wissenschaft in Schleswig-Holstein voranbringen wollen, dass dieser verflixte Dokumentenserver kommt.

Ihr Masterplan „Hochschule 2030“ klingt für mich nach einem beliebigen Füllwort. Das Wort „Masterplan“ wird nach meiner Erfahrung immer dann benutzt, wenn die Regierung eigentlich gerade nicht weiterweiß. Wir haben schon bei allen möglichen Sachen von der Regierung immer wieder das Wort „Masterplan“ gefunden. Das ist nicht nur bei der aktuellen Regierung so, sondern das war auch schon bei der vergangenen Regierung so.

Bei all der Kritik befürworten Sie die Fortsetzung des Hochschulpakts. Es soll sich hier um eine dauerhafte Verstetigung mit dem Bund bemüht werden; denn Sie wissen ja, Frau Alheit, dass ein befristeter **Hochschulpakt** zu befristeten Verträgen an den Hochschulen führt. Das wiederum führt zu prekären Beschäftigungsverhältnissen. Sie haben ja extra den Pakt gegen prekäre Beschäftigungsverhältnisse geschlossen. Ich denke, dass eine komplette Verstetigung des Hochschulpakts dazu führen würde, dass wir einiges für die Menschen an den Hochschulen tun könnten.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Das sieht man leider auch bei den **Lehrbeauftragten**, die an den Hochschulen auf Honorarbasis arbeiten. Hier fehlt nach wie vor die Verbesserung bei den Arbeitsbedingungen. Wenn Sie sich auf die Beteiligung an bundesweiten Projekten, wie etwa

(Uli König)

dem Programm zur Nachwuchswissenschaftlerin beziehungsweise Nachwuchswissenschaftler, fokussieren, werden die Lehrbeauftragten immer noch mit Niedriglöhnen eingesetzt. Um das Dauerangebot in Ihrer Lehre zu sichern, sollten Sie sich nicht nur auf die Spitzenforschung konzentrieren, sondern auch auf die Lehrbeauftragten.

Zur **Hochschulfinanzierung** haben wir hier schon häufig gesprochen. Ich habe die Leistung Ihrer Regierung, die Vereinbarung mit den staatlichen Hochschulen abzuschließen, durchaus gewürdigt. Aber, Herr Andresen, Sie können mich gern zitieren. Ja, ich glaube, Sie haben den Hochschulpräsidenten ganz klar die Pistole auf die Brust gesetzt und gesagt: Entweder ihr nehmt jetzt das bisschen Geld, das wir euch bieten, oder ihr kriegt gar nichts. Und die Bedingung ist, dass ihr uns alle dafür lobt.

Ich weiß noch, was das für entsetzte Gesichter in diversen Hochschulen gegeben hat. Dort wurde gefragt: Wie, damit haben wir uns abspeisen lassen?

(Zuruf Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] - Weitere Zurufe SPD)

- Nein, Herr Andresen, ich habe mit den Leuten in der Hochschule geredet. Sie hätten einmal das Gesicht des einen oder anderen Kanzlers der Hochschule sehen sollen, als die herausgefunden haben, was ihre Präsidenten da gerade unterschrieben hatten. Sie waren entsetzt, Herr Andresen.

(Beifall PIRATEN - Zurufe SPD)

Außerdem habe ich immer infrage gestellt, ob die Finanzlage ausreicht, um die Kosten, die das neue **Hochschulgesetz** generiert und die nicht unmittelbar etwas mit Forschung und Lehre zu tun haben, zu tragen. Ich bleibe dabei: Die Mittel, die die Hochschulen jetzt haben, reichen nicht aus, um die zusätzlichen Kosten des Hochschulgesetzes abzudecken.

Die Vereinbarung wurde auch unter dem Druck des doppelten Abiturjahrgangs geschlossen. Wir werden erst in den nächsten Jahren sachgerecht bilanzieren können, ob Ihre Hochschulmittel auskömmlich sind oder nicht. Zum Thema Hochschulgesetz, meine Damen und Herren, haben Sie die Vorschläge der PIRATEN leider ignoriert. Wir haben vorgeschlagen, dass man in Zukunft **Vorlesungen** streamen und aufzeichnen sollte.

(Beifall PIRATEN)

Da geht es wieder um das Thema „Vereinbarkeit von Familie und Beruf“, wenn zum Beispiel eine Vorlesung zu einem Zeitpunkt stattfindet, zu dem

man gerade einfach nicht kann. Die meisten Vorlesungen sind mit mehreren hundert Studierenden besetzt, und da brauchen Sie nicht persönlich anwesend zu sein. Das können Sie sich im Nachgang in Ruhe ansehen und vielleicht sogar noch einmal zurückspulen, wenn der Professor gerade genuschelt hat und Sie ihn nicht verstanden haben. Das würde einen echten Mehrwert bringen.

(Zurufe SPD)

- Hier gibt es jetzt auch eine Mediathek, lieber Lars Winter, da kann man auch vor- und zurückspulen, aber das geht nicht, wenn ich gerade live spreche. Das tut mir sehr leid für Sie.

Ich habe positiv zur Kenntnis genommen, dass Sie sich jetzt als Koalition für einen fahrscheinlosen **Nahverkehr** für Studierende einsetzen werden.

(Beifall PIRATEN)

Ich werde Sie beim Wort nehmen, und dazu werden wir Ihnen noch einen schönen Antrag bauen. Ich bin gespannt, wie Sie sich dazu verhalten. Ich würde mich freuen, ganz ehrlich, wenn Sie ihn unterstützen.

Wir haben auch beantragt, die **Regelstudienzeit** und die Mindeststudienzeit klar zu benennen. Wir haben heute das Problem, dass es eine Regelstudienzeit gibt, die aber nichts damit zu tun hat, wie viel Zeit ein Studierender zum Studieren normalerweise benötigt. Das ist eher die Mindestzeit, in der man das Studium schaffen könnte, wenn man sich richtig reinhängt, optimale Voraussetzungen hat und richtig gut ist. Das Ergebnis ist, wenn sie länger brauchen, dass Sie plötzlich kein BAföG mehr erhalten, aber diverse andere Repressalien. Von daher gehört die Regelstudienzeit, so wie sie heute ist, abgeschafft. Das haben wir auch beantragt.

(Beifall PIRATEN)

Kommen wir zur Exzellenzinitiative für **Fachhochschulen**. Ihr Vorhaben, eine bundesweite Exzellenzinitiative für Fachhochschulen ins Leben zu rufen, geht am Kern der Sache leider vorbei. Sie wollen Fachhochschulen fördern. Dabei übersehen Sie aber, dass zunächst die grundlegenden Probleme an den Fachhochschulen gelöst werden müssen, die der Forschung im Wege stehen. Ihr Hochschulgesetz tut zwar so, als wären Fachhochschulen strukturell mit den Universitäten konkurrenzfähig, leider haben Sie ein solches Gesetz an der Realität vorbei gemacht.

Wer unsere Hochschulen insgesamt international wettbewerbsfähig machen will, der muss für eine

(Uli König)

entsprechende Gleichbehandlung und bei der Ausstattung für die finanzielle Basis sorgen. Sie haben das versäumt, obwohl Sie der Stärkung der Fachhochschule mit besonderer Aufmerksamkeit für den gesamten MINT-Bereich regelmäßig das Wort reden. Jetzt wollen Sie mit der Initiative, die vom Bund ausgehen soll, das ausbügeln, was Sie vorher missachtet haben. Das heißt, Sie haben selber kein Geld, starten eine große Initiative, und der Bund soll das bezahlen. Das kann man so machen.

Liebe Frau Ministerin, bevor Sie die Fachhochschulen bei der Spitzenforschung unterstützen wollen, sollten Sie erst einmal die Änderung der Lehrverpflichtungsverordnung herbeiführen und die Verbesserung der Ausstattung bewirken. Sie werden mir doch zustimmen, Frau Ministerin, dass eine Begrenzung der Lehrkapazitäten für die Forschung auf 6 % nicht zeitgemäß ist und die Fachhochschulen europaweit ins ökonomische und wissenschaftliche Abseits drängt, oder? - Das muss geändert werden.

Auch die **Masterquote** muss erhöht werden. Heute hätten Sie dazu eine Chance gehabt. Ich sehe keine Exzellenzinitiative für Fachhochschulen, wo wir dann mit Bachelorabsolventen Spitzenforschung betreiben. Meine Damen und Herren, das funktioniert so einfach nicht.

Herr Stegner hat bei seinem Besuch an der FH Flensburg die Erhöhung der Masterquote vollmundig angekündigt. Dazu sagen Sie nichts und erfüllen damit das, was Sie schon seit der Beantwortung meiner Kleinen Anfrage so dargestellt haben. Das ist leider enttäuschend.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Seit wann beantwortet mein Fraktionsvorsitzender Kleine Anfragen?)

- Nein, die Regierung beantwortet die Kleine Anfrage.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

- Das war jetzt echt unter der Gürtellinie, Herr Stegner.

Wir sollten die Fachhochschulen, die wir in die Lage versetzen wollen, Forschungsergebnisse in neue, innovative Produkte und Dienstleistungen einfließen zu lassen, marktfähig machen.

Spannend finde ich hier zum Beispiel das **Promotionskolleg**, das die Fachhochschulen quasi in die erste Liga bringen soll. Es wurde groß mit dem Hochschulgesetz angekündigt. Ich habe vorhin den Kollegen Habersaat hierzu gefragt, der jetzt leider

nicht da ist. Wir haben gerade gehört, dass das Promotionskolleg noch nicht einmal fertig gegründet ist. Ich weiß zwar nicht, wie das funktionieren soll, aber als Fachhochschule würde ich mich jetzt gerade verkohlt fühlen. Ich habe am Dienstag mit einem der Hochschulpräsidenten gesprochen. Der meinte: Ja, das Promotionskolleg ist einfach nur heiße Luft.

Wenn man sich anschaut, wie das Promotionskolleg definiert ist - die Anforderung, um eine Promotion über das Promotionskolleg zu machen, sind genau dieselben, als wenn man eine Promotion in Verbindung zwischen einer FH und einer Uni machen würde. Das heißt, man kann es auch an dem Promotionskolleg vorbei machen und hat genau das Gleiche.

(Wortmeldung Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

- Ja, ich beantworte eine Zwischenfrage.

(Zurufe SPD)

**Präsident Klaus Schlie:**

Sie gestatten also die Zwischenfrage. Bitte, Herr Andresen.

**Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich bin ganz froh, dass die SPD-Fraktion nicht über mich abstimmen darf, ob ich hier Fragen stellen darf oder nicht.

(Heiterkeit SPD)

Ich möchte - jetzt guckt er schon wieder so böse - Sie etwas zum Promotionskolleg fragen beziehungsweise Sie darauf hinweisen, dass mir das von Anfang an klar war, wenn man ein Modell wählt, bei dem man nicht sagt: Fachhochschulen bekommen einfach das Promotionsrecht übertragen. - Dieses Modell war ja auch in der Diskussion, das ist von Ministerin Wende auch einmal vorgeschlagen worden. Die Regierung hat sich mit Fachhochschulen, Universitäten und außeruniversitären Forschungseinrichtungen darauf verständigt, dass wir hier ein Kooperationsmodell entwickeln. Also ein Promotionskolleg als Kooperationsmodell, bei dem sich mehrere Hochschulen und Forschungseinrichtungen beteiligen können. Mir war von Anfang an klar, dass so etwas ein bisschen mehr Zeit in Anspruch nimmt, bis so etwas umgesetzt ist.

Vor Ort müssen Diskussionen geführt und Beschlüsse gefasst werden. Das alles ist aber

**(Präsident Klaus Schlie)**

auf einem guten Weg, und Sie müssen keine Angst haben, dass in diesem Bereich nichts passiert. Sie können sich darauf verlassen, dass in den nächsten Jahren Promotionen über dieses Promotionskolleg abgenommen werden. Aber das dauert natürlich ein bisschen.

Noch ein Hinweis - das habe ich eben schon in einem anderen Zusammenhang gesagt -: Sie wünschen sich immer ganz viel und sagen, dass wir vieles hätten schneller machen sollen oder mutiger hätten sein sollen. Aber als wir konkret darüber debattiert haben, haben Sie sich weggeduckt.

**Uli König [PIRATEN]:**

Das stimmt nicht.

**Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben uns in den Kontroversen damit alleingelassen. Das will ich hier noch einmal feststellen. Ein halbes Jahr vor der Wahl machen Sie sich darüber Gedanken und fragen sich: Mit was für einem Profil treten wir an?

- Das stimmt nicht.

Jetzt merken Sie, dass wir gute Ideen hatten, und tun so, als seien Sie dabei gewesen. Sie waren aber nicht dabei. Jetzt müssen Sie sich klarmachen, dass die Umsetzung etwas Zeit braucht.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und vereinzelt SPD)

- Herr Andresen, Sie haben eine interessante Wahrnehmung der Realität.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Sie auch!)

Was das Promotionskolleg angeht: Sie vergleichen die Regeln für jemanden, der an einer Fachhochschule ohne Promotionskolleg promoviert, mit den Regeln für jemanden, der an einer Fachhochschule mit Promotionskolleg promoviert. Sie werden am Ende herausfinden, dass das nahezu deckungsgleich ist. Das heißt, es müsste relativ schnell möglich sein, dieses Promotionskolleg zu starten. Was Sie die letzten zehn Jahre gemacht haben, um dieses Promotionskolleg in Gang zu setzen - das machen ja nicht Sie, sondern, wie ich vermute, die Wissenschaftsministerin und die Hochschulen -, ist mir nicht ganz klar. Ich habe nicht den Eindruck, dass das mit der notwendigen Ernsthaftigkeit vorangetrieben wird.

Es wäre nett, wenn Sie stehen bleiben würden. Sie haben ja noch eine zweite Frage gestellt. - Wir haben uns die ganze Zeit positiv zu dem **Promotionsrecht** der **Fachhochschulen** geäußert. Wir haben gesagt: Wir möchten das gern. Wenn Sie sich unsere Äußerungen und unsere Pressemitteilungen anschauen würden, dann würden Sie das feststellen. Dann würden Sie uns nicht vorwerfen, wir hätten unsere Meinung geändert. Herr Andresen, ich kenne Sie eigentlich als jemanden, der nicht so polemisch ist wie andere Kollegen hier im Raum. Ich hätte Ihnen unterstellt, dass Sie das auch so wahrgenommen hätten. - Das ist das Ende meiner Antwort.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter, gestatten Sie eine weitere Bemerkung des Abgeordneten Andresen?

**Uli König [PIRATEN]:**

Na gut. Ja.

**Rasmus Andresen** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Ich habe nicht gesagt, dass Sie das vorher nie gefordert haben, sondern ich habe gesagt, dass Sie sich in der Debatte weggeduckt haben, dass Sie in der Kontroverse nicht Flagge gezeigt haben, sondern mit der Opposition gemeinsam das Verfahren chaotisiert haben. Zu der ehemaligen Ministerin und dem Umgang mit ihr ist ja schon von anderer Seite etwas gesagt worden. Dazu haben Sie beigetragen. In sachlicher Hinsicht haben Sie nicht dazu beigetragen, dass diese Modelle Realität werden konnten, sondern Sie standen auf der anderen Seite und haben das Verfahren chaotisiert. Das war meine Aussage.

- Dann möchte ich Ihre Wahrnehmung an der Stelle gern korrigieren. Wir haben uns hinter das Promotionsrecht für Fachhochschulen gestellt. Gucken Sie sich unsere Anträge an. Die spiegeln das ganz klar wider. Wir haben uns sogar, glaube ich, noch einen Tick weiter aus dem Fenster gelehnt.

(Beifall PIRATEN)

Ich fahre fort mit meiner Rede. Ich lege an dieser Stelle besonderes Gewicht auf die Forschungsergebnisse. Geben wir unseren Fachhochschulen zusammen echte Freiräume, um forschen zu können; denn ein neues, innovatives Produkt entsteht nur aus mutiger Forschungsarbeit. Seien auch Sie, Frau Alheit, mutiger, und treiben Sie die Entwicklung in

(Uli König)

diesem Bereich auf allen politischen Ebenen voran, und zwar mit einer Initiative, die Fachhochschulen nachhaltig nützt und sie nicht strukturell in Bedrängnis bringt.

Dagegen freut es mich, dass Sie die Schwellenangst der Unternehmen im Hinblick auf mögliche Kooperationen mit den Hochschulen senken und den Transfer zwischen Wissenschaft und Wirtschaft stärken wollen. Wie wird denn die Zusammenarbeit mit dem Wirtschaftsministerium genau aussehen? Wie wird das neu installierte Innovations- und Technologieforum vorgehen? Sie haben dazu zwar schon zwei Worte gesagt, aber ich würde mir wünschen, dass dazu noch ein bisschen etwas kommt.

Wir alle wissen, dass es einer Stärkung dieses Transfers und - ausgehend von den Fachhochschulen - einer innovativen Vernetzung von **Wissenschaft und Wirtschaft** bedarf. Alle denken, wenn es an drittmittelfinanzierte Projekte geht, immer an Firmen, die forschen lassen. Aber wenn wir uns die Drittmittelprojekte einmal genauer anschauen, wenn wir uns anschauen, wo die Drittmittel für die Forschungsprojekte der Hochschulen herkommen, dann stellen wir fest, dass sie von der EU, von der DFG, vom BMBF und vom BMWi kommen, aber kaum aus privater Hand. Daran müssen wir arbeiten; denn wenn die **Forschung** und die Wirtschaft enger zusammenarbeiten müssen, dann muss auch die Drittmittelfinanzierung durch Unternehmen gestärkt werden.

(Beifall PIRATEN)

Hier ist im Moment noch viel Luft nach oben.

Wir brauchen Wissenschafts- und Technologietransferplattformen. Wir brauchen gemeinsame und attraktive Gründungsmodelle. Ihr Vorhaben, Spin-offs zu fördern, sowie das Vorhaben der Bundesregierung, Start-ups und den Zugang zu Fördergeldern zu erleichtern, begrüße ich ausdrücklich, Frau Alheit. - Schade, dass Sie nicht zuhören. - Nur sind die bürokratischen Hürden hoch, um an öffentliche Fördergelder heranzukommen. Ich kann gut verstehen, warum Sie aus Ihrer Sicht verhindern wollen, dass Steuermittel verpulvert werden, weil irgendwer die Mittel abgreift und sie dann für irgendwelchen Quatsch ausgibt. Aber Sie müssen auf der anderen Seite auch die Gründer verstehen.

(Unruhe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter. - Vielleicht ist es möglich, notwendige Gespräche etwas leiser zu führen, damit der Redner fortfahren kann.

**Uli König [PIRATEN]:**

Danke, Herr Präsident. - Sie müssen sich einfach in die Lage eines Unternehmers hineinversetzen. Das ist jemand, der relativ wenige Ressourcen in Form von Zeit und Geld hat. Jetzt kommt das Land um die Ecke und sagt: „Ja, du könntest Geld haben,“ - das ist sozusagen die Karotte, die ihm vor die Nase gehalten wird - „aber dafür müsstest du dich mit unseren ganzen Förderbedingungen auseinandersetzen und dies und das und jenes erfüllen.“ Ich gebe zu, dass ich in den letzten zwei Jahren keinen Förderantrag gestellt habe; aber vor ein paar Jahren habe ich das bei Bekannten erlebt. Sie haben versucht, an Mittel aus einem Existenzförderungsprogramm heranzukommen. Als sie das Geld endlich bekommen haben, waren sie mit ihrem Produkt fertig und brauchten die Kohle eigentlich gar nicht mehr. So lange hat das gedauert, und so bürokratisch war das. Ich würde empfehlen, das besser zu machen.

Vielleicht ist es einfacher, den Gründern eine Infrastruktur zur Verfügung zu stellen, anstatt sie direkt zu fördern. Ich glaube, das bringt uns weiter.

(Beifall PIRATEN)

Wir können darüber nachdenken, ein Sekretariat zur Postbearbeitung mit Internetleitung zur Verfügung zu stellen. So etwas haben wir heute schon in Schleswig-Holstein. Das nennt sich **Technologiezentrum**. Wir haben das zum Beispiel in Bad Segeberg, in Büsum, in Eckernförde, in Eutin, in Flensburg, in Geesthacht, in Hohenwestedt, in Itzehoe, in Kiel, in Lübeck, in Meldorf, in Neumünster, in Niebüll, in Oldenburg und in Schwentinental. Ich glaube, diese Zentren bringen uns wirklich voran. Wenn wir die Gründer fördern wollen, dann ist das Geld an dieser Stelle sicher gut angelegt.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Frau Ministerin, wenn Sie die Start-ups fördern wollen, stecken Sie die Kohle in diese Einrichtungen. Dort können sich junge Unternehmer einmieten. Dadurch kommt unser Land, glaube ich, wirklich voran. Nur so können **Innovationen** und Ideen einfacher in den Markt gelangen. Ich denke da zum Beispiel an die Firma Nik Software aus Lübeck. Ich denke, das sagt Ihnen etwas. Ein junger Informatiker der Uni Lübeck, der leider nie seinen Abschluss gemacht hat, hat diese Firma gegründet.

(Uli König)

Sie wurde 2012 an Google verkauft beziehungsweise von Google übernommen. Der Standort in Lübeck besteht bis heute und sichert einige Jobs. Das ist richtig, richtig gut. Davon brauchen wir mehr.

(Beifall PIRATEN)

Ihre Feststellung, dass die Wohnraumsituation für Studierende schwierig bleibt, wirkt wie eine fade Ausrede. Was nützen Kooperationen mit privaten Partnern, wenn die Mieten für studentischen Wohnraum rasant und haltlos steigen? In Kiel etwa kostet eine **Studentenwohnung** laut der aktuellen Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft 16,5 % mehr als im Jahr 2000. Welcher Student soll sich das noch leisten können?

(Beifall PIRATEN - Birgit Herdejürgen [SPD]: Das kommt darauf an, was sie im Jahr 2000 gekostet hat!)

Schon seit Jahren fordern wir PIRATEN deshalb die Einführung einer Kappungsgrenze und einer Mietpreisbremse, unter anderem für die Universitätsstädte Kiel, Lübeck und Flensburg.

(Beifall Dr. Patrick Breyer [PIRATEN])

Unser entsprechender Antrag liegt seit über zwei Jahren vor, wird von SPD, Grünen und SSW aber leider bis heute blockiert.

Verstehen Sie meine Kritik nicht falsch. Unsere Hochschul- und Forschungszentren leisten unglaublich gute Arbeit und präsentieren weltweit beeindruckende Ergebnisse. Sie tun das seit Jahren unter Bedingungen, die alles andere als optimal sind. Trotzdem machen Sie uns stolz und unser Land bekannt und adeln es in verschiedenen Bereichen als Vorbild und hochrespektabler Partner. Es ist unsere Aufgabe, die Bedingungen zu verbessern, und zwar unter Berücksichtigung gegenwärtiger und zukünftiger Herausforderungen.

Zum Schluss möchte ich noch einen Wunsch aussprechen. Wenn wir von Zukunft und Wissenschaft sprechen, dann geht es nicht nur um die Entwicklung von Technik und die Umsetzung von Innovationen, es geht auch um **Ethik**. Wir müssen jede Innovationspolitik und jede technologische Entwicklung immer wieder hinterfragen und auf eine ethische Grundlage stellen. Hier sind wir in Schleswig-Holstein wie im ganzen Land und eigentlich überall auf der Welt noch nicht weit genug. Ich wünsche mir einen ethischen und moralischen, einen humanistischen Background für die technologische Entwicklung und Digitalisierung unserer Welt.

Das ist für die Menschen genauso wichtig wie für die Technologie selbst. Deshalb rege ich an, Frau Alheit: Stoßen Sie eine **gesamtgesellschaftliche Diskussion** an. Zukunft und Wissenschaft spiegeln sich nur in marktfähigen und finanziell reizvollen Produkten wider. Eben weil das Zusammenspiel von Wissenschaft und Wirtschaft interdisziplinär und schneller geworden ist, weil Partnerschaften, Kooperationen und Vernetzung zunehmen, muss die Politik parallel dazu Rahmenbedingungen entwickeln und die gesellschaftliche Diskussion dazu führen. Zukunft spielt sich nicht nur in der Wissenschaft und in der Wirtschaft, sondern auch in unseren Köpfen ab. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für den SSW hat Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Zu den Dingen, über die wir immer wieder leidenschaftlich streiten, gehören ja nicht zuletzt auch Bildungsthemen. Und doch denke ich, dass wir uns heute über einen absoluten Grundsatz völlig einig sind: Ein gut aufgestelltes Bildungswesen ist für unser Land und für unsere Zukunft extrem wichtig. Hier zu investieren, um Qualität zu entwickeln und zu sichern, sollte in unserer aller Interesse sein. Vor allem ist es natürlich im Interesse nachfolgender Generationen. Und auch wenn es aus Sicht des SSW vielleicht die eine oder andere vergleichende Studie zu viel gebraucht hat, freut uns eins ganz besonders: Auch die Bundesebene hat mittlerweile begriffen, dass wir in Sachen Bildung deutlich mehr tun müssen. Für uns darf es jedenfalls keinen Zweifel geben: Wenn wir international Schritt halten wollen, müssen die **Ausgaben für Bildung** weiter steigen, und zwar deutlich.

(Beifall SSW, Martin Habersaat [SPD] und Beate Raudies [SPD])

Wir reden hier aus gutem Grund sehr regelmäßig über die frühkindliche Bildung und über unsere Schulen, aber für ein zukunftsfähiges Bildungswesen braucht es nicht zuletzt auch **Hochschulen**, die fit sind für die Herausforderungen der Zukunft. Wenn ich fit sage, dann geht es auch ganz banal um die Instandhaltung von Gebäuden oder um die finanzielle Ausstattung. Denn diese Dinge sind nun einmal die absolute Basis, wenn wir Spitzenforschung und Lehre auf Topniveau haben und vor al-

(Jette Waldinger-Thiering)

len Dingen halten wollen. Das klingt selbstverständlich, ist es aber offenbar nicht immer und für jeden.

Als wir vor fast fünf Jahren Regierungsverantwortung übernommen haben, war die bauliche und finanzielle Situation unserer Hochschulen jedenfalls stark verbesserungswürdig. Auch wir haben längst nicht alle Hausaufgaben gemacht. Noch immer sitzen Studierende in überfüllten Hörsälen, und noch immer ist so manches Gebäude sanierungsbedürftig. Natürlich brauchen wir noch mehr Investitionen für verbesserte Lehr- und Lernbedingungen. Schon allein deshalb sollten wir uns auch im Landtag immer wieder fragen, ob wir unsere Bildungsausgaben nicht noch steigern können.

Und doch haben wir in Sachen Hochschulfinanzierung - und damit bei der Frage der Basisversorgung unserer Hochschulen - schon sehr viel bewegt. Wenn wir zum Beispiel die **Grundhaushalte** nehmen, dann werden wir allein hier in den kommenden Jahren um die 25 Millionen € zusätzlich investieren. Das, sehr geehrter Herr Kollege König, ist nicht irgendetwas, was der sehr geschätzte Kollege Rasmus Andresen mit einer gezückten Pistole den Hochschulpräsidenten

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Das war Herr Habersaat!)

- ach, das war Herr Habersaat - abgezwungen hat. Das ist etwas, was unser sehr geschätzter Staatssekretär und unsere Wissenschaftsministerin in einem Dialog mit unseren Hochschulen diskutiert und wozu sie diese Standpunkte zu diesem Problem gefunden haben. Deshalb bekommen sie diese Erhöhung ihrer Grundhaushalte, damit sie auch in Zukunft richtig gute Arbeit leisten können.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Erhöhung der Grundhaushalte ist sehr wichtig und für unsere Hochschulen vonnöten, damit sie endlich in eine Verlässlichkeit bei ihrer Personalplanung einsteigen können. Das ist genau das, was wir wollen. Wir wollen nämlich ein Ende der prekären Arbeitsverhältnisse. Durch die Erhöhung der Grundhaushalte werden auch die Hochschulen in Zukunft das Geld nutzen können, um von alleine die Anzahl ihrer Masterstudienplätze zu erhöhen. Dafür gibt es durch die Erhöhung der Grundhaushalte dann Geld. Das begrüßen wir als Koalition sehr, wenn sie dieses auch tatsächlich machen; denn es gibt ein gesteigertes Bedürfnis bei den Studierenden, auch einen Master zu machen und nicht

beim Bachelor aufzuhören. Das begrüßen wir vonseiten des SSW sehr.

Ich will in diesem Zusammenhang aber auch an Maßnahmen wie die **Sanierungsvereinbarung** mit der CAU erinnern. Nicht nur das aktuelle Beispiel der Angerbauten zeigt ja, dass es hier gut vorangeht. Allein der historische Gesamtumfang dieser Vereinbarung in Höhe von 165 Millionen € macht deutlich, dass wir die CAU wirklich umfassend modernisieren. Daneben profitieren unsere Hochschulen bekanntlich landesweit von unserem **Sondervermögen Hochschulbau**. Und ganz nebenbei bemerkt sind wir es, die den Sanierungsstau am UKSH auflösen und in den kommenden Jahren gemeinsam mit privaten Partnern rund 1,7 Milliarden € investieren.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Ich denke, diese Maßnahmen können sich durchaus sehen lassen. Doch mit Blick auf die Zukunft und die Frage der finanziellen Planungssicherheit ist natürlich auch ein weiterer Punkt sehr wichtig: Neben den erwähnten Maßnahmen erhalten unsere Hochschulen im Rahmen des **Hochschulpakts III** zusätzlich rund 240 Millionen € an Landesmitteln. Ich bin hoffnungsvoll, dass wir damit viele der über Jahre entstandenen Probleme lösen können. Wenn es also insgesamt um verlässliche Rahmenbedingungen für unsere Hochschulen geht, dann sind wir auf einem wirklich guten Weg. Deshalb begrüßen wir vom SSW auch die Forderung der Ministerin nach einem Hochschulpakt IV; denn dann werden wir unseren Hochschulen nicht nur in Schleswig-Holstein, sondern in der ganzen Republik zeigen können, dass man auch nachhaltig und für die Zukunft planen kann.

(Beifall SSW und vereinzelt SPD)

Aus Sicht des SSW haben wir durch die eingeleiteten Sanierungsmaßnahmen und die zunehmend solidere Finanzsituation in jedem Fall die Basis für eine wirklich zukunftsfähige Forschung und Lehre geschaffen. Wir alle wissen, dass unsere Hochschulen längst im nationalen und internationalen Wettbewerb stehen, wenn es um Mittel oder Talente geht. Mit einer vernünftigen Grundausstattung ist es dann allein nicht getan. Für uns ist deshalb klar, dass wir unsere Hochschulen weiterhin nicht nur in Sachen Exzellenz, sondern bei der Profilierung insgesamt unterstützen müssen. Die über 10 Millionen €, die landesseitig zur Vorbereitung auf die dritte Exzellenz-Runde bereitstehen, begrüßen wir ausdrücklich. Und doch müssen und werden wir

**(Jette Waldinger-Thiering)**

auch darüber hinaus innovative Forschungsprojekte stärker fördern; denn unser klares gemeinsames Ziel ist es, die jeweiligen Profile unserer Hochschulen noch weiter zu schärfen.

Aus Sicht des SSW ist besonders wichtig, dass wir hier alle Standorte in Schleswig-Holstein gleichermaßen im Blick behalten.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wissenschaft mit Zukunft braucht gut ausgestattete profilierte Hochschulen und Exzellenzcluster. Das ist völlig klar.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Zukunft braucht Zukunft!)

Doch auch, wenn es vielleicht banal klingt, braucht Wissenschaft mit Zukunft vor allem auch gute Lern- und Lehrbedingungen für die Studierenden und das Hochschulpersonal. Gemeinsam mit den Hochschulen haben wir uns deshalb zum Ziel gesetzt, genau diese **Rahmenbedingungen** für ein gutes **Lernklima** zu schaffen. Wir wollen endlich Rahmenbedingungen für gute Arbeit an den Hochschulen. Uns ist bewusst, dass gerade bei diesen Themen noch viel Arbeit vor uns liegt - wie auch vor den Hochschulen selbst.

Auch wenn unter anderem die Reform des **Wissenschaftszeitvertragsgesetzes** im Bund quälend lange gedauert hat und vielleicht nicht das dabei herausgekommen ist, was wir uns gedacht haben, muss sich noch einiges in diesem Zusammenhang tun. Durch unsere Novelle des Hochschulgesetzes haben wir den Weg für mehr Mitbestimmung geebnet. Das gilt bekanntlich für den wissenschaftlichen wie für den nichtwissenschaftlichen Bereich und ist ein wirklich großer Fortschritt. Außerdem haben wir gemeinsam mit unseren Hochschulen dafür gesorgt, dass nicht zuletzt Menschen mit Behinderung oder Flüchtlinge einen leichteren Zugang zu ihm bekommen.

Zu den sozialen Aspekten im Sinne von Bildungsteilhabe gehören für uns auch das studentische Wohnen, ein landesweites Semesterticket und das gebührenfreie Studium. Weitere Stichworte, die für den SSW zur künftigen Hochschulentwicklung gehören, sind Digitalisierung, OER und Open Access.

(Beifall Uli König [PIRATEN])

All dies sind Ansatzpunkte in einem Prozess, der zwar längst nicht abgeschlossen ist, aber dazu beitragen wird, dass Menschen gern an unseren Hoch-

schulen studieren und arbeiten. Das ist uns vom SSW sehr wichtig.

Wenn wir unsere Hochschullandschaft insgesamt anschauen und uns den nationalen wie internationalen Wettbewerb vor Augen führen, ist eines völlig klar: Wir haben die Weichen richtig gestellt. Wir nehmen viel Geld in die Hand und arbeiten gemeinsam mit den Hochschulen intensiv daran, sie zukunftsfest aufzustellen. Die Grundlagen sind da, doch liegt noch viel Arbeit vor uns. Uns ist wichtig, dass wir die Wissenschaft als Ganzes stärken.

Deshalb wollen wir zum Beispiel unsere **Fachhochschulen** noch deutlich stärker fördern. Gerade weil der Bund durch die Neufassung des Artikels 91 b Grundgesetz weit mehr als nur Forschung fördern kann, müssen auch die Fachhochschulen stärker profitieren. Auch für diese Verhandlungen hat unsere Wissenschaftsministerin unsere volle Unterstützung.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Beim Thema Wettbewerb ist es natürlich sehr wichtig, die vorhandenen Stärken und Alleinstellungsmerkmale weiterzuentwickeln und langfristig zum eigenen Vorteil zu nutzen. Aus Sicht des SSW liegt hier nicht nur in der grenzüberschreitenden Zusammenarbeit unserer Europa-Universität mit der Syddansk Universitet noch sehr viel Potenzial.

Wir wollen die Kooperation im Ost- und Nordseegebiet insgesamt weiter fördern. Damit sorgen wir dafür, dass sich unsere Hochschulen noch internationaler als bisher ausrichten können. Dieser Ansatz wird nicht nur vonseiten der Wirtschaft hoch geschätzt, sondern er schafft auch zusätzliche Attraktivität und ist damit nicht zuletzt für Flensburg ein echter Wettbewerbsvorteil.

Auch wenn es vielleicht nicht jedem klar war, dürfte eines heute sehr deutlich geworden sein: Eine zukunftsfeste Hochschullandschaft braucht weit mehr als die eine oder andere Fördermaßnahme nach Kassenlage; sie braucht eine **Gesamtstrategie**, die wir als Küstenkoalition haben. Wir sanieren unsere Hochschulen und investieren in all unsere Standorte, wir setzen uns für mehr Mitbestimmung und gute Rahmenbedingungen ein.

(Zuruf Wolfgang Kubicki [FDP])

Wir tun das, damit nicht nur das Lernen, sondern auch das Lehren funktioniert. Wir bauen bestehende Barrieren ab und öffnen unsere Hochschulen für Benachteiligte. Wir entwickeln die jeweiligen Profile und Stärken der Hochschulen gemeinsam mit

**(Jette Waldinger-Thiering)**

ihnen und treiben ihre Internationalisierung voran. Wir setzen uns nicht zuletzt in Verhandlungen mit dem Bund dafür ein, dass unsere Hochschulen auch zukünftig umfassend gefördert werden und finanzielle Planungssicherheit bekommen. Genau diesen Weg werden wir gemeinsam weitergehen. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort zu einem Dreiminutenbeitrag hat der Herr Abgeordnete Dr. Ralf Stegner.

(Wolfgang Kubicki [FDP]: Nicht schon wieder!)

**Dr. Ralf Stegner [SPD]:**

Herr Präsident! Meine lieben Kolleginnen und Kollegen! Ich habe mich zu diesem Dreiminutenbeitrag nicht wegen der Debatte zur Hochschulpolitik gemeldet, sondern wegen der Einlassung des Herrn Abgeordneten König zu dem staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahren gegen die frühere Wissenschaftsministerin, das eingestellt worden ist. Das ist Angelegenheit der unabhängigen Justiz.

Man kann über solche Dinge sagen, was man will. Man kann vielleicht darüber nachdenken, ob man in Bezug auf die Tonalität, mit der man hier an der einen oder anderen Stelle persönliche Vorwürfe erhebt, in sich geht. Was ich aber unerhört finde, ist, das an einem solchen Tag in dieser Art und Weise von diesem Rednerpult zu kommentieren.

Ich weise das nicht nur ausdrücklich zurück, sondern ich meine auch, dass das in der Tat sehr viel mehr über Sie als über irgendjemand anderen aussagt, Herr König. Sie sollten sich schämen, solche Einlassungen hier vorzutragen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. - Damit erkläre ich den Tagesordnungspunkt der Regierungserklärung für beendet.

Meine Damen und Herren, in Absprache mit den Parlamentarischen Geschäftsführern und wegen der Notwendigkeit der Anwesenheit der Frau Finanzministerin, die heute Nachmittag verhindert ist, rufe ich Tagesordnungspunkt 26 auf:

### **Bericht zur Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4728

Ich sehe, dass das Wort zur Begründung nicht gewünscht wird.

Mit dem Antrag wird ein Bericht in dieser Tagung erbeten. Ich lasse zunächst darüber abstimmen, ob der Bericht in dieser Tagung gegeben werden soll. Wer zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Ich sehe, dass dies einstimmig so beschlossen ist.

Ich erteile dann für die Landesregierung der Frau Ministerin Monika Heinold das Wort.

**Monika Heinold, Finanzministerin:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Sie haben einen Bericht gefordert, den ich gern geben will. Sie wissen: 3,5 Milliarden € stellt der Bund den Kommunen zur Verfügung, 99,5 Millionen € davon entfallen auf Schleswig-Holstein. Das Programm soll verlängert werden und bis 2020 laufen, so ist die Planung des Bundes. Diese Verlängerung ist gerade im zweiten Durchgang des Bundesrats.

Nach einem Verfahren, mit dem wir die Finanzschwäche festgestellt haben, haben wir in Schleswig-Holstein entschieden, 47 Kommunen antragsberechtigt zu machen: Acht Kreise, alle vier kreisfreien Städte, aber auch 35 Gemeinden sollen davon profitieren. Wir haben uns dafür entschieden - dies ist hier im Haus ja strittig -, den **Schwerpunkt auf Bildung und Klimaschutz** zu legen.

(Beifall Beate Raudies [SPD] und Lars Winter [SPD])

Bis zum 30. September 2016 sind 19,6 % der Mittel beantragt und 15,1 % bewilligt worden.

Zwei Maßnahmen sind bereits abgeschlossen worden, die deutlich machen, wie wichtig dieses Programm ist: Es handelt sich um die Sanierung der Sporthallen an der Gorch-Fock-Schule und an der Gemeinschaftsschule in Kappeln. Gerade an den Schulen und dort gerade auch bei den Sporthallen gibt es großen Bedarf. Deshalb ist es aus meiner Sicht richtig, dass sich die Landesregierung für diesen Schwerpunkt entschieden hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**(Ministerin Monika Heinold)**

Ich will noch einmal sehr deutlich sagen: Der **Schwerpunkt Bildung** ist nichts für die Sonntagsrede, sondern für die Entscheidung am Montag.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Heute lese ich in der Zeitung, dass es auch bei der FDP, die das Ganze kritisch sieht, eine sehr klare Einschätzung zu der Frage gibt, wie wir mit unseren Schulen bei der Sanierung zurzeit dastehen. Ich zitiere aus dem heutigen Pressespiegel. Da geht es um den Sanierungsstand der Schulen im Zusammenhang mit der Debatte über Breitband und Digitalisierung. Frau Klahn ist gerade nicht im Raum, sie wird wie folgt zitiert:

„Wenn es an den Schulen durchs Dach regnet und durch die Fenster zieht, hilft der schönste Glasfaseranschluss nichts.“

„Durchs Dach regnet und durch die Fenster zieht“ - ich würde sagen, das ist ein klassischer Fall für energetische Sanierung und Grundsanierung von Schulen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Der DGB spricht von bundesweit 34 Milliarden €.

Damit komme ich zu **Lübeck**, weil sich der Lübecker Bürgermeister Saxe - warum auch immer - an die Spitze derer gestellt hat, die nicht glücklich über die Schwerpunktsetzung Bildung sind.

(Beifall Petra Nicolaisen [CDU])

Wie ich lese, sagt der Lübecker Schulrat, Helge Daus, zu der Debatte über den Bund-Länder-Digitalpakt, das sei total zu begrüßen, aber es gebe noch dringendere Fragen, beispielsweise die Sanierung von Schulen.

Meine Damen und Herren: Lübeck ist antragsberechtigter Kommune. Lübeck bekommt Geld für die Schulsanierung. Also sage ich: Auf geht's, Lübeck! Nutzt das Geld!

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

In den unterschiedlichen Förderbereichen sieht es so aus, dass 11,9 Millionen € für 21 Maßnahmen von den Schulträgern beantragt worden sind. Bewilligt worden sind 7,7 Millionen €. Für den Bereich der frühkindlichen Infrastruktur sind 22,9 % beantragt, 21,4 % sind bewilligt.

Ich sage noch einmal, weil es ja manchmal besser ist, die Dinge zu wiederholen: Dass wir im Bereich

der **Schulen** die **energetische Sanierung** verpflichtend machen, ist Teil des Bundesprogramms. Wir dürften das für die Schulen gar nicht grundsätzlich freigeben. Aber wir interpretieren das mit unserer Verordnung sehr weit. Das heißt, eine Ersatzbaumaßnahme im Schulbereich, die auch energetische Sanierung erfüllt, kann durchaus beantragt und bewilligt werden.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Und bei den Kindertagesstätten ist es so, dass die energetische Sanierungspflicht vom Bund nicht vorgegeben ist, deshalb haben wir sie hier auch nicht übernommen. Wir haben außerdem die Verwaltungsakademie in Bordschölm mit 3,5 Millionen € Fördervolumen mit aufgenommen.

Meine Damen und Herren, dass die Kommunen sich mehr Zeit lassen, sollte uns nicht beunruhigen. Es gibt kein Windhundprinzip. Jede Kommune weiß, wie viel sie bekommen kann. Dazu kommt zweitens, dass die Kommunen nach der neuen bundesgesetzlichen Regelung, wie sie kommen wird, bis 2020 Zeit haben. Drittens sind die Kommunen derzeit, gerade die finanzschwachen, mit vielen Dingen des Alltags beschäftigt, beispielsweise mit der Flüchtlingsorganisation. Deshalb ist es auch nicht schlimm, den Kommunen bei der Umsetzung dieses Programmes Zeit zu lassen.

Ich bin mir da mit meinem Kollegen aus Hessen, mit Herrn Dr. Schäfer - ein kluger Mann, der Finanzminister -, sehr einig, der sich sehr dafür eingesetzt hat, dass dieses Programm um zwei Jahre verlängert wird. Er hat gesagt:

„Aufgrund der derzeitigen bundesweiten Belastung der Kommunen mit der Aufnahme, Unterbringung und Integration der Flüchtlinge zeigt sich, dass die Kommunen bei der zeitnahen Umsetzung der Investitionsprogramme an ihre personellen Grenzen stoßen.“

Und er führt weiter aus - auch das ist sehr klug -:

„Frühere Konjunkturprogramme sollten insbesondere kurzfristig eine belebende Wirkung entfalten. Daher war eine schnelle Umsetzung angesagt. Nun geht es um eine langfristige Förderung. Ein längerer Förderungszeitraum steht den Zielen der Programme somit nicht entgegen. Er hilft den Kommunen.“

Meine Damen und Herren, ich finde, das ist eine sehr kluge Einschätzung.

**(Ministerin Monika Heinold)**

Ich will noch etwas zum Schwerpunkt Bildung sagen, weil ich echt irritiert bin. Ich kenne die CDU, die CDU ist nicht modern, sie ist nicht fortschrittlich, sie hält nichts vom Klimaschutz

(Widerspruch CDU)

und scheinbar auch nichts von frühkindlicher Bildung. Wie sonst könnte es denn sein, dass Sie das ganze Programm mit dem Satz diffamieren, das sei das Anschrauben von Dämmplatten an Kitas.

(Martin Habersaat [SPD]: Unglaublich!)

Meine Damen und Herren, weniger Wertschätzung gegenüber Kindertagesstätten und weniger Wertschätzung gegenüber Klimaschutz kann man nicht aufbringen.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Und deshalb: Ja, wir haben den Schwerpunkt Bildung und Klimaschutz gesetzt, andere setzen einen anderen Schwerpunkt. Die Krankenfinanzierung haben wir auch deshalb nicht mit reingenommen, weil wir da eine ganz andere solidarische kommunale Kofinanzierungssystematik haben.

Insgesamt sind wir auf einem guten Weg, und ich habe schon mehrfach gesagt - heute gern noch einmal wieder -: Sollten uns die finanzschwachen Kommunen melden, dass sie im Bereich der Kindertagesstätten und der energetischen Sanierung von Schulen keinen Bedarf haben, dann sind wir selbstverständlich bereit, mit den Kommunen darüber zu reden, dass sie ihre Mittel auch für etwas anderes einsetzen können. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 3 Minuten überschritten. Diese zusätzliche Zeit steht auch allen Fraktionen zur Verfügung - wenn gewünscht.

Ich eröffne die Aussprache. - Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Heiner Garg.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrte Frau Finanzministerin! Der Schleswig-Holsteinische Gemeindetag hat bereits mit Schreiben vom 24. Juli 2015 die von der Landesre-

gierung damals noch geplante und inzwischen in Angriff genommene Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes als bundesweit die schlechteste bezeichnet. Nun kann man sagen, gut, damals hat man noch wenig Erfahrung damit gehabt, wir schauen erst einmal, wie das Ganze anläuft.

Kernpunkt der Kritik war und bleibt, dass Schleswig-Holstein die Chance verpasst hat, einen breiten Investitionsimpuls im ganzen Land zu setzen. Sie haben das selber dargestellt. Sie haben vergessen zu erwähnen, Frau Ministerin, dass Ihre **Definition** der **Finanzschwäche** der Kommunen die härteste und engste ist - und zwar bundesweit. Deshalb erfassen Sie mit dieser Definition auch nur 47 von 1.106 Kommunen.

(Beifall FDP und CDU)

Bei der ausgesprochen engen Fassung der Antragsberechtigung durch die Landesregierung sollte - das haben Sie hier dargestellt - vermutlich die Devise „Lieber klotzen statt kleckern“ gelten, Frau Ministerin. Zusätzlich haben Sie die **Schwerpunktsetzung** dann auch auf die von Ihnen dargestellte Förderung von Investitionen in die Bildungsinfrastruktur eingeschränkt. Das ist der Förderblock 2, wie er nach § 1 des Investitionsförderungsgesetzes des Bundes möglich ist. Darüber, über diese Schwerpunktsetzung, haben wir uns hier im Landtag ausführlich unterhalten. Wir haben uns über die Schwerpunktsetzung gestritten.

Ich will das an der Stelle insofern nicht noch einmal tun, weil ich glaube, dass heute die Zeit ist, eine Zwischenbilanz zu ziehen. Was ist also bisher passiert? - Frau Ministerin, wenn Sie heute sagen, dass dieses Programm vermutlich verlängert wird, dann ist das schön, aber das wussten Sie zu dem Zeitpunkt, als wir zum ersten Mal darüber im Finanzausschuss debattiert haben, noch nicht, dass die Kommunen die Chance bekommen, im Zweifelsfall zwei Jahre länger damit arbeiten zu können.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, es ist Zeit, heute einmal eine **Zwischenbilanz** zu ziehen, wie erfolgreich eigentlich die Umsetzung des Kommunalinvestitionsförderungsprogrammes des Bundes durch diese Landesregierung war. Ich glaube, Einigkeit müsste darin bestehen, dass der Maßstab für diese Erfolgsmessung darin bestehen muss zu schauen, ob es gelungen ist, einen Ausgleich der unterschiedlichen Wirtschaftskraft im Bundesgebiet gemäß § 1 des Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes zu erreichen. Das war nämlich Ziel des Bundesgesetzgebers, einen eigenen Beitrag dazu zu

(Dr. Heiner Garg)

leisten, dass die nach wie vor sehr unterschiedliche Wirtschaftskraft der Bundesländer sich wieder ein wenig annähert.

Damit wird ein Kernproblem Schleswig-Holsteins beschrieben, nämlich die nach wie vor im Vergleich zu anderen westdeutschen Flächenländern geringere Wirtschaftskraft. Es wäre gerade diese Landesregierung gewesen, die in der Verantwortung stünde, mit zusätzlichem Geld aus dem Bund - jedenfalls auch mit dem Geld des Bundes - diese Wirtschaftskraft wieder stückweise zu erhöhen, um den Anschluss zu finden, um die Zukunftsfähigkeit Schleswig-Holsteins zu verbessern.

Knapp 100 Millionen € Bundesgeld würden zur Verfügung stehen. Was ist davon bisher abgerufen? - Frau Ministerin, Sie haben die Zahlen jetzt upgedatet: ganze 15 %. 11 % waren es im Juli, 15 % sind es zum 30. September 2016. Das ist weniger als ein Fünftel der Gesamtmittel.

Ich sage Ihnen, Frau Heinold, das ist bisher keine tolle Bilanz, über die man sich freuen kann und auf die man stolz sein kann, sondern das ist eine miserable Umsetzungsbilanz Ihrer Landesregierung, Frau Ministerin.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Dass Sie jetzt bis 2020 Zeit haben, ändert doch nichts daran, dass Sie die Kriterien so aufgestellt haben, dass bisher noch nicht einmal 20 % der Kommunen in der Lage gewesen sind, davon zu profitieren. Das ist doch ein Armutszeugnis, und dass Sie das heute hier schönreden, das ist eine Sonntagsrede, Frau Ministerin.

(Beifall FDP, CDU und vereinzelt PIRATEN)

Ich will Ihnen ein weiteres Beispiel geben. Sie erzählen hier, über Bildung dürfe man nicht nur in Sonntagsreden sprechen, sondern das sei etwas für Montage. Sie haben doch gerade schwarz auf weiß dokumentiert bekommen, dass Sie bei Ihrem sogenannten Schwerpunkt, nämlich bei der Bildungsinfrastruktur, bundesweit Schlusslicht sind, obwohl andere Bundesländer diesen Schwerpunkt gar nicht gesetzt haben.

(Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Also erzählen Sie hier nichts von Sonntagsreden. Die einzige Sonntagsrede, die heute gehalten wurde, war die von Ihrer Finanzministerin, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Beifall FDP, CDU und Torge Schmidt [PIRATEN] - Zurufe BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Schlusslicht mit gerade einmal 8 % der eingesetzten Mittel! Heute ist viel von Demut und Papstbesuchen die Rede gewesen. Vielleicht sollten Sie einmal ein bisschen demütiger bei Ihrer Bilanz dieses Investitionsförderungsgesetzes sein, liebe Kolleginnen und Kollegen.

Ich sage Ihnen, Frau Heinold, Sie haben versucht, das so schön niedlich zu reden: Es gebe ein solidarisches Finanzierungssystem bei der Krankenhausfinanzierung, deswegen hätten Sie selbstverständlich den vom Bund ausdrücklich zugelassenen und gewünschten Schwerpunkt - den zweiten Schwerpunkt - Krankenhausinfrastruktur nicht aufgenommen. Sie tun so, als ob die Kommunen mit Ihnen verabredet hätten, sich gern an diesem solidarischen Finanzierungssystem zu beteiligen.

Sie versuchen, der schleswig-holsteinischen Öffentlichkeit einen Unfug weiszumachen. Denn was Sie hier erzählen, ist schlicht Unfug. Sie wissen ganz genau, dass sich die Kommunen vehement gegen die Kofinanzierung aus Ihrem Programm wehren. Sie haben den **Kommunen** absichtlich und willentlich **Mittel** aus dem **Kommunalinvestitionsförderungsgesetz** vorenthalten. Sie verschicken nach der Landtagswahl 2017 an die Kommunen die Bescheide über erhöhte Einwohnerbeiträge, weil Sie es versäumen, den Kommunen tatsächlich zu helfen, wo Sie helfen könnten. Das ist erbärmlich und eine falsche Schwerpunktsetzung, Frau Ministerin.

(Beifall FDP und CDU)

Das Ganze führt dann dazu, dass die Kommunen, die in der Tat durch die Bewältigung der Flüchtlingskrise unglaubliche Herausforderungen und auch finanzielle Herausforderungen zu stemmen haben, noch stärker gefordert sind. Das führt dann zu solchen Blüten wie der Pferdesteuer in Tangstedt. Dafür mache ich nicht die Kommunen verantwortlich, liebe Kolleginnen und Kollegen.

(Ministerin Monika Heinold begibt sich zum Wasserspender)

Ich mache das nicht wie die Frau Ministerin, die jetzt zur Beruhigung erst einmal einen Schluck Wasser holen muss,

(Lachen Ministerin Monika Heinold)

sondern ich finde es eine Unverschämtheit, mit Blick auf die mangelnde Förderquote jetzt den Finger auf Lübeck oder auf sonstige Gemeinden zu le-

**(Dr. Heiner Garg)**

gen. Sie hätten die Kommunen in die Lage versetzen müssen, an diesem Programm zu partizipieren. Es ist erbärmlich und ein Armutszeugnis, Frau Heinold, dass Sie dafür die Kommunen zur Rechenschaft ziehen. Sie sind dafür verantwortlich und nicht die Kommunen und Städte in Schleswig-Holstein.

(Beifall FDP und CDU)

Ich sage Ihnen: Es ist Zeit genug, Frau Heinold, bis 2020. Ich würde nicht darauf warten, dass die Kommunen auf diese Schwerpunktsetzungen reagieren, die Sie aus meiner Sicht zu eng gefasst haben, sondern ich fordere Sie auf: Bessern Sie nach. Nutzen Sie die Chance, dass dieses Programm verlängert wird. Sorgen Sie dafür, dass neben konjunkturellen Effekten - das war das einzig Richtige in Ihrer Rede - langfristig positive Struktureffekte entstehen können. Bessern Sie bei den **Förderkriterien** nach. Weiten Sie diese aus. Helfen Sie wenigstens jetzt noch dabei, dass Schleswig-Holstein mit Unterstützung des Bundes durch dieses Programm wenigstens ein Stück zukunftsfähiger gemacht werden kann. - Herzlichen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP, CDU und Torge Schmidt [PIRATEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die CDU-Fraktion hat Frau Abgeordnete Petra Nicolaisen.

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! In Schleswig-Holstein gibt es **Kommunen**, die buchstäblich finanziell aus dem letzten Loch pfeifen. Ihre Haushalte bieten in der Tat keine Spielräume für Investitionen.

Der Bund hat dieses Problem erkannt und ein **Programm** aufgelegt, das die Kommunen bundesweit mit 3,5 Milliarden € unterstützen soll. Das bedeutet 100 Millionen € für Schleswig-Holstein.

Die finanzschwachen Kommunen im Land haben viele Probleme. Einigen fehlt das Geld für Investitionen für Städtebaumaßnahmen. Andere benötigen händeringend einen Schub bei der Breitbandförderung. Und wieder anderen fehlen die Mittel für die Krankenhausfinanzierung.

Frau Ministerin, Sie sollte in der Tat auch die Kritik der Krankengesellschaft erreicht haben. Ich zitiere an dieser Stelle Herrn Bernd Krämer, der gesagt hat: Der Investitionsstau von 500 Millionen €

in Schleswig-Holstein ergibt, dass die Landesregierung diese Chance nutzen muss.

Von den 500 Millionen € betreffen 100 Millionen € allein die Stadt Flensburg. An dieser Stelle möchte ich um Unterstützung meiner Flensburger Kollegen bitten. Denn im Bereich der DIAKO und des Malteser Krankenhauses steht eine Investition von 100 Millionen € an.

(Zuruf: Wird ja auch gemacht!)

Ich weiß, dass der Geschäftsführer schon bei der Landesregierung vorstellig geworden ist und zusätzlich auch darum bittet, dass diese **Förderbereiche** wieder für **Krankenhäuser** geöffnet werden.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wen wundert es? Wenn man mich fragen würde, ob ich mehr Geld haben will, würde ich Ja sagen! - Beifall Lars Harms [SSW])

- Es hat Sie aber im Moment niemand gefragt! - Die Landesregierung interessiert das alles im Moment wenig. Die grüne Philosophie geht insbesondere davon aus, immer alles besser zu wissen als diejenigen, die es betrifft, nämlich als die Kommunen vor Ort.

Frau Ministerin,

(Zuruf SPD: Duck dich!)

Sie handeln im Moment nach der Devise: Ihr habt gefälligst die Probleme zu haben, die ich euch sage. Ich sage euch, dass eure Schulen energetisch saniert werden müssen. - Die Hersteller von Dämmplatten werden Ihnen das vielleicht danken, aber die Kommunen wahrscheinlich nicht.

Frau Heinold, Ihr Parteikollege Winfried Kretschmann hat Ihre Partei vor Besserwisserie gewarnt. Die Koalitionsfraktionen hätten dies bei der Aufstellung der Förderbedingungen beherzigen sollen. Hätten Sie alle **Förderbereiche**, die das **Bundesgesetz** zulässt, ebenfalls zugelassen, hätten die Kommunen nach ihrem Bedarf entscheiden können. Die Verantwortlichen in den Kommunen wissen am besten, was diese brauchen.

(Beifall CDU und PIRATEN)

Die Stadt Flensburg hat noch keinen Cent für die **energetische Sanierung von Schulen** beantragt. Ich weiß, worauf das hinausläuft.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Dazu sage ich gleich noch etwas!)

(Petra Nicolaisen)

Ich glaube, ich weiß, worauf es hinausläuft. Aber es hat noch keine Beantragung dazu gegeben.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Sie haben doch mit Herrn Brüggemann gesprochen! Dann müssen Sie das doch wissen!)

Dann hätten Sie dies getan. Aber wenn **Kommunen** in **Krankenhäuser** investieren wollen, hat die Landesregierung offenbar etwas dagegen. Ich weiß nicht, wie Sie auf die Idee kommen, dass man am Kabinetttisch in Kiel die Probleme von Schwabstedt, Uetersen oder Kasseedorf besser beurteilen kann als die Betroffenen vor Ort.

(Beifall CDU - Zurufe SPD)

Denn von den 47 antragsberechtigten Kommunen haben nicht einmal 21 eine Kita, die davon profitieren könnte. Das ist das Paradoxe an der Geschichte.

(Heiterkeit Tobias Koch [CDU])

Das Geld soll den Kommunen helfen und nicht grüne Träume von einer vollständigen energetischen Sanierung der Welt vorantreiben.

In Berlin wird man sich genau überlegen, ob man solche Programme bei dieser Form der Zweckentfremdung in Zukunft noch auflegt.

(Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Zweckentfremdung? - Zuruf SPD: Das ist nicht zweckentfremdet!)

Am **Mittelabruf** sehen Sie doch, dass die 100 Millionen € zum Ladenhüter geworden sind. Wir haben vorhin mitgeteilt bekommen, dass 15 % abgerufen worden sind.

(Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Haben Sie eigentlich der Ministerin zugehört?)

- Ja, das habe ich!

(Heiterkeit BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Bayern hat die Mittel jetzt schon zu 100 % abgerufen. Sachsen hat die Mittel zu 100 % abgerufen.

(Zuruf: Die haben auch größere Kommunen!)

- Nein, sie haben die **Förderkulisse des Bundes** übernommen. In Nordrhein-Westfalen bekommen die Kommunen 90 % der Fördermittel ohne Einschränkung der Förderbereiche. In Schleswig-Holstein sind gerade einmal 15 % abgerufen.

(Volker Dornquast [CDU]: Bevormundung!)

Der Ansatz des Bundesgesetzgebers, den besonders finanzschwachen Kommunen für erforderliche Investitionen in einem Sondervermögen - -

(Dr. Heiner Garg [FDP] unterhält sich mit Ministerin Monika Heinold)

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Dr. Garg und Frau Ministerin, hier vorn ist die Rednerin, und sie hat jetzt das Wort.

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Das ist nett, danke! - Ich fange noch einmal mit meinem Satz an. Der Ansatz des Gesetzgebers, für Investitionen mit einem Sondervermögen zu helfen, war aus meiner Sicht ein richtig guter Ansatz. Aber es ist schon eine Kunst, aus einem 100-Millionen-€-Programm für unser Land einen Rohrkrepierer zu machen. Aber diese Landesregierung schafft das. - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU, FDP und Torge Schmidt [PI-RATEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

**Beate Raudies [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich freue mich immer sehr über so eine engagierte Debatte über **Kommunalfinanzien**. Ich danke der Ministerin für ihren ausführlichen Bericht.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Worum ging es eigentlich? Obwohl auch die Kommunen Steuern in Rekordhöhe einnehmen, steht vielen das Wasser bis zum Hals. Das ist nichts Neues.

Seit Jahren wächst der kommunale Schuldenberg. Gerade die hoch verschuldeten Kommunen stecken häufig in einem Teufelskreis. Sie erhöhen Steuern, Gebühren und Beiträge, schränken kommunale Leistungen ein und sparen bei Investitionen. Die meisten von ihnen schaffen es jedoch trotz aller Sparmaßnahmen nicht einmal ansatzweise, ihre Schulden abzubauen. Gleichzeitig investieren sie infolge der Einsparungen immer weniger.

(Beate Raudies)

Auf diese desolante Situation der Kommunen hat der **Bund** im vergangenen Jahr mit dem **Kommunalinvestitionsförderungsgesetz** reagiert. Vor allem - das will ich an dieser Stelle gern hinzufügen - unseren SPD-Kollegen im Bundestag ist es zu verdanken, dass wir heute über die Verteilung in Schleswig-Holstein überhaupt debattieren können.

(Beifall SPD)

Meine Damen und Herren, aufgrund des leider nach wie vor bestehenden Kooperationsverbots im Bildungsbereich - Klammer auf: das hatten wir heute schon einmal - war die Krücke des **kommunalen Investitionsfonds** nötig. Aus diesem Fonds von 3,5 Milliarden € sollen gezielt Investitionen finanzschwacher Kommunen in Infrastruktur und/oder Bildung gefördert werden.

Die Landesregierung hat ihre Hausaufgaben im letzten Jahr sehr schnell gemacht und die für die Umsetzung in Schleswig-Holstein erforderliche **Förderrichtlinie** im Oktober 2015 veröffentlicht. Das Gesetz galt ab 1. Juli.

(Wortmeldung Dr. Heiner Garg [FDP])

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete Raudies, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Beate Raudies [SPD]:**

Nein, im Moment nicht. Ich bin nämlich nicht sicher, ob ich die Rede ohne Husten zu Ende bringe. Ich bitte um Entschuldigung.

Die Regelungen dieser Förderrichtlinie stoßen nun zum wiederholten Male auf die Kritik der Opposition.

Liebe Kolleginnen und Kollegen, ein Blick ins Gesetz erleichtert die Rechtsfindung, so habe ich in meiner Ausbildung gelernt. Was hat der Bundesgesetzgeber beschlossen? Erstens. Der Bund wollte bewusst finanzschwache Kommunen fördern, nicht alle. Die Auswahl, die die Landesregierung in diesem Fall getroffen hat, nämlich die Beschränkung auf die 47 Kommunen, ist begründet und für uns nachvollziehbar; denn das sind, liebe Kollegin Nicolaisen, genau die Kommunen, die, wie Sie sagen, aus dem letzten Loch pfeifen.

(Beifall SPD und Flemming Meyer [SSW])

Zweitens. Der Bund hat im Gesetz die **Förderbereiche** definiert, für die die Mittel verwendet werden dürfen, es den **Ländern** aber freigestellt, eine

**Auswahl** zu treffen. Die Landesregierung hat sich entschieden, die Förderung auf die energetische Sanierung von Schulen und Kindertagesstätten zu konzentrieren. Das bedeutet, in Schleswig-Holstein stehen aus dem Bundesprogramm fast 100 Millionen € für Investitionen in Schulgebäude, Sporthallen und Kindertagesstätten zur Verfügung. Das ist eine Menge Geld. Damit kann man ganz schön viele Gebäude modernisieren.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Da geht es nicht nur um Dämmplatten, sondern auch um neue Fenster und Heizungsanlagen in Schulgebäuden und Turnhallen. Wenn man sich dann hinterher einmal die Abrechnung anguckt und sieht, was man an Heizkosten spart, dann weiß man auch, warum das energetische Sanierung heißt.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Dann muss man es auch tun, Frau Kollegin!)

- Ich komme dazu, Herr Garg! - Es entspricht unserem politischen Schwerpunkt seit 2012. Wenn Sie uns in den letzten vier Jahren zugehört haben, dann wissen Sie, liebe Kolleginnen und Kollegen von der Opposition, was unserer Küstenkoalition vor allem wichtig ist: Bildung, Bildung, Bildung.

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Heiner Garg [FDP]: Mit 8 %!)

Wir wollen nicht mit der Gießkanne vorgehen, so dass jeder ein bisschen bekommt, sondern das Geld soll da ankommen, wo es am nötigsten gebraucht wird. Auch wenn der schleswig-holsteinische Gemeindetag dies seinerzeit als Benachteiligung des ländlichen Raums kritisiert hat, bleibt festzustellen: Nicht jeder Schulträger ist auch finanzschwach. Das war ja eine der Bedingungen, siehe oben.

(Volker Dornquast [CDU]: Nicht jede Gemeinde ist Schulträger!)

- Und nicht jede Gemeinde ist Schulträger! Auch das ist richtig, Herr Dornquast!

Meine Damen und Herren, natürlich würde ich mir auch wünschen, dass die **Kommunen** mit ihren **Planungen** weiter wären. Aber wenn man weiß, wie kommunale Entscheidungsprozesse laufen, ist das vielleicht auch gar nicht so erstaunlich. In vielen Kommunen werden die Haushaltsberatungen im Oktober 2015 in vollem Gange, wenn nicht sogar abgeschlossen gewesen sein. Wenn nicht gerade eine fertige Planung in der Schublade lag, braucht auch diese ihre Zeit. Ob die Schuld dafür nun bei der Landesregierung liegt, wage ich doch zu be-

(Beate Raudies)

zweifeln. Hinzu kommt, dass das Bundesprogramm, wie seinerzeit das Konjunkturpaket II, zeitlich sehr ehrgeizig angelegt war. Dies hat der Bund jetzt erkannt. Er arbeitet an der Verlängerung der Fristen, was ich nur begrüßen kann.

(Beifall SPD - Tobias Koch [CDU]: Ihr Glück!)

- Herr Koch, nun kann ich mir Folgendes nicht verkneifen: Das Konjunkturpaket II war seinerzeit auch kein Ruhmesblatt für die damalige Landesregierung. Die Regierung Carstensen brauchte nämlich damals Monate, um überhaupt festzustellen, welche Beträge welcher Empfänger bekommen sollte und welche Verteilungsquoten man im Land festlegen soll. Ich kann mich noch sehr gut daran erinnern, dass wir damals sehr lange auf Förderbescheide gewartet haben und uns in Berlin immer rechtfertigen mussten, warum wir denn noch kein Geld ausgegeben haben.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Also, da einmal ganz leise! Deswegen habe ich vorhin ausdrücklich betont, dass wir sehr schnell waren mit der Förderrichtlinie. Die Frau Ministerin hat außerdem darauf hingewiesen, dass für die **Kommunen** keine Notwendigkeit besteht, schnell statt sorgfältig zu planen. Das Geld ist fest zugesagt. Es gibt ein zugewiesenes **Budget**; das ist ihnen sicher. Ich zitiere den früheren Kollegen Hans Müller: Ich rate in der Angelegenheit zur Gelassenheit. - Ich warte auf den Bericht, den die Ministerin uns im Finanzausschuss zum Ende des Jahres angekündigt hat. Ich denke, dann werden sich die Zahlen deutlich verändert haben.

In den Ausschüssen in meiner Kommune, in denen ich mitarbeite, haben wir in fast jeder Sitzung einen Antrag auf Förderung aus diesem Programm beschlossen, also eine Schulbau- und Kita-Baumaßnahme beantragt. Aber der Haushalt ist natürlich noch nicht beschlossen, und natürlich wird unsere Verwaltung den Antrag erst dann stellen, wenn die Stadtvertretung den Beschluss gefasst hat. Ich bin also ganz zuversichtlich, dass wir es dick schaffen, das Geld auszugeben. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat der Abgeordnete Rasmus Andresen.

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Undichte Fenster, feuchte Wände, marode Bausubstanz oder eklige Toiletten - solche Verhältnisse gehören in vielen **Schulen** Schleswig-Holsteins zum Alltag. Das Geld der Kommunen reicht einfach nicht, um den großen **Sanierungsbedarf** abzudecken. Besonders problematisch ist die Situation in Pinneberg. Dort werden nach Angaben der Stadtverwaltung mehr als 34 Millionen € benötigt, um die Schulen wieder fit zu machen. Doch die Stadt ist hoch verschuldet. In Lübeck sieht es ähnlich aus. Wir haben Probleme an mehreren Schulen und einfach zu wenig Geld übrig, bestätigt ein Sprecher der Stadt. Fördermittel sind nicht in Sicht.

Mit diesen Sätzen beschreibt der Schleswig-Holsteinische Zeitungsverlag am 1. Februar 2014 den Investitionsbedarf in unseren Kommunen. Es wird weiter ausgeführt, dass dies nach Ansicht des Vertreters des Städteverbandes nicht immer etwas damit zu tun hat, ob Mittel zur Verfügung stehen, sondern auch damit, dass in den Kommunen in der Vergangenheit vielleicht das eine oder andere Mal die falschen Prioritäten gesetzt worden sind. Ich sage hier ausdrücklich, dass wir uns die Argumentation nicht zu eigen machen. Aber es zeigt, dass wir genug sanierungsfähige Schulgebäude und auch Kindertagesstätten haben. Wir könnten wahrscheinlich alle Beispiele aus unseren Wahlkreisen nennen, die eine Schwerpunktsetzung, wie wir sie vorgenommen haben, rechtfertigen.

Wir könnten auch einfach einmal die Schülerinnen und Schüler fragen, die heute Morgen hier auf der Besuchertribüne saßen oder die heute Nachmittag oder auch morgen bei anderen Debatten dort sitzen werden, was sie denn für Eindrücke haben, was den Sanierungsbedarf ihrer Schulen angeht. Ich glaube, daraus könnten sich für uns alle gute Erkenntnisse ergeben, und das könnte die Debatte in ein etwas anderes Licht rücken; denn aus unserer Perspektive nimmt sie leicht absurde Züge an. Der Bedarf, was die Sanierung unserer Schulen und Kindertagesstätten angeht, ist sehr groß. Aber es gibt überhaupt keinen Grund, jetzt schon Alarm zu schlagen. Dass die Mittel zum jetzigen Zeitpunkt nur zu einem kleinen Teil abgerufen worden sind, ist aus unserer Sicht kein Beinbruch.

**Präsident Klaus Schlie:**

Herr Abgeordneter Andresen, gestatten Sie eine Bemerkung des Herrn Abgeordneten Dr. Garg?

**Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Dr. Heiner Garg [FDP]:** Vielen Dank, Herr Kollege Andresen. - Da ich Sie kenne und weiß, dass Sie mir aufmerksam zugehört haben, werden Sie bei meinem Redebeitrag auch mitbekommen haben, dass ich grundsätzlich überhaupt nicht infrage stelle, dass die energetische Sanierung sowohl an Schulen als auch im Kita-Bereich eine richtige Schwerpunktsetzung ist, dass ich aber sehr wohl ein ganz großes Problem habe und dies anders bewerte, als Sie es gerade eben in Ihrem letzten Satz getan haben, dass weniger als 20 % der Mittel in Schleswig-Holstein abgerufen worden sind.

Im Vergleich zu Bundesländern wie beispielsweise Berlin, die bereits rund 70 % der Mittel abgerufen und verarbeitet haben, gibt das sehr wohl Anlass, ernsthaft darüber nachzudenken, ob wir sowohl mit der Fassung und Definition des Begriffes „finanzschwache Kommune“ in dem Programm als auch mit der **Kriterienauswahl**, mit der sehr engen Setzung, richtig liegen. Ich finde schon, dass es das wert ist, sich auch in der parlamentarischen Debatte damit auseinanderzusetzen.

- Es ist Ihr gutes Recht zu fordern, was Sie fordern. Zu der Frage betreffend die abgerufenen Mittel komme ich in meiner Rede gleich noch. Ich habe aber auch wahrgenommen, dass Sie die Ministerin hier sehr lautstark für ihre Politik kritisiert haben,

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Ja!)

dass Sie Worte benutzt haben, die zumindest den Eindruck vermittelt haben, dass Sie das alles ganz anders machen würden. Vor diesem Hintergrund war es mir wichtig festzustellen, dass wir hier einen Bedarf haben. Ich sage natürlich nicht, dass Sie das anders sehen. Ich glaube aber, dass das Ganze hier kein Wettrennen ist und dass es gar nicht darum geht, wer jetzt am schnellsten Fördermittel beantragt; vielmehr geht es darum, dass **vor Ort Planungen** gemacht werden, dass es darüber sowohl auf Verwaltungsebene als auch im politischen Raum, in den Gemeindevertretungen oder den Rats-

versammlungen, Einigungen gibt und dass man auf dieser Grundlage dann Anträge stellt. Ich bin sehr optimistisch, dass das noch ganz viele Kommunen tun werden.

Als konkretes Beispiel dafür - Petra Nicolaisen hat es ja schon genannt - kann man unsere Stadt Flensburg nehmen. Die Oberbürgermeisterin sitzt ja hinter mir und kann nicken, wenn sie mit mir einer Meinung ist.

Gerade der Bereich der kommunalen Bildungseinrichtungen ist riesig. Wir sind der Stadt dankbar dafür, wenn wir gemeinsam mit dem Land diese Gebäude sanieren können. Frau Nicolaisen, Sie haben es selbst erwähnt. Sie waren bei dem Kämmerer. Sie müssen ja gar nichts über die DIAKO ins Feld führen. Sie können ja einfach zitieren, was der Kämmerer der Stadt **Flensburg** in einem Gespräch mit Ihnen, ich glaube, Herr Liebing war auch dabei, zu diesem Thema gesagt hat. Sie haben Widerspruch kassiert. Sie haben erlebt, dass der Kämmerer der Stadt Flensburg gesagt hat: Jawohl, die Schwerpunktsetzung der Landesregierung, Monika Heinolds Schwerpunktsetzung für den Bereich Bildungseinrichtungen, ist genau richtig. Wir werden hier **Förderanträge** stellen, und wir freuen uns darauf.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SPD)

Das Geld soll eben nicht in Kleckerbeträgen in Kleinstprojekten versiegen, sondern es soll sichtbar wirken. Gerade dann ist es vollkommen richtig, dass man sich für die Planungen etwas Zeit nimmt, vor allem, wenn man bis 2020 Zeit hat.

Die Kommunen wissen, was ihnen zusteht. Sie sind auch intelligenter als Sie. Deshalb reagieren sie auch auf eine andere Art, als Sie es hier im Landtag immer probieren. Dass wir in den Bereichen **Schule und Kita-Tagesstätten** wichtige **Sanierungsinvestitionen** vornehmen wollen, heißt natürlich nicht, dass wir in anderen Bereichen nichts machen. Das ist in der Debatte gesagt worden. Manchmal habe ich aber den Eindruck, dass man einige Sachen noch einmal sagen soll, damit sie ankommen. Das will ich gern tun.

Zum einen ist der **Finanzausgleich** von 1 Milliarde € auf 1,5 Milliarden € gestiegen. Es ist richtig, das hat etwas mit der Konjunktur zu tun. Sie stellen sich dann, wenn wir hier über Steuereinnahmen sprechen, hin und blenden das komplett aus. Sie sagen immer: Wir geben das alles unsinnig aus. Deshalb müssen Sie sich hier damit auseinandersetzen, dass die Kommunen über den Finanzausgleich

(Rasmus Andresen)

500 Millionen € mehr zur Verfügung haben als vor wenigen Jahren.

Sie müssen sich auch damit auseinandersetzen, dass die Kommunen durch die **Anhebung der Grunderwerbsteuer** jährlich 20 Millionen € mehr haben, als es zu Ihrer Zeit der Fall gewesen ist. Auch das haben Sie vor einiger Zeit immer kritisiert. Ich erinnere an die letzte Debatte: Sie müssen sich damit auseinandersetzen, dass die Mittel für die U3-Betreuung im kommenden Jahr auf 80 Millionen € ansteigen werden und dass wir insgesamt rund 100 Millionen € mehr für Kitas ausgeben, als dies vorher der Fall gewesen ist.

Ja, Frau Nicolaisen, da müssen Sie sich überhaupt keine Sorgen machen, auch in den **Krankenhäusern** sanieren wir. Wir unterstützen auch das Projekt in Flensburg, das wissen die Kollegen dort. Es ist natürlich verständlich, dass sie dann, wenn sie gefragt werden, sagen, dass sie für ihren Bereich gern noch weitere Mittel hätten. Wir haben aber die Zusage gemacht, dass die DIAKO, das ambitionierte Neubauprojekt, das für die Krankenversorgung in Flensburg und in weiten Teilen des Umlands eine sehr große Bedeutung hat, auch umgesetzt wird. Darauf kann sich die DIAKO verlassen, auch wenn wir in diesem Programm mit einer anderen Schwerpunktsetzung arbeiten.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, vereinzelt SPD)

Die Ministerin hat es gesagt, ich will es zum Abschluss meiner Rede auch noch einmal sagen: Natürlich sind wir dialogbereit. Wir diskutieren mit den Kommunen vor Ort gern über das kommunale Investitionsförderungsgesetz, das ist gar keine Frage. Ich will aber ganz deutlich an die Adresse einiger Kommunalvertreter sagen, die sich weniger konstruktiv verhalten, als der Kämmerer in Flensburg es tut: Obwohl wir im Bildungsbereich überall große Bedarfe feststellen, führen wir hier Scheingehefte über die Frage, wer hier was entscheidet.

(Beifall Anke Erdmann [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Lassen Sie uns gemeinsam unsere maroden Schulen und unsere Kindertagesstätten sanieren. Das hilft den Menschen vor Ort, das hilft den Kindern, die in den Kindertagesstätten sind, das hilft den Schülerinnen und Schülern an den Schulen, das hilft den Erzieherinnen und Erziehern, den Lehrkräften und auch den Eltern. Daran müssen wir arbeiten. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die Fraktion der PIRATEN hat Herr Abgeordneter Torge Schmidt das Wort.

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Vielen Dank, Herr Präsident! - Sehr Damen und Herren! Selten konnte man in diesem Hohen Haus das Scheitern der rot-grün-blauen Landesregierung so eindrucksvoll beobachten wie am Beispiel des **Kommunalinvestitionsförderungsgesetzes**.

(Beifall PIRATEN, FDP - Zurufe)

Das ist einmal mehr ein Beweis dafür, wie fern doch Theorie und Praxis auseinanderliegen können. Dabei bekommen das Land Schleswig-Holstein und speziell finanzschwache **Kommunen** vom **Bund** ein **Geschenk** in Höhe von 99,5 Millionen €, aber die Kommunen setzen das Geld nicht ein. Warum tun die Kommunen das nicht? - Weil die Landesregierung aus einer guten Idee des Bundes, finanzschwachen Kommunen Investitionen zu ermöglichen, einen Rohrkrepierer allererster Güte gemacht hat.

Die Kommunen können überhaupt nichts dafür. Viele würden gern investieren, allerdings wollen und oder müssen die wenigstens in die **energetische Sanierung von Schulen und Kindergärten** investieren, denn auf diesen **Verwendungszweck** hat die Landesregierung die Gelder des Bundes eingeschränkt. So heißt es im Bericht vom Juli auch lobend: So ist es bislang noch nicht zur Auszahlung von Bundesmitteln gekommen. Dabei wäre es doch einfacher gewesen.

Ich habe mir erlaubt, einmal nach Baden-Württemberg und nach Rheinland-Pfalz zu schauen. Das ist das Gute an dieser Förderung. Man kann sehr gut vergleichen, welche Regierung fähig ist und welche Regierung es nicht schafft, etwas in vernünftige Landespolitik umzusetzen. In **Baden-Württemberg** werden die Schwerpunkte beispielsweise bei der **Lärmbekämpfung an Straßen und Schienen** gesetzt. Hier wären auch in Schleswig-Holstein mehrere Städte und Gemeinden sofort dabei, denn das Thema Lärm beschäftigt die Bürger in Schleswig-Holstein immer mehr. Warum hat die Landesregierung dieses Thema ausgeschlossen? Sind Sie etwa für Lärm? Oder haben Sie etwas gegen Lärmbekämpfung? In Rheinland-Pfalz heißt es in dem Text: Die Landesregierung hat entschieden, den

**(Torge Schmidt)**

Kommunen insgesamt einen möglichst weiten Entscheidungsspielraum zu belassen

(Beifall Heike Franzen [CDU] und Dr. Heiner Garg [FDP])

und insbesondere keine Einschränkung der vom Kommunalinvestitionsförderungsgesetz vorgesehenen Förderbereich vorzunehmen.

(Lars Winter [SPD]: Wir haben uns anders entscheiden! - Dr. Heiner Garg [FDP]: Mit welchem Resultat? - Weitere Zurufe)

**Präsident Klaus Schlie:**

Wollen wir uns darauf verständigen, dass der Redner das Wort hat?

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Vielen Dank, Herr Präsident! - Jetzt haben Sie also ein Beispiel aus einem von Grün und aus einem von Rot regierten Bundesland. Daran können Sie sich messen lassen. Feiern Sie sich nur weiter hier, wenn es auch offensichtlich nichts zu feiern gibt. Ich verstehe es nicht, warum Sie so engstirnig sein müssen und trotzdem auf der ausschließlichen energetischen Sanierung beharren.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

Das ist die grüne Bevormundung, denn von dieser Seite kommt die Idee von der energetischen Sanierung, von der in der vergangenen Woche der baden-württembergische Ministerpräsident Winfried Kretschmann gesprochen hat.

**Präsident Klaus Schlie:**

Ich bitte Sie!

(Heiterkeit und Zurufe)

Herr Abgeordneter Andresen, bitte!

**Torge Schmidt [PIRATEN]:**

Warum kann man nicht die Kommunen einfach einmal selbst entscheiden lassen, wo sie investieren wollen? Warum glaubt die Landesregierung, es besser zu wissen? Warum schränkt sie die vom Bund weit gefassten Vorgaben so weit ein?

Ich stelle fest: Kein anderes Bundesland stellt sich so stümperhaft bei der Verteilung von Geldgeschenken durch den Bund an wie Schleswig-Holstein.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

Nehmen wir ein konkretes Beispiel: Im Landkreis Steinburg stehen für den Landkreis als Träger und dann noch explizit für die Städte Itzehoe, Wilster und die Gemeinde Lägerdorf insgesamt 3 Millionen € zur Verfügung. Wie viele Euro wurden bisher abgerufen? - Es sind 0 €. Nichts, aber auch gar nichts wurde abgerufen, und da stellen Sie sich hier hin und feiern sich. Ich glaube nicht, dass den Kommunen im Landkreis Steinburg zum Feiern zumute ist.

(Beifall PIRATEN und Abgeordneter Dr. Heiner Garg [FDP])

Das, was diese **Regierung** mit der **Umsetzung dieses Gesetzes** hier abgeliefert hat, ist ernüchternd und beschämend. Hier sollte schnell gegengesteuert werden. Die Opposition hatte im letzten Jahr einen objektiv ganz brauchbaren Ansatz geliefert, dem die Regierung natürlich aus taktischen Gründen nicht zustimmen konnte. Deshalb mein Appell: Schluss mit der Engstirnigkeit. Bessern Sie umgehend nach. Übernehmen Sie die weitgefasste Formel der Rheinland-Pfälzer, damit die Gelder bis Juli 2017 oder auch später, wenn die Verlängerung des Programms durchgesetzt wurde, noch abgerufen werden können. Da wären wir PIRATEN sicherlich sofort dabei. - Ich danke Ihnen für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN, FDP und vereinzelt CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für den SSW hat Herr Abgeordneter Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Vielleicht muss man das Gesetz einmal in einen etwas größeren Zusammenhang setzen. Der **Bund** stellt Schleswig-Holstein rund 99,5 Millionen € zur Verfügung, welche besonders für **finanzschwache Kommunen** in unserem Land gedacht sind. All dies wird im entsprechenden Gesetz geregelt, und dazu hat die Ministerin ausführlich berichtet. Dafür noch einmal herzlichen Dank.

Bildungseinrichtungen im ganzen Land wurden zahlreich unterstützt. Die Kommunen im Land stehen also besser da als noch vor einigen Jahren. Auch die **Förderungen** nach dem **Kommunalinvestitionsförderungsgesetz** laufen jetzt an. In Kap-

(Lars Harms)

peln sind schon die Sporthalle der Gorch-Fock-Schule und die dortige Gemeinschaftsschule saniert worden. Insgesamt sind schon rund 20 % der Fördermittel beantragt.

Das erscheint in der Tat auf den ersten Blick doch wenig zu sein, auch im Vergleich zu anderen Bundesländern, es ist aber wahrscheinlich ganz einfach zu erklären. Einerseits gibt es politische Blindflüge wie in Lübeck, andererseits gibt es ein Strukturproblem, nämlich dass nicht jede Kommune immer gleich fertige **Projekte** in einer Schublade liegen hat, sondern dass diese erarbeitet werden müssen. Wenn diese dann erarbeitet sind, können auch die Anträge gestellt werden. Trotzdem: Das Programm ist attraktiv und lohnt sich für die Kommunen auch finanziell. Es können noch Anträge bis zum 30 Juni 2017 gestellt werden. Da mag also noch etwas kommen.

Für **energetische Sanierungen** und **Investitionen in die Bildungsinfrastruktur** können 90 % Zuschüsse eingeworben werden. Die Kommune selbst muss sich nur mit 10 % an den Kosten beteiligen. Vor dem Hintergrund der durchaus sehr guten Einnahmesituation im kommunalen Bereich ist das noch einmal das Sahnehäubchen oben drauf.

Jetzt komme ich noch auf den Gesamtzusammenhang zu sprechen, in dem man das vielleicht sehen muss, meine Damen und Herren. Die **Kommunen** profitieren, wie andere staatliche Ebenen auch, von der **stabilen Wirtschaft** und den zuverlässigen **Steuereinnahmen**. Zudem profitieren die Kommunen auch von einer Neuauflage des FAG, welches sich bisher weitgehend auf den Stand von vor 40 Jahren aufbaute. 2012 betragen die Ausgaben für den kommunalen Finanzausgleich noch etwas weniger als 1,2 Milliarden €. 2017 werden jetzt schon über 1,7 Milliarden € an die Kommunen mit stark steigender Tendenz gehen. Eine Kofinanzierung von 10 % ist also auch für die kommunale Ebene ohne Schwierigkeiten möglich.

Zudem hat das Land eine **Integrationspauschale** für die Kommunen beschlossen, welche es in dieser Form in anderen Ländern nicht gibt. Die Mittel sollen Orientierungshilfen für Asylsuchende bieten und die Kommunen zusätzlich entlasten. Auch das trägt dazu bei, dass man etwas mehr Geld in der Kasse hat, auch als ärmere Kommune.

Das Land übernimmt auch für die Dauer des Asylverfahrens und bis zur Entscheidung über einen Asylantrag 90 % der Kosten. Für Asylsuchende in den Kommunen, für die der Bund keine Kosten übernimmt und die einen Anspruch nach dem Asyl-

bewerberleistungsgesetz haben, tragen Land und Kommunen die Kosten weiter im Verhältnis 70 zu 30.

Ich sage das deshalb, weil immer gerade auch die **Flüchtlingsfrage** als ein Grund dafür angegeben wird, dass Kommunen kein Geld haben. Gerade in diesem Bereich unterstützen wir die Kommunen, damit die Kassen entsprechend gefüllt sind. Ich finde, das ist eine großzügige **Ausstattung**, die wir als Land den Kommunen geben. Auch das entlastet die Kommunen, damit sie in anderen Bereichen investieren können.

(Beifall SSW und SPD)

Bildung, Integration und energetische Sanierung - und damit Kostensenkung -, in all diesen Bereichen, die die Kommunen wiederum nachhaltig entlasten, bietet das Land den Kommunen tatkräftige finanzielle Unterstützung an. Ein Baustein sind hier auch die günstigen Investitionsmittel nach dem Kommunalinvestitionsförderungsgesetz.

Sollten die Kommunen der Auffassung sein, dass Investitionen in die Schulen aufgrund der guten Bausubstanz nicht nötig seien, kann man natürlich auch eine andere Priorisierung vornehmen. Meine Wahrnehmung ist allerdings, dass nicht jede Schule über eine Top-Bausubstanz verfügt. Gerade in den Kommunen, denen es im Vergleich zu anderen nicht so gut geht, besteht eben das größte Problem darin, dass man diese Infrastruktur nicht instand halten kann. Deshalb glaube ich, dass unsere Schwerpunktsetzung bei Schulen und Kitas auch die richtige ist.

Auch die Schwerpunktsetzung des Bundes, dass trotz der gerade in diesem Land hervorragenden zusätzlichen Einnahmen bei den Kommunen darauf geachtet wird, dass finanzschwache Kommunen besonders berücksichtigt werden, ist natürlich richtig. Ich bin mir auch sicher, dass bis zum 30. Juni 2017 noch genügend Anträge eingehen werden, sodass das Programm voll ausgeschöpft werden wird; denn der Bedarf, gerade bei den Schulen, aber auch bei den Kitas, ist da. Ich bin mir ziemlich sicher, dass die Kommunen insoweit noch in die Puschen kommen, damit bis zum 30. Juni 2017 alles geregelt ist. Dann wird das ein sehr erfolgreiches Programm sein. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung und stelle zunächst fest, dass der Berichts Antrag in der Drucksache 18/4728 durch die Berichterstattung der Landesregierung seine Erledigung gefunden hat. Damit ist der Tagesordnungspunkt erledigt.

Ich unterbreche die Sitzung bis 15 Uhr.

(Unterbrechung von 13:34 bis 15:02 Uhr)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren! Ich eröffne unsere Beratung. Bevor ich die Tagesordnungspunkte 22 und 34 aufrufe, begrüßen wir gemeinsam auf der Tribüne des Schleswig-Holsteinischen Landtags Seniorinnen und Senioren des Trägerwerks aus Lübeck. - Herzlich willkommen bei uns im Landtag!

(Beifall)

Nunmehr kommen wir zu den Tagesordnungspunkten 22 und 34:

**Gemeinsame Beratung****a) Ausstattung der Sicherheitsbehörden verbessern - Der Terrorgefahr wirksam begegnen**

Antrag der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/4400

**b) Mehr Polizeivollzugsbeamtinnen und -beamte für die Landespolizei - keine Wachpolizisten in Schleswig-Holstein**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW  
Drucksache 18/4410

**c) Ausstattung der Landespolizei mit mobilen Endgeräten**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4723

Bericht und Beschlussempfehlung des Innen- und Rechtsausschusses  
Drucksache 18/4686

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe. Ich erteile zunächst das Wort der Frau Berichterstatteerin des Innen- und Rechtsausschusses, der Abgeordneten Barbara Ostmeier, mit dem Bericht zu a) und b). - Frau Ostmeier ist gerade

nicht anwesend. Dann bitte ich Frau Lange, diesen Bericht zu geben.

**Simone Lange [SPD]:**

Ich verweise auf die Vorlage.

**Präsident Klaus Schlie:**

Vielen Dank für die umfangreiche Berichterstattung. - Wir kommen dann zur Aussprache. Ich beginne mit der FDP-Fraktion, da die erste Befassung der Vorlagen zu a) und b) mit Aussprache erfolgte. Somit hat nunmehr das Wort für die FDP-Fraktion der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Der Einsatz **mobiler Informationstechnik** bietet große Chancen für eine effizientere, flexiblere und auch stärker **serviceorientierte Polizeiarbeit**. Gerade in Zeiten, in denen polizeiliche Aufgaben die Beamtinnen und Beamten in hohem Maße belasten, kann die Nutzung moderner Informationstechnik die Polizei entlasten und damit bei der Bewältigung der Aufgaben ganz wirksam helfen.

In vielen Ländern ist dies auch schon erkannt worden. Dort hat man angefangen, aus dieser Erkenntnis Konsequenzen zu ziehen. In **Niedersachsen** stehen der Landespolizei seit August des vorigen Jahres 500 speziell gesicherte Tablet-Computer zur Verfügung, in sieben Polizeidirektionen und 33 Polizeiinspektionen des Landes.

Der Zugriff auf den Polizeiserver ist damit überall und schnell möglich, auch außerhalb der Reviere. Wenn es zum Beispiel darum geht, eine vermisste Person zu identifizieren, Personalien zu überprüfen oder Informationen über frühere Delikte eines Verdächtigen zu erhalten, so ist dies viel leichter und schneller möglich als durch Abfragen per Funk an eine Leitstelle. Ganz abgesehen davon, erhöht eine solche Arbeitsmöglichkeit auch die Sicherheit der Einsatzkräfte.

Praktiker loben den Fortschritt durch Technik. Ein Polizeikommissar aus der Polizeidirektion Hannover wird zum Beispiel mit der Feststellung zitiert:

„Das ist eine enorme Arbeitserleichterung“.

Ein Anwendungsbeispiel ist auch die Erstellung von Berichten über erfolgte Einsätze. Statt Angaben handschriftlich zu notieren und später auf dem Revier den Bericht zu erstellen, lassen sich mithilfe moderner Technik bereits vor Ort und auch unter-

**(Dr. Ekkehard Klug)**

wegs diese Berichte erstellen; denn die üblichen Formulare sind auf mobilen Endgeräten abrufbar. Wartezeiten, etwa wenn die zuerst am Einsatzort eingetroffenen Beamten auf andere Kollegen, auf die Spurensicherung oder andere Einsatzkräfte warten müssen, können so sinnvoll genutzt werden. Die anschließende Schreiberarbeit auf dem Revier entfällt.

Es liegt auf der Hand, dass dadurch viel Zeit gespart werden kann.

Außerhalb Deutschlands hat man diesen Weg übrigens schon viel früher und viel konsequenter beschritten. In der Schweiz hat die Kantonspolizei Zürich 3.500 mobile Geräte beschafft und ihre rund 2.500 Frontpolizisten - so heißen dort die Beamten, die direkt im Einsatz vor Ort sind - erlangen dadurch mobilen Zugriff auf Dokumente und Informationen.

Der IT-Projektleiter der Züricher Kantonspolizei stellte in einem Fachbeitrag hierzu fest, ich zitiere:

„Die neue Infrastruktur ermöglicht ihnen eine zielgerichtete Kontrolltätigkeit und erlaubt die direkte Datenerfassung vor Ort ohne aufwendige Nacherfassung im Büro.“

Natürlich gibt es ein Spannungsfeld zwischen Anwenderfreundlichkeit und Datenschutz. Deshalb wollen wir, dass beim Einstieg der schleswig-holsteinischen Landespolizei die Nutzung moderner Informationstechnologie eine enge Abstimmung mit dem Unabhängigen Landeszentrum für Datenschutz sichergestellt wird. Die Informationssicherheit muss gewährleistet sein, personenbezogene Daten von Bürgern müssen unbedingt geschützt werden. Aber die Beispiele aus anderen Bundesländern oder anderen Staaten - ich habe die Schweiz als Beispiel genannt - zeigen, dass das auch machbar ist.

**Schleswig-Holstein** ist beim Thema „Mobile Informationstechnik für die Polizei“ bisher ja Entwicklungsland. In der Antwort auf eine **Anfrage des Kollegen Bernstein** Ende August erklärte der Innenminister, dass 92 vorhandene Tablet-PCs in Schleswig-Holstein derzeit fast ausschließlich zum Zwecke der Geovisualisierung genutzt werden, das heißt als Ersatz für nicht mehr aktuelle Landkarten in Papierform, also quasi eine Art Navi-Lösung. Außerdem gibt es bei der Landespolizei zwei Tablets in der Erprobung als Anzeigergeräte für Geschwindigkeitsmessungen. Das ist im Vergleich zu den dargestellten Anwendungen bei Polizeibehörden außerhalb Schleswig-Holsteins, die ich ja beschrieben habe, wirklich eine ziemlich hinterwäld-

lerische Situation, in der sich der selbstberufene „Echte Norden“ derzeit in diesem Bereich noch befindet.

Meine Damen und Herren, da muss etwas passieren!

(Beifall FDP, Hans-Jörn Arp [CDU] und Wolfgang Dudda [PIRATEN])

Die zweite Landtags-Drucksache ist der **CDU-Antrag** zur Ausstattung der Polizei zur Terrorabwehr. Die meisten Forderungen, wir haben sie schon debattiert, stimmen mit unseren Positionen überein. Den letzten Punkt, die anlasslose Vorratsdatenspeicherung, sehen wir jedoch als einen unverhältnismäßigen Eingriff in Bürgerrechte an. Wir haben dies vielfach schon in dieser Wahlperiode im Einzelnen erläutert. Deshalb verweise ich nur auf frühere Erklärungen zu diesem Thema. Den CDU-Antrag lehnen wir daher folgerichtig ab. - Ich danke für die Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP)

**Präsident Klaus Schlie:**

Für die CDU-Fraktion hat nun der Abgeordnete Dr. Axel Bernstein das Wort.

**Dr. Axel Bernstein [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Eingangs ein paar Worte zum **Antrag der FDP**. In der Tat, er beruht offenbar auf der **Kleinen Anfrage**, die wir zu diesem Thema gestellt haben und deren Beantwortung doch ein wenig ernüchternd ausfällt, wenn wir lernen, dass 92 Tablets innerhalb der Landespolizei benutzt werden, und zwar überwiegend als Navigationsgeräte, als Ersatz für nicht mehr hinreichend aktualisierbare Landkarten in Papierform. Das klingt nicht nach 2016. Da könnte man jetzt sagen, dass da Handlungsbedarf besteht.

Die Antwort auf die Frage, ob hier eine Änderung geplant sei, macht mir allerdings viel mehr Sorgen. Da heißt es nämlich:

„Eine flächendeckende Ausstattung mit Tablet-PC ist sowohl aus taktischer wie auch aus IT-fachlicher Sicht derzeit kein Schwerpunkt der strategischen Planungen der Landespolizei.“

Die Vorteile, die der Kollege Klug umfassend beschrieben hat, liegen an sich auf der Hand. Deswegen bitte ich dringend darum, dass wir uns im Innen- und Rechtsausschuss intensiv diesem Thema

(Dr. Axel Bernstein)

widmen. Ich glaube, dass hier durchaus Nachsteuerungsbedarf besteht.

Ich möchte gern noch einmal auf die Debatte im Ausschuss eingehen, die zu der **Beschlussempfehlung** Drucksache 18/4686 geführt hat. Das muss man sich nämlich einmal auf der Zunge zergehen lassen. Man muss nicht jeden Punkt des CDU-Antrags befürworten; aber ich würde die Punkte doch gern einmal durchgehen und in Erinnerung rufen, was wir beantragt haben:

Als ersten Punkt haben wir beantragt, dass vor dem Hintergrund der neuen Herausforderungen für **Polizei und Verfassungsschutz** bei der Beobachtung gewaltbereiter Extremisten wie auch hinsichtlich der Reaktionsfähigkeit auf Terrorakte fortlaufend überprüft werden muss, ob die Polizei **personell und materiell** richtig ausgestattet ist. Der Innen- und Rechtsausschuss hat das mit Mehrheit abgelehnt.

Weiter haben wir beantragt, dass die Polizeikräfte in den einzelnen Polizeidirektionen in die Lage versetzt werden müssen, im Falle eines terroristischen Anschlags die Situation vor Ort räumlich einzudämmen. Dazu sind insbesondere die Ausrüstung mit **Schutzausrüstungen der Klasse IV** sowie eine entsprechende Bewaffnung erforderlich. Im Ausschuss wurde das mit Mehrheit abgelehnt, übrigens bemerkenswerterweise in genau der Woche, in der der Innenminister angekündigt hat, an dieser Stelle nachbessern zu wollen.

Dieser Punkt ist keine Kleinigkeit. Es ist keine Glaubensfrage, ob es nötig ist - mit welcher Bewaffnung auch immer -, unsere Polizei zusätzlich auszustatten. Die Wahrscheinlichkeit ist doch hoch, dass im Fall einer terroristischen Lage in Schleswig-Holstein zunächst einmal nicht die dafür besonders vorbereiteten Spezialeinheiten vor Ort sein werden, sondern ganz normale Schutzpolizei. Wenn wir Kolleginnen und Kollegen in einer solchen Situation sehen und von ihnen erwarten, dass sie ihren Dienst tun, dann ist es unsere Verpflichtung, sie so gut auszurüsten, wie wir das können.

(Beifall CDU und FDP)

Als dritten Punkt haben wir beantragt, die Landespolizei mit ausreichend **Spezialfahrzeugen** auszurüsten, die so disloziert werden müssen, dass jeder Einsatzort im Land zeitnah erreicht werden kann. - Das wurde mit Mehrheit im Ausschuss abgelehnt.

Ferner haben wir eine Verbesserung der **Fortbildung** im Bereich des Umgangs mit terroristischen

Lagen gefordert. - Das wurde im Ausschuss mit Mehrheit abgelehnt.

Wir halten es auch für erforderlich - auch das haben wir beantragt; darauf wies der Kollege Klug bereits hin -, im Bereich der **Mindestspeicherfristen** zu Verbesserungen zu kommen, damit die Möglichkeiten unserer Sicherheitsorgane zur Informationsgewinnung voll ausgeschöpft werden. Da kann man unterschiedlicher Auffassung sein; aber auch dieser Punkt wurde im Ausschuss abgelehnt.

Nun kann man sagen: Wenn die Regierungsfraktionen großartige Ideen gehabt hätten, wie man das alles besser machen kann, könnte man ja damit leben, dass so etwas abgelehnt wird. Erlauben Sie mir, dass ich vortrage, was Sie dem entgegengesetzt haben - beschlossen mit Mehrheit von SPD, Grünen und SSW im Innen- und Rechtsausschuss -:

„1. Der Landtag bekennt sich zu einer qualitativ hochwertigen Landespolizei ...“

Und so weiter und so fort.

Der Landtag lehnt die Einführung einer Wachpolizei ab. Okay. - Das hat kein Mensch gefordert. Sie hätten auch noch hinzufügen können, dass wir die Ausrüstung der Polizei mit rosa Uniformen ablehnen. Das hat nämlich auch keiner gefordert.

(Lars Harms [SSW]: Eine Überlegung wert!)

- Leg mal los, Lars.

„2. Der Landtag bekräftigt, dass innere Sicherheit in Schleswig-Holstein oberste Priorität hat. Die von der Landesregierung beschlossenen Verbesserungen werden ausdrücklich begrüßt.“

- Das können wir hier noch einmal machen: hallo, liebe Verbesserungen, schade, dass ihr nicht so viele seid! -

(Dr. Kai Dolgner [SPD]: Wie viele Verbesserungen hatten Sie denn in Ihrer Amtszeit? Das ist ja der Hammer!)

„und der Landtag beabsichtigt, weitere Verbesserungen für die Landespolizei auf den Weg zu bringen.“

Na, dann mal los.

(Beifall CDU)

„3. Die Landesregierung hat zahlreiche Maßnahmen zur Umstrukturierung und Organisationsanpassung der Landespolizei bereits auf den Weg gebracht, damit sie ihre Aufgaben effektiv wahrnehmen kann.“

**(Dr. Axel Bernstein)**

Das haben Sie beschlossen.

Vierter Punkt:

„Die personelle Verstärkung durch die Einstellung von 400 Auszubildenden in den Einstellungsjahren 2016 und 2017 und die Anhebung der Einstiegsämter ... sind dabei richtige und notwendige Schritte.“

Meine Güte, da haben Sie fünf konkrete Punkte, über die man diskutieren kann, durch vier Beweishränderungen und eine Nullnummer ersetzt. Wenn das Ihr Anspruch im Bereich der inneren Sicherheit ist, dann haben wir, glaube ich, wirklich ein Problem.

Ich freue mich auf die Beratung des FDP-Antrags. - Vielen Dank für die Aufmerksamkeit.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine sehr geehrten Damen und Herren, für die SPD-Fraktion hat nun das Wort die Noch-Abgeordnete Simone Lange. Sie hat aufgrund des Wähler-votums in Flensburg beschlossen, uns zu verlassen. - Ich habe gehört, Frau Abgeordnete Lange, dies sei Ihr letzter Redebeitrag. Wir wünschen Ihnen auf jeden Fall für Ihr zukünftiges Amt alles Gute und viel Erfolg. Wir freuen uns jetzt auf Ihre Rede.

(Beifall)

**Simone Lange [SPD]:**

Vielen Dank, Herr Präsident. - Herr Dr. Bernstein, um den letzten Punkt Ihrer Rede aufzugreifen: Ein Problem hätten wir, wenn wir an das anschließen würden, was die Vorgängerregierung, was die schwarz-gelbe Regierung gemacht hat; denn da kann ich unterm Strich nur feststellen: Null Verbesserungen innerhalb von drei Jahren. - Was wir innerhalb von vier Jahren gemacht haben, ist Teil meiner Rede, in die ich jetzt einsteigen will.

Da dies tatsächlich meine letzte Rede in diesem Hause ist und weil wir heute über die Ausstattung der Landespolizei debattieren, erlaube ich mir, den Blick zu weiten. Die Ausstattung der Landespolizei, sowohl personell als auch sächlich, ist - das ist meine Erfahrung aus viereinhalb Jahren hier als polizeipolitische Sprecherin - eines der meistdiskutierten Themen hier im Landtag. Auch heute liegen uns drei Anträge zum Thema „Ausstattung der Landespolizei“ vor, einer von der FDP mit dem Titel „Ausstattung der Landespolizei mit mobilen Endgeräten“ sowie zwei weitere Anträge. Es war nicht so,

dass der Antrag der CDU abgelehnt wurde, sondern er wurde durch einen Änderungsantrag der Koalition

(Heike Franzen [CDU]: Ersetzt!)

überstimmt, ersetzt.

Wir sind uns einig darüber - das wird, glaube ich, in jeder Landtagssitzung von uns allen unterschrieben -: Ohne Polizei keine innere Sicherheit!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die **Polizei** ist nicht nur in der deutschen Demokratie **zentrales Element von Staatlichkeit**. Sie ist als Teil der Exekutive mitverantwortlich für die Gewährung von Ordnung und Sicherheit, von Gefahrenabwehr und Strafverfolgung. In dieser Mitverantwortung stehend ist die Polizei auch Teil unserer sozialen Strukturen. Ich ergänze deshalb: Ohne Polizei keinen innere Sicherheit, ohne sozialen Frieden aber auch keine innere Sicherheit!

(Beifall SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Als Teil der Exekutive ist die Polizei an Recht und Gesetz gebunden. Zum Kernbestand der Ausbildung von Polizeibeamtinnen und -beamten gehören deshalb Staatsrecht, Straf- und Strafverfahrensrecht, Verkehrs- und Eingriffsrecht. Dennoch darf sich die Ausbildung für den Polizeivollzugsdienst nicht allein auf die ausführungsrelevanten Aspekte beschränken. Die Polizei muss sich jederzeit bewusst sein, wer Adressat ihres Handelns ist, und die Polizei muss sich jederzeit vergegenwärtigen, dass sie in ein politisches System eingebettet ist und der politischen Führung unterliegt.

Polizeiliches Handeln ist eben Handeln in und für die **Gesellschaft**. Deshalb ist es nicht nur so, dass das polizeiliche Handeln von der Gesellschaft in der wir leben, geprägt wird, sondern auch so, dass die Polizei selbst die Gesellschaft prägt. Wenn Polizeibeamte PEGIDA-Demonstranten viel Erfolg wünschen, dann ist das leider prägend für unsere Gesellschaft. Wenn Polizeibeamte in alten, klappriegen Fahrzeugen Streife fahren, ist das leider auch prägend für unsere Gesellschaft. Dass beides in Schleswig-Holstein nicht der Fall ist, fällt nicht vom Himmel. Das haben wir der rot-grün-blauen Landesregierung zu verdanken.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Jede Gesellschaft vollzieht einen **sozialen Wandel**. Gerade unsere hat im letzten Jahrzehnt einen ganz

(Simone Lange)

besonderen sozialen Wandel vollzogen. Dieser beeinflusst die Arbeit der Polizei, fordert Anpassungen, Umorganisationen und veränderte Strategien.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich bitte sozusagen ein letztes Mal um Ihre Aufmerksamkeit: Die Modernisierung der Pistolen durch die Anschaffung neuen Walther P 99, die Anschaffung der neuen Teleskop-Schlagstöcke, die Anschaffung des Stopp-Sticks, Videokameras an Streifenwagen, Anschaffungen neuer klappbarer Schutzschilde auf allen Fahrzeugen, Anschaffung neuer Schutzwesten mit verbessertem Stichschutz, Anschaffung neuer Außentragehüllen, flächendeckende Modernisierung des Fuhrparkes, 150 zusätzliche Polizeibeamte allein 2016, weitere - bis zu 500 - sind in Aussicht gestellt, zusätzlich 50 Stellen für Verwaltungsbeamte und Tarifangestellte, fünf zusätzliche Urlaubstage für geleistete Nachtdienste, 650 Beförderungen allein 2015, Anhebung des Einstiegsamtes, neue Organisationsleitlinien, die Anhebung der Erschwerniszulage, aktuell die Anschaffung von besonderer Schutzrüstung für mögliche Terrorlagen und ein Innenminister, der mit einem Perspektivpapier genau weiß, wo er mit der Landespolizei hin will: Was bitte wollen Sie eigentlich noch?

(Lebhafter Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Zuruf SPD: Sehr gut!)

Als ehemalige Polizeibeamtin, die hier viereinhalb Jahre polizeipolitische Sprecherin sein durfte, bedanke ich mich an dieser Stelle einfach einmal bei allen Kolleginnen und Kollegen, auch bei den Kolleginnen und Kollegen der Opposition, für die oft durchaus konstruktive Zusammenarbeit. Ich bedanke mich aber ganz besonders beim Innenminister - auch beim Vorgänger - und beim Innenministerium für das, was Sie wirklich tatkräftig angepackt haben. Ich bedanke mich ganz besonders bei der Landespolizei.

Lassen Sie mich eines anfügen: Wir haben im letzten Jahr ein Jahrhundertereignis in ganz Deutschland gehabt. Die Landespolizei Schleswig-Holstein hat in unserem Land mit ihrem Handeln eine wichtige Vorbildfunktion übernommen. Auch das war strategisch angelegt: Zu entscheiden, sofort eine **besondere Aufbauorganisation** einzurichten, die **Erstaufnahmeeinrichtungen** und die **Landesunterkünfte** nur in Verbindung mit Polizeidienststellen einzurichten, war strategisch die komplett richtige Entscheidung. Das zeigt nicht nur, dass die Polizei an der Stelle ihren Gesetzauftrag erfüllt hat, das zeigt auch die Haltung der Landespolizei Schleswig-Holstein. Und darauf bin ich stolz. - Vielen Dank.

(Anhaltender Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Liebe Simone, wie schön, dass wir uns auch in diesem Monat wieder über die Ausstattung der Landespolizei im Landtag unterhalten können; denn das gibt uns erneut die Gelegenheit, dem gelegentlich bei der Opposition anklingenden Vorwurf entgegenzutreten, die **Ausstattung** unserer **Polizei** sei irgendwie unzureichend. Dem ist mitnichten so. Unsere Polizei ist sehr gut ausgestattet. Auch im Ländervergleich stehen wir sehr gut dar. Gerade durch die Küstenkoalition - Simone Lange hat es gerade dargelegt - ist viel geschehen.

Weil Wiederholungen so schön sind und weil es immer noch einmal wiederholt werden kann, will ich das tun: neue Dienstpistolen, neue Schutzschilde auf allen Einsatzfahrzeugen, neuer Teleskopschlagstock, Investitionen in den Fuhrpark, Ausstattung der Fahrzeuge mit Video-Überwachung,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Ergänzung der persönlichen Schutzausstattung um eine Stichschutzweste: Dies alles und noch viel mehr hat die Landesregierung in dieser Wahlperiode allein in die Sachausstattung investiert. Darüber hinaus haben wir trotz Stellenabbaupfads die Polizei noch erheblich personell verstärkt, das Einstiegsamt von A 7 auf A 8 angehoben, zahlreiche Beförderungen, vor allem im Juli 2016, vorgenommen, die von Schwarz-Gelb gestrichene Jubiläumszulage wieder eingeführt, die Erschwerniszulage und den Zusatzurlaub für Nachtdienste erhöht,

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW - Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Jawohl!)

einen Opfer-Fonds für im Dienst erlittene Schäden aufgelegt - das war eine Idee der CDU, das will ich gern konzedieren, aber das haben wir aufgenommen -, und so weiter und so fort.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Trotzdem diskutieren wir heute gern mit Ihnen über die **Anschaffung mobiler Endgeräte**, denn Raum

(Burkhard Peters)

für weitere Verbesserungen gibt es natürlich immer. Tablets statt Kriegswaffen - liebe Opposition, das hören wir gern.

Tatsächlich kann das eine Maßnahme sein, die der Polizei ihre Arbeit deutlich erleichtert; denn bislang müssen unsere Polizistinnen und Polizisten auf Streife ihre Vorgänge händisch notieren und sie dann später auf der Polizeidienststelle am Computer in das System einpflegen. Hier bietet der technische Fortschritt nun eine bessere Lösung. Mit Tablets könnte alles in nur einem Arbeitsschritt aufgenommen werden. Das spart viel Zeit, die in zusätzliche Präsenz umgemünzt werden kann.

Bislang setzen unsere Beamtinnen und Beamten oft private Geräte im Dienst ein, um beispielsweise über Suchmaschinen schnell an Informationen heranzukommen. Das ist natürlich suboptimal. Gerade erst hat **Niedersachsen** - der Kollege Dr. Klug hat darauf hingewiesen - 500 Tablets angeschafft. Auch in Hamburg wird so etwas diskutiert. Sogar im sonntäglichen Tatort laufen schon vereinzelt Polizistinnen und Polizisten mit Tablets herum. Woher Sie jetzt letztlich die Anregung haben, Herr Dr. Klug, lassen wir einmal dahingestellt sein.

Einige offene Fragen sind aber doch noch zu klären. Auch aus Niedersachsen gibt es noch keine abschließenden Erfahrungen, weil das Projekt dort gerade erst angelaufen ist. Beim Problem der **Datensicherheit** ist es sehr wichtig, das in Absprache mit dem ULD zu klären; denn es sind hochsensible Fall- und Personendaten, die unsere Beamtinnen und Beamten in das Vorgangssystem der Polizei eingeben. Dieser Schutz, der Datenschutz, muss in diesem sensiblen Bereich besonders sorgfältig gewährleistet sein. Datenschützer aus Niedersachsen haben kritisiert, dass ein Tablet nach dem heutigen Stand der Technik nicht zu 100 % gegen Hacker-Angriffe abgesichert werden kann. Das werden wir also genau zu überprüfen haben.

Auch sollte eine ständig ausreichende, leistungsfähige **mobile Datenverbindung** sichergestellt sein, denn sonst nützt ein Tablet überhaupt nichts. Das ist gerade bei uns auf dem flachen Land gelegentlich ein Problem.

Ein weiteres naheliegendes Problem wären auch die erst einmal hohen **Einführungskosten** - schon bei nur einem Gerät pro Streifenwagen kommen bei etwa 650 Streifenwagen eine erkleckliche Summe zusammen -, aber die Zeit- und Effizienzgewinne müssten dagegengestellt werden, und ich denke, die werden diese Investition rechtfertigen.

Über die Frage, wie unsere Streifenpolizei in Terrorlagen besser ausgestattet und ausgerüstet werden soll, haben wir uns, Herr Dr. Bernstein, bereits in der Juli-Tagung und in der September-Tagung sehr ausführlich gestritten. Jetzt schlägt in diesem Bereich die Stunde der Regierung, und die wird wie immer kluge und gute Entscheidungen treffen. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Fraktion der PIRATEN hat der Abgeordnete Wolfgang Dudda.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es wird Sie nicht überraschen, dass uns der **FDP-Antrag** zur besseren **Ausstattung** mit **digitaler Technik** in Streifenfahrzeugen gut gefällt. Er hätte eigentlich von uns kommen müssen. Wir nehmen das mit schwarzem Aschegewand an. Vielmehr noch hätte er von der Landesregierung kommen müssen. Warum das von dort nicht gekommen ist, darauf werde ich zurückkommen.

Das würde der Polizei das bescheren, was ich jetzt hier im Landtag sehe. Ich habe gerade einmal gezählt: Wir hatten gerade 20 Laptops, Notebooks oder Tablets gleichzeitig im Einsatz. Das, was in der allgemeinen Arbeitswelt als sinnvoll erachtet wird, kann der Polizei nicht vorenthalten bleiben,

(Beifall PIRATEN und Dr. Ekkehard Klug [FDP])

zumal das im Alltag im Ausland - in den USA oder in Großbritannien - schon lange so ist, in Brandenburg ist es sogar fest in die Autos eingebaut, in Niedersachsen gibt es das im Versuchsstadium, in Hamburg genauso. Die Vorteile solcher Systeme liegen einfach auf der Hand.

Damit sind Abfragen in polizeilichen Informationssystemen genauso möglich wie bei den Einwohnermeldeämtern oder dem Kraftfahrtbundesamt. Das zeitraubende Durchgeben von Daten mittels Funk wird dadurch entbehrlich, Übermittlungsfehler entfallen, sogar echte und direkte Sachbearbeitung kann so im Streifenfahrzeug stattfinden, weil beispielsweise Bußgeldbescheide direkt vor Ort erstellt werden. Das macht Brandenburg zum Beispiel mit dem Modell, bei dem sie hinten ein Laptop eingebaut und vorne die Tastatur haben.

(Wolfgang Dudda)

Selbst die Bezahlung via Scheck- oder Kreditkarte am Streifenfahrzeug ist möglich und entlastet somit von vielem, was inwendig in den Büros gemacht wird. Mehr Polizei kommt auf die Straße. Umgekehrt - der Kollege Klug hat es eben schon gesagt - können an die Einsatzkräfte vor Ort präzise Daten, Einsatzpläne - wenn wir uns an Chemnitz erinnern zum Beispiel ein Wohnungsquerschnittsplan - übermittelt werden. Das alles wäre einsatzunterstützend.

So weit, so gut. Die Frage, welchem der auf dem Markt befindlichen **Systeme** wir den Vorzug geben sollten, muss im Ausschuss beraten werden. Da gibt es, auch was die Sicherheit angeht, unterschiedliche Meinungen. Die Erfahrungsberichte dazu liegen noch nicht geschlossen vor.

Es sind aber vorrangig folgende **Kriterien** zu berücksichtigen: erstens die Datensicherheit und Datenzuverlässigkeit - der Kollege Peters sprach das bereits an -, zweitens die Hardware-Tauglichkeit für den polizeilichen Alltag, der ein anderer ist als hier bei uns im Parlament, drittens, was ganz wichtig ist, leichte Bedienbarkeit.

Unabhängig davon, wie sicher jedes der infrage stehenden Systeme zu sein scheint, gilt hier einer der Grundsätze aus der digitalen Welt: Kein System ist sicher. - Das ist ganz klar.

(Beifall PIRATEN)

Jetzt komme ich auf das Versäumnis des Innenministeriums zurück. Bei der Hamburger Polizei geht man bei einem ähnlichen Personalkörper davon aus, 7.500 Arbeitsstunden einsparen zu können. Nehmen wir einmal die Rechnung, die die GdP zum G-7-Einsatz in Lübeck aufgestellt hat. Bei 50 € pro Einsatzstunde pro Beamten, inklusive Technik, würden da schnell 375.000 € zusammenkommen, Herr Peters. Damit hätten wir die Beschaffung, die ungefähr bei 600.000 € liegt, relativ schnell eingespielt. Damit wäre ein sehr gutes Kosten-Nutzen-Verhältnis gegeben.

Der Ansatz, das **Unabhängige Landeszentrum für Datenschutz** einzubinden, ist natürlich richtig. Auch ein Sicherungsmechanismus muss einbezogen werden, der den Missbrauch dieses Systems beschränkt. Ich erinnere daran, dass wir uns im Innen- und Rechtsausschuss, als ich ihm noch angehörte, mit Fällen beschäftigen mussten, bei denen solche Systeme leider nicht so bedient worden sind, wie sie zu bedienen waren.

Das soll nicht heißen, dass wir ein generelles Misstrauen gegen die Polizei hegen, aber Einzelfällen kann man nur dadurch begegnen, dass immer die

Möglichkeit besteht, dass man erwisch werden kann. Das geschieht normalerweise so, dass bei jeder fünfzigsten Abfrage im Gesamtsystem - nicht im Einzelsystem - dann noch einmal nachgefragt wird: Warum hast du das und das wissen wollen? - Das müsste hier genauso gemacht werden.

(Beifall PIRATEN)

Auch das wird aber den **Missbrauch** solcher Systeme nicht verhindern. Auch hier gilt, was allgemeingültig für den Umgang mit Daten gilt: Was an Daten missbräuchlich verwendet werden kann, wird auch missbräuchlich verwendet werden. Da beißt die Maus keinen Faden ab.

Beim Einsatzgeschehen in Chemnitz wäre es sehr gut gewesen, wenn präzise Daten über die Wohnungen, Mieter und Ähnliches übermittelbar und in präziser Form vorhanden gewesen wären.

Auf den **CDU-Antrag** kann ich nur ganz kurz eingehen, weil mir gerade die Zeit wegläuft. Mit Ausnahme der besseren Schutzausstattung können wir mit dem Antrag nicht viel anfangen, das wird Sie nicht überraschen.

(Beifall PIRATEN)

Der **Koalitionsantrag** ist so substanzlos, dass man ihn gar nicht erwähnen muss. Der Kollege Bernstein sagte das Richtige dazu: Mit Bekennen, Auswerten und Begrüßen allein wird das nichts.

Über den **FDP-Antrag** würde ich gern im Innen- und Rechtsausschuss diskutieren, weil er gut ist.

(Beifall PIRATEN und Christopher Vogt [FDP] - Zurufe Hans-Jörn Arp [CDU] und Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Abgeordneten des SSW hat der Abgeordnete Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Dem Antrag der FDP ist zu entnehmen, dass die **Polizei** durch die **Einführung von Tablets** in ihrer täglichen Arbeit außerhalb der Dienststelle unterstützt werden soll. Entsprechende Pilotprojekte laufen bereits in anderen Bundesländern, zum Beispiel in Niedersachsen.

Dahinter steckt die Idee, dass schon während des Einsatzes Daten gespeichert werden können und diese nicht nach Ende des Außendienstes aufwen-

(Lars Harms)

dig nacherfasst werden müssen. Damit sollen **Doppelarbeit und Bürokratie** verhindert werden. Das ist natürlich erst einmal ein vernünftiger Gedanke. Es ist sinnvoll, ein solches Modell für Schleswig-Holstein im zuständigen Ausschuss zu diskutieren.

Egal, ob es nun Tablets oder vielleicht auch größere Smartphones sind, glaube ich, dass wir alle uns grundlegend einig darüber sind, die bestmögliche Ausstattung für die Landespolizei erreichen zu wollen. In der Vergangenheit wurde hier und da nachjustiert. Das stellt nichts Außergewöhnliches dar, sondern hat sozusagen Tradition.

Die vielen neuen Errungenschaften unserer Regierungszeit haben die Kollegen Simone Lange und Burkhard Peters schon aufgezählt. Ich kann hier noch unsere Polizeibeauftragte hinzufügen, die quasi auch ein wichtiger Teil der Polizeiausstattung ist und nicht vergessen werden darf.

(Vereinzelter Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Zuruf Hans-Jörn Arp [CDU])

Noch neu ist, dass sich eine ganze Reihe an Neuerungen im Test, im Aufbau oder in der Diskussion befindet. Dabei geht es beispielsweise um die neuen Schutzwesten, um Helme, um Body-Cams oder auch um Schusswaffen. Es geht natürlich auch um die Nutzung von Tablets, wie sie derzeit andernorts getestet wird. Die damit im Zusammenhang stehenden Fragen gilt es, im Gespräch mit der Landespolizei, gegebenenfalls auch mit dem ULD, im Innen- und Rechtsausschuss zu beraten. Auch die technischen Fragen wie zum Beispiel WLAN-Empfang beziehungsweise Internetempfang sollten dort diskutiert werden.

Wir müssen feststellen, dass die **Landespolizei** ständigen Veränderungen und Herausforderungen gegenübersteht. Uns vom SSW ist wichtig, dass bei all den technischen Geräten und Möglichkeiten der einzelne Beamte oder die einzelne Beamtin nicht aus dem Blickfeld gerät. Durch ihn oder sie kann echte Bürgernähe geschaffen werden. Nur durch die persönliche **Präsenz** kann Offenheit und Respekt generiert werden. Fußstreifen werden in diesem Zusammenhang meist unterschätzt. Dabei haben diese nicht nur einen entscheidenden Einfluss auf die ausgeübte Bürgernähe, sondern auch auf das Sicherheitsgefühl der Bürger. Deshalb ist es erstrebenswert, dass Bürokratie abgebaut werden kann und so mehr Zeit für die eigentliche Präsenz der Polizei verbleibt.

Deshalb ist es in der Tat sehr wichtig, über diese technischen Neuerungen zu diskutieren und genau

zu gucken, ob man es hinbekommen kann. Das Ziel ist richtig und wichtig. Deshalb müssen die Erfahrungen aus anderen Bundesländern natürlich ausgewertet werden. Dabei ist zu beachten, dass diese relativ neu sind und eigentlich erst die Testphase angegangen wird. Da müssen wir sehen, ob und wie die Einführung neuer technischer Mittel finanziell machbar und fachlich sinnvoll ist.

Ich bin überzeugt davon, dass wir über all diese Dinge im Ausschuss sprechen und zu einer vernünftigen Lösung kommen werden, die sowohl die Interessen der Polizei als auch die der Bürger im Land berücksichtigt. Ich glaube, es lohnt sich wirklich, ganz in Ruhe intensiv und gerade auch mit der **Landespolizei** über die **technische Ausstattung** zu diskutieren, um die bestmögliche Ausstattung für unsere Landespolizei hinzubekommen.

Vielleicht sollten wir nicht nur über Tablets, sondern auch über andere technische Ausstattung diskutieren. Wir sind da schon auf einem guten Weg, aber auch gute Wege können immer noch etwas besser werden. - Vielen Dank.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die Landesregierung hat der Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten, Stefan Studt.

**Stefan Studt, Minister für Inneres und Bundesangelegenheiten:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Hinweise für eine Ausstattungsverbesserung unserer Landespolizei sind stets willkommen, das haben wir hier schon mehrfach zum Ausdruck gebracht. Ich habe ein großes Einvernehmen mit dem Landespolizeidirektor, dass wir in all den Fragen, bei denen es um den Schutz oder um Geräte und Maßnahmen zur Entlastung der Kolleginnen und Kollegen geht, das tun, was sinnvoll und geboten ist.

Die Fachabteilungen der Landespolizei arbeiten seit Längerem an einem **Konzept mobiler Arbeitsplätze**. Aktuell verfügt die Landespolizei über den sogenannten Mobilen Arbeitsplatz 2, einem vollwertigen polizeilichen Arbeitsplatz, bestehend aus einem Notebook mit einer gesicherten Verbindung zur polizeilichen Datenhaltung. Das ist ein erster Schritt in Richtung einsatzfähiger mobiler Lösungen.

Die Nutzung **mobiler Informationstechnik** birgt aber auch **Risiken** hinsichtlich ihrer Verfügbarkeit

**(Minister Stefan Studt)**

und Nutzbarkeit. Das spielt gerade im mobilen Einsatz eine erhebliche Rolle. Ein polizeiliches Einsatzmittel muss überall und zu jeder Zeit verlässlich zur Verfügung stehen, auch bei Minusgraden, bei Schietwetter oder der einen oder anderen Abdeckungslücke.

Weitere mobile Endgeräte sind ein wichtiger Eckpfeiler bei der Verbesserung der Gesamtausstattung der Landespolizei. Deshalb halte ich ein Pilotprojekt zur Erprobung fachlich sinnvoller Verwendungsmöglichkeiten für hilfreich und weiterführend.

(Beifall Detlef Matthiessen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

Die Beispiele, die wir aus anderen Ländern gehört haben, zeigen in diese Richtung.

Das muss natürlich auf einem fundierten Konzept fußen, das alle haushalterischen, rechtlichen, informations- und sicherheitstechnischen sowie fachlichen Belange ordentlich berücksichtigt, um die Chancen tatsächlich nutzen zu können. Nach Abschluss der aktuellen Konsolidierungsphase im Bereich der polizeilichen IT werden die bereits bestehenden Konzepte fortgeführt. In enger Zusammenarbeit mit der Staatskanzlei und dem Dienstleister Dataport sowie unter Einbeziehung des ULD werden **Projekte** zur Erweiterung der Einsatzmöglichkeiten mobiler Endgeräte entsprechend geprüft werden.

Das ist auch gemeint, Herr Dr. Bernstein, wenn es in der Antwort auf Ihre Anfrage heißt, dies sei derzeit nicht der Fall. Sie wissen, dass wir diese Bereiche gerade umstrukturieren. Wenn wir das abgeschlossen haben, werden wir das sehr aktiv angehen. Allerdings gilt auch dann: Sorgfalt vor Eile. Unser besonderes Augenmerk liegt auf der Akzeptanz der Nutzer, auf präzise beschriebenem Bedarf unterschiedlicher polizeilicher Nutzergruppen, natürlich auf Informationssicherheit und Datenschutz sowie auf einer langfristig angelegten und somit nachhaltigen Finanzierbarkeit, damit auch Chancen und nicht neue Risiken bestehen.

Ganz ausgesprochen dankbar bin ich für Ihre Auflistung, Frau Simonis und Herr Burkhard Peters.

(Heiterkeit und Zurufe)

- Frau Simone Lange, nicht Frau Simonis! Ich weiß gar nicht, wie ich darauf komme.

(Heiterkeit - Beifall SPD)

- Simone: Da kommt es her!

Ich bin Ihnen dankbar für die Auflistung der verschiedenen Maßnahmen, die wir in der Tat seit 2012 entsprechend realisiert haben. Dieser bunte Kanon aus verschiedenen Ausstattungsverbesserungen, aus finanziellen Rahmenbedingungen, die verbessert worden sind, aus Erleichterungen für den Schichtdienst und aus sonstigen Maßnahmen ist genau das, was diese Legislaturperiode in der Tat ausmacht.

Herr Dr. Bernstein, wenn Ihr Antrag im Ausschuss keine Mehrheit und keine Zustimmung bekommen hat, dann, weil die Dinge, die Sie darin gefordert haben, genau die Dinge sind, über die wir im Juli und im September diskutiert haben, die wir längst machen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Es ist völlig selbstverständlich, dass wir uns der **aktuellen Lageentwicklung** anpassen. Es ist selbstverständlich, dass unsere Landespolizei die Ausstattung, insbesondere die Schutzausstattung, bekommt, die sie braucht, um für ihre Einsätze entsprechend ausgerüstet zu sein. Das Thema Spezialfahrzeuge, das Thema Fortbildung - alles das ist selbstverständlich. Wenn das, was gefordert wird, schon gemacht wird, dann ist eben die Beschreibung das richtige Mittel der Wahl. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Präsident Klaus Schlie:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der FDP, Drucksache 18/4723. Es ist Ausschussüberweisung beantragt worden. Wer dem zustimmen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig so beschlossen.

Wir kommen zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der CDU, Drucksache 18/4400. Der Ausschuss empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das sind die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, die Abgeordneten des SSW und die Fraktionen von PIRATEN und FDP. Wer ist dagegen? - Die CDU-Fraktion ist dagegen. - Damit ist der Antrag auf Ablehnung angenommen.

Wir kommen dann zur Abstimmung über den Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, Drucksache 18/4410. Der Ausschuss empfiehlt die An-

**(Präsident Klaus Schlie)**

nahme dieses Antrags. Wer stimmt dem zu? - Die Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und die Abgeordneten des SSW. Wer ist dagegen? - Das sind die anderen Fraktionen. Damit ist der Antrag angenommen.

Ich rufe die Tagesordnungspunkte 8 und 16 auf:

**Gemeinsame Beratung****a) Erste Lesung des Entwurfs eines Gesetzes zur Wiederherstellung und Sicherung der Funktionsfähigkeit der Justizvollzugsanstalten in Schleswig-Holstein**

Gesetzentwurf der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/4658

**b) Gerichte und Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4360

Das Wort zur Begründung wird nicht gewünscht, wie ich sehe.

Zunächst erteile ich zur Beantwortung der Großen Anfrage der Ministerin für Justiz, Kultur und Europa, Frau Anke Spoorendonk, das Wort.

**Anke Spoorendonk, Ministerin für Justiz, Kultur und Europa:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren Abgeordnete! Lassen Sie mich gleich zu Anfang Folgendes betonen: Richtig ist, die **Justiz** arbeitet unter hoher Belastung und steht vor großen Herausforderungen. Richtig ist aber auch: Wir lassen unsere Justiz mit diesen Herausforderungen nicht allein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wir unterstützen sie, und, wo nötig und wo möglich, haben wir zeitnah mit **Personalverstärkungen** reagiert. Ich füge hinzu: Wir brauchen von der CDU nicht zum Jagen getragen werden. Ich bin sicher, dass die Finanzministerin alle Vorschläge der CDU aufschreibt. Eine Auseinandersetzung damit wird es im Rahmen der Haushaltsdebatte im Dezember geben können. Ich bleibe also dabei: Wir haben zeitnah mit Personalverstärkungen reagiert.

Um es noch einmal ganz deutlich zu sagen: Die Landesregierung kümmert sich um die Justiz. Diese Landesregierung nimmt die schleswig-holsteinische Justiz ernst. Die Justiz in Schleswig-Holstein leistet

herausragende Arbeit - gleich, ob Gerichte, Staatsanwaltschaften oder der Justizvollzug. Sie alle nehmen ihre Aufgaben im Dienste unserer Gesellschaft verantwortungsbewusst und hervorragend wahr.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Deswegen freue ich mich besonders, dass wir diese hervorragende Arbeit durch eine Vielzahl von **Stellenhebungen** honorieren konnten. Rund 600 Hebungen in den Jahren 2013 bis 2017 sprechen hier eine deutliche Sprache und drücken auch ganz konkret Wertschätzung für die Arbeit aus, die tagtäglich geleistet wird.

(Beifall SSW, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Damit diese Aufgabenerfüllung angesichts geänderter Rahmenbedingungen - nämlich im Zuge der Entwicklung im IT-Bereich, mit dem modernen, neuen Strafvollzugsgesetz oder durch die spezifische Aufgabenverdichtung als Folge der gestiegenen Flüchtlingszahlen - weiterhin und bestmöglich garantiert ist, hat die Landesregierung schon in diesem Jahr die Personalausstattung der schleswig-holsteinischen Justiz weiter verbessert.

Wir haben die Landesjustiz erstmals seit vielen Jahren deutlich verstärkt und damit die Weichen für eine noch leistungsfähigere Justiz gestellt, die im Rechtsstaat und für die innere Sicherheit unabdingbar ist. Wir werden die Situation selbstverständlich auch weiterhin genau im Blick behalten. Das habe ich in der Vergangenheit versprochen, und daran haben wir uns auch gehalten.

Die Einrichtung von insgesamt 51 **neuen Stellen** bei Gerichten, Staatsanwaltschaften und JVAen hat das Kabinett bereits in diesem Jahr beschlossen, unter anderem schon im März 30 Stellen über den Nachtragshaushalt 2016, jeweils zehn Stellen bei den Staatsanwaltschaften, für die Gerichte und den Justizvollzug.

Mit dem Haushalt 2017 werden wir insgesamt weitere 21 Stellen bereitstellen, darunter die Personalmittel für die Einrichtung einer weiteren **Asylkammer am Verwaltungsgericht Schleswig**, nachdem wir diesen Bereich schon in 2015 und 2016 aufgestockt haben. Wie richtig diese vorausschauende Maßnahme der Landesregierung ist, zeigt die aktuell noch weiter steigende Zahl von Klagen von Asylbewerbern im Lande.

Auch in der **ordentlichen Gerichtsbarkeit** ist 2017 eine weitere personelle Verstärkung geplant, denn der Zuwachs des Personals bei der Polizei in 2017

**(Ministerin Anke Spoorendonk)**

und - wie eben aufgeführt - der Staatsanwaltschaften über den Nachtragshaushalt in 2016 führt zwangsläufig zu einer Zunahme der Ermittlungsverfahren. Daraus resultiert im Weiteren ein Anstieg der Anklagen beziehungsweise Strafbefehlsträger bei den Gerichten.

Meine Damen und Herren, zudem wurden schon per Haushalt 2016 die **Familiengerichte** deutlich personell um insgesamt 25 Stellen gestärkt, sechs Richterinnen und Richter, drei Rechtspfleger und 16 Geschäftsstellenbedienstete. Grundlage hierfür ist insbesondere die stark angestiegene Zahl unbegleiteter minderjähriger Flüchtlinge, die von den Familiengerichten betreut werden. Für weitere zusätzliche 20 Stellen im Justizvollzugsdienst haben wir gerade vor wenigen Wochen den Weg frei gemacht. Alles das haben wir in diesem Raum hoch und runter diskutiert.

Meine Damen und Herren, alle unsere personalbezogenen Schritte unterstreichen: Die Landesjustiz ist und bleibt leistungsfähig.

Leistungsstark bleibt die Landesjustiz auch im **IT-Bereich**. Schleswig-Holstein ist bei der Einführung des **elektronischen Rechtsverkehrs** gut aufgestellt. So besteht dieser bereits in der Arbeits-, der Finanz- und der Verwaltungsgerichtsbarkeit, bei den Handels-, Genossenschafts- und Vereinsregistern, in Mahnverfahren, Urheberrechtsverfahren sowie bei zwölf Grundbuchämtern. Jetzt, im zweiten Halbjahr 2016, wird der elektronische Rechtsverkehr in der Sozialgerichtsbarkeit sowie in zehn weiteren Grundbuchämtern der Amtsgerichte im Lande eröffnet.

Zugleich wird die Einführung der **elektronischen Grundakte** in den Grundbuchämtern des Landes zum Jahresende abgeschlossen. Damit wird Schleswig-Holstein das erste Bundesland mit einer elektronischen Akte im gesamten Grundbuchwesen sein.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

In den vier Registergerichten des Landes wird seit Jahren bereits mit elektronischem Verfahren und elektronischer Akte gearbeitet.

Meine Damen und Herren, bis zum Jahresende erfolgt die Eröffnung des elektronischen Rechtsverkehrs beim Amtsgericht und beim Landgericht Itzehoe und in 2017 bei den weiteren Gerichten der ordentlichen Gerichtsbarkeit sowie bei den Staatsanwaltschaften. Damit wird der Verfassungsauftrag

termingerecht erfüllt werden. Ich erinnere an Artikel 14 der Landesverfassung.

Unser Ziel ist es darüber hinaus, die **elektronische Verfahrensakte** ab 2018 flächendeckend in der Landesjustiz einzuführen. Diese Schritte gehen einher mit erheblichen finanziellen und infrastrukturellen Anstrengungen seitens des Landes. Denn anders als die Kritiker es glauben machen wollen, sind wir als schleswig-holsteinische Landesregierung uns unserer Verantwortung für eine starke, funktionsfähige Landesjustiz - gleich, ob Rechtsprechung oder Vollzugswesen - sehr bewusst. Danach handeln wir auch, seriös und unaufgeregt. - In diesem Sinne bedanke ich mich für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Präsident Klaus Schlie:**

Meine Damen und Herren, die Landesregierung hat die im Ältestenrat vereinbarte Redezeit um 2 Minuten überzogen. Diese Zeit steht jetzt zusätzlich allen anderen Abgeordneten zur Verfügung.

Für die CDU-Fraktion hat die Frau Abgeordnete Barbara Ostmeier das Wort.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Frau Ministerin! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Frau Ministerin, zunächst einmal bedanke ich mich bei Ihnen sowie Ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die Beantwortung der Großen Anfrage. Es ist ganz wichtig, einen guten **Überblick** des im Land **fehlenden Personals** zu erhalten.

Ich kann Ihnen nicht zustimmen - das wird von mir erwartet -, dass Sie sehr viel für das Personal der Justiz getan hätten:

(Vereinzelter Beifall CDU)

10 Staatsanwälte statt 20, 100 Mitarbeiter im mittleren Dienst und in den Schreibdiensten.

Zur Personalsituation in den **Justizvollzugsanstalten**: Das Personal, das Sie dort hineingeben, kann die Krankenstände nicht annähernd decken. Darüber haben wir schon gesprochen.

Im Asylbereich - da gebe ich Ihnen Recht - ist einiges bei den **Verwaltungsgerichten** passiert. Wenn Sie konsequent so an anderer Stelle gehandelt hätten, hätten wir jetzt kein Problem.

Deswegen sage ich ganz deutlich: Der Stellenwert der dem Politikfeld Justiz unter Rot-Grün-Blau in

(Barbara Ostmeier)

dieser Legislaturperiode zuteil wurde, wird den elementaren Herausforderungen, vor denen wir in diesem Bereich stehen, nicht ansatzweise gerecht.

(Beifall CDU)

Sie verlieren sich im Klein-Klein. Man hat schon das Gefühl, dass man Sie zum Jagen tragen muss. Wenn man die Zeitabläufe der Anträge sieht, die wir gestellt haben, und ihre Reaktion darauf betrachtet, hat man schon das Gefühl, dass Jagen sinnvoll ist. In der Sache bin ich dafür sehr dankbar.

Sie haben nicht eine einzige Maßnahme ergriffen, die dieser Entwicklung konsequent entgegenwirkt. Die **Belastungssituationen** bei Staatsanwaltschaften, Gerichten und in unseren Justizvollzugsanstalten sind nach wie vor eklatant hoch. Die Beantwortung der Großen Anfrage belegt das.

Frau Ministerin, Sie haben die Chance verpasst, die Justiz in Schleswig-Holstein so zu gestalten, dass unsere Gerichte, Staatsanwaltschaften und Justizvollzugsanstalten so ausgestattet sind, dass sie in Zukunft handlungs- und funktionsfähig sind.

(Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Wo leben Sie denn?)

Die desaströse Personalsituation, die sich auch jetzt wieder in der Großen Anfrage zeigt - das wissen wir, darüber reden wir schon seit Jahren; das ist nicht das erste Mal - zieht sich wie ein roter Faden durch alle Bereiche der Justiz.

Sie haben nicht nur einige Stellen abgebaut, sondern Sie haben noch **zusätzliche Aufgaben** draufgesattelt sowie unsere Richter und Staatsanwälte in zahlreichen Projektgruppen beschäftigt - anfangen von der Selbstverwaltung der Justiz bis hin zu anderen Dingen -, ohne dass am Ende dabei ein Ergebnis herausgekommen wäre.

Meine Damen, meine Herren, es geht auch darum, was uns dieser Rechtsstaat wert ist. Ich finde es schon erstaunlich, dass ausgerechnet im Bereich der Justiz von Kolleginnen und Kollegen der regierungstragenden Fraktionen die Haushaltskonsolidierung angeführt wird. Das ist bei vielen anderen Themen nicht der Fall, bei der Justiz schon. Das kann man zwar machen, ist aber ein Ausdruck dafür, dass die Justiz nicht den Stellenwert hat, den wir dringend brauchen.

(Beifall CDU und Anita Klahn [FDP])

Denn wir stehen vor der gesellschaftlichen Herausforderung, dass sich die Menschen in unserem Land

zunehmend nicht mehr sicher und oftmals nicht mehr vom Rechtsstaat vertreten fühlen.

Konkret ist Folgendes zu tun - Sie haben es erwähnt -: Bauen Sie endlich den **Personalmangel** bei den **Staatsanwaltschaften** endgültig ab. Wenn Sie das nicht endlich tun, gefährden Sie qualifizierte und effiziente Strafverfolgungsarbeit auf allen Ebenen. Sie lassen nicht nur unsere Bürgerinnen und Bürger, sondern auch unsere Polizeibeamten im Regen stehen.

Ganz unabhängig davon, dass die Beschuldigten einen Rechtsanspruch auf ein zügiges Strafverfahren haben, werden Verfahren durch das Liegenlassen auch nicht besser. Das belastet dann den Rechtsfrieden. Der Nachweis einer Tat wird durch Zeitablauf zunehmend schwerer, und Opfer kommen durch jahrelange Konfrontation mit dem Tatgeschehen nicht zur Ruhe. Frau Ministerin, handeln Sie endlich! Mit unseren Haushaltsvorschlägen unterstützen wir sie dabei.

Ich finde es gut, dass Sie sagen, dass Frau Heinold - Sie ist leider nicht da, aber die Debatte wird protokolliert - unsere Vorschläge zum Haushalt wahrnimmt. Die Ministerin hat das selbst gesagt, Frau Erdmann.

Darüber hinaus fehlen mehr als 100 Mitarbeiter im **mittleren Dienst** und im **Schreibdienst**. Auch hierbei müssen Sie dringend Abhilfe schaffen, und zwar jetzt und nicht in Zukunft. Denn dieser Mangel trifft vor allem unsere Amtsgerichte und damit die Ebene, auf der unsere Bürgerinnen und Bürger direkten Kontakt zum Richter oder zur Richterin haben. Die Zahl der Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen im mittleren Dienst und im Schreibdienst bei den Amtsgerichten ist unter Ihrer Verantwortung stetig gesunken.

Wenn bereits auf dieser Ebene eine zuverlässige Aufarbeitung der Verfahren und Anträge nicht mehr gewährleistet werden kann, brauchen wir keine aufwendigen Analysen anzustellen und Podiumsdiskussionen darüber zu führen, woran es liegt, dass die Bürgerinnen und Bürger in Schleswig-Holstein zunehmend das **Vertrauen** in unseren **Rechtsstaat** verlieren. Das ist der Fall, obwohl in unseren Gerichten hochgradig qualifizierte und gute Arbeit geleistet wird. Dazu gibt es keine zwei Meinungen. Das Wahrnehmen dieser Aufgaben geschieht unter hoher Arbeitsbelastung, die bis an die Grenzen dessen führt, was geleistet werden kann. Sie machen sich das weiter zunutze.

Ach ja, dann ist da noch die Einführung des **elektronischen Rechtsverkehrs**. Wie können Sie das

**(Barbara Ostmeier)**

hier so darstellen, als würde es laufen? Das sind wiederum kleinteilige Maßnahmen. Mit Bestellungen von Kopierern und Papier ist es nicht getan, denn in den Servicediensten wird viel Personal benötigt, um das Scannen, Kopieren und Anlegen von Akten durchzuführen. Auch hierbei ist es wichtig, rechtzeitig für Personal zu sorgen, denn dabei ist Fachkompetenz gefordert. Mit Kopieren allein ist es nicht getan.

Ich komme zum Schluss: Spätestens beim **Strafvollzug** wird deutlich, wie weit Sie sich mittlerweile von der Realität in unserem Land entfernt haben und dass Sie die **Belastungssituation** komplett ignorieren. Im Rahmen der letzten Plenartagung haben wir uns darüber unterhalten. Mittlerweile berichten auch die Strafvollstreckungsbehörden bei den Gerichten von der unhaltbaren Situation in unseren Justizvollzugsanstalten - insbesondere seit Einführung des neuen Strafvollzugsgesetzes. Sie merken die Änderungen vom vorherigen zum jetzigen Status bereits jetzt.

Lieber Kollege Rother, auch wenn Sie heute Geburtstag haben, sage ich Ihnen: Es läuft eben nicht. Außer zahlreichen Erlassen und Umschichtungsplänen sowie der Anschaffung von Patch- und Waschmaschinen gibt es flächendeckende Unsicherheiten. Aber Papier ist geduldig. Für Sie reicht es offensichtlich aus, Gesetze und Erlasse zu schreiben. Denn nicht Sie, sondern die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter kämpfen vor Ort.

Frau Heinold bitte ich darum: Geben Sie den Justizvollzugsanstalten das dringend erforderliche Personal. Mit unserem Haushaltsantrag reichen wir Ihnen die Hand.

Frau Ministerin, geben Sie dem Strafvollzug für die Umsetzung des neuen Gesetzes die zwingend erforderliche **Übergangsfrist**. Dass dieses Gesetz ohne Übergangsfrist auf den Weg gebracht wurde, ist eine Fehlentscheidung.

**Präsident Klaus Schlie:**

Frau Abgeordnete!

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Ich komme zum letzten Satz! - Das übereilte Inkrafttreten des neuen **Strafvollzugsgesetzes** der Landesregierung halte ich vor diesem Hintergrund für sehr gravierend. Ich bitte Sie darum, hier nach Lösungen zu finden und zumindest die Übergangszeit wieder herzustellen. Nur darum geht es in unserem Antrag, einen Weg dafür zu finden.

**Präsident Klaus Schlie:**

Der Satz müsste jetzt wirklich zu Ende sein!

(Heiterkeit)

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Wenn Sie einen besseren finden, sind wir gern bereit, darüber im Ausschuss zu beraten. - Danke.

(Beifall CDU)

**Präsident Klaus Schlie:**

Das Wort für die FDP-Fraktion hat der Abgeordnete Dr. Ekkehard Klug.

**Dr. Ekkehard Klug [FDP]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Die **Belastung** der schleswig-holsteinischen **Justiz** ist in den letzten Jahren sehr deutlich gestiegen. Bei den Staatsanwaltschaften häufen sich Ermittlungsakten aus Verfahren, die nicht binnen acht Monaten abgeschlossen werden konnten. Vor vier Jahren, zum 1. Januar 2012, waren dies 2.445 Vorgänge, zum Jahresbeginn 2016 waren es bereits 3.324. Das entspricht einer Steigerung um rund 36 % allein im Laufe dieser Wahlperiode. Ich habe nicht den Eindruck, dass die Justizministerin die Situation wirklich im Griff hat.

(Zurufe SPD)

Wenn Sie heute Ihrer ehemaligen Kollegin Wara Wende, die sich öffentlich beschwert hat, antworten, es liege an der Staatsanwaltschaft und nicht an der Ministerin, dass das Ermittlungsverfahren im Fall von Frau Wende so lange gedauert habe, haben Sie natürlich recht. Aber wenn man feststellt, dass das eine generelle Entwicklung ist, muss man sagen: Hier ist politische Verantwortung gefordert.

Im Übrigen kann man feststellen, dass das nicht nur eine **Entwicklung** der letzten fünf Jahre ist. Wenn man auf die Zahlen einer Großen Anfrage zurückblickt, die Wolfgang Kubicki für unsere Fraktion Anfang des vorigen Jahrzehnts im Jahr 2002 gestellt hat, muss man sagen: In den letzten zwei Jahrzehnten haben wir eine kontinuierliche Steigerung dieser Restbelastung. Sie hat sich im Laufe von rund 20 Jahren fast vervierfacht.

Der zweite Indikator, der eine dramatisch erhöhte Belastung der Justiz anzeigt, ist die durchschnittliche **Dauer von Gerichtsverfahren**. Dabei handelt es sich - dies sieht man, wenn man die alten Zahlen hinzunimmt - tatsächlich um ein Problem der letz-

(Dr. Ekkehard Klug)

ten fünf Jahre. Bei den Landgerichten dauerten Zivilsachen in der ersten Instanz im Jahre 2010 noch durchschnittlich 7,8 Monate. 2015 waren es dagegen im Schnitt 10,9 Monate. Bei Strafverfahren in der ersten Instanz betrug die Durchschnittsdauer an den Landgerichten 2010 6 Monate, 2015 8,4 Monate. Wenn diese Zahlen bei Strafverfahren nicht durch die vergleichsweise günstige Situation am Landgericht Lübeck nach unten gezogen würden, dann wäre die allgemeine Steigerungstendenz in den übrigen Landgerichtsbezirken noch viel dramatischer.

Auch für das Oberverwaltungsgericht Schleswig kann man aus der Antwort bei Berufungsverfahren eine sehr problematische Entwicklung erkennen; das gilt auch für den Bereich der Sozialgerichtsbarkeit. Bürgerinnen und Bürger, die eine Klage einreichen, müssen also oft erheblich länger warten, bis sie ein Urteil erhalten. Bei Strafverfahren sind Angeklagte im Falle eines Freispruchs entsprechend länger den Belastungen aus dem Verfahren ausgesetzt. Werden sie doch verurteilt, dann geht die lange Verfahrensdauer oft zulasten der Geschädigten beziehungsweise der Opfer, weil sie dem Verfahren länger konkret ausgesetzt sind.

Das Vertrauen in den Rechtsstaat beruht aber nicht zuletzt auf der berechtigten Erwartung der Bürgerinnen und Bürger, dass vor den Gerichten in angemessener Zeit Recht gesprochen wird. Die Entwicklung, die wir aus der Antwort auf die Große Anfrage erkennen, ist deshalb in hohem Maße problematisch. Die Landesregierung und vor allem die Justizministerin sind hier gefordert.

(Beifall FDP und CDU)

Ich kann, weil die Justizministerin länger gesprochen hat, noch einen weiteren Punkt kurz ansprechen. 2015 waren **Männer und Frauen in der Richterschaft** des Landes erstmals fifty-fifty vertreten. Das ist ein bemerkenswerter Fortschritt. Das hängt damit zusammen, dass von 2010 bis 2015 von 182 Neuberufungen 122 auf Richterinnen und 60 auf Richter entfielen. Wir haben also bei den Frauen mehr als eine Zweidrittelmehrheit, was die Neuberufungen der letzten fünf Jahre angeht. Es stellt sich die Frage, warum das so ist. Haben die Bewerberinnen bessere Noten mitgebracht, oder ist der Beruf möglicherweise für viele potenzielle männliche Bewerber heute nicht mehr attraktiv genug? Das ist das, was man in Gesprächen, beispielsweise mit den Berufsverbänden, gelegentlich hört. Dem wäre einmal nachzugehen. Ich will das hier gar nicht behaupten, sondern einfach nur die präsentierten Erklärungen ansprechen.

(Wortmeldung Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Kollege, Sie möchten gerne eine Zwischenfrage stellen? Das geht sofort los. Herr Abgeordneter!

**Burkhard Peters** [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herr Dr. Klug, haben Sie einmal erwogen, dass der Richterinnenberuf möglicherweise deswegen von Frauen so stark angefragt wird, weil er die Übereinstimmung von Familienplanung und Familienleben mit Berufsleben besser ermöglicht als eine Tätigkeit im Anwaltsbereich, den ich ja ausgesprochen gut kenne, wo eine junge Anwältin in den meisten Büros nicht vor 10 Uhr abends das Büro verlassen kann?

**Dr. Ekkehard Klug** [FDP]:

Vielen Dank für den Hinweis, Herr Peters. Ich denke, das ist eine weitere, durchaus plausible Erklärungsmöglichkeit. Ich will nur auf die Konsequenz hinweisen, ohne das in irgendeiner Weise zu kritisieren, weil wir auch das den Zahlen in der Antwort auf die Große Anfrage entnehmen können. Der **Beurlaubungsanteil** in der Richterschaft steigt permanent an. Er lag im vorigen Jahr deutlich höher als 2010. Er liegt bei den Richterinnen bei 8,6 % und bei den Richtern bei 1,6 %. Das ist alles auch verständlich. Nur bedeutet das eben, dass faktisch immer mehr auf dem Papier vorhandene Arbeitskraft der praktischen Arbeit der Justiz praktisch entzogen wird. Anders als bei den Lehrern - das liegt in der Natur der Sache - gibt es hier eben keinen Vertretungsfonds mit Vertretungskräften. Deshalb müsste man zum Ausgleich, um die vorhandene Arbeitskraft zu sichern, eigentlich eine reguläre Stellenvermehrung einplanen.

(Beifall Peter Lehnert [CDU] und Barbara Ostmeier [CDU])

Von daher wird alles das, was Frau Spoorendonk hier als Fortschritte im Personalbereich, jedenfalls für den Richterbereich, angeführt hat, durch den von mir geschilderten Prozess im Grunde aufgefressen. Das ist schlicht und ergreifend Faktum, wenn man sich die Zahlen in der Antwort auf die Große Anfrage anschaut.

Meine Damen und Herren, ich beantrage, dass wir die Antwort auf unsere Große Anfrage dem Innen- und Rechtsausschuss überweisen. Ich hoffe, dass wir die Ergebnisse dann eingehend mit den ver-

(Dr. Ekkehard Klug)

schiedenen Bereichen der Justiz erörtern können. Wir könnten noch auf viele andere Einzelpunkte eingehen. Ich denke beispielsweise an die Beförderungssituation in der Gerichts- und Bewährungshilfe. Wenn man sich die Zahlen ansteht, dann sieht man, dass diese in den letzten fünf Jahren dramatisch schlecht geworden ist. Das ist gehobener Dienst. Die Beförderungen sind auf null oder auf eins in verschiedenen Bereichen heruntergesackt.

(Thomas Rother [SPD]: Aber wo sind die denn?)

- Ich will nur einmal ansprechen, dass hier ein Problem besteht, das man auch mit den Mitarbeitern in dem Bereich einfach einmal erörtern muss. Da geht es natürlich auch um die Frage: Wie attraktiv ist denn der Dienst in diesem Bereich?

Meine Damen und Herren, der Ältestenrat hat in einer Art von Weisheit, die sich mir leider nicht erschließt, den Gesetzentwurf der CDU-Fraktion zum Strafvollzug mit unserer Großen Anfrage verknüpft. Deshalb nur kurz ein paar Anmerkungen zu dem Thema.

Es stimmt, die Ministerin hat dem Landtag ein Reformgesetz vorgelegt, zu dessen Umsetzung sie nicht im Geringsten in der Lage ist. Allein bei den Aufschlusszeiten wird das deutlich. Vor ein paar Tagen haben Sie mir die Antwort auf eine Kleine Anfrage zu den ersten drei Wochen - 1. bis 21. September - vorgelegt: An der JVA Neumünster sind die neuen Vorgaben an zwölf von 21 Tagen nicht erfüllen worden. An der JVA Lübeck sind sie an neun von 21 Tagen nicht erfüllt worden. Sie sind also nicht dazu in der Lage, den Anforderungen des Gesetzes in der Praxis regelmäßig Rechnung zu tragen.

Ein früherer SPD-Innenminister, Hans-Peter Bull, hat in einem solchen Zusammenhang einmal von suboptimaler Gesetzeserfüllung gesprochen. Bei Ihnen geht es eher um systematische Gesetzesnichterfüllung.

(Beifall FDP und vereinzelt CDU)

Da gibt es einmal die Möglichkeit, das Gesetz außer Kraft zu setzen. Sympathischer fände ich - das wäre ja der Vorschlag der CDU -, man schafft die Voraussetzungen dafür, dass das geltende Gesetz in der Praxis angewendet werden kann. Genau über diese Fragen werden wir im Ausschuss weiter diskutieren müssen. Da tut mir Frau Spoorendonk ausnahmsweise einmal nicht leid.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Thomas Rother das Wort.

**Thomas Rother [SPD]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Unter dem Tagesordnungspunkt 8 begegnet uns noch der Dringlichkeitsantrag aus der letzten Tagung beziehungsweise der Gesetzentwurf der CDU. Das gibt mir zuallererst Gelegenheit, nach angemessener Prüfung zu den Vorschlägen der CDU-Fraktion Stellung zu nehmen, obwohl wir das meiste davon ja schon aufgrund von Änderungsanträgen zu dem ursprünglichen Gesetzentwurf beraten haben.

Der erste Punkt betrifft Diagnoseverfahren und Vollzugspläne. Hier würden Einschränkungen tatsächlich zunächst der **Entlastung der Beschäftigten** dienen. Der Erstellung eines vernünftigen Vollzugsplanes und der Orientierung der Gefangenen in der Haftzeit erweisen Sie damit aber überhaupt keinen Dienst. Eine unzureichende Vollzugsplanung führt zu Problemen bei der Vollzugsgestaltung, zum Beispiel bei Entscheidungen über Therapien, Ausbildung oder Entlassungsvorbereitung. Das führt in der Praxis zu Beschwerden und Anträgen der Gefangenen auf gerichtliche Entscheidungen, die an anderer Stelle wieder Mehrarbeit in der Anstalt auslösen können. Daher ist eine umfassende Planung Grundlage für einen erfolgreichen Vollzug. Sie ist unverzichtbar und gibt beiden Seiten wirklich mehr Sicherheit.

Der nächste Punkt betrifft die Aufschlusszeiten. Ähnliches gilt für den Aufenthalt in der Gemeinschaft. Er führt in der Tat zu Veränderungen im Schichtbetrieb und zu einem erhöhten Aufsichtsbedarf. Diesem wird durch den Stellenzuwachs, der in der ursprünglichen Gesetzesvorlage angegeben war, natürlich Rechnung getragen. Allerdings - da zieht Ihre Kritik tatsächlich - sind diese Stellenbesetzungen noch nicht überall erfolgt. Daraus ergeben sich sicherlich auch die Schwierigkeiten, die Herr Klug beschrieben hat. Aber dafür ist natürlich auch ursächlich, dass der Krankenstand in den Justizvollzugsanstalten so hoch ist.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Rother, gestatten Sie eine Zwischenfrage?

**Thomas Rother [SPD]:**

Ja, bitte.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte schön.

**Barbara Ostmeier [CDU]:** Herr Kollege Rother, wenn Sie sich, was ich gut finde, mit unserem Gesetzentwurf beschäftigt haben, dann ist Ihnen aus der Begründung sicherlich klar geworden, dass wir zumindest erst einmal das zurückschrauben wollen, was zu Arbeitszuwächsen führt. Was die Aufschlusszeiten angeht, so stehen da Mindestzeiten. Das heißt, die Ministerin kann sieben Tage die Woche 24 Stunden lang einen Aufschluss vorsehen, wenn es aufgrund der Kapazitäten denn läuft. Das ist nur ein Minimum, um die Rechtsansprüche der Gefangenen zu reduzieren. Das heißt ja nicht, dass ab morgen alles wieder wie vorher sein kann. Wenn es läuft, dann wird es offen gelassen. Aber wir wollen die Mindeststandards reduzieren.

**Thomas Rother [SPD]:**

Das ist klar, aber, Frau Ostmeier, Sie wissen das: Die **Schichtsysteme** sind zurzeit in der Phase der Anpassung. Darüber wird auch mit den Personalräten gesprochen. Ich kenne das vor allem aus der JVA Lübeck. Diese Schichtsysteme verlangen während der Woche tatsächlich einen größeren Personaleinsatz. Am Wochenende, wenn es mit der Besetzung oft schwieriger wird, ist weniger Personaleinsatz erforderlich. Das ist etwas, was nicht unbedingt alle Gefangenen gut finden, weil sie sich am Wochenende einen längeren Aufschluss wünschen. Von daher ist dies ein wichtiger Punkt für eine Evaluation des Gesetzes. Dafür braucht man erst einmal Erfahrungswerte aus der Zeit, in der dies tatsächlich umgesetzt ist. Von daher muss man an dieser Stelle noch abwarten.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter, erlauben Sie eine weitere Zwischenbemerkung der Frau Abgeordneten Ostmeier?

**Thomas Rother [SPD]:**

Ja.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Bitte.

**Barbara Ostmeier [CDU]:** Ich kann das nachvollziehen, was Sie sagen. Das ist ja die Situation. Meine Frage an Sie lautet: Warum hat es keine Übergangsfrist gegeben, die es bei anderen Gesetzen doch auch gibt? Warum hat man gesagt, das wird sofort umgesetzt? Das ist nämlich genau das Problem, dass wir uns sofort in der Umsetzungsphase befinden. Es wäre doch gar kein Problem gewesen, eine Übergangszeit von einem halben Jahr zu nehmen, um genau das vorzubereiten, was Sie jetzt schildern.

**Thomas Rother [SPD]:**

Ich glaube, wir haben insgesamt eine Vorbereitungszeit von drei Jahren für das Gesetz gehabt. Das heißt, dass das Verfahren in dieser Zeit diskutiert worden ist. Dieses Gesetz ist ja nicht von heute auf morgen vom Himmel gefallen. Dies gilt auch für die Dinge, die Sie uns vorwerfen, zum Beispiel die Dinge, die zu Mehrarbeit führen. Ich nenne das Beispiel der Bekleidung. Dieser Bereich ist relativ kurzfristig gekommen, aber alles andere war doch schon länger bekannt. Von daher gehe ich davon aus, dass so etwas umsetzbar sein müsste.

Ähnliches gilt auch für die **Besuchszeiten**, wobei mir Ihr Vorschlag hier durchaus sympathisch ist. Aber auch hier muss man abwarten, wie sich die neue Regelung einspielt.

Zur **nachgehenden Betreuung** entlassener Gefangenen: Leider ist es so, dass es mit dem gewünschten Übergangsmanagement in der Vergangenheit und wahrscheinlich auch gegenwärtig noch nicht immer so klappt. Eine umfangreichere Vollzugsplanung wird auch das verbessern. Hier beißt sich die Katze in den Schwanz. Hier handelt es sich tatsächlich um Einzelfälle, für die eine Nachbetreuung durch Bedienstete, die den Gefangenen aus dem Vollzug kennen, sinnvoll sein kann. Um mehr geht es ja nicht. Der Aufwand ist überschaubar.

Ähnliches gilt für **Privatkleidung**. Hier gibt es wahrscheinlich unterschiedliche Auffassungen oder Wahrnehmungen von Anstalt zu Anstalt, aber dieser Aspekt ist wirklich sehr wichtig für die Selbstachtung der Gefangenen, um Ihre Würde ein Stück weit zu wahren. In manchen Vollzugsanstalten läuft dies, in anderen Bundesländern läuft dies auch. Ich sehe keinen Grund, warum das hier nicht laufen sollte. Von daher ist Ihr Gesetzentwurf in der Summe zum gegenwärtigen Zeitpunkt tatsächlich schlicht überflüssig. Warten wir doch ab, bis es gesicherte Erkenntnisse für ein Evaluationsverfahren

(Thomas Rother)

gibt. Dennoch geht Ihr Gesetzentwurf natürlich in das Beratungsverfahren.

Unter Top 16 wird uns nunmehr die Antwort der Landesregierung zur **Großen Anfrage der FDP-Fraktion zu Gerichten und Staatsanwaltschaften** vorgelegt. Vielen Dank an die Verwaltung für das umfassende Werk, vor allem für das Zahlenwerk. Vielen Dank an die FDP-Fraktion, weil aus meiner Sicht auf diesem Weg die erfolgreiche Arbeit der Landesregierung im Justizressort dokumentiert werden konnte,

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

denn aus dem Bereich der Gerichte und Staatsanwaltschaften, gerade aus dem Bereich der Staatsanwaltschaft Lübeck, gibt es oftmals ganz schlichte und schöne Meldungen. Herr Dr. Klug, es gibt nicht nur Kiel. Man kann darüber in den „Lübecker Nachrichten“ nachlesen: Vorgänge werden in angemessener Zeit abgearbeitet, es gibt kaum Rückstände, die Personalausstattung ist völlig in Ordnung. Solche Welten gibt es also auch.

Benchmarking ist ein wichtiges Mittel in der Betriebswirtschaftslehre. Schauen Sie sich einmal den **Ländervergleich** an. Das Statistische Bundesamt gibt regelmäßig ein Heft „Justiz auf einen Blick“ heraus. Es liegt jetzt für das Jahr 2015 vor, es erscheint natürlich immer in der Nachschau. Dort ist zu lesen: Bei der Anzahl von Richtern auf 100.000 Einwohner liegen wir über dem Durchschnitt. Sogar bei der Abarbeitung der Verfahren liegen wir über dem Durchschnitt. Das heißt also, Schleswig-Holstein kann sich im Benchmarking durchaus sehen lassen.

Dennoch gibt es natürlich Engpässe, Belastungssituationen und im Ausnahmefall auch Fristversäumnisse. Das ist von der Justizministerin bereits aufgegriffen worden, und wir haben ja auch hier bereits über organisatorische Maßnahmen zur Bewältigung und Vermeidung solcher Situationen insbesondere im Landgerichtsbezirk Kiel gesprochen. Hier geht es nicht nur um die Anzahl der Schreibkräfte. An dieser Stelle sind Veränderungen erforderlich, die den organisatorischen Bereich betreffen, die sich schlicht an der Organisation beziehungsweise an den Abläufen anderer Landgerichte orientieren und die auch hier längst auf den Weg gebracht worden sind.

Zuletzt durch den Nachtragshaushalt haben wir als Landtag auch **neue Stellen** beschlossen, die vor allem der **Verwaltungsgerichtsbarkeit** zugutegekommen sind, um den höheren Personalbedarf aufgrund von streitigen Asylverfahren auszugleichen.

Strukturelle Verbesserungen im Bereich der Justiz ganz allgemein sind aus dem Entwurf für den Einzelplan 09 ersichtlich. Darüber haben wir gerade im Haushaltsaufstellungsverfahren diskutiert. Man kann sicherlich unterschiedlicher Auffassung darüber sein, ob dies alles ausreicht. Für den Haushalt 2016 hatten wir schon weitere Stellen im Bereich der **Familiengerichte** beschlossen. Die Frau Ministerin hat darauf hingewiesen.

Herr Dr. Klug, schauen Sie sich einmal an, was ein Sozialpädagoge oder eine Sozialpädagogin in der Bewährungshilfe verdienen kann. Schauen Sie sich einmal an, wie diese Stellen bewertet sind. Da reiben sich Menschen in der Kommunalverwaltung oder aus anderen Bereichen, die ähnliche Aufgaben wahrnehmen, nur die Augen. Hier sind wir tatsächlich sehr gut aufgestellt. Diesen Bereich zu kritisieren, ist aus meiner Sicht völlig abwegig.

Daher lässt sich zusammenfassend sagen, dass Gerichte und Staatsanwaltschaften in Schleswig-Holstein gut aufgestellt sind. Sie nehmen ihre Aufgaben verantwortungsvoll und mit hoher Qualität wahr. Wenn wir die **Besoldungsfragen** auf **Bundesebene** einmal zufriedenstellend regeln könnten, dann hätten wir auch noch glücklichere Richterinnen und Richter und Staatsanwältinnen und Staatsanwälte. - Vielen Dank.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Das Wort für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat Herr Abgeordneter Burkhard Peters.

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst einmal vielen Dank für den Bericht, Anke Spoorendonk. Ich will mich hier aber vornehmlich auf den Gesetzentwurf der CDU kaprizieren. Ich möchte hier nicht noch einmal darauf eingehen, was wir schon alles an personellen Maßnahmen getroffen haben, um eine angemessene Umsetzung unseres Strafvollzugsgesetzes zu ermöglichen. Das hat Anke Spoorendonk im Innen- und Rechtsausschuss und vorhin auch schon sehr deutlich und klar dargelegt.

Frau Ostmeier, wenn Sie über die **Situation in den Gefängnissen** reden, dann rate ich Ihnen, nicht nur mit Herrn Schwarzstock diese Fragen zu ventilieren, sondern auch einmal die teilweise sehr engagierten Menschen, die in der Gefangenenmitverant-

(Burkhard Peters)

wortung tätig sind, zu fragen. Von ihnen bekommen wir ganz andere Rückmeldungen über unser Gesetz. Sie sagen nämlich, dass dies ein gutes Gesetz ist. Sie haben ein hohes Verständnis dafür, dass so etwas in einer Übergangsphase natürlich nicht sofort eins zu eins umgesetzt werden kann.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Herr Abgeordneter Peters, erlauben Sie eine Zwischenfrage der Frau Abgeordneten Ostmeier?

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Immer wieder gern.

**Barbara Ostmeier [CDU]:** Woher nehmen Sie die Behauptung, dass ich nur mit Herrn Schwarzstock spreche?

- Ich sehe Sie gelegentlich zusammen stehen.

(Heiterkeit)

Ich nehme meine Behauptung zurück, dass Sie nur mit Herrn Schwarzstock sprechen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Gestatten Sie eine Nachfrage von der Frau Abgeordneten Ostmeier, die sich möglicherweise daraus ergibt?

**Burkhard Peters [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Ja.

**Barbara Ostmeier [CDU]:** Ich habe Sie zum Beispiel beim Landesbeirat oder bei den sozialen Strafrechtspflegern vermisst. Ich habe Sie bei einigen Veranstaltungen vermisst, bei denen man sich auch ein Bild hätte machen können. Ich könnte genauso fragen: Warum sprechen Sie einseitig nur mit der Gefangenvertretung? Ich glaube, damit sollten wir nicht anfangen. Dazu ist das Thema zu wichtig.

Ich glaube, Ihnen ist schon klar, dass es bei diesem Antrag um die Übergangsfrist geht, deren Wiederherstellung nicht entschieden wurde. Man kann das derzeitige Gesetz formal nicht außer Kraft setzen. Deshalb haben wir diesen Weg gewählt, um über eine Gesetzesänderung in die Diskussion zu kommen. Diese Debatte von vor vier Wochen wollen wir nicht führen. Es geht einzig und

allein darum: Wie kriegen wir es gemeinsam hin, die fehlende **Übergangszeit**, die wir bei anderen Gesetzen doch auch haben, einzuführen? Wir brauchen uns nicht darüber zu unterhalten, wer mit wem spricht.

- Frau Kollegin Ostmeier, ich schätze Ihr Engagement als sportpolitische Sprecherin außerordentlich. Als solche sind Sie mit Leibesübungen und insbesondere mit der Figur der Rolle rückwärts ausgesprochen gut vertraut. Ihr Gesetzesentwurf, der eigentlich nur ein in der Form verkleideter Rückholantrag ist, atmet einen Geist, den ich grundsätzlich so nicht akzeptieren kann. Schon in der Schule habe ich mich immer mehr über die Rolle vorwärts gefreut.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD, SSW)

Ihr Entwurf dient keineswegs der Sicherung der Funktionsfähigkeit der Justizvollzugsanstalten, wie der Titel suggeriert. Sie wollen einzelne Punkte unserer Reform rückgängig machen und damit nach Ihrer Ansicht personelle Ressourcen frei machen. Die Auswahl dieser Bestandteile ist allerdings mehr als bezeichnend:

Erstens. Sie wollen die Durchführung eines **Diagnoseverfahrens zu Haftbeginn** und die Erstellung eines Vollzugs- und Eingliederungsplans nur noch ins freie Ermessen der Anstaltsleitung stellen. Eine Analyse der Lebensverhältnisse und eine entsprechende Vollzugsgestaltung sind aber überragend wichtig für eine erfolgreiche Resozialisierung. Das gilt für Kurzzeitgefangene natürlich genauso wie für Langzeitgefangene.

Mit Ihrem Vorschlag gefährden Sie fahrlässig eine erfolgreiche **Resozialisierung**. Dazu passend wollen Sie im Einzelfall auch die Möglichkeit der Betreuung Entlassener streichen - wohlbemerkt: die Möglichkeit. Eine Aufgabe der Anstalten ist das jetzt schon nicht. Wie dadurch Personal eingespart werden soll, bleibt Ihr Geheimnis.

Zweitens. Sie wollen, dass Gefangene im Ergebnis kein Recht mehr auf **gemeinsame Unterbringung** haben. In der Nachtzeit sind sie sowieso allein. Mit Rücksicht auf die Sicherheit und Ordnung der Anstalt soll nun eine durchgängige Isolationshaft ermöglicht werden. Das nennen Sie dann in Ihrer Begründung Flexibilität.

Drittens. Auch das Recht auf **Privatkleidung** wollen Sie erwartungsgemäß wieder streichen. Das haben wir ja schon rauf und runter diskutiert. Fakt ist, dass Privatkleidung in den meisten Bundesländern

(Burkhard Peters)

bei vergleichbarer personeller Ausstattung oder teilweise sogar schlechterer bereits Standard ist. Probleme damit sind bisher nicht bekannt, auch in Schleswig-Holstein nicht. Hinzu kommt, dass Sie dadurch eine Ungleichbehandlung zwischen männlichen und weiblichen Gefangenen schaffen, die in meinen Augen sachlich nicht gerechtfertigt werden kann.

Viertens. Mit diesem letzten Punkt schießen Sie wirklich den Vogel ab. Sie wollen nämlich auch in dem § 42 Justizvollzugsgesetz herumfuschen, der die **Besuche von Angehörigen** regelt. Ihre Änderung liest sich erst einmal ganz harmlos. Ausweislich Ihrer Begründung wollen Sie dem Umstand Rechnung tragen, dass Kontakte der Gefangenen zu Angehörigen eine wichtige Rolle für die Resozialisierung spielen und dafür mindestens zwei weitere Besuchsstunden vorgesehen werden sollten. Diese waren aber sowieso schon in dem Gesetz enthalten.

Meine Damen und Herren, wenn man dann aber das geltende Gesetz neben Ihren Änderungsentwurf legt, muss man feststellen, dass Sie in Wirklichkeit zwei Stunden Besuchszeit streichen wollen, und zwar ausgerechnet die zwei zusätzlichen Stunden im Monat, die für Besuche von minderjährigen Kindern vorgesehen sind.

(Zuruf BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN: Das ist Wahnsinn!)

Das finde ich wirklich ein starkes Stück, und in Verbindung mit dieser Antragsbegründung grenzt es an bewusste Irreführung.

Die Auswahl Ihrer Vorschläge zeigt, dass Sie das erklärte Hauptziel des Strafvollzugs, nämlich die **Resozialisierung**, immer noch nicht verinnerlicht haben.

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

Sie vermitteln mit diesem Roll-back leider die Grundhaltung, dass straffällig gewordene Menschen weggesperrt gehören. Mit einer solchen Retro-Politik können wir nichts anfangen. Sie ist gesellschaftlich schädlich und inhuman.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Weil es ein Gesetzentwurf ist, müssen wir uns damit leider noch kurz im Innen- und Rechtsausschuss befassen.

Mit der **Antwort der Landesregierung** auf die **Große Anfrage der FDP** zu den **Gerichten und Staatsanwaltschaften** im Land werden wir uns im Ausschuss hingegen intensiver befassen. Das umfangreiche statistische Material bietet in Bezug auf

einzelne Gerichtszweige ein äußerst differenziertes Bild. Da haben Sie sich wirklich nur herausgepickt, was in Ihre Rechnung hineinpasst. Kontinuierlicher Rückgang der Eingangszahlen und ganz besonders im Familienbereich der Erledigungszeiten bei den Amtsgerichten in Zivil- und Strafsachen: Das unterschlagen Sie völlig.

Dagegen: äußerst starker Anstieg bei der Verwaltungsgerichtsbarkeit im Bereich der Asylstreitigkeiten. Wie komplex die dahinter liegenden Zusammenhänge sind, haben wir gestern bei der Frage gesehen, wie durch eine fragwürdige Entscheidungspraxis des Bundesamtes für Migration und Flüchtlinge eine Klageflut von syrischen Flüchtlingen ausgelöst werden kann, die lediglich den subsidiären Schutzstatus erhalten haben.

Auf diese Beratungen im Innen- und Rechtsausschuss, die hoffentlich deutlich differenzierter ausfallen werden als das, was ich heute von Ihnen gehört habe, freue ich mich ausdrücklich. Da fällt mir ein, dass beide justizpolitischen Sprecher, die bisher aus den Reihen der Opposition gesprochen haben, forensisch null Ahnung und keine Erfahrung haben. Ich freue mich darauf, dass wir das im Innen- und Rechtsausschuss wirklich einmal fundiert und sachlich untersuchen können. - Danke schön.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, bitte begrüßen Sie mit mir Bürgerinnen und Bürger aus dem Wahlkreis Pinneberg-Elbmarschen. - Seien Sie herzlich willkommen im Landeshaus Schleswig-Holstein!

(Beifall)

Jetzt kommen wir zu der Piratenfraktion. Das Wort hat der Fraktionsvorsitzende Dr. Patrick Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Kollege Peters, ich hoffe, dass nicht jeder, der zum Justizvollzugsgesetz spricht, auch insoweit einschlägige Erfahrungen haben soll.

(Heiterkeit PIRATEN)

Aber richtig ist: Wir reden heute über die **Leistungsfähigkeit** der **Justiz** und des Justizvollzugs. Und Recht zu sprechen und Recht durchzusetzen sind Kernaufgaben in einem Rechtsstaat. Die Gesetze sind das Instrument der Demokratie, das heißt

(Dr. Patrick Breyer)

der Volksherrschaft, und sie sichern den Schutz der Schwachen gegenüber den Starken.

Der Schauspieler Graham Tadman sagte einmal:

„Erfahrene Juristen bezeugen, dass es vor Gericht von Vorteil sein kann, wenn man im Recht ist.“

Das bedeutet: Alle sind vor dem Gesetz gleich. Auch Herr Bundeswirtschaftsminister Gabriel musste sich gestern vor dem Bundesverfassungsgericht verantworten und heute in die Schranken verweisen lassen, was die vorläufige Anwendung des CETA-Abkommens angeht.

Nun hat die **FDP** Fragen zu den **Gerichten und Staatsanwaltschaften** in Schleswig-Holstein gestellt. Diese sind schon viel diskutiert worden. Ein entscheidendes Thema fehlt diesen Fragen aber, nämlich das Thema **Selbstverwaltung der Justiz**. Es ist und bleibt richtig: Eine unabhängige Justiz sollte nicht politisch verwaltet werden. Um die Qualität der Rechtsprechung sicherzustellen, müssen sachfremde Abhängigkeiten von der Exekutive verlässlich ausgeschlossen werden. Deswegen hat sich auch eine Arbeitsgruppe, bestehend aus Vertretern unserer Justiz, zusammengesetzt und ein Eckpunktepapier für eine entsprechende Strukturreform erarbeitet.

Ich bin sicher: In einer selbstverwalteten Justiz würden wir ganz anders über Probleme wie Stellenzahlen oder E-Akte und so weiter sprechen. Da würde sich die Justiz selbst damit befassen. Dieses strukturelle Grundproblem ist der Schlüssel zu einer besseren Bewältigung vieler Einzelprobleme. Eine Selbstverwaltung wäre eine bessere Verwaltung. Deswegen, Frau Justizministerin: Haben Sie den Mut - das ist ein gutes Projekt für den Rest Ihrer Amtszeit -, dieses wieder aufzugreifen und weiter zu verfolgen!

Meine sehr verehrten Damen und Herren, die FDP stellt einige Fragen unter anderem zum Thema E-Akte. Aber zur **IT-Ausstattung** gehört eben mehr. So hat meine Anfrage ergeben, dass an jedem siebten Arbeitstag die IT der Justiz gestört ist. Stellen Sie sich das einmal vor. Ein eigenes Justizrechenzentrum wäre hier definitiv besser, als auf Dataport zurückzugreifen.

Was schließlich die **personelle Ausstattung** angeht, so ergibt sich aus dem Personalbedarfsberechnungssystem im letzten Jahr eine erhebliche Überlastung gerade bei Amtsanwälten, bei Rechtspflegern an Sozialgerichten und bei den Verwaltungsrichtern. Bei den Amtsanwälten fehlt sogar nach

diesen Zahlen jeder Fünfte hier im Land. Hinzu kommt, dass dieses Berechnungssystem eigentlich eine bloße Mangelverwaltung ist; denn da wird nur gezählt: Wie lange braucht man de facto im Moment für die Bearbeitung einer Rechtsache, nicht, wie lange man brauchen würde, wenn man sich die erforderliche Zeit auch nehmen könnte.

Richtig ist, Frau Ministerin, was Sie in Ihrer Antwort schreiben, dass Sie eine flexible Verteilung des Personals haben. Das ist auch gut so. Aber das Problem ist doch die insgesamt zu geringe Gesamtmasse. Die Folge davon sind längere Verfahrensdauern als noch im Jahr 2010. Das ist ein Problem in einem Rechtsstaat.

Im **Justizvollzug** nun fehlt ein **Personalbedarfsberechnungssystem**. Wir wissen aber, dass ein regelmäßiger Vollzug - das ergibt sich aus der Antwort auf unsere Große Anfrage, die wir in der letzten Tagung beraten haben - im Regelfall schon nach altem Recht nicht gewährleistet war.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Mit dem neuen Gesetz und den darin enthaltenen und auch von uns vollständig begrüßten Fortschritten verstärkt sich das negative Empfinden sowohl seitens der Vollzugsbeamten als auch der Gefangenen,

(Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN] und Barbara Ostmeier [CDU])

die jetzt um ihre neuen Rechte wissen, die aber nicht voll umfänglich wahrgenommen werden können, weil es an der Voraussetzung dafür fehlt. Diese Situation ist wirklich schwierig. Bekannt sind die Folgen der Unzufriedenheit und Unruhe gerade bei den Gefangenen, aber auch die noch höheren Krankenstände bei den Bediensteten.

Die CDU nun allerdings will die **personalintensiven Regelungen** zum Nachteil der Gefangenen streichen - und das mitnichten **übergangsweise**, Frau Kollegin Ostmeier. Es ist nämlich keine Befristung im Gesetzentwurf vorgesehen. Über so etwas könnte man ja reden. Das, was Sie streichen wollen, betrifft zum Beispiel Vollzugs- und Widereingliederungsplan, betrifft Aufschluss- und Besuchszeiten, betrifft nachgehende Betreuung durch Justizvollzugsbeamte. All das zu streichen würde ja wieder auf Kosten der Gefangenen gehen, die sich gerade wünschen, dass die Regelungen umgesetzt werden. Die Gefangenen wollen nicht, dass ihre Rechte gestrichen werden, sondern dass sie umgesetzt werden.

(Dr. Patrick Breyer)

Deswegen sagen wir PIRATEN Nein zu dieser Kapitulation vor den Herausforderungen und sagen Ja dazu, die Probleme und Herausforderungen, die mit diesem Gesetz verbunden sind, bestmöglich zu lösen. - Ich danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW spricht jetzt Herr Abgeordneter Lars Harms.

**Lars Harms [SSW]:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die Neufassung des Strafvollzugsgesetzes basiert auf einem mehrjährigen Verfahren mit umfangreichen Anhörungen. Nach dem Beschluss des Gesetzes geht es jetzt erst eigentlich richtig los. Das neue Gesetz kommt zur Anwendung und findet in der Praxis meistens schrittweise zur vollen Wirksamkeit. Dieser Vorgang dürfte allen hier im Hause auch von anderen Gesetzen bekannt sein. Deshalb verstehe ich nicht ganz, warum man bei CDU und FDP nun so tut, als wäre eine Gesetzesreform mit einem Fingerschnipp erledigt. Fakt ist, dass sich Abläufe in den JVA erst neu einspielen müssen; das braucht Zeit. Alles andere wäre auch realitätsfern. Von daher sollten wir uns ein wenig in Geduld üben, schließlich geht es auch hier um Handeln von Menschen.

Natürlich werden wir als Parlament die gemachten Fortschritte bei der Umsetzung der Reform regelmäßig überprüfen und im Ausschuss beraten. Auch dafür sollten wir uns ausreichend Zeit nehmen. Das ist die bewährte parlamentarische Praxis, und daran sollten wir auch weiterhin festhalten. Denn dies ist auch unser Arbeitsauftrag. Es mag durchaus sein, dass es an der einen oder anderen Stelle noch mancher Nachbesserung bedarf. Das ist nichts Ungewöhnliches. Das wird man dann aber Schritt für Schritt machen, meine Damen und Herren, so, wie wir es bereits bei Hunderten von anderen Gesetzen gemacht haben, so werden wir es auch bei dem **Strafvollzugsgesetz** in den nächsten Jahren haben.

Wie bereits gesagt, braucht jedes Gesetz eine Eingewöhnungsphase. Dies dürfte auch für CDU und FDP nicht neu sein. Es ist daher niemandem geholfen, Gesetze und ihre Gültigkeit fortwährend infrage zu stellen. Ein solches Vorhaben ist nicht nur kontraproduktiv, sondern schafft vor allem enorme Unsicherheiten bei den Betroffenen, sowohl bei den Beschäftigten als auch bei den Insassen in den JVA.

Das Wichtigste ist meines Erachtens, dass diese Menschen auf beiden Seiten natürlich die Gewähr haben, dass das, was die rechtliche Grundlage ist, auch so bestehen bleibt, damit man entsprechende Planungssicherheit hat.

Dabei geht es doch darum, den Betroffenen Sicherheit zu geben. Unsere Gesetzesänderungen öffnen den Weg zu einem humaneren, moderneren Strafvollzug, dem der Resozialisierungsgedanke zugrunde liegt. Vorgegangen ist ein langer Prozess von insgesamt fast drei Jahren. Ein Paradigmenwechsel ist schließlich sehr zeitaufwendig. **Gefängnisse** sollen nicht länger als finstere Orte deklariert werden. Anstelle von „Absitzen“ soll vor allem die Zeit danach in den Vordergrund gerückt werden. Der Vollzug soll zeigen, wie ein Leben auch in Freiheit möglich ist. Dass dieser erneuerte Gedanke, um es einmal so zu sagen, natürlich auch Arbeit verursacht, dass dieser auch Aufwand und Unsicherheiten verursacht, ist völlig normal. Aber ich denke, dass unsere rechtliche Grundlage eine gute Grundlage ist und dass man diese rechtliche Grundlage auch in den JVA entsprechend umsetzen kann.

Das Ziel muss nämlich sein, eine erneute Straffälligkeit zu unterbinden. Um dieses Ziel zu erreichen, braucht man wohl mehr als nur ein Gesetz. Es ist und bleibt eine gesellschaftliche Aufgabe. Wir als Gesetzgeber müssen die entsprechenden Rahmenbedingungen schaffen.

In den vergangenen vier Jahren wurden nach und nach unterschiedlichste Justizvollzugsanstalten im Land renoviert. Es wurde mehr Platz geschaffen im Bereich der Besuchsräume. Die technische Ausstattung wurde verbessert. Im Bereich der psychologischen und psychiatrischen Betreuung wurden Verbesserungen auf den Weg gebracht. Und auch die Gehälter der Justizbediensteten wurden angepasst, zudem der Personalkörper erweitert. Das hat die Ministerin gerade ja auch schon dargestellt. Auch für die Gesundheit der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter wird Fürsorge geleistet. Gleiches gilt natürlich auch für die Gesundheit der Gefangenen.

All diese Maßnahmen bringen Veränderungen. Veränderungen sind nicht immer beliebt. Das ist uns als Küstenkoalition durchaus bewusst. Nichtsdestotrotz stehen sie alle für den Fortschritt in Richtung eines modernen Strafvollzugs. Natürlich sind wir in Schleswig-Holstein noch nicht am Ende des Weges angelangt. Deswegen wollen wir auch noch etwas länger regieren. Die Reform, welche wir noch nicht einmal vor drei Monaten mit unserem Gesetz beschlossen haben, ist ein weiterer Schritt in Richtung **moderner Strafvollzug**. Deshalb gibt es

(Lars Harms)

an dieser Richtung auch nichts zu ändern. Ich denke, wir sind da auf einem richtig guten Weg. Ich bin mir ziemlich sicher, in einem halben Jahr wird man darüber völlig anders reden, und das wird sich auch im Wahlergebnis bei der Landtagswahl entsprechend auswirken.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN - Dr. Ralf Stegner [SPD]: Genau-so ist das!)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Meine Damen und Herren, wir kommen jetzt zu den individuellen Dreiminutenbeiträgen. Das Wort hat Frau Abgeordnete Barbara Ostmeier.

(Zuruf Dr. Ralf Stegner [SPD])

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Sehr geehrter Herr Dr. Stegner, ich weiß, Sie halten Justiz grundsätzlich für Klamauk und diesen Antrag sowieso schon. Das haben Sie beim letzten Mal auch schon gesagt. - Ich habe das Gefühl, dass Sie jetzt schon wieder versuchen, das Ganze in die Lächerlichkeit zu ziehen. Bei Herrn Burkhard Peters habe ich nichts anderes erwartet.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Er hat doch noch gar nichts gesagt!)

- Sie haben das mit der Vorwärtsrolle und der Seitwärtsrolle gesagt.

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das ging aber nicht um die Justiz!)

- Das nur dazu. Sie haben unseren Antrag als Klamauk betrachtet. Das finde ich vor dem Hintergrund der Situation, die wir bei den **Justizvollzugsanstalten** haben, der Sache wirklich nicht angemessen.

(Beifall CDU)

Herr Peters, Sie wollen in eine sachliche Auseinandersetzung bei dem Thema einsteigen, werfen uns aber bei diesem Antrag forensische Unkenntnisse vor sowie gepfuscht zu haben, wo Sie doch alle bei der letzten Debatte mit uns einig waren. Es bestreitet ja gar keiner, dass die Belastung zu groß war. Es bestreitet ja niemand die Krankenstände, es bestreitet niemand, dass derzeit flächendeckend gar kein familienfreundlicher Vollzug möglich ist.

(Zuruf Ministerin Anke Spoorendonk)

- Flächendeckend ist das derzeit durchgängig nicht möglich.

(Zuruf Martin Habersaat [SPD])

- Ja, Frau Spoorendonk bestreitet das, das kann ich verstehen, aber flächendeckend ist das nicht so.

Wenn Sie in Zukunft dem kleinen Kind erklären müssen, dass es Mutter oder Papa nicht besuchen kann, weil dort kein Personal vorhanden ist, dann ist das genauso traurig.

Wenn wir unseren Gefangenen beibringen wollen, dass sie sich an Recht und Gesetz zu halten haben, und selber deren Rechtsansprüche nicht einhalten können, dann finde ich das sehr traurig.

(Beifall CDU und FDP)

Wenn Sie sagen, ich redete nur mit Herrn Schwarzstock, dann müssen Sie sich Gedanken darüber machen, dass sich die Gewerkschaften an mich wenden und nicht an Sie. Das ist doch nicht mein Problem. Es gibt Anstaltsbeiräte, Strafvollstreckungsbeamte, die Fachverbände, die Gewerkschaften, PEBB§Y, die Kleinen Anfragen, die Großen Anfragen. All das belegt, was hier bemängelt worden ist. Das hat mit Forensik überhaupt nichts zu tun. Denn Sie verschließen kollektiv die Augen vor dem, was da ist nach dem Motto „Papier ist geduldig“. Sie sagen ja auch die ganze Zeit: Wir brauchen Zeit.

Wir wollen nichts anderes, als dass Sie eine Übergangsfrist schaffen, wie es auch bei anderen Gesetzen möglich ist. Wann soll das Gesetz in Kraft treten? - Ach ja, 1. September. Stimmt, Burkhard Peters hat das zugerufen. Ihre ganzen Beiträge, die Sie heute vorgetragen haben, belegen, wie viel Zeit noch erforderlich ist, damit alles schrittweise durchgeführt werden kann. Sie brauchen sogar noch die Zeit nach der Legislatur, so wie ich Sie verstanden habe. Damit das, was im Gesetz steht, Fakt werden kann, brauchen Sie noch bis zum Ende des nächsten Jahres, wenn wir bis nach der Wahl gehen. Das ist doch atemberaubend, was Sie hier sagen.

„Rolle rückwärts“: Von alldem, was hier steht, ist noch fast nichts umgesetzt. Und von Resozialisierung oder Übergangmanagement möchte ich überhaupt noch gar nicht sprechen.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Barbara Ostmeier [CDU]:**

Das Thema Übergangsmanagement war ganz zu Anfang dieser Legislatur ein Thema. Und hiervon ist so gut wie nichts auf den Weg gebracht worden.

(Beifall CDU und FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Wir kommen zunächst zur Abstimmung über den Gesetzentwurf der Fraktion der CDU, Drucksache 18/4658. Es ist beantragt worden, den Gesetzentwurf an den Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Dann kommen wir zur Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der FDP, Drucksache 18/4360. Es ist beantragt worden, diese Große Anfrage an den Innen- und Rechtsausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Wir kommen jetzt zu Tagesordnungspunkt 17:

**Förderung des Ehrenamtes und seiner Anerkennungskultur**

Antwort der Landesregierung auf die Große Anfrage der Fraktion der CDU  
Drucksache 18/4652

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall. Dann erteile ich zunächst das Wort zur Beantwortung der Großen Anfrage der Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Frau Kristin Alheit.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:**

Ganz herzlichen Dank, Herr Präsident. - Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordneten! Die Antwort auf die Große Anfrage zum Ehrenamt und seiner Anerkennungskultur bestätigt in eindrucksvoller Weise Bedeutung und Umfang des ehrenamtlichen Engagements in unserem Land und für unser Land. Das ist eine Bestätigung für die Kraft unserer Zivilgesellschaft und für mich und die Landesregierung zunächst einmal ein sehr willkommener Anlass, Danke zu sagen, Danke zu sagen den Menschen, die sich auf ganz vielfältige Art und

Weise engagieren. - Unsere Anerkennung und unserer Dank sind ihnen sicher!

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

In nahezu allen Lebensbereichen gibt es heute Menschen, die sich freiwillig engagieren. Wir brauchen sie. Wir brauchen Menschen, die sich für andere Menschen, für die Gemeinschaft und für das Gemeinwohl engagieren, ohne dass ihnen dabei ständig die Frage kommt: Was springt dabei für mich konkret heraus? Wir brauchen ihr Engagement, weil viele Bereiche des öffentlichen und des sozialen Lebens ohne Ehrenamtliche nicht existieren könnten. Dieses Engagement ist im Wortsinne unbezahlbar.

Wir brauchen dieses Engagement aber auch, weil es bedeutet, dass so viele Menschen Ja sagen zu einer Gesellschaft, die auf Miteinander, auf Menschlichkeit beruht, und dafür einfach praktisch tätig werden. **Bürgerschaftliches Engagement** ist wahrer Patriotismus und das Fundament für den **sozialen Zusammenhalt** in unserer Gemeinschaft.

Wir brauchen diese Menschen nicht nur, sondern - und das ist die wirklich gute Nachricht - wir haben sie auch. Wir wissen aus dem Freiwilligensurvey 2014, dass der Anteil der bürgerschaftlich Engagierten in Schleswig-Holstein noch einmal gestiegen ist, von 40 % im Jahr 2009 auf 42,7 %. Das ist umso bemerkenswerter, als die viel diskutierten steigenden Anforderungen bezüglich Flexibilität und Mobilität im Berufsleben oder bezüglich der Vereinbarkeit von Familie und Beruf für dieses Engagement nicht unbedingt förderlich sind. **Ehrenamt**, bürgerschaftliches Engagement hat in Schleswig-Holstein eine reiche, eine langjährige Tradition.

Bürgerschaftliches Engagement ist und bleibt immer hochmodern, weil der Kern des Ganzen, sich zusammenzutun, um gemeinsam Dinge zu erreichen und anderen zu helfen, immer aktuell bleibt.

(Unruhe CDU)

- Ich fände es schöner, wenn wir alle mitlachen könnten.

(Hans-Jörn Arp [CDU]: Das hat aber nichts mit Ihrer Rede zu tun!)

- Oh, das ist aber schade. Ich habe es befürchtet.

(Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]: Herrenwitze, oder was?)

**(Ministerin Kristin Alheit)**

Wieder zurück zum Ehrenamt. Weil sich das Engagement der Ehrenamtlichen immer auf ganz konkrete Themen bezieht, weil sie sich immer für Themen engagieren, die ihnen gerade wichtig sind - -

(Anhaltende Unruhe CDU)

- Wenn ich störe, lesen Sie einfach die Anfrage.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Frau Ministerin, Sie haben das Wort. Es ist vielleicht der fortgeschrittenen Zeit zu verdanken, dass hier die eine oder andere Unaufmerksamkeit um sich greift. Aber das ist nicht gegen Sie gerichtet. Sie haben das Wort. Bitte schön.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:**

Konkret engagieren sich die Menschen für das, wofür sie sich interessieren. Das ist, glaube ich, ein Grund, dass dieses Engagement immer modern und aktuell bleibt. Ich erinnere nur an das vielfältige bürgerschaftliche Engagement und die Unterstützung für die geflüchteten Menschen seit dem vergangenen Jahr. Das ist ein ganz aktuelles Beispiel für das, was unsere Zivilgesellschaft zu leisten in der Lage ist.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Zugleich wandeln sich aber auch die strukturellen Bedingungen des Engagements. Das zeigen wir in der Antwort klar auf. Es wandeln sich, wie angesprochen, die demografischen, die gesellschaftlichen und die beruflichen Rahmenbedingungen. Es wandeln sich aber auch die individuellen Haltungen zum Engagement, die Formen, in denen sich Menschen engagieren wollen. Wir haben seit längerem den Trend zum zeitlich begrenzten, auf ganz konkrete Projekte bezogenen Engagement, oft auch individuell organisiert, ohne eine formale Mitgliedschaft. Für die Landesregierung ist klar: Ob traditionelle oder neue Formen des Engagements, Anerkennung und praktische Unterstützung verdienen beide gleichermaßen.

Die Daten des jüngsten Freiwilligensurveys zeigen uns, dass individuell organisierte Formen nicht auf Kosten von bewährten Formen des Engagements gehen; denn auch das Engagement in formalen Organisationsformen hat zugenommen, wenn auch nicht so stark wie im individuell organisierten Bereich. Neue Formen - ich finde, das ist eine richtig gute Nachricht - mobilisieren offenbar neue Zielgruppen, die, aus welchen Gründen auch immer,

vom klassischen Engagement weniger erreicht worden sind. Ergänzung und nicht Konkurrenz - das zeichnet das Verhältnis aus.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, die Landesregierung unterstützt die engagierten Menschen bei uns im Land seit Jahren. Es ist uns wichtig, **Rahmenbedingungen** vorzuhalten und aufzubauen, um dem Engagement vonseiten der Politik ein verlässliches Fundament zu bieten, auf dem es sich entwickeln kann. Die Unterstützung erfolgt dabei ideell, formell, aber auch finanziell.

Mit der Ausdifferenzierung des Engagements - wie eben dargestellt - haben sich auch die Anerkennungskulturen differenziert. Bei den Maßnahmen zur Förderung und Unterstützung von bürgerschaftlichem Engagement hat sich in den letzten Jahren viel entwickelt. Die vorliegende Drucksache zeigt Ihnen das deutlich auf.

Diese Anerkennung und diese Unterstützung sind nur recht und billig angesichts dessen, was die unzähligen engagierten Menschen bei uns im Land für unsere Gesellschaft leisten und geben. Dass sie es in so beeindruckendem Umfang tun und dass Schleswig-Holstein ein guter Ort ist, um sich zu engagieren, das ist die gute Nachricht der Antwort auf die Große Anfrage. Sorgen wir bitte gemeinsam dafür, dass es weiter so bleibt. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Die Landesregierung hat die vereinbarte Redezeit um 1 Minute überzogen. Diese Minute steht jetzt allen Fraktionen zu. Für die fragestellende Fraktion, die CDU, spricht jetzt Frau Abgeordnete Petra Nicolaisen.

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Zunächst erlauben Sie mir, insbesondere den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Verwaltungsstellen der Verbände und des Ministeriums meinen herzlichen Dank für das Zusammentragen des umfangreichen Zahlenmaterials auszusprechen.

(Beifall CDU, FDP, vereinzelt SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Das Freiwilligenengagement in Schleswig-Holstein ist Ausdruck einer lebendigen und verantwortungsvollen Bürgergesellschaft. Insgesamt 42 % der Frauen und 43,5 % der Männer zwischen 14 Jahren

(Petra Nicolaisen)

und dem Seniorenalter engagieren sich bürgerschaftlich.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Also mehr Männer als Frauen!)

- In der Tat! - 16,3 % engagieren sich im Bereich des Sports, 9,1 % im Bereich Schule und Kita, 9 % im Bereich Kultur und Musik und 8,5 % im Bereich Soziales. Ohne die zahlreichen ehrenamtlich Tätigen in den verschiedensten Organisationen und Vereinen würden viele Strukturen in den Städten und Gemeinden gar nicht funktionieren.

(Vereinzelter Beifall CDU und Beifall Wolfgang Dudda [PIRATEN])

In den ländlichen Räumen kompensieren Ehrenamtliche oft das, was vor Ort dringend gebraucht wird: in den Bereichen Musik und Kultur, Kirche, in der Kinder- und Jugendarbeit und ganz besonders im Sportbereich. Gerade im letzten Jahr gab es eine ganz besondere Unterstützung im Bereich der Flüchtlingshilfe.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU] und Peter Lehnert [CDU])

**Ehrenamtliche** waren dort zur Stelle, wo staatliche Strukturen fast unvorbereitet waren. Es sind zahlreiche neue Initiativen entstanden, schnell und ganz unbürokratisch.

Liebe Ehrenamtlerinnen und Ehrenamtler, Sie gestalten unsere Gesellschaft aktiv mit. Sie jammern nicht, laufen bei Problemen nicht gleich weg, lassen sich nicht unterkriegen und gehen die Dinge an, um sie gemeinsam zum Besseren zu verändern. Unzählige Stunden ehrenamtlicher Arbeit schenken Sie unserem Land. Sie haben Ausdauer und Einfühlungsvermögen, Sie bringen für die vielfältigen Aufgaben Ihre persönlichen und beruflichen Fähigkeiten ein. Kurzum: Sehr viele Ehrenamtler setzen sich mit großer Leidenschaft für die Sache ein und übernehmen so tagtäglich **gesellschaftliche Verantwortung**. Dafür noch einmal ein herzlicher Dank der CDU-Landtagsfraktion.

(Beifall CDU)

Die Themen Nachwuchsgewinnung und Finanzierungsmodelle, die Frage: „Wann wird die Freiwilligenarbeit zum Lückenbüßer?“, sowie die Frage: „Wie viel Hauptamt braucht das Ehrenamt eigentlich?“, begleiten uns seit vielen Jahren. Bauchschmerzen bereitet mir aber vor allem die Frage der **Wertschätzung** für das **Ehrenamt** im Alltag; denn **bürgerschaftliches Engagement** findet überwiegend im Hintergrund statt, zum Beispiel bei der

umfangreichen Organisation von Veranstaltungen, bei der Erstellung von Wettkampfplänen im Sport oder bei der Aus- und Weiterbildung in den Vereinen und Organisationen.

Ich könnte jetzt noch vieles mehr aufzählen, aber leider wird in der Öffentlichkeit kaum wahrgenommen, wie viel Arbeit eigentlich dahintersteckt. Dementsprechend müssen wir beim Thema Anerkennungskultur, so glaube ich, gemeinsam noch eine Schippe drauflegen.

Politik und Verwaltung, der gesamte Bildungsbereich, Unternehmen, aber auch die Medien in ihrer ganzen Breite benötigen wir als Kooperationspartner. Ich kann mir gut vorstellen, dass wir neben einer verbesserten öffentlichen Würdigung auch die **Arbeitgeber** noch stärker davon überzeugen müssen, ihre Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter für ehrenamtliche Tätigkeiten freizustellen.

Zudem müssen wir in den Ausschüssen dringend über die **Ehrenamtskarte** reden; denn es existieren lediglich circa 120 Bonuspartner landesweit, und das ist eindeutig zu wenig. Deshalb haben wir auch gefragt, in welcher Form hierfür Marketing betrieben wird. Dies könnte möglicherweise mit noch attraktiveren Boni gelingen. Entscheidend hierbei sind die Mehrwerte für beide Partner, einmal für den ehrenamtlich Tätigen und für die Unternehmen.

Kritisch möchte ich anführen, dass nicht nur in der Flüchtlingshilfe, sondern auch in vielen anderen Bereichen die Kräfte von Ehrenamtlern begrenzt sind. Ein gut funktionierendes Ehrenamt benötigt und braucht auch ein qualifiziertes Hauptamt. Zudem ist in einigen Kreisen und Städten teilweise eine freiwillige Beteiligung in Rettungsdienst und Katastrophenschutz nur noch marginal gegeben.

In den Antworten an die Landesregierung machen einige Blaulichtorganisationen deutlich, dass es aus ihrer Sicht fünf vor zwölf ist und die Weichen neu zu stellen sind. Gemessen an dem, was Ehrenamtliche leisten und dem Land Schleswig-Holstein ersparen, ist die finanzielle Förderung ein Tropfen auf den heißen Stein. Im Jahr 2015 sind lediglich 2 Millionen € dem Bereich **Sportstättenanierung** zuteil geworden. Gewünscht hätten wir als CDU-Fraktion uns hier deutlich mehr, denn bei mindestens 55 Millionen € Sanierungsbedarf im kommunalen Bereich ist das wenig.

(Beifall CDU)

Für jeden ehrenamtlichen Trainer und für jeden Übungsleiter

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

**(Petra Nicolaisen)**

- ich komme ja dazu! - ist es nämlich schon ein entsprechendes Kriterium im Rahmen seiner Tätigkeit.

(Zuruf Beate Raudies [SPD])

Natürlich sind Empfänge beim Ministerpräsidenten, die Ehrenamtskarte, Auszeichnungen und Preisverleihungen schöne Beiträge zur Wertschätzung. Aber all das ersetzt nicht die notwendigen praktischen Hilfen, egal ob es da um Vereinsrecht, Buchhaltung oder um sperrige Förderanträge geht. Ehrenamt braucht mehr als Aufwandsentschädigung, Ehrenamt braucht auch professionelle Unterstützung. Ehrenamtliches Engagement darf nicht überfordern und darf nicht frustrieren.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Kommen Sie bitte zum Ende.

**Petra Nicolaisen [CDU]:**

Der Abbau von Hemmnissen für die Übernahme eines ehrenamtlichen Engagements muss weiterhin erfolgen.

Im Namen der CDU-Landtagsfraktion bedanke ich mich noch einmal ganz herzlich und appelliere an die Freiwilligen im Land Schleswig-Holstein: Bleiben Sie dabei, denn Sie tun Gutes! - Herzlichen Dank.

(Beifall CDU und Martin Habersaat [SPD])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat Frau Abgeordnete Beate Raudies das Wort.

**Beate Raudies [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! **Ehrenamtliches Engagement** ist für unsere Gesellschaft unverzichtbar. Es sind Gemeinsinn und gelebte Solidarität, die Gemeinschaft erfahrbar machen. Viele gemeinnützige Leistungen wären ohne freiwilliges Engagement gar nicht möglich. Jeden Tag leisten Ehrenamtliche ihren Beitrag zur Stärkung unserer Gesellschaft. Damit meine ich Feuerwehrfrauen und Feuerwehrmänner, Betreuerinnen und Betreuer in Sportvereinen, bei der Jugend- und der Seniorenarbeit, Helferinnen und Helfer bei den Tafeln oder all jene, die in der Flüchtlingshilfe tätig sind. Die Liste ließe sich unendlich fortsetzen.

(Vereinzelter Beifall SPD und Beifall Fleming Meyer [SSW])

- Die Kollegen klatschen schon im Vorwege, denn all denen, die sich ehrenamtlich engagieren, danke ich an dieser Stelle auch im Namen der SPD-Landtagsfraktion ganz herzlich für ihren Einsatz.

(Beifall SPD - Zuruf Sandra Redmann [SPD])

- Großartig! -

Auch von mir geht noch einmal ein Dankeschön an das Ministerium für die Beantwortung der Großen Anfrage und die umfangreiche Bilanz zum Thema Ehrenamt im Land.

Folgende Punkte sind mir besonders aufgefallen.

Erstens. Der Anteil der Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteiner, die sich ehrenamtlich engagieren, ist von 2009 bis 2014 angestiegen, und zwar auf 42,7 %. Das hat mich persönlich erstaunt, weil wir, wenn wir mit Ehrenamtlern reden, eigentlich immer gegenteilige Botschaften bekommen. Das finde ich eine sehr erfreuliche Botschaft.

Da passt die zweite, die heißt: Die Bereitschaft, sich zu engagieren, ist bei Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen ungebrochen hoch. Auch das finde ich sehr erfreulich.

(Beifall SPD, Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Dr. Heiner Garg [FDP])

Drittens. Gleichzeitig sind die höchsten Anteile der Engagierten vor allem bei den Menschen im Alter zwischen 30 und 49 Jahren zu finden

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Mist!)

- das andere kommt gleich -, also bei denen, die voll im Beruf stehen und vielleicht noch eine Familie zu versorgen haben. Auch das hat mich persönlich überrascht, weil wir die nicht immer so einschätzen, dass sie das tatsächlich tun. Praktisch habe ich mich daran erinnert - ich bin gerade raus aus dieser Schicht

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Was?)

- ja, danke -: Kindergarten, Schule, da war in der Tat viel ehrenamtliches Engagement.

(Heiterkeit - Beifall Barbara Ostmeier [CDU] - Lars Winter [SPD]: Nein, das war anders gemeint! - Heiterkeit)

- Danke, aber ein bisschen älter sehe ich doch aus. Bin ich ja auch schon.

Die zweite Gruppe, die sich groß engagiert - das wundert uns nicht, Birgit, jetzt bist du wieder da-

**(Beate Raudies)**

bei -, sind die Menschen zwischen 50 und 64 Jahren.

(Heiterkeit - Dr. Heiner Garg [FDP]: Bis gerade eben war es charmant! - Lars Winter [SPD]: Jetzt ist sie nur noch nett! - Zuruf Dr. Heiner Garg [FDP])

- Ich darf das!

(Birgit Herdejürgen [SPD]: Das kann leider jeder nachlesen!)

Viertens. Der Anteil der Menschen, die sich in individuell organisierten Gruppen ehrenamtlich engagieren - das ist der Punkt, auf den die Ministerin vorhin schon eingegangen ist -, ist weiter gestiegen - zulasten der Vereine, der Verbände und auch der Parteien. Wir haben es bei der letzten Kommunalwahl teilweise schmerzlich merken müssen, dass wir unsere Listen nicht mehr gefüllt bekamen, während ehrenamtliche Bürgerinitiativen in einer Gemeinde für oder gegen irgendetwas Zulauf finden.

In den letzten Jahren haben wir durchaus Anstrengungen unternommen, um die Zahl der ehrenamtlich Engagierten weiter zu steigern, ihre Arbeit zu unterstützen und ihr Engagement zu würdigen. Angesichts des demografischen Wandels ist das auch dringend nötig, ehrenamtliches Engagement tut not. Lassen Sie mich einige Beispiele nennen.

Mit der neuen **Ehrenamtskarte** wurden die Eingangsvoraussetzungen vereinfacht: Schon wer drei Stunden pro Woche ehrenamtliche Arbeit leistet, kann die Karte beantragen. Und wir haben die Jugendleiterinnen und Jugendleiter in den Kreis der Berechtigten aufgenommen. Trotzdem gilt: Alle, die sich dem Ehrenamt verbunden fühlen, sollten weiterhin für die Bonuspartnerschaften werben, damit die Ehrenamtskarte noch attraktiver wird. Sicherlich wird niemand wegen dieser Karte ein Ehrenamt annehmen, aber vielleicht ist sie doch ein Anreiz und trägt zur positiven Entscheidung bei. Auf jeden Fall ist sie für diejenigen, die die Vergünstigungen in Anspruch nehmen, ein kleines Dankeschön für ihren Einsatz.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Der weitere Punkt, den ich natürlich auch in der Eigenschaft als feuerwehrpolitische Sprecherin ansprechen möchte, ist die finanzielle Unterstützung, die das Land dem Feuerwehrverband in den letzten Jahren zukommen lässt. Damit konnten die Feuerwehren eine große Marketing- und Imagekampagne realisieren. Wer durchs Land fährt, sieht überall die bunten Plakate mit der **Feuerwehr**. Das macht

Sinn, die Feuerwehr braucht dringend neue, vor allem jüngere Mitglieder.

Nicht zuletzt will ich an dieser Stelle noch einmal auf die Broschüre „Steuerrecht für Vereine“ hinweisen, die das Finanzministerium herausgegeben hat und mit einem umfangreichen Schulungsangebot begleitet. - Da haben Sie Ihre praktische Hilfe, Frau Nicolaisen.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Man kann es gar nicht oft genug sagen: Bürgerschaftliches Engagement ist eine wichtige Säule unserer Gemeinschaft. Unsere Gesellschaft erhält dadurch ein menschlicheres Gesicht. Ohne ehrenamtliche Arbeit würden viele Aufgaben nicht so gut gelingen.

(Beifall Jette Waldinger-Thiering [SSW])

- Danke! - Daher ist es wichtig, immer wieder neue Mitstreiter zu gewinnen, sie von der guten Sache zu überzeugen und deutlich zu machen, wie viel Freude freiwillige Tätigkeit einem selbst gibt. Denn Ehrenamt ist auch eine Bereicherung für die Engagierten: durch gute Erfahrungen, durch Dinge, die man im Engagement lernt und durch soziale Bindungen, die man aufbaut und in der ehrenamtlichen Arbeit intensiviert. Darum: Werben wir alle weiter für das Ehrenamt, engagieren uns da, wo wir es noch ermöglichen können! Dann bringen wir das Ehrenamt in diesem Land weiter voran. - Vielen Dank.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat die Fraktionsvorsitzende, Eka von Kalben, das Wort.

**Eka von Kalben [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Auch ich danke der Sozialministerin und ihren Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern für die umfangreiche Antwort und der CDU für die vielen Fragen. Ich glaube, dass uns das tatsächlich weitergebracht hat.

Als ich die Antworten durchgelesen habe, war ich über manche Zahlen sehr überrascht, vor allem darüber, dass 47 % der Menschen ehrenamtlich tätig sind. Ich habe in meinem privaten Umfeld einmal durchgezählt, bin aber immer noch nicht dahintergekommen, wie genau das gezählt wird, ob man doppelt gezählt wird oder nicht. - Egal, sei es drum.

(Zurufe)

**(Eka von Kalben)**

Mein persönlicher Eindruck ist, dass sich viele Menschen in Schleswig-Holstein - ob es fast jeder zweite ist, weiß ich nicht - einbringen. Das ist erfreulich und ein Dank dieses Hauses an alle wert, die das tun.

Meine Damen und Herren, ich möchte gern auf vier Punkte eingehen, die mir im Zusammenhang mit **Ehrenamt** durch den Kopf gegangen sind. In der Studie zeigt sich, dass viele Menschen lieber **frei** und **nicht organisiert** in Vereinen und Verbänden mithelfen wollen. Gerade wir Grüne haben immer wieder Kontakt zu Flüchtlingsgruppen gehabt, die gesagt haben: Gebt uns freie Strukturen, wir wollen das alles offen machen und nicht eingebunden sein.

(Zuruf Barbara Ostmeier [CDU])

- Ja, die auch! - Gerade bei der **Versorgung** der **Transitgeflüchteten** war die Frage, ob es rechtlich erlaubt ist oder ob es ein Gebot der Humanität ist, dass man den Menschen, die auf dem Weg waren, etwas zu essen und zu trinken gibt. Da war Spontanität gefragt. Es waren auch staatliche Strukturen vorhanden, aber da brauchten wir vor allen Dingen Leute, die gesagt haben: Ich gehe jetzt mit einer Kanne Kaffee und Stullen hin und helfe.

Manch einer oder manch eine hätte wahrscheinlich nicht mitgemacht, wenn er oder sie ein Gesundheitszeugnis hätte vorbeibringen müssen. In solch einer Situation brauchten wir Spontanität.

Gleichzeitig weiß ich, dass die Leute, die seit Jahren in der Erstaufnahme tätig sind, gesagt haben: Wenn immerzu irgendwelche Ehrenamtler kommen und hier und da einmal helfen wollen, dann aber ganz schnell wieder weg sind, sind wir diejenigen, die nachher dastehen und, wenn ein Angebot wegfällt, zum Beispiel eine Spielstunde, in die traurigen Augen der Kinder gucken. Das heißt, Ehrenamt braucht Spontanität und Freiheit, aber Ehrenamt und die Leute, die von Ehrenamt profitieren, brauchen auch **Verlässlichkeit**.

Besonders stark habe ich das bei meinem Besuch bei den **Grünen Damen und Herren** gemerkt, die nicht der grünen Partei angehören, sondern Menschen in Krankenhäusern besuchen und dort auch einen ganz wichtigen Beitrag zur Entlastung der Pflegekräfte leisten. Die haben einen exakten Schichtplan. Da kommt wirklich jeder. Die Menschen, die nicht kommen, können in dem Team leider nicht mehr mitmachen. Auch dort ist Verlässlichkeit ganz wichtig.

(Barbara Ostmeier [CDU]: Das ist bei anderen Vereinen auch so!)

- Man kann da viele andere Vereine genauso nennen!

Mir ist bei dem Besuch ein zweiter Punkt aufgefallen, den ich ansprechen möchte, die **Bezahlung**. Häufig wird gefragt: Muss man nicht eine Aufwandsentschädigung zahlen? Das war im Zusammenhang mit der Flüchtlingshilfe Thema, bei dem dem Hauptamt viel abgenommen wird. Ich glaube, Ehrenamt sollte grundsätzlich nicht bezahlt werden, weil es ein Ehrenamt, eine Freiwilligenarbeit oder - wenn man so will - ein bürgerschaftliches Engagement ist.

Ich finde es aber falsch, wenn Menschen Geld mitbringen müssen. Die Grünen Damen müssen ihre **Fortbildung** und **Supervision** selbst bezahlen. Sie bezahlen ihre Kurse selbst, damit sie das, was sie Wichtiges für uns tun, machen können. Das müssen wir ändern, und ich gehe davon aus, dass wir das auch ändern werden.

(Vereinzelter Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Die **DLRG** St. Peter-Ording leistet ehrenamtlich Aufgaben, die vom Staat nicht erfüllt werden können, sie rettet im Sommer Leute am Beach. Die mussten ihr Haus dort aus eigenen Mitteln in Eigenarbeit zusammenbauen.

(Barbara Ostmeier [CDU]: In Wedel auch!)

Das sind Punkte, an die wir ran müssen und bei denen wir das Ehrenamt unterstützen müssen.

Meine Damen und Herren, wir sprechen immer davon, Ehrenamt darf Hauptamt nicht verdrängen, und Ehrenamt braucht Hauptamt. Das glaube auch ich. In der Flüchtlingshilfe gibt es viele Menschen, die die ehrenamtliche Arbeit koordinieren. Da merkt man, dass sich Leute zurückziehen, denen das zu strukturiert und zu hierarchisch ist. Andere sagen: Endlich bestimmt mal einer, wo der Weg langgeht, endlich wird die Arbeit einmal koordiniert. - Es ist ein total schwieriges Spannungsfeld, das es zu füllen gilt.

Letzter Punkt - ich muss das ein bisschen abkürzen -: Ich bin fest davon überzeugt, dass Ehrenamt für unsere Demokratie elementar wichtig ist, gerade in Zeiten, in denen wir für den Erhalt unserer Demokratie noch mehr tun müssen. Weil sich Menschen, die nicht so demokratiefreundlich sind, breitmachen, müssen wir unbedingt auch die **Menschen** unterstützen, die sich **politisch engagieren**. Das wird beim Ehrenamt oft vergessen. Wir denken immer an den Feuerwehrmann oder die Feuerwehrfrau, an Leute in der Flüchtlingshilfe oder Sportver-

**(Eka von Kalben)**

einen, aber nicht an die vielen Leute, die sich politisch ehrenamtlich engagieren.

Der Angriff auf den Bürgermeister in Oersdorf war ein tragisches Beispiel. Diese Menschen werden oft in einen Pott mit hauptamtlichen Politikern gepackt, und diese haben ja per se alle einen schlechten Ruf. Wir müssen den Menschen, die sich abends in Sitzungen treffen, wie wir sie hier haben, vielleicht noch spannender, und Kommunalpolitik machen, viel mehr Würdigung entgegenbringen. Da sollten wir gemeinsam helfen. Denn die Leute, die in die Gesellschaft gehen und anpacken, anstatt rumzunölen, sind diejenigen, die unsere Gesellschaft nach vorn bringen und unsere Demokratie und unser Sozialwesen stärken. Lassen sie uns die weiter gemeinsam fördern. - Danke.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Freie Demokratische Partei hat Frau Abgeordnete Anita Klahn das Wort.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Ohne die Millionen ehrenamtlich aktiven Bürgerinnen und Bürger stünde unser Land ziemlich schlecht da, und ohne die seit Jahrzehnten unermüdlich arbeitenden ehrenamtlich Aktiven wäre unser Land nicht da, wo es heute ist.

(Beifall Dr. Heiner Garg [FDP] - Unruhe)

Ohne die **ehrenamtliche Unterstützung** hätte unser Land die **Flüchtlingswelle** nicht gemeistert. Dafür sage ich im Namen meiner Fraktion Danke.

(Vereinzelter Beifall FDP und CDU)

Meine Damen und Herren, die Große Anfrage geht auch der Frage nach, ob sich die **Wertschöpfung des bürgerschaftlichen Engagements** berechnen lässt. Jede Berechnung muss dabei natürlich zu kurz greifen, denn die ehrenamtlich geleistete Arbeit bleibt unbezahlbar. Die übergreifende Frage der Großen Anfrage ist aber, wie man das Ehrenamt am besten fördert. Die Beispiele der Kollegen, die vor mir geredet haben, sind durchaus richtig. Die Ehrenamtskarte ist ein Instrument. Es gibt allerdings nur wenige und das, was dort als Leistung angeboten wird, ist ein Schritt, aber es könnte wirklich noch mehr sein.

(Beifall Barbara Ostmeier [CDU])

Wir müssen dringend für mehr Akzeptanz bei den Arbeitgebern werben. Die Feuerwehren klagen an dieser Stelle ganz erheblich.

(Beifall FDP, CDU und PIRATEN)

Grundsätzliche Aufgabe des Staates ist es, vernünftige **Rahmenbedingungen** zu setzen. Inwieweit dazu hauptamtliche Koordinierungsmaßnahmen notwendig sind, würde ich gern im Ausschuss vertiefend diskutieren.

Ich sehe durchaus, dass zum Beispiel in der Jugendarbeit, beim Sport, bei der Kultur oder der aktuellen Flüchtlingsbetreuung strukturierende Unterstützung benötigt wird. Gleiches gilt für die Freiwilligendienste - FSJ, FÖJ und Bundesfreiwilligendienst. Alle übernehmen wichtige Aufgaben und flankieren das Ehrenamt.

Unser Hauptansatzpunkt zur Förderung des Ehrenamtes sollte jedoch auf individueller Ebene liegen. Die **rechtlichen Rahmenbedingungen** im Bereich Versicherungsschutz, bei Fragen der Sozialversicherung, im Steuerrecht - bei den Themen Steuerbefreiungen und Aufwandsentschädigungen - müssen stimmen. Kollegin Raudies, es kann nicht sein, dass es einer Broschüre bedarf, um sich durch dieses Dickicht zu bewegen. Es kann nicht sein, dass ehrenamtliche Vorstände mit ihrem Privatvermögen haften. Wenn wir das Ehrenamt wirklich fördern wollen, müssen die gesetzlichen Bestimmungen immer mit Augenmaß den aktuellen Erfordernissen und Entwicklungen angepasst werden.

Meine Damen und Herren, ich möchte an drei zusätzlichen Punkten erläutern, worauf Politik achten sollte. Erstens. Wir müssen dem Ehrenamt Zeit geben. So gibt es signifikante Unterschiede im Bereich des bürgerschaftlichen Engagements zwischen G-8- und G-9-Schülern. Bei G-8-Schülern liegt die Quote deutlich niedriger. Das stellt die Landesregierung auch in der Antwort auf die Große Anfrage dar, und das deckt sich mit den Berichten aus der Praxis.

(Beifall FDP)

Unter dem Aspekt der Stärkung des Ehrenamtes frage ich die Regierungsfractionen, warum sie den Gymnasien nicht die Wahlfreiheit zwischen G 8 und G 9 gibt.

(Beifall FDP)

Zweitens darf das Ehrenamt nicht mit **Bürokratie** überzogen werden. Der Aktionismus, den die Landesregierung bei den Kameradschaftskassen der Feuerwehr aufgeführt hat, war für die Ehrenamtler

(Anita Klahn)

nicht nur überflüssig, sondern hat auch zu jeder Menge Verärgerung geführt. Anstatt sich den Kopf darüber zu zerbrechen, wie sie weiter mit ihren Kameradschaftskassen umgehen sollen, ob sie jetzt einen Förderverein gründen müssen oder nicht, obwohl es bei 99,9 % aller Feuerwehren keine Probleme gab, hätte man sich vor Ort lieber der Frage der Nachwuchsgewinnung gewidmet oder auch einfach nur seine Arbeit im Brandschutz gemacht.

Wo wir genau hinschauen müssen, ist, wenn es um **Kinder- und Jugendschutz** geht. Wenn der traditionelle Kuchenverkauf in Kitas und anderen Institutionen überbordenden gesetzlichen Auflagen unterliegt, fallen solche Maßnahmen einfach weg. Das ist manchmal eine Einnahmequelle.

Drittens darf das Ehrenamt nicht überfordert werden. Die Flüchtlingskrise wäre ohne das Ehrenamt überhaupt nicht zu meistern gewesen. Das Ehrenamt hat in der Flüchtlingskrise aber auch **originäre staatliche Aufgaben** erfüllt. An dieser Stelle müssen die Landes-, aber auch die Bundesregierung andere entlastende Lösungen aufzeigen.

Auch in Kita und Schule, insbesondere im offenen Ganztagsbereich, setzt die Landesregierung seit Jahren auf das ehrenamtliche Engagement. Mangelnde Personalressourcen werden durch Ehrenamtler ersetzt. Ich nenne dazu nur die Stichworte Sport, Kulturangebote, Hausaufgabenbetreuung und so fort. Wer das Ehrenamt so ausnutzt, macht es letztlich platt.

Die Förderung des Ehrenamtes ist ein Ziel, das wir alle verfolgen. Die Beispiele zeigen, dass alle politisch Handelnden aufgefordert sind, sich genau zu überlegen, welche Auswirkung jede einzelne politische Entscheidung auf das bürgerschaftliche Engagement vor Ort hat.

Zum Schluss möchte ich klarstellen: Der gesellschaftliche Zusammenhalt hängt auch von unserem Ehrenamt ab. Also gehen wir mit unseren Ehrenamtlern vernünftig um. - Vielen Dank.

(Beifall FDP und Hans-Jörn Arp [CDU])

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat der Herr Abgeordnete Wolfgang Dudda das Wort.

**Wolfgang Dudda [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch ich bedanke mich erstens für die Anfrage und

zweitens für den umfangreichen Bericht, die Antworten auf die Anfrage.

Ich fange mit dem an, mit dem die Kollegin Klahn aufgehört hat, mit der **Arbeit für die Flüchtlinge** im letzten Sommer und Herbst. Das war ein ausgezeichnetes Beispiel dafür, was Ehrenamt leisten kann. Ich fange deswegen damit an, weil es zeigt, wie Ehrenamt funktioniert, wenn staatliche Vorsorge nicht da ist. Das zeichnet Ehrenamt nämlich aus. Ich komme noch darauf zurück. Frau von Kalben hat nämlich gesagt, Ehrenamt wolle nicht funktionell eingebunden sein, es möchte in gewisser Weise frei funktionieren und frei bestimmt arbeiten.

(Vereinzelter Beifall PIRATEN)

Wichtig war an der Hilfe für die Flüchtlinge aber auch, dass die Leute ein Gespür dafür entwickelt haben, wann Not am Mann oder an der Frau ist. Das ist wichtig. Das ist etwas, was wir als Landespolitik leisten können. Wir können dieses Gespür, dieses Gefühl dafür, wann es gebraucht wird, entwickeln und müssen es auch tun. Ich glaube nicht - das sagten auch die Vorredner -, dass mit irgendwelchen finanziellen Leistungen oder kleinen Anreizen eine signifikante Steigerung erreicht werden kann.

(Beifall FDP und Sven Krumbek [PIRATEN])

Wollen wir also vermehrt die Bereitschaft wecken, sich einzubringen, müssen wir etwas vermeiden, was ganz wichtig ist. Ehrenamtler dürfen sich nicht als Notnagel für öffentliche **Fehlplanung** oder **Sparzwänge** fühlen. Sie dürfen auch niemals **Ersatz** dafür sein. Da bin ich bei der Ministerin. Sie können und sollen - das ist ganz wichtig - allerdings gern eine Ergänzung sein.

Aus der Antwort der Landesregierung - man muss die **Zahlen** ein bisschen relativieren - ist zu ersehen, dass wir insgesamt eine zweiprozentige Steigerung bei dem Ehrenamt zu verzeichnen hatten. Das ist nicht viel, aber es ist gut. Es steht um unser Ehrenamt gar nicht einmal schlecht, weil in diesen Zahlen nicht das Engagement für die Flüchtlingshilfe eingerechnet worden ist.

Das alles gilt allerdings nur für die Gegenwart und nicht für die Zukunft. Wenn wir weiterhin sicherstellen wollen, dass, bezieht man die Bundesebene ein, insgesamt etwa ein Drittel aller Menschen in der Bundesrepublik etwas tun, dann müssen wir auch etwas für das Ehrenamt tun. Das kann über Kampagnen geschehen. Ich bin etwas anderer Auffassung als Sie, Frau Klahn. Die Feuerwehr hat

(Wolfgang Dudda)

eine gute Unterstützung aus dem Lotto-Topf bekommen und eine gute Kampagne gemacht. Sie war sehr erfolgreich. Das muss man klipp und klar sagen.

(Beifall PIRATEN, FDP und Lars Harms [SSW])

Damit sind wir bei einem wesentlichen Punkt. Die **Professionalisierung** beim **Campaigning** fehlt. Es ist alles noch recht altbacken. Da braucht man seitens der Ehrenamtler die professionelle Unterstützung der Landesregierung und des Landes überhaupt, wenn es um Social Media und Ähnliches geht.

Damit wird allerdings auch nur ein Symptom angegangen, nicht aber die Erkrankung. Um im Bild zu bleiben: Die beste Prävention gegen Egoismus in der Gesellschaft ist eine soziale Bildung. Deswegen ist das Problem vor allen Dingen in den Schulen anzugehen. Die Generali-Versicherung hat 2010 eine sehr interessante Studie gemacht und festgestellt, dass es vor allem die hochgebildeten Menschen sind, die sich ehrenamtlich engagieren. Der **Kreis der Ehrenamtler** muss **erweitert** werden. Ehrenamtlichkeit ist nämlich regelmäßig mit Kosten verbunden. Hier gibt es noch Spielraum. Das könnte beim Steuerlichen beginnen und beispielsweise damit aufhören, dass man einen kostenlosen ÖPNV ermöglicht. Hier muss - da bin ich bei der Kollegin Nicolaisen - mehr Inhalt als Symbol auf die **Ehrenamtskarte**.

(Beifall Sven Krumbeck [PIRATEN] und Barbara Ostmeier [CDU])

Es kann nämlich nicht angehen, dass ein Mensch, der Hartz IV oder staatliche Transferleistungen empfängt, beim Ehrenamt nicht mitmachen kann, obwohl er Motivation, Zeit und Qualifikation hat, ehrenamtlich etwas zu machen. Wenn wir uns nicht um diese Leute kümmern und nicht versuchen, sie an Bord zu holen, haben wir uns nicht ernsthaft um das Ehrenamt gekümmert.

Zurück zu Frau von Kalben und ihrem Ansatz, dass Ehrenamtler nicht so eingebunden sein wollen. Das findet sich wunderbar in einem Zitat von Lisa Srikiow aus der „Zeit“ von vor fünf Jahren wieder. Sie hat gesagt:

„Das Ehrenamt ist weder Zeitvertreib noch Nische für Prestigesüchtige. Es ist die Stütze einer freien Gesellschaft, weil es den Bürgern die Möglichkeit gibt, ihre Umwelt mitzugestalten und zu verbessern.“

Das lässt sich nicht unbedingt in feste Strukturen einbinden. Vor diesem Hintergrund kann ich sehr gut verstehen, dass man das spontan für einen begrenzten Zeitraum und völlig frei leisten will.

(Beifall PIRATEN)

Aus der Studie geht noch etwas anderes hervor. Das ist wichtig. 2010 wurden 4,6 Milliarden Stunden ehrenamtliche Arbeit in einem Jahr geleistet. Würden sie mit 7,50 € pro Stunde honoriert, brächte dies einen Nutzen für das Gemeinwesen von circa 35 Milliarden €. Die Leistungen der Freiwilligen - so heißt es in der Auswertung der Studie - entsprechen einer Arbeitszeit von 3,2 Millionen Vollzeitbeschäftigten. Das brauchen wir für das Ehrenamt. Ich muss ehrlich sagen: Wenn ein Bundesteilhabegesetz einen Finanzbedarf von circa 5 Milliarden € hat und wir 700 bis 800 Millionen € hineintun, können wir uns gar nicht genug Ehrenamtler wünschen, um die Aufgaben, die damit verbunden sind, zu erfüllen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall PIRATEN und vereinzelt CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat der Herr Abgeordnete Flemming Meyer das Wort.

**Flemming Meyer [SSW]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Liebe Kolleginnen, liebe Kollegen! Auch ich möchte mich bei allen Beteiligten für die sehr umfangreiche und ausführliche Beantwortung der Großen Anfrage der CDU bedanken. Sie gewährt einen aktuellen Überblick über die Situation und die Rahmenbedingungen des bürgerschaftlichen Engagements hier bei uns in Schleswig-Holstein und dessen wichtige Bedeutung für das gesellschaftliche Zusammenleben und Zusammenwirken.

Ohne das freiwillige Engagement vieler Bürgerinnen und Bürger wäre Schleswig-Holstein arm dran. Gerade wir in den Minderheiten wissen nur allzu gut: Ohne die vielen Menschen, die ihre freie Zeit den anderen opfern und dies auch noch gern tun, wäre die Welt um einiges ärmer.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Dafür schulden wir ihnen Dank und Anerkennung.

Die Antwort auf die Große Anfrage macht deutlich, dass das bürgerschaftliche Engagement im Land viele Facetten hat. Die Vielfalt ist so groß, dass sie sich einer Aufzählung entzieht. Daher wird es mir

(Flemming Meyer)

hier nicht möglich sein, allen ehrenamtlich Tätigen gebührend meinen Respekt zollen zu können.

So facettenreich das Engagement ist, so umfangreich sind auch die Tätigkeitsfelder. Das bürgerschaftliche Engagement in Vereinen, Verbänden, Politik oder Kultur - um hier nur einige Bereiche zu nennen - ist in den letzten fünfzehn Jahren deutlich gestiegen. Es hat sich zu einem wichtigen politischen Instrument entwickelt.

Uns allen ist dies noch ganz deutlich und frisch im Zusammenhang mit dem Zustrom der Flüchtlinge in Erinnerung. Ohne die spontane Hilfe und Unterstützung der Flüchtlingshelfer bei uns im Land hätten wir das Problem nicht so gut bewältigen können. Dieses Beispiel macht deutlich, dass die Menschen bei uns im Land gern helfen, wenn es darauf ankommt.

Dieses **spontane Engagement** steht aber auch für einen zu verzeichnenden **Strukturwandel im Ehrenamt**. Die Menschen haben heute andere Lebensstile entwickelt, sodass **langfristige zeitliche Verpflichtungen** zum Ausüben eines bürgerschaftlichen Engagements weniger eingegangen werden. Gleichwohl werden das Mitwirken und das Engagement im klassischen Ehrenamt weiterhin bestehen. Aber Zeitknappheit und berufliche Anforderungen sowie das geänderte Interesse an einer mehr zielorientierten und temporären Arbeit wirken sich auf das Ehrenamt aus. Auf diese neuen Bedingungen muss sich auch die Politik für das Ehrenamt einstellen.

Ich will nicht sagen, dass die dicken Pfeiler des Ehrenamtes bröckeln, aber die Frage nach der Zukunft des ehrenamtlichen Engagements bleibt, und darauf müssen wir eine Antwort finden. Um es ganz deutlich zu sagen: Ich will nicht, dass man das Ehrenamt in eine erste oder eine zweite Klasse einstuft. Aber wir müssen uns rechtzeitig auf Veränderungen einstellen. Deshalb muss man darauf hinweisen.

Wir wollen das Ehrenamt erhalten und stärken. Daher müssen wir die Weichen entsprechend stellen. Wir müssen die richtigen **Rahmenbedingungen** schaffen, um ehrenamtliche Arbeit zu unterstützen.

Dies kann geschehen, indem wir den Zugang zu ehrenamtlichen Tätigkeiten niedrigschwellig halten und/oder indem das Hauptamt gestärkt wird. Niemand hat Lust, seine kostbare Freizeit zu opfern, nur um bürokratische Irrwege abzulaufen. Daher muss der Zugang zu Informationen, zu Schulungen oder Ähnlichem für Ehrenamtler so einfach wie möglich gemacht werden. Hierbei sehen wir das

Hauptamt entsprechend in der Verantwortung, dem Ehrenamt beratend zur Seite zu stehen.

Das Ehrenamt muss aber auch auf sich selbst und auf die eigenen Strukturen sehen. Es muss darauf schauen, inwieweit die Strukturen zeitgemäß und überhaupt noch überlebensfähig sind. Was nutzen engagierte Ehrenamtler, wenn ihnen die Aktiven abhandenkommen? Vor Ort muss auch der Wille vorhanden sein, über Strukturveränderungen nachzudenken. Das ist natürlich leichter gesagt als getan. In weiten Teilen liegt dies auch an einer nicht mehr zeitgemäßen und kleinstrukturierten Ordnung, die gerade im ländlichen Raum vorzufinden ist.

Solche heißen Eisen müssen auch in Betracht gezogen werden, wenn wir das Ehrenamt erhalten wollen. - Jo tak.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratungen.

Es wurde Ausschussüberweisung beantragt. Es wurde beantragt, die Große Anfrage Drucksache 18/3918 dem Sozialausschuss zur abschließenden Beratung zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Wir kommen zu Tagesordnungspunkt 18:

**Erhalt der Rechtsmedizin in Kiel und Lübeck**

Antrag der Fraktion der FDP  
Drucksache 18/4422

Wird das Wort zur Begründung gewünscht? - Das ist nicht der Fall.

Dann hat jetzt für die antragstellende Fraktion Frau Abgeordnete Anita Klahn von der FDP-Fraktion das Wort.

**Anita Klahn [FDP]:**

Sehr geehrter Herr Präsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Diskussion um den Erhalt des Instituts für **Rechtsmedizin** mit Laborkapazitäten am **Standort Lübeck** gab es bereits in der 16. Legislaturperiode, genauer gesagt im Jahr 2005. Bereits damals gab es die Sorge, dass aus rein fiskalischen Überlegungen eine Konzentrierung dieser Aufgabe auf den Standort Hamburg erfolgen könne. Das

(Anita Klahn)

Einsparpotenzial wurde damals mit 400.000 € beziffert.

Damals wurde betont, dass die rechtsmedizinische Versorgung des Landes Schleswig-Holstein für die Staatsanwaltschaften zu gewährleisten sei und dass die justiziellen Belange ein wesentliches Entscheidungskriterium seien.

Letztendlich wurde die Landesregierung vom Landtag aufgefordert, ein **Konzept** zur Erhebung kostendeckender Gebühren für Dienstleistungen der Rechtsmedizin zu entwickeln; nachzulesen ist dies im Plenarprotokoll vom 29. September 2005 aus der 16. Legislaturperiode. Meine Damen und Herren, dieses fehlt bis heute.

Im Juni dieses Jahres berichtete nun das Wissenschaftsministerium über eine Vielzahl von Aktivitäten. Man führe Gespräche mit dem Innen- und dem Justizministerium - immerhin -, aber das nun schon seit drei Jahren.

Was im Grundsatz löblich ist, ist aber für die Verantwortlichen im UKSH und den betroffenen Mitarbeitern der Rechtsmedizin eine Hängepartie, wenn es nicht zu Entscheidungen aufgrund dieser Gespräche kommt.

Tatsache ist jedenfalls, dass ein Konzept zur Finanzierung weiterhin fehlt und dass das JVEG nicht überarbeitet wurde.

(Martin Habersaat [SPD]: Ist es doch!)

Selbst da, wo nicht nur ein Handlungsbedarf erkannt, sondern auch schon entsprechende Lösungsansätze erarbeitet wurden, wie beim geplanten Ankauf eines Gebäudes für das Institut, um die nicht unerheblichen Mietkosten zu sparen, fehlt es bis heute an der Umsetzung.

Mit dem Haushalt 2015 wurde das Wissenschaftsministerium mit Zustimmung des Finanzministeriums ermächtigt, Mittel zum Ankauf eines Gebäudes für das Institut für Rechtsmedizin auf dem Campus Lübeck zu verwenden.

Die **Verpflichtungsermächtigung** zum **Gebäudeankauf** steht zwar weiterhin im Haushalt 2017, was wir im Grundsatz begrüßen, jedoch werden Ihre Ankündigungen nicht glaubhafter, wenn keine Taten folgen. Ein klares Bekenntnis zum Standort Lübeck sieht auf jeden Fall anders aus.

(Martin Habersaat [SPD]: Quatsch, wir kennen uns zu allen Standorten!)

Alle Beteuerungen seit 2005 - damals gab es die Große Koalition -, die Rechtsmedizin in Schleswig-

Holstein unverändert zu erhalten, werden zu Makulatur, wenn sich diese Landesregierung, namentlich die Justiz- und die Wissenschaftsministerin, nicht endlich um eine Klärung kümmert.

Sie lassen das UKSH und die Rechtsmedizin mit ihren Mitarbeitern im Regen stehen, wenn sie nicht endlich dafür Sorge tragen, dass eine kostendeckende Gebührenverordnung entwickelt wird.

(Beifall FDP und CDU)

Erklären Sie uns den Grund für Ihre Untätigkeit? Oder welche anderen Maßnahmen ergreift die Landesregierung, um die notwendigen Finanzmittel für Personal- und Sachkosten sicher- und bereitzustellen? Im Haushaltsentwurf habe ich nichts Weitergehendes dazu gefunden.

Das Nichthandeln der Landesregierung macht die Rechtsmedizin platt. Es hat auf jeden Fall bereits jetzt die Konsequenz, dass sich die Mitarbeiter, deren Zeitverträge im Frühjahr nächsten Jahres auslaufen, bereits jetzt um Anschlussbeschäftigungen an anderen Orten bemühen müssen, denn sie müssen ihren Lebensunterhalt sichern. Keine Mitarbeiter, keine Aufgabenerfüllung mehr möglich, keine Rechtsmedizin mit der Folge der Schließung des Standortes Lübeck durch äußere Einwirkungen - ist das ihr wahres Ziel?

Wir Liberale halten es für unabdingbar, dass die Rechtsmedizin mit ihren Laborkapazitäten, mit ihrer Expertise an den beiden Gerichtsstandorten Kiel und Lübeck aufrechterhalten wird. Diese sind wichtiger Bestandteil bei der Aufklärung von Verbrechen. Sie dienen der Forschung und Lehre in exzellenter Weise.

Wir haben gemeinsam die anonyme Spurensicherung beschlossen. Aufgaben gibt es also reichlich. Oder soll Rechtsmedizin zukünftig am UKE Hamburg stattfinden, wohin bereits ein großer Teil der Leichen geschickt wird?

Meine Damen und Herren, für die Rechtsmedizin in Lübeck ist es fünf vor zwölf - handeln Sie endlich!

Ich bitte um Zustimmung zu unserem Antrag. - Vielen Dank.

(Beifall FDP)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die CDU-Fraktion hat der Herr Abgeordnete Volker Dornquast das Wort.

**Volker Dornquast [CDU]:**

Herr Präsident! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Gleich einleitend darf ich für meine Fraktion feststellen, dass wir in Kiel und in Lübeck eine leistungsstarke, gute Rechtsmedizin auch für die Zukunft für zwingend erforderlich halten.

(Beifall CDU und FDP)

Wie wir uns noch alle erinnern können, gab es über längere Zeit **Probleme bei der Stellenbesetzung** in diesem verbundenen Institut. Frau Klahn hat gerade neuere Probleme im Personalbereich geschildert. Deshalb kann ich nachvollziehen, dass die FDP diesen Antrag mit dem Punkt 2 gestellt hat, um möglichen Überlegungen der Landesregierung zu einer Fusion an einem der beiden Standorte vorzugreifen. Ich glaube aber, dass es ausreichende Argumente gibt, diesen Gedanken gar nicht erst aufkeimen zu lassen. Er wäre schon mehr als obskur, diesen Schritt zu machen.

Wie die Antwort auf meine **Kleine Anfrage** vom August 2016 gezeigt hat, sind beide Standorte leistungsstark und gut ausgelastet - Kiel noch stärker als Lübeck. Das liegt an den zugewiesenen Aufgaben, aber natürlich auch an der Lage der beiden Institute im Land. Kiel hat nun einmal das größere Hinterland mit Blick auf Schleswig-Holstein.

Dieses erfolgt zumindest unter dem Gesichtspunkt, dass sich der Bereich der Staatsanwaltschaft Itzehoe im Wesentlichen der entsprechenden Einrichtungen in Hamburg bedient. Ich gehe davon aus, dass die Landesregierung dieses natürlich unterbunden hätte, wenn die Lübecker Rechtsmedizin auf diese Fälle angewiesen wäre, um wirtschaftlich zu arbeiten.

Nicht nur Obduktionen werden von der jeweiligen Rechtsmedizin durchgeführt. In Kiel und Lübeck sind dies in den letzten Jahren zwischen 500 und 575 gewesen. Es sind viel stärker die DNA-Untersuchungen, die toxikologischen Gutachten, Alkoholfälle im Straßenverkehr und sonstige ärztliche Gutachten, die mit einer Gesamtzahl von jährlich 10.000 zu Buche schlagen.

Aber nicht nur diese **Zahlen** sprechen für eine Beibehaltung der Standorte, sondern auch die **räumliche Situation** in unserem Land. Wenn die Mitarbeiter der Rechtsmedizin in bestimmten Fällen in die örtlichen Krankenhäuser im ganzen Land fahren, um an bestimmten Untersuchungen teilzunehmen, oder wenn sie die Tatorte aufsuchen, dann kann dies nicht von einem Standort aus erfolgen.

(Beifall CDU und FDP)

Auch für die **Lehre** an beiden Universitätsstandorten brauchen wir beide Standorte der Rechtsmedizin.

Leider hat die Landesregierung - wie sich aus der genannten Antwort auf meine Kleine Anfrage ergibt - keinen Überblick darüber, welche Kosten von Schleswig-Holstein an Hamburg erstattet werden müssen, die durch die Inanspruchnahme der entsprechenden Institute entstehen. Dies ist sehr bedauerlich; denn dadurch gibt es natürlich auch keinerlei **Wirtschaftlichkeitsberechnung**. Vielleicht ist es finanziell besser, auch für die Itzehoer Region die landeseigenen Institute in Anspruch zu nehmen, natürlich - unter Berücksichtigung der jeweiligen Entfernungen, die damit verbunden sind.

(Beifall Hans-Jörn Arp [CDU])

Einer sofortigen Erarbeitung einer kostendeckenden Gebührenordnung stimmen wir ebenfalls zu; wir halten dies für zwingend erforderlich. - Danke für Ihre Aufmerksamkeit.

(Beifall FDP und CDU)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die SPD-Fraktion hat der Abgeordnete Martin Habersaat das Wort.

**Martin Habersaat [SPD]:**

Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Seit „Der letzte Zeuge“ mit Ulrich Mühe kommt niemand mehr ohne **Rechtsmedizin** aus, Kriminalromane nicht, Filme nicht und der Landtag auch nicht. Möglicherweise fallen bei uns Obduktionen eher selten an. Aber die FDP reichte ihren Antrag schon im Juli 2016 ein. Den haben wir dann schnöderweise zweimal geschoben. Heute ist es endlich soweit. Dazu kommt die Antwort der Landesregierung auf eine Kleine Anfrage des Kollegen Dornquast aus dem August 2016, die ihr Gelegenheit gab, vieles von dem noch einmal zu Papier zu bringen, was sie bereits in ihrem Bericht im Jahr 2015 dargelegt hatte. Aufgrund der Bemerkungen des Landesrechnungshofes 2015 hatte auch der Finanzausschuss schon Gelegenheit, sich mit einem Bericht des Wissenschaftsministeriums und weiteren Unterlagen auseinanderzusetzen.

Diese intensive Information der Landesregierung macht auch deutlich, dass der Rechtsmedizin nicht nur die Aufgabe zukommt, Tote aufzuschneiden. Dazu gehören auch DNA-Untersuchungen, die allerdings auch beim LKA direkt stattfinden. Dazu gehören toxikologische und andere ärztliche Gut-

(Martin Habersaat)

achten. Es geht um mehr als nur um die Aufklärung von Straftaten. Es geht auch um Hilfe für die Opfer von Straftaten.

Der Antrag der FDP zitiert weitestgehend wörtlich den Beschluss des Landtages vom 29. September 2005, das war seinerzeit die Drucksache 16/269, in dem sich das Parlament zur großen Bedeutung des Instituts und zum **Erhalt an beiden Standorten** bekannt hatte. Die Altvorderen haben damals so beschlossen, und an dieser Beschlusslage hat sich auch durch mehrfach veränderte politische Mehrheiten nichts geändert. Es gibt keine Diskussion über eine Schließung der beiden Standorte.

Eine Kooperation mit Hamburg und dem UKE, wo sich das wegen räumlicher Nähe aus Zeitgründen anbietet, halte ich keinesfalls für einen Skandal, sondern für logisch und geboten.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

Die Landesregierung hat in ihrem Bericht an den Finanzausschuss dargelegt, dass sie drei der vier Einzelforderungen des damaligen Antrages umgesetzt hat. Sie hat den Standort Lübeck erhalten, allerdings bei Konzentration der Labore am Standort Kiel; das sei eingeräumt. Das entspricht genau der damaligen Beschlusslage, die sogenannte Prosektur in Lübeck aufrechtzuerhalten.

Ferner hat sie die zeitliche und örtliche Verfügbarkeit von Rechtsmedizinern bei der Ermittlung von Schwerverbrechen sichergestellt.

Strittig ist nur der Punkt 3 des damaligen Antrags, den die FDP heute erneut aufgreift, nämlich eine **kostendeckende Gebührenordnung** für die Dienstleistungen vorzulegen. An diesem Punkt müssen wir einräumen, dass unser damaliger Beschluss oder eher der der Altvorderen, wie eben festgestellt, auf tönernen Füßen stand, weil sich das Land hier etwas angemaßt hat, was gar nicht in seine **Zuständigkeit** fällt. Hier griff nämlich bereits damals das Justizvollzugsentschädigungsgesetz des Bundes aus dem Jahr 2004. Das haben Sie auch zitiert, Frau Klahn. Vielleicht lassen Sie Ihren Topjuristen noch einmal drübergucken. Der wird dann vermutlich auch feststellen, dass das Land da gar nicht zuständig ist.

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Der ist gerade nicht da! Könnten Sie uns weiterhelfen?)

- Das habe ich ja schon getan!

(Dr. Heiner Garg [FDP]: Sie haben nur gesagt, er soll da drübergucken!)

- Ich habe gesagt, das Land hat diese Regelungskompetenz nicht, weil das bereits im **Justizvollzugsentschädigungsgesetz** von 2004 geregelt ist! Ich habe Sie gebeten, Ihren Topjuristen prüfen zu lassen, ob diese meine Aussage stimmt.

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Sonst schicken wir gern unseren Justiziar noch einmal vorbei!)

Also ist unter diesen Voraussetzungen der Antrag der FDP politisch sinnlos. Die Punkte 1 und 2 entsprechen unserer Beschlusslage. Der Auftrag, der der Landesregierung unter Punkt 3 erteilt werden soll, ist von ihr aus rechtlichen Gründen gar nicht umzusetzen. Es wäre daher absurd, einen entsprechenden Beschluss zu fassen.

Die Landesregierung hat sich aber auf Bundesebene erfolgreich dafür eingesetzt, die im JVEG enthaltenen Sätze so zu erhöhen, dass sie kostendeckend sind. Da gab es im Jahr 2013 einen Erfolg zu feiern, den wir an dieser Stelle noch einmal würdigen können. Also, wir nähern uns der Kostendeckung, wenn wir sie nicht in Teilen schon erreicht haben. Andere Bundesländer haben das jedenfalls für sich nach dieser Erhöhung 2013 schon festgestellt.

Meine Damen und Herren, wollten wir also dem FDP-Antrag zustimmen, wäre er von vornherein eine politische Leiche, die nicht einmal Professor Boerne reanimieren könnte. Wir sind aber gern bereit, im Ausschuss noch einmal darüber zu reden. - Vielen Dank.

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN hat jetzt der Abgeordnete Dr. Andreas Tietze das Wort.

**Dr. Andreas Tietze [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN]:**

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Auch uns hat dieser FDP-Antrag gewundert. In der Lebensmittelbranche würde man sagen: Haben Sie einmal an das Haltbarkeitsdatum gedacht, 2005 bis heute? Der Kollege Habersaat hat ja bereits ausgeführt, dass die Dinge im Blick sind.

Das Einzige, was Sie zu Recht kritisieren, ist die **kostendeckende Gebührensatzung**. Die kostendeckende Gebührensatzung ist - das hat auch Herr Habersaat gesagt - eine Leistung, die in der Tat in den Blick genommen gehört. Der Landesrechnungshof hat das zu Recht angemahnt. Da sind wir auch bei Ihnen.

(Anita Klahn [FDP]: Aha! Wunderbar!)

(Dr. Andreas Tietze)

Aber es ist auch deutlich gesagt worden, dass das nicht in unserer Kompetenz liegt.

Wenn Sie den Bericht zur Hand nehmen, den die Ministerin bereits vor einem Jahr gegeben hat - der ist noch ein bisschen frischer -, dann sehen Sie, dass sich die Küstenkoalition längst auf den Weg begeben hat, indem sie eine relevante Anhebung der Gebührensätze für Obduktionen im sogenannten Kostenrechtsmodernisierungsgesetz vorangebracht hat.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

Also, liebe Frau Klahn, was wir nicht brauchen, sind überflüssige Debatten, schon gar nicht an diesem Abend. Der Landtag hat wahrlich genug damit zu tun, sich mit dem laufenden Geschäft und der Bewältigung aktueller Ereignisse zu befassen, anstatt sich mit Dingen zu befassen, die längst in der Mache sind.

Die Landesregierung hat in Sachen Rechtsmedizin, wie ich finde, in ihrem Bericht sehr ausführlich dargelegt, wie die Situation aussieht. Ich erinnere mich daran, dass wir den Bericht in den Fachauschüssen ausgiebig - auch mit Ihnen - diskutiert haben und dass wir ihn abschließend zur Kenntnis genommen haben.

Eine Änderung der bisherigen Ausrichtung des Instituts für Rechtsmedizin im UKSH - ich erinnere an den Bericht - ist nicht geplant. Es bleibt bei beiden Standorten in Verantwortung des UKSH. Das ist auch gut so. Wir wollen Synergieeffekte nutzen. Doppelstrukturen sollen vermieden werden; denn Doppelstrukturen sind ineffektiv und unwirtschaftlich, und das sollten wir uns nicht leisten.

(Beifall Rasmus Andresen [BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN] und Martin Habersaat [SPD])

Nun kommen wir zum Wunsch-dir-was der **Stiftungsuniversität Lübeck**. Sie wünscht sich ein **eigenes Rechtsmedizinisches Institut**. Wünschen darf man das ja. Allerdings: Das uns und mir vorgebrachte Argument, dass eine Ausgliederung aus dem UKSH und eine Integration in die Stiftungsuniversität besser wäre, erschließt sich mir nicht wirklich. Das Wissenschaftsministerium ist in die Diskussion mit den Hochschulen eingebunden. Kosten und Nutzen werden sorgfältig abgewogen. Bisher gibt es einen Lehrstuhlinhaber an der CAU. Eine organisatorische Trennung hätte zwangsläufig zur Folge, dass die Stiftungsuni Lübeck eine eigene Professur für Rechtsmedizin fordert.

Ich darf an der Stelle schon einmal sagen, dass Ihre Argumentation, liebe Frau Klahn, schon etwas ungewöhnlich ist. Herr Dornquast hat sich da ja angeschlossen. Ich erinnere mich noch gut daran, dass Sie eigentlich die gesamte Uni Lübeck abwickeln wollten. Wie heißt es doch so schön? Die Kritiker der Elche waren früher selber welche. Ich kann Sie nur daran erinnern: Wenn Sie das, was Sie heute fordern, damals gefordert hätten, dann wäre das, was Sie heute gefordert haben, zumindest unredlich. Ein bisschen mehr Selbstkritik hätte ich mir an der Stelle gewünscht, auch von Ihnen, Herr Dornquast.

(Zuruf Volker Dornquast [CDU])

- Lieber Herr Dornquast, Sie waren ja damals auch Mitglied der Landesregierung!

(Dr. Ralf Stegner [SPD]: Man kann es kaum glauben, aber es stimmt!)

- Ja, daran darf man ja einmal erinnern!

Also, wir gehen höchst pragmatisch und lösungsorientiert zu Werke. Der Landeshaushalt erhält in dem betreffenden Einzelplan einen Haushaltsvermerk, dass die Mittel zum Ankauf eines Gebäudes für die Nutzung durch das UKSH nebst Nebenkosten vorhanden sind. Man ist überzeugt davon, damit zukünftig Geld zu sparen. Sämtliche Nebentätigkeiten wurden zur Dienstaufgabe erklärt. Die Leistungen werden nicht mehr privat abgerechnet.

Es ist schon genannt worden: Der Opferschutz ist ein wichtiges Anliegen dieser Koalition. Im Haushalt 2015 haben wir 200.000 € zur vertraulichen Spurensicherung eingestellt, um dieses Anliegen auch finanziell zu hinterlegen.

Es ist unser gemeinsamer Auftrag, die Haushalte für das UKSH und für die Uni so wirtschaftlich wie nötig und so nachhaltig wie möglich zu gestalten. Das gilt auch für die Rechtsmedizin. Das Ministerium hat die richtigen Schritte zur richtigen Zeit eingeleitet und ist im Gespräch mit den Hochschulen zur Zukunft des Instituts für Rechtsmedizin. Ich finde, wir sind hier auf einem richtigen Weg, und diese Debatte hätten wir uns heute sparen können. - Vielen Dank.

(Beifall BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, SPD und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Piratenfraktion hat das Wort der Fraktionsvorsitzende, Herr Abgeordneter Dr. Patrick Breyer.

**Dr. Patrick Breyer [PIRATEN]:**

Herr Präsident! Sehr verehrte Damen und Herren Abgeordnete! Die Rechtsmedizin hat eine Reihe von wichtigen Funktionen, die wir schon gehört haben. Darunter ist auch die der anonymisierten Spurensicherung für Opfer von Gewalt. Das ist eine Initiative von uns PIRATEN, die erfreulicherweise im Konsens dieses Hauses umgesetzt worden ist.

Der dazu vorgelegte Antrag geht leider am Kern des Problems der **Rechtsmedizin** vorbei. Das Problem, das wir haben, ist das seit Jahren **chronische Defizit** dieser Einrichtung. Der Landesrechnungshof prüft gerade die Ursachen dieses Defizits. Der Finanzausschuss hat sich damit befasst. Es sind sehr detaillierte Berechnungen vorgenommen worden und Begutachtungen dahin gehend, was man besser machen kann. Das muss auch weiter passieren. Dass aber beide Standorte weiter existieren sollen, hat keiner infrage gestellt. Insofern ist der Kern des Themas verfehlt.

Am Rande sollte ich außerdem erwähnen: Der Antrag ist insofern falsch, als der Rechtsmedizin eine große Bedeutung in der Krankenversorgung zugesprochen wird. Liebe Kolleginnen und Kollegen von der FDP, ich hoffe nicht, dass Sie Kranke von Rechtsmedizinern versorgen lassen wollen.

Weiter fordern Sie eine **kostendeckende Gebührenordnung**. Diese Forderung ist reichlich unterkomplex, um es zurückhaltend zu sagen. Wir haben es schon gehört, die Gebühren sind bundesrechtlich geregelt. Es geht eigentlich eher darum, ob das Land dem Institut alle Zusatzleistungen für weitere Aufgaben, die dort wahrgenommen werden, erstattet. Es geht um die Frage, ob die Kostenplanung und die Planungssicherheit im Institut verbessert werden können. Diesen Fragen wird gerade nachgegangen. Ihnen muss nachgegangen werden, nicht aber der Frage der Gebühren, die dafür festgesetzt werden.

Vor diesem Hintergrund macht es keinen Sinn, den Beschluss so, wie Sie ihn hier beantragen, zu fassen. Richtig und wichtig ist es aber, die wichtige Arbeit der Rechtsmedizin auch für die Zukunft abzusichern. - Vielen Dank.

(Beifall PIRATEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Für die Abgeordneten des SSW hat jetzt Frau Abgeordnete Jette Waldinger-Thiering das Wort.

**Jette Waldinger-Thiering [SSW]:**

Herr Landtagspräsident! Sehr geehrte Damen und Herren! Die Situation im UKSH und die wirtschaftliche Lage der Hochschulen ist in mehr oder weniger großen Abständen Gegenstand der Beratungen hier im Plenum. Mehrfach wurde auch über die **Rechtsmedizin** und ihre **Wirtschaftlichkeit** debattiert. Man war sich einig, den Status quo zu erhalten. So ist es bis heute, und mir ist bis dato auch nichts anderes bekannt. Mehr noch, die Aufgaben in diesem Bereich werden in der Neuordnung der Hochschulmedizin gesetzlich festgeschrieben und damit auch langfristig sichergestellt.

Kriminalitätsbekämpfung, Forschung und das Vermitteln von Wissen sowie handwerkliches Können; all dies gehört zur tagtäglichen Arbeit der Rechtsmedizin in Kiel und Lübeck. Die Rechtsmedizin ist eine entscheidende Schnittstelle für so vieles. Medizin, Jura, Fakultäten, Kliniken und Polizeidirektionen, all dies vereint die Rechtsmedizin und bietet dabei vor allem für junge Menschen eine wertvolle Anlaufstelle. Hier können sie oft erstmals ihr Erlerntes in die Praxis umsetzen, und erfahrene Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter können ihr Wissen weitergeben. Das ist also eine echte Querschnittsaufgabe. Dies ist nicht nur ein Mehrwert für die Städte Kiel und Lübeck, sondern für das ganze Land. Das ist eine Tatsache, die wir uns immer wieder vor Augen führen sollten.

Klar ist auch, dass ein solcher Aufgabenbereich meistens kein gewinnbringendes Modell darstellt. In Zeiten knapper Kassen schmerzt dies natürlich besonders. Jedoch sollte es im Interesse des Landes sein, diese so wichtige Schnittstelle als Versorgungsauftrag für die Menschen zwischen Nord- und Ostsee zu erhalten. Die **Rechtsmedizin** an den **Standorten Kiel und Lübeck** sollte dabei nicht als Konkurrenz angesehen werden, sondern sie sollte vielmehr eine Ergänzung darstellen: Zwei Standorte, die sich ergänzen, um jeweils das Beste für die Region herauszuholen. An diesem Ziel gilt es, festzuhalten.

Eines möchte ich noch einmal deutlich machen, wenn es darum geht, Strukturen verbessern zu wollen. Das bedeutet nämlich nicht, dass bei den Optimierungsprozessen nur harte betriebswirtschaftliche Maßstäbe angelegt werden dürfen, frei nach dem Motto: Was sich nicht rechnet, fliegt raus. Hierbei gilt es, auch die weichen Faktoren entsprechend zu berücksichtigen. Das ist für uns als SSW ein ganz entscheidender Punkt, denn eine ausreichende rechtsmedizinische Versorgung in unserem Land steht nicht nur im Interesse von Justiz und Polizei,

(Jette Waldinger-Thiering)

sondern sie stärkt vor allem die medizinische Bildung an beiden Standorten und bietet darüber hinaus ein weiteres Mehr an Infrastruktur in Schleswig-Holstein.

Die Arbeit der Rechtsmedizin ist gefragt. Ich erinnere in diesem Zusammenhang an die große fraktionsübergreifende Einigkeit, die vertrauliche Sicherung von Tatspuren bei sexualisierter Gewalt und anderen Gewaltdelikten stärken zu wollen. Um diesen parlamentarischen Willen mit Leben zu füllen, braucht es eine starke Rechtsmedizin. Wir vom SSW wollen uns auch weiterhin für eine solide Rechtsmedizin in Kiel und Lübeck einsetzen.

(Beifall SSW, SPD und BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen aus dem Parlament liegen nicht vor. - Jetzt hat für die Landesregierung die Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung, Frau Kristin Alheit, das Wort.

**Kristin Alheit, Ministerin für Soziales, Gesundheit, Wissenschaft und Gleichstellung:**

Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren Abgeordnete! In dem Landtagsbeschluss, der von vielen zitiert worden ist und auf den sich der Antrag der FDP bezieht, geht es um Kostenbegrenzung und um kostendeckende Gebühren der Rechtsmedizin. Das ist richtig und wichtig, das haben wir schon von vielen gehört. Es geht darin aber zugleich und - so finde ich - grundlegender um die Sicherung der Rechtsmedizin in Kiel und Lübeck unter Berücksichtigung der Anforderungen von Strafvollzugsbehörden, Justiz und Ausbildung. Und es ging um die zeitliche und örtliche Verfügbarkeit von Rechtsmedizinern in allen Phasen der Ermittlung bei vermuteten Kapitaldelikten.

Dies erfordert ein **Gesamtkonzept**, und daran orientiert sich die Landesregierung. Deshalb haben wir eine Reihe ineinandergreifender Maßnahmen auf den Weg gebracht, die hier an verschiedener Stelle schon genannt worden sind.

Erstens. Mit der Schaffung entsprechender gesetzlicher Grundlagen werden in der Landesregierung die zuständigen Ressorts ein Mitspracherecht bei der Struktur- und Wirtschaftsplanung erhalten. Damit wollen wir eine effiziente und effektive Aufgabenerfüllung für die Zukunft sicherstellen. Hierzu trug auch die **Umstellung der Vergütung** der Ärztinnen und Ärzte in der Rechtsmedizin vom Tarif-

vertrag Land auf den ärztlichen Entgelttarif im vergangenen Jahr bei. Nur durch die angemessene und wettbewerbsfähige Bezahlung werden wir auch in Zukunft die hervorragende Qualität der Leistungen der Rechtsmedizin erhalten können.

Zweitens. Parallel geht es darum, die **Finanzierungsgrundlagen** zu verbessern. Hierzu wurde schon einiges gesagt. In diesem Bereich wurden in den vergangenen Jahren wichtige Fortschritte erzielt. Diese betreffen zunächst die Einnahmeseite. Die Gebühren werden durch das Justizvollzugsschädigungsgesetz des Bundes geregelt. Auch das war schon Thema. Die dort festgelegten Sätze wurden im Jahr 2013 und nochmals ab diesem Jahr auf Initiative der Landesregierung deutlich erhöht. Aber, keine Frage, das sind noch keine an den Vollkosten orientierte Sätze. Die Anpassung hat jedoch zu einer spürbaren Verbesserung der Erlöse geführt.

Drittens. Seit Mitte 2015 erhält die Rechtsmedizin zusätzliche Mittel in Höhe von 200.000 € für die **vertrauliche Spurensicherung**. Diese Leistung wird, wie vom Landtag beschlossen, gemeinsam vom Uni-Klinikum Eppendorf und dem UKSH flächendeckend organisiert. Das ist ein gutes Konzept, das ist eine gute Leistung und eine angemessene Honorierung.

Auch auf der Kostenseite haben wir etwas bewegt: Punkt vier. Die etwa vom Landesrechnungshof seit Langem geforderte **Erledigung der Aufgaben im Hauptamt** der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ist seit 2013 realisiert. Jetzt gilt es, auf Grundlage einer nachvollziehbaren und transparenten Kosten- und Leistungsrechnung das zwar verringerte, aber eben immer noch bestehende Defizit auszugleichen. Hierzu bereiten wir gegenwärtig die erforderlichen Beschlüsse vor.

Punkt fünf. Teil dieser Konsolidierung ist auch die Sicherung der räumlichen Unterbringung der Rechtsmedizin an **beiden Standorten**. Auch da muss ich sagen: Das steht überhaupt nicht infrage.

Ich will aber noch einmal ins Detail gehen. In Kiel haben wir zusätzliche Finanzmittel für die Instandsetzung des Gebäudes und für die Anschaffung neuer Geräte zur Verfügung gestellt. In Lübeck stehen wir in Verhandlungen über den Ankauf des derzeit angemieteten Gebäudes der Rechtsmedizin. Parallel werden natürlich Optionen für den Fall erarbeitet, dass ein Ankauf eben nicht realisiert werden kann.

Letzter Punkt: Das Universitätsklinikum erfüllt mit seiner Rechtsmedizin unverzichtbare Aufgaben in der Kriminalitätsbekämpfung. Allerdings hat sich

(Ministerin Kristin Alheit)

in den vergangenen Jahren die Sicht auf diese Aufgabe verändert. Das erleben wir an verschiedenen Punkten. Die **veränderten Rahmenbedingungen** der EU-Beihilfe und das Wettbewerbsrecht rücken auch die Rechtsmedizin in das Licht der Wettbewerbshüter.

Das Universitätsklinikum steht im **Wettbewerb** mit anderen Kliniken beziehungsweise anderen Unternehmen. Dabei ist in einigen Bereichen strittig, ob es sich tatsächlich noch um hoheitliche Aufgaben handelt. Aufgrund der besonderen Qualität und der besonderen Erfahrungen des Klinikums im Umfeld universitärer Spitzenmedizin sollen diese Aufgaben nach Auffassung der Landesregierung allerdings weiterhin beim Klinikum bleiben. Dafür bedarf es einer gesetzlichen Grundlage, die wir mit der Novelle des Hochschulgesetzes zur Hochschulmedizin schaffen werden. Bislang bestanden für das Klinikum keine rechtlich verpflichtenden Strukturen, die Erbringung dieser Leistungen im Landesinteresse vorzuhalten. Diese Aufgabenerfüllung in diesem Bereich wird durch die Neuordnung der Hochschulmedizin gesetzlich geregelt und damit auf Dauer sichergestellt werden.

(Beifall SPD und SSW)

Ich fasse zusammen. Sie sehen also, meine sehr geehrten Damen und Herren, wir haben ein Gesamtkonzept in wesentlichen Punkten abgearbeitet oder es jedenfalls auf den Weg gebracht, das im Rahmen der bundesrechtlichen Vorgaben die drei ganz maß-

geblichen Parameter abbildet: Aufgabenerfüllung auf hervorragendem Niveau, Sicherungstellung beider rechtsmedizinischer Standorte und wirtschaftliche Konsolidierung mit der Perspektive einer kostendeckenden Leistungserbringung. - Danke schön.

(Beifall SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW)

**Vizepräsident Bernd Heinemann:**

Weitere Wortmeldungen liegen nicht vor. Ich schließe die Beratung.

Es ist beantragt worden, den Antrag Drucksache 18/4422 dem Innen- und Rechtsausschuss zu überweisen. Wer so beschließen will, den bitte ich um das Handzeichen. - Das ist einstimmig.

Meine Damen und Herren, ich wünsche Ihnen für heute Abend gute Gespräche, interessante Veranstaltungen und schöne Unternehmungen sowie eine angenehme Nachtruhe.

Ich unterbreche die Tagung bis morgen früh, 10 Uhr. Schönen Abend.

Die Sitzung ist geschlossen.

**Schluss: 17:53 Uhr**